



Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)

Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen von 1945 bis 1990

Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung



Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.)

Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen von 1945 bis 1990

Sächsische Landeszentrale
für politische Bildung



Diese Publikation stellt keine Meinungsäußerung der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung dar. Für den Inhalt tragen die Autoren die Verantwortung.

Diese Ausgabe ist nicht für den Verkauf bestimmt. Sie wird für Zwecke der politischen Bildung im Freistaat Sachsen kostenlos abgegeben.

Impressum

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.),
Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen von 1945 bis 1990,

1. Auflage, Dresden 2015

Gestaltung / Layout / Satz: Arnold und Domnick, Leipzig

Redaktion: Werner Rellecke

Druck: Lausitzer Druckhaus GmbH

Titelabbildung: Fanfarenbläser im Zug der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1. Mai 1956.
(Universitätsarchiv Leipzig)

© Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Dresden 2015

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Schützenhofstraße 36

01129 Dresden

www.slpb.de

publikationen@slpb.smk.sachsen.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Frank Richter / Werner Rellecke 5

Kriegsende und Wiederbelebung des Hochschulbetriebs in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

Kurt Reinschke 7

Die Usurpierung akademischer Freiheit im deutschen Realsozialismus: Die Universität Leipzig in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1989/90

Günther Heydemann 43

Sächsische Hochschullehrer in der Ulbricht-Ära zwischen Systemtreue, Loyalität und Distanz

Ralph Jessen 77

Katholische Kirche, katholische Studentenschaft und Hochschulpolitik in der DDR

Thomas Brose 99

Evangelische Kirche und Studentenschaft vor dem Hintergrund der Sprengung der Leipziger Universitätskirche

Axel Noack 117

Friedliche Revolution und sächsische Hochschulen im Jahre 1989

Klaus Fitschen 137

Entideologisierung und personelle Erneuerung der sächsischen Hochschulen 1990–1994

Gerhard Barkleit 151

Anhang

Abkürzungen 166

Literaturverzeichnis 167

Zeittafel 173

Autorenverzeichnis 193

Vorwort

In seiner Abhandlung „Drei Quellen und drei Bestandteile des Marxismus“ schrieb Wladimir Iljitsch Uljanow, genannt Lenin, im Jahre 1913: „Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist. Sie ist in sich geschlossen und harmonisch, sie gibt den Menschen eine einheitliche Weltanschauung, die sich mit keinerlei Aberglauben, keinerlei Reaktion, keinerlei Verteidigung bürgerlicher Knechtung vereinbaren läßt.“¹

Welche Schlussfolgerungen ergaben sich aus dieser weltanschaulichen Vorgabe für den Hochschulbetrieb eines sozialistischen Staates wie der DDR? Im Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR vom 25. Februar 1965 hieß es unter § 53 Abs. 3: „Das Studium des Marxismus-Leninismus ist ein wesentlicher Bestandteil der Hochschulbildung. Es vertieft und festigt das sozialistische Bewußtsein der Studenten und befähigt sie, die allgemeinen Entwicklungsgesetze der Natur, der Gesellschaft und des menschlichen Denkens im Leben schöpferisch anzuwenden.“ Und unter § 61 Abs. 2 fand sich die Formulierung: „... Der wissenschaftliche Nachwuchs soll bei hohem Fachwissen vor allem in der marxistischen Philosophie und den modernen Methoden der Planung und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit ausgebildet werden.“²

Im Sinne dieser Bestimmungen wurde der gesamte Hochschulbetrieb der DDR von Beginn an unter den weltanschaulichen Vorbehalt des Marxismus-Leninismus gestellt. Überspitzt lässt sich behaupten: Weil die Lehre von Marx und Lenin schlichtweg „wahr“ sei, müsse jedwede Kritik an dieser Lehre prinzipiell unwissenschaftlich sein. Wer von der wahren Lehre abwich, hatte seine wissenschaftliche Befähigung verloren.

Neben der ideologischen Ausrichtung wurde das Hochschulsystem der DDR auch organisatorisch nach dem Muster der Sowjetunion umgewandelt beziehungsweise gleichgeschaltet. Es nahm die Entwicklungs- und Traditionslinie von der Aufklärung über Herder und Humboldt hin zum allgemeinen Anspruch der Freiheit der Wissenschaft nicht wieder auf. Stattdessen wurde

1 Lenin, Werke. Band 19, Berlin (Ost) 1977, S. 3 f.

2 www.ddr-schulrecht.de/Schulrechtssammlung/20-DDDR-Dateien/pdf/1965-a.pdf (Abruf am 17.04.2015).

ein verschultes und kontrollierbares Hochschulsystem eingeführt, das auf nationale Besonderheiten keine Rücksicht nahm.

Vor diesem historischen Hintergrund ergibt sich die Aufgabe politischer Bildung, den Unterschied zwischen einer freien Forschungs- und Lehrlandschaft in einem demokratischen Staat und dem ideologisierten Forschungs- und Lehrbetrieb in einem sozialistischen oder totalitären Staat zu verdeutlichen. Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung führte deshalb in Kooperation mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der Technischen Universität Dresden im Jahre 2013 eine Tagung zum Thema „Die Ideologisierung der sächsischen Hochschulen“ durch. Die Beiträge der damals beteiligten Referenten bilden die Basis dieses Buches. In Anlehnung an die Aufgabenstellung der Landeszentrale und mit der Absicht, ein möglichst konkretes und nicht allzu umfängliches Buch zu erstellen, wurde das Thema weitgehend auf die Hochschulen in Sachsen begrenzt. Trotzdem stehen viele Ergebnisse beispielhaft für den gesamten DDR-Hochschulbetrieb.

Wir danken den Autoren für die Bereitstellung ihrer Texte und insbesondere Prof. Dr. Günther Heydemann und Prof. Dr. Kurt Reinschke für die Unterstützung bei der Vorbereitung von Tagung und Publikation.

Möge dieser Band seine Leserinnen und Leser auch außerhalb der einschlägigen Forschungskreise finden.

Dresden, im Mai 2015

Frank Richter
Direktor

Werner Rellecke
Referatsleiter Publikationen

Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Kurt Reinschke

Kriegsende und Wiederbelebung des Hochschulbetriebs in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ)

Mitteldeutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den letzten Kriegsmonaten

Nimmt man die Personal- und Vorlesungsverzeichnisse (PVV) der mitteldeutschen Hochschulen für das Wintersemester 1944/45 zur Hand, so scheinen deren Inhalte zu unseren gewohnten Vorstellungen über die letzten Kriegsmonate nicht zu passen. Zwar stehen auf den ersten Seiten der PVV Ehrentafeln „Im Kampfe für Deutschlands Größe und Zukunft starben den Heldentod“, die die im vorangegangenen Semester gefallenen Hochschulangehörigen auflisten, doch anschließend werden dem Leser eine uneingeschränkt arbeitsfähig scheinende Organisationsstruktur und ein Lehrangebot auf sehr hohem Niveau vorgestellt. Es lehrten Professoren, deren Namen den Fachwissenschaftlern auch heute noch wohlvertraut sind: in Leipzig beispielsweise Bartel L. van der Waerden (1903–1996, Mathematik), Friedrich Hund (1896–1997, theoretische Physik), Karl Friedrich Bonhoeffer (1899–1957, physikalische Chemie), Ludwig Lendle (1899–1969, Pharmakologie), Bernhard Schweitzer (1892–1966, Archäologie), Johannes Friedrich (1893–1972, Altorientalistik), Hans-Georg Gadamer (1900–2002, Philosophie), Otto Vossler (1902–1987, Geschichte), Theodor Frings (1886–1968, Germanistik) und Hermann August Korff (1882–1963, Germanistik). Die Universität Leipzig veröffentlichte sogar noch ein PVV für das Sommersemester 1945 (Vorlesungszeit: 16. April bis 31. Juli 1945). Die Leitung der Technischen Hochschule Dresden hoffte noch im März 1945, also Wochen nach dem anglo-amerikanischen Bombardement, das am 13. Februar das Hauptgebäude der TH am Hauptbahnhof vernichtet hatte, „den Hochschulbetrieb mit Sommersemester

1945 wieder in Gang bringen“ und „wenigstens den Lehrbetrieb bis zum Semesterbeginn (16. April 1945) wieder aufnehmen zu können“¹.

Von den 1945 amtierenden Rektoren – durchweg renommierte Fachleute – scheinen nur wenige fanatische Anhänger der Nazi-Ideologie gewesen zu sein. Gewiss traf dies beim Jenenser Rektor, dem Arzt und Rassenhygieniker Karl Astel (1898 – 1945) zu. – In Halle übernahm im Januar 1945 der bisherige Dekan der medizinischen Fakultät, Wilhelm Wagner (1899 – 1976), das Amt des Universitätsrektors, wurde aber als solcher kaum wirksam.² – Das Leipziger Rektorenamt verwaltete seit 1943 der Agronom Wolfgang Wilmanns (1893 – 1968), nachdem er zuvor viele Jahre als Dekan und als Prorektor Mitverantwortung übernommen hatte. Er trat im April 1945 freiwillig zurück und fuhr mit seinem DKW zu seiner Familie in sein „Heidehaus“ in der Dübener Heide, wo er bald darauf gezwungen wurde, sein Fachwissen dem sowjetischen NKWD zur Verfügung zu stellen. Wilmanns Tochter Hergart, die ihre Jugendjahre als Gefangene im sibirischen Vorkuta verbrachte, schildert in einem lesenswerten Buch³ die Gesinnung und das Verhalten der Familie Wilmanns, die ganz im Milieu des wohlhabenden, kulturell hochstehenden Bildungsbürgertums wurzelte. – In Dresden führte der Architekt Wilhelm Jost (1887 – 1948), geboren als zwölftes Kind eines Zwickauer Industriearbeiters, seit 1937 das Rektorat der Technischen Hochschule. Sein Lebenslauf wurde unlängst in einem Sammelband beschrieben⁴. Jost übergab das Rektorenamt im Mai 1945 an seinen bisherigen Stellvertreter, den Maschinenbauprofessor Karl Hahn (1899 – 1960). – An der Bergakademie Freiberg war 1944 der Direktor des dortigen Gießerei-Instituts, Wolfgang Heinz Uhlitzsch (1893 – 1971), zum Rektor bestellt worden. – Nebenbei bemerkt: Aus der Freiburger Professorenschaft stammte der letzte Gaudozentenführer Sachsens⁵, der SS-Obersturmführer und Metallurgieprofessor Kurt Säuberlich (1904 – 1971). Er beteiligte sich später als SED-Mitglied, Abgeordneter der Volkskammer und Mitglied des Forschungsrates aktiv an der Gestaltung des DDR-Regimes.

1 Brief des Rektors der TH Dresden an die Landesregierung vom 16. März 1945, Archiv TU Dresden, Rektorat 1945, I/10.

2 Sybille Gerstengarbe/Horst Hennig, *Opposition, Widerstand und Verfolgung an der MLU Halle-Wittenberg 1945 – 1961*, Leipzig 2009.

3 Hergart Wilmanns, *Blumen im Beton*, Nürnberg 2001.

4 Kurt Reinschke/Matthias Lienert/Mike Schmeitzner/Wilhelm Jost, „Führer-Rektor“ der TH Dresden, in: Christine Pieper/Mike Schmeitzner/Gerhard Naser (Hrsg.), *Braune Karrieren. NS-Protagonisten in Sachsen am Beispiel Dresdens*, Dresden 2012, S. 228 – 237.

5 Universität Leipzig, PVV für SS 1945, S. 13.

Interimsherrschaft der Amerikaner in Mitteldeutschland

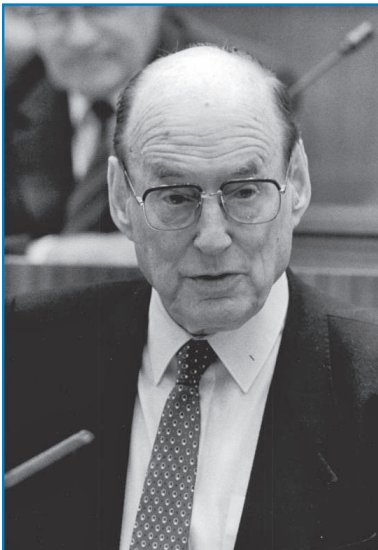
Als die US-amerikanischen Truppen im April 1945 große Teile Mitteldeutschlands besetzten, kamen die mitteldeutschen Universitäten Jena, Halle und Leipzig in ihren „Einzugsbereich“. Die westlichen Alliierten teilten die nazistisch belasteten Deutschen nach drei Kategorien ein: mutmaßliche Kriegsverbrecher, mutmaßlich gefährliche Personen (Security Threat) und NS-Funktionsträger. Gemäß der Direktive der Joint Chiefs of Staff (ICS) 1067 an den Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen in Deutschland waren die Funktionsträger des NS-Regimes, dazu zählten auch die Universitätsrektoren, ohne Einzelprüfung zu verhaften (sogenannter „automatischer Arrest“). Der Jenenser Rektor Astel hatte sich bei Annäherung der amerikanischen Truppen selbst gerichtet und war nicht mehr am Leben. Der Leipziger Rektor Wilmanns war zu seiner Familie aufs Land in sowjetisch besetztes Territorium gefahren. So blieb nur der Hallenser Rektor Wagner, der sogleich festgenommen wurde.

Am 1. Mai 1945 genehmigten die amerikanischen Besatzer eine Rektorwahl in Leipzig. Zum ersten Nachkriegsrektor wählte die Professorenschaft den Archäologen Bernhard Schweitzer. Nach der Machtübernahme im Juli akzeptierte ihn auch die sowjetische Besatzungsmacht. Zum Jahreswechsel 1945 / 46 trat Schweitzer zurück. Als Nachfolger wurde Hans-Georg Gadamer gewählt und von der sowjetischen Besatzungsmacht bestätigt. – In Halle erkor man den Theologen Otto Eißfeldt (1887–1973) zum Rektor. Er wurde von den Amerikanern gebilligt und am 12. Juli 1945 feierlich in sein Amt eingewiesen, nunmehr schon unter sowjetischer Hoheit. – In Jena ernannte die US-amerikanische Militäradministration den klassischen Philologen und Papyrologen Friedrich Zucker (1881–1973) zum Rektor, im Herbst 1945 wurde er in aller Form gewählt und von den Sowjets bestätigt.

Den Besatzungsmächten ging es keineswegs nur um eine Überwindung der Nazi-Ideologie. Seit Jahren hatten sie sich auf die Machtübernahme in Deutschland vorbereitet. Schon 1943, auf der Konferenz von Teheran, waren die USA, Großbritannien und die Sowjetunion zu einem Grundkonsens über eine Teilung Deutschlands, die Abtrennung ostdeutscher Gebiete und die Liquidierung Preußens gelangt. Als der Sieg der Alliierten in greifbare Nähe gerückt war, verfasste der US-Finanzminister Henry Morgenthau (1891–1967) im August 1944 ein Konzept, das später als Morgenthau-Plan kolportiert wurde, zur Umwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat. Ein Maßnahmenbündel sollte nachhaltig verhindern, dass Deutschland wieder wirtschaftlich erstarken und erneut Kriege führen könne. Um diese Furcht vor einem künfti-

gen Deutschland, auch wenn es dort keinen Hitler mehr gäbe, zu verstehen, muss man sich den Stand der deutschen Natur- und Technikwissenschaften in jener Zeit vergegenwärtigen. Ungeachtet der Ächtung der deutschen Sprache und des Ausschlusses der deutschsprachigen Wissenschaftler von internationalen wissenschaftlichen Tagungen nach dem Ersten Weltkrieg und trotz der harten Strafbedingungen des Versailler Vertrages war der deutsche Wissensstand zu Beginn der 1940er Jahre in vielen Bereichen dem in den alliierten Staaten um Jahre voraus. Das wirkte sich insbesondere bei der militärisch nutzbaren Technik aus, speziell bei Motoren und Strahltriebwerken und deren Einsatz in Raketen und Flugzeugen. Eine ähnliche Überlegenheit bestand in der Luftbildtechnik, der Flugmedizin, bei optischen Geräten (Zeiss-Werke Jena), in der Nachrichtentechnik und in Teilen der chemischen Verfahrenstechnik.

Hochburgen der praxisorientierten naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenforschung waren in Deutschland nicht nur die Universitäten und Technischen Hochschulen, sondern auch die Kaiser-Wilhelm-Institute sowie die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen großer Industrieunternehmen, ja sogar kleine, aber sehr kreativ und effektiv arbeitende private Laboratorien, zum Beispiel das Berlin-Lichterfelder Labor des Barons Manfred von Ardenne (1907 – 1997), der noch 1945 in den Reichsforschungsrat berufen wurde, oder die Entwicklungsstelle von Konrad Zuse (1910 – 1995), der seit Mitte der 1930er Jahre die weltweit ersten programmgesteuerten Rechenanlagen entwarf und baute.



Der Abgeordnete Prof. Dr. h.c. mult. Manfred von Ardenne (1907 – 1997) auf einer Volkskammertagung in Berlin als Sprecher für die Fraktion des Kulturbundes im Jahre 1986. (Bundesarchiv, Bild 183-1986-0617-038 / Mittelstädt, Rainer / CC-BY-SA)

Die Jagd nach deutschem „Know-how“ beschränkte sich daher nicht auf die Universitäten. Die vom alliierten Oberkommando seit der Landung in der Normandie eingesetzten Target-Forces operierten seit März 1945 mit über 3.000 Fachleuten in Uniform, um die besetzten deutschen Gebiete auszuforschen und auszubeuten: Die Informationsquellen flossen reichlich und ersparten der Rüstungsforschung der Alliierten Jahre an Forschungs- und Entwicklungszeit. Beschlagnahmt wurden Pläne, Patente, Labormuster, Aggregate, und man fahndete auch nach den Wissensträgern. Schon am 1. Mai hatte die Naval Technical Mission den berühmten Henschel-Konstrukteur Prof. Herbert Wagner aufgespürt, ihn am 8. Mai im Harz „gekidnappt“ und (ohne Familie) in die USA geholt, wo er die Lenkwaffenentwicklung der Navy in den Folgejahren entscheidend förderte.⁶

Die Amerikaner machten Hunderte von ausgewiesenen deutschen Spezialisten zu „Paperclip Boys“. Der Name „Paperclip“ (deutsch: Büroklammer) erinnert an die Büroklammern, die in die erbeuteten Personalakten gesteckt wurden, um die Seiten mit den begehrenswerten Wissenschaftlern zu markieren. Faktisch spielten NS-Belastungen der Auserwählten keine große Rolle, entscheidend waren die fachliche Qualifikation und der voraussichtliche Nutzen für die Siegermacht. Allgemein bekannt ist heute die Peenemünder Gruppe von Raketenexperten um Dr. Wernher von Braun, die monatelang von ihren Familien getrennt in Bad Kissingen im Hotel „Wittelsbacher Hof“ eingesperrt und erst zu Jahresbeginn 1946 in die USA übergeführt wurde. In Fort Bliss, White Sands, New Mexico, sollten sie für die US-amerikanische Raketentechnik forschen. Die Zahl der Wissenschaftler wurde auf 350 begrenzt, die zunächst für sechs Monate ohne Angehörige in die USA geholt werden sollten. Später wurde die Anzahl der Betroffenen auf insgesamt 1.000 erhöht, sowie der Nachzug der Familien geregelt. Etliche Deutsche, wie zum Beispiel Wernher von Braun, ließen sich Jahre später in den USA einbürgern.

Mit den Technikern wurde auch die nach dem Krieg übrig gebliebene Technik verschifft, sofern sie in die Hände der darauf angesetzten amerikanischen Einheiten fiel. Aus der Gegend um Nordhausen wurden über zehn Tonnen Dokumentenmaterials zur V-Waffenproduktion sichergestellt, 400 Tonnen Hardware (etwa 100 V2-Raketen und teilweise fertiggestellte Raketenmotoren aus Peenemünde und aus der KZ-Fertigungsanlage Dora-Mittelbau) per Güterzug nach Antwerpen gebracht und von dort in die USA verschifft. Zwischen

6 Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995, S. 749 ff.

April 1946 und Oktober 1951 startete man 66 der erbeuteten V2-Raketen teilweise in White Sands, New Mexico. Ende 1951 wurden die Starts nach Cape Canaveral, Florida, verlegt. Daraus gingen später die bemannten Raumfahrtprogramme der USA hervor, die zur Mondlandung führten.

Nach Festlegung der endgültigen Zonengrenzen erließ das Alliierte Oberkommando in Abstimmung mit der USA-Regierung am 18. und 19. Juni 1945 den streng geheimen Befehl, beim Abzug aus den besetzten mitteldeutschen Gebieten alle jene deutschen Wissenschaftler und Techniker zu „evakuieren“, um deren Fähigkeiten und Kenntnisse für Großbritannien und die Vereinigten Staaten nutzen zu können. Von der Universität Leipzig wurden zwischen dem 22. und 27. Juni 35 Wissenschaftler zwangsevakuert sowie 26 technische Kräfte (vor allem aus medizinischen und mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereichen der Universität) zwangsweise nach Weilburg an der Lahn im amerikanischen Sektor verbracht. Mindestens zehn Professoren und Assistenten, die von der künftigen sowjetischen Besatzungsmacht nichts Gutes erwarteten, schlossen sich freiwillig an. Es gab Proteste der Uni-Leitung⁷ gegen die Verschleppung, und im Herbst 1945 gründeten die Evakuierten die „Gruppe Weilburg der Universität Leipzig“. Sie saßen zum Teil jahrelang perspektivlos in Weilburg fest. – Aus Jena wurden insgesamt 87 Universitätsangehörige, darunter 18 ordentliche Professoren, zwangsevakuert und nach Heidenheim in Württemberg verfrachtet. Damit war der naturwissenschaftliche Teil der Uni Jena quasi liquidiert worden.⁸ – Ähnliches geschah in Halle. Gemeinsam mit dem weltberühmten Physiologen Emil Abderhalden (1877 – 1950), Professor seit 1911, Präsident der Leopoldina, „evakuierte“ man am 24. Juni 1945 etwa 60 namhafte Wissenschaftler der naturwissenschaftlichen Fakultät und internierte sie in Dörfern in der Gegend von Darmstadt. Die Gruppe „Zwangsevakuerte Wissenschaftler und Techniker Mitteldeutschlands“ machte den Kernphysiker Adolf Smekal (1895 – 1959), Österreicher, damals Hallenser Professor, zu ihrem Sprecher. – Evakuierte Mitarbeiter der Siemens & Halske-Werke in Arnstadt, Rudolstadt und Gera landeten ebenfalls in Heidenheim. Von Evakuierungen betroffen waren auch Mitarbeiter der Siebel-Flugzeugwerke Halle, der Junkers-Flugzeug- und Motorenwerke AG Dessau und der IG Farben Bitterfeld sowie der Telefunken-Betriebsstätten in Bad Liebenstein und Bad Blankenburg.

Die zwangsweise evakuierten Wissenschaftler und Techniker aus Mittel-

7 Ebd., S. 763: Gemeinsames Schreiben des Rektors und des Bürgermeisters der Stadt Leipzig an die „Militärregierung Deutschlands“ vom 28.7.1945.

8 Ebd., S. 763: Der Geologe Prof. Ludwig Rüger brachte den Ablauf der Verschleppung am 30.10.1945 zu Papier durch eine „Niederschrift über meine Evakuierung aus Jena“.

deutschland wurden vorsorglich zur späteren Verwendung in die westlichen Besatzungszonen gebracht. Die Amerikaner handelten zunächst auch aus Furcht vor dem verbliebenen Kriegsgegner Japan, denn Japaner waren bis zum März 1945 in deutschen Rüstungsbetrieben ein- und ausgegangen, und sie kannten die deutschen militärischen Geheimentwicklungen. Als Japan (nach den Atombombenabwürfen im August 1945) kapituliert hatte, fiel der Kurswert der „evakuierten“ deutschen Fachleute ins Bodenlose. Zusicherungen und Versprechungen, die vor der Zwangsevakuierung gemacht wurden, wurden nicht eingehalten⁹. Einige Evakuierte flüchteten zurück nach Mitteldeutschland, das inzwischen zur SBZ gehörte.

Als die sowjetischen Truppen Anfang Juli 1945 die von den Amerikanern und Engländern in Sachsen und Thüringen geräumten Gebiete übernahmen, hießen deutsche Altkommunisten die Rotarmisten willkommen mit Transparentaufschriften wie „Das rote Leipzig grüßt die Rote Armee“ oder „Es lebe Sowjetsachsen, die zukünftige Sowjetrepublik“. Erfurter Kommunisten gingen noch weiter und forderten die „Vereinigung mit der Sowjetunion“.¹⁰ Für Kenner der Geschichte der KPD und der Kommunistischen Internationale (1919 – 1943) sind diese Wünsche der in Deutschland gebliebenen Altkommunisten keineswegs überraschend. Im Sommer 1945 entsprachen sie jedoch nicht der aktuellen Moskauer KPD-Direktive.

Vorbereitung und Durchführung der Operation OSOAVIACHIM in der SBZ

Mit den kämpfenden Truppen der Roten Armee betraten auch spezielle „Trophäenkommandos“ deutschen Boden. Ihre Tätigkeit wurde seit 1943 vom Vorsitzenden des Komitees zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft beim

⁹ Prof. Smekal schrieb am 12.4.1948 in seinem Memorandum für OMGUS (Office of Military Government of Germany, United States) und den Länderrat der US-Zone zusammenfassend: Von den Maßnahmen der US-Streitkräfte wurden über 1800 Wissenschaftler, Techniker und Hilfskräfte erfasst, von denen etwa 1600 in den Westzonen verblieben seien. (1400 Familien in US-Zone, 200 Familien in britischer Zone, insgesamt etwa 5500 Personen.) Nach Smekal waren im Herbst 1947 in Hessen 651, in Württemberg-Baden 455 und in Bayern 188 deportierte Fachleute untergebracht. – 1948 zahlten die Amerikaner den noch immer arbeitslosen Internierten eine bescheidene Entschädigung und „schoben sie wie lästigen Ballast an deutsche Stellen ab“ (zitiert nach Henke, a. a. O., S. 766 und S. 775).

¹⁰ Matthias Uhl, Vom Besiegten zum Sieger der Geschichte – Der „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“ in der Historiographie der DDR und der Geschichtspromaganda der SED, in: Horst Möller / Alexander O. Tschubarjan (Hrsg.), Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, Band 4, München 2010, S. 58.

Rat der Volkskommissare der UdSSR, G.M. Malenkov, koordiniert. Infolge Kompetenzgerangels und fachlichen Unvermögens der sowjetischen Demontagebrigaden wurden viele deutsche Produktionsanlagen und Forschungseinrichtungen während der Demontage und des Transportes irreparabel beschädigt, sodass sie in der Sowjetunion nicht mehr in Betrieb genommen werden konnten. Dennoch war die sowjetische Strategie und Taktik, den wissenschaftlich-technischen Vorsprung der Deutschen für sowjetische Interessen zu nutzen, besser konzipiert und langfristig effektiver als die der westlichen Siegermächte.

Die Deportation deutscher „Spezialisten“ in die UdSSR¹¹ begann bereits im Sommer 1945. Zur ersten Gruppe, die man seinerzeit per Flugzeug mit Familien in die UdSSR verbrachte, gehörten Manfred von Ardenne, Prof. Gustav Hertz, Nobelpreisträger für Physik, Prof. Peter Adolf Thiessen, Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Instituts und Träger des Goldenen Parteiabzeichens der NSDAP. – Andere „Koryphäen“ gelangten unter weniger komfortablen Umständen in die UdSSR. Als Beispiel sei der ehemalige Chef-Konstrukteur beim Junkers-Motorenbau in Dessau, Ferdinand Brandner (1903 – 1986) genannt¹². Er wurde in Prag verhaftet, und im Stab der Roten Armee, der in Radebeul bei Dresden residierte, eröffnete man ihm im Juni 1945 ohne Umschweife: „Sie werden für Russland arbeiten!“.



Prof. Dr. Peter Adolf Thiessen (1899 – 1990), Mitglied des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik und Vorsitzender des Forschungsrates bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1961. (Bundesarchiv, Bild 183-83285-0019 / Junge, Peter Heinz / CC-BY-SA)

11 Christoph Mick, *Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945 – 1958*, München 2000, S. 16 ff.

12 Ferdinand Brandner, *Ein Leben zwischen Fronten. Ingenieur im Schußfeld der Weltpolitik*, 2. Aufl., München / Wels 1976.

Im Gegensatz zur Konzeptionslosigkeit der westlichen Alliierten verwirklichten die Sowjets einen raffinierten Plan im großen Stil. Sie machten deutschen Wissenschaftlern und Ingenieuren, die ihre früheren Arbeitsstätten verloren hatten und nicht wussten, wie es mit ihnen und ihren Familien weitergehen sollte, verheißungsvolle Versprechen: Unter nunmehr friedlichen Bedingungen sollten in der SBZ moderne Forschungsstellen entstehen, Fertigungs- und Erprobungsstätten eingerichtet und in Betrieb genommen werden, alles unter deutscher Leitung. Die zaudernden Deutschen wurden mit materiellen Vergünstigungen geködert: Wohnraum für die Familien, Sonderverpflegung, hohe Gehälter. Beispielhaft wird im Folgenden die Geschichte des Forschungsinstituts RABE in Bleichrode skizziert, zumal darüber sowohl deutsche als auch russische Beteiligte¹³ detailliert berichteten.

Ein Assistent von Wernher von Braun, Dipl.-Ingenieur Helmut Gröttrup (1916–1981), der trotz seiner Jugend in der Heeresversuchsanstalt Peenemünde bereits die Lenk- und Steuersysteme der V2 entwickelt hatte – ein Fachmann mit schneller Auffassungsgabe und freundlich-offenem Naturell, zudem mit Organisationstalent –, war von der Behandlung durch die Amerikaner enttäuscht und folgte dem Lockruf der Sowjets. Er wurde zum Leiter des „Büros Gröttrup“ in Bleichrode bestellt. In kurzer Zeit entstand daraus ein stattliches Ingenieurbüro, ausschließlich von Deutschen geführt, und zwar nach deutschem Recht, so wurde es von der Besatzungsmacht versichert. Aufkommendes Misstrauen der deutschen Wissenschaftler, die ja von den „Evakuierungen“ ihrer Fachkollegen durch Amerikaner und Briten wussten, begegnete der Leiter der sowjetischen Sonderkommission, Generalleutnant L.M. Gajdukov (Л. М. Гайдуков) mit einer feierlichen Erklärung¹⁴: „Er, General Gajdukov, würde persönlich dafür sorgen, dass die deutschen Fachleute niemals deportiert würden.“ Hervorragende junge deutsche Fachleute ließen sich im „Büro Gröttrup“ anstellen und zogen nach Bleichrode, unter ihnen ein Physiker Dr. Hoch aus Göttingen, der in den letzten Kriegsjahren mit den Raketenspezialisten aus Peenemünde zusammengearbeitet hatte. Hoch weckte das Interesse des Göttinger Privatdozenten Dr.-Ing. Kurt Magnus (1912–2003), der während seiner kurzen Kriegsgefangenschaft nicht die besten Erfahrungen mit der britischen Besatzungsmacht gesammelt hatte. Magnus veranlasste den Aerodynamiker Dr. Werner Albring (1914–2007) von der Luftfahrt-Forschungsanstalt Braunschweig nach Bleichrode zu kommen. ... So wuchs das

13 Б. Е. Черток, Ракеты и люди, 2-е изд., Москва 1999.

14 Kurt Magnus, Raketensklaven. Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht, Stuttgart 1993, S. 21.

„Büro Gröttrup“ und wurde 1946 in ein „Institut für Raketen-Bau und -Entwicklung“, abgekürzt RABE, eingegliedert und dann den „Zentralwerken Bleichrode“ zugeordnet. Helmut Gröttrup agierte nun als „Generaldirektor“ mit weit reichenden Vollmachten. Die Familie Gröttrup bewohnte eine hochherrschaftliche Villa und bekam zusätzlich ein Landgut zur Verfügung gestellt. ... In unmittelbarer Nachbarschaft zu den Deutschen arbeiteten auch sowjetische Ingenieure in Uniform im Institut RABE. Unter ihnen der „Oberstleutnant“ (und dann „Oberst“) S. P. Koroljow (С. П. Королёв, 1906 – 1966), der heute als führender sowjetischer Raketenbauer und Weltraumpionier gilt.¹⁵ Die sowjetischen RABE-Mitarbeiter bildeten sich bei Fachgesprächen ein Urteil über die deutschen Spezialisten. Ende Juli 1946 bekamen die deutschen RABE-Mitarbeiter neue Ausweise, zweisprachig und mit einem russischen Stempel, und es wurden Eingangs- und Ausgangskontrollen durch Sowjetsoldaten eingeführt, damit die Deutschen in ihren Labors ungestört arbeiten könnten. Nur ganz wenige Deutsche nahmen diese fadenscheinige Erklärung zum Anlass, um sich in die westlichen Besatzungszonen abzusetzen. Im Oktober 1946 wünschte die Sonderkommission unter General Gajdukov eine Bestandsaufnahme. Der 21. Oktober wurde als Besprechungstag angesetzt, der mit Laborbesichtigungen begann. Gegen 20 Uhr ordnete General Gajdukov ein Abschlussgespräch über künftige Aufgaben an, und danach bedankte er sich mit einem opulenten Abendessen und Gelage, das die Sowjets bis weit nach Mitternacht ausdehnten. – Am Morgen des 22. Oktober, 5:30 Uhr, wurden die schlafenden Deutschen unsanft geweckt. Bewaffnete Uniformierte begehrten Einlass in die Wohnungen und verkündeten in gutem Deutsch einen Befehl¹⁶: „Das sowjetische Ministerium für Bewaffnung habe angeordnet, die Zentralwerke in die Sowjetunion zu verlegen. Die Fachkräfte des Werkes werden deshalb in den nächsten Jahren in der Sowjetunion arbeiten. Die Abreise beginne noch heute.“ Die Soldaten halfen beim Packen. – Die Bleichroder fanden nach langer Reise mit Zwischenstationen schließlich ihren Bestimmungsort auf der Insel Gorodomlja im Seligersee im Nordwesten Zentralrusslands. Dort trafen sie mit Deutschen zusammen, die nicht in Bleichrode tätig waren, unter anderem mit den Angehörigen der TH Dresden Walther Pauer

15 Koroljow war 1938 von einem Fachkollegen und Konkurrenten denunziert und im Zuge des Großen Terrors als „Feind des Volkes“ zu zehn Jahren Arbeitslager verurteilt worden. Aus der Haft, die er größtenteils in einer „Saraschka“, einem Speziallager für Wissenschaftler, durchlebte, kam er 1944 frei. 1945 wurde er – in der Uniform eines Oberstleutnants der Roten Armee – zur SMAD nach Berlin beordert. Ihm wurde befohlen, das Peenemünder Raketenprogramm zu studieren und den deutschen Raketeningenieuren auf die Finger zu schauen.

16 Magnus, a. a. O., S. 38.

(1887 – 1971), Hellmut Frieser (1901 – 1988) und Norbert Elsner (1917 – 2001), die – ebenfalls mit Familien und Hausrat – am gleichen Morgen aus ihren Dresdner Wohnungen geholt worden waren.

Die erzählte Geschichte über die in Bleichrode zusammengeführten Raketenfachleute spielte sich prinzipiell ebenso für die Fachleute aus anderen Bereichen ab. Unter anderem wurde von der sowjetischen Regierung angekündigt und versprochen, dass die Junkers-Werke in Dessau wieder aufgebaut und in Betrieb genommen werden sollten. Hochschullehrer, die wegen NSDAP-Mitgliedschaft aus dem Lehrkörper entfernt und zu Hilfsarbeitern degradiert worden waren, bekamen dort fachlich zumutbare Anstellungen mit guter Entlohnung. Von der TH Dresden fanden der Physiker Gustav E. R. Schulze (1911 – 1974) und der Mathematiker Helmut Heinrich (1904 – 1997) bei den Junkers-Flugmotorenwerken Dessau eine ihrer Qualifikation entsprechende neue Beschäftigung. Am 22.10.1946 wurden die „Junkers-Leute“ mit ihren Familien in Richtung Upravlenčeskij in der Nähe von Samara¹⁷ an der Wolga auf den Weg gebracht.

Die Deportation der Bleichröder und Dessauer Fachmänner und ihrer Familien war Teil der hervorragend vorbereiteten Operation OSOAVIACHIM (OCOABHAXIM), die zeitgleich in der ganzen SBZ durchgeführt wurde und insgesamt etwa 7.000 Personen, die von der Besatzungsmacht als Fachleute für Flugzeugzellen- und Triebwerksbau, ballistische und Lenkraketen, Chemie, Marinewaffen sowie Nachrichtentechnik ausgesucht worden waren, auf die Reise in die UdSSR schickte.

Neue Schule, Justiz und Polizei in der SBZ

Bereits im Februar 1945 hatte das Politbüro der KPD in Moskau eine Schulkommission unter Walter Ulbricht gebildet und festgestellt¹⁸: „Die Prüfung der Lage ergab, dass es in Hitlerdeutschland nichts gibt, an das man auf dem Gebiet des Schulwesens anknüpfen könnte.“ Das Konzept für eine neue, „antifaschistisch-demokratische“ Schule in der SBZ entnahm man dem Leninschen Parteiprogramm, das der VIII. Parteitag der KPR (B) im März 1919 beschlos-

17 Heinz Hartlepp (Hrsg.), Erinnerungen an Samara. Deutsche Luftfahrtspezialisten von Junkers, BMW und Askania in der Sowjetunion von 1946 bis 1954 und die Zeit danach, Oberhaching 2005.

18 Klaus Müller, Zum Kampf der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht bei der revolutionären Umgestaltung des Schulwesens in Sachsen in den Jahren 1945 bis 1949. Dissertation, Pädagogische Hochschule Dresden 1973, S. 8.

sen hatte. Die Grundlinien der Schulpolitik¹⁹ verlangten neue Lehrbücher, neue Lehrpläne und neue (oder umerzogene) Lehrer; Verbot von Privatschulen, Entlassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder (Pgs), Einstellung von Laienlehrkräften.

Zum Schuljahresbeginn am 1. Oktober 1945 wurden 2.639 Laienlehrer in den sächsischen Schuldienst eingestellt. Bis Jahresende kamen in Sachsen weitere 5.389 „Neulehrer“ hinzu²⁰. Am 1. Januar 1946 waren die sächsischen Schulen „Pg-frei“. Zur ideologischen Umerziehung der Lehrerschaft richtete man für alle Lehrer wöchentliche politische Schulungsveranstaltungen ein. Im Juli 1946 ordnete die SMAD die Gründung von Pädagogischen Fakultäten an allen Hochschulen der SBZ an, denn „Neulehrer“ wurden in der SBZ zu Tausenden gebraucht.

Bei den Richtern und Staatsanwälten verlangten die neuen Machthaber nicht nur Entnazifizierung, sondern entschiedene „Demokratisierung“. SMAD und Landesverwaltung installierten Richter und Staatsanwälte im „Sofortereinsatz“, das heißt ohne juristische Vorbildung. Man beschloss die Schaffung von „Volksrichtern“, deren fachliche Ausbildung nicht an den Universitäten, sondern in mehrmonatigen Lehrgängen der Landesjustizverwaltung erfolgte. Die Ausbildungsdauer verlängerte sich von zunächst sechs Monaten schrittweise bis auf schließlich zwei Jahre an der zentralen Richterschule in Bad Schandau.

Im Juni 1945 wurde die „Volkspolizei“ in der Sowjetischen Besatzungszone zunächst als Polizei des jeweiligen Landes gegründet. Im August 1946 veranlasste die SED die Gründung der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI) und darin eines Nachrichtendienstes namens Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft. Diese politische Polizei erhielt die Bezeichnung „K5“. Mit der Roten Armee waren mehrere Regimenter von NKWD-Truppen, gegliedert in operative Sektoren, Bezirke und Gruppen, in die SBZ gekommen. Sie bauten ein operatives Netzwerk von Spitzeln auf, für das mehrere tausend Deutsche angeworben wurden.²¹ Die Spitzel und Denunzianten arbeiteten Hand in Hand mit der deutschen Polizei „K5“, aus der 1950 das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) hervorging. Ihr Dienst als Schwert und Schild der Partei galt dem Kampf gegen Andersdenkende, die tatsächliche oder vermeintliche Gegner der Sowjetisierung waren.

19 Veröffentlicht im SMAD-Befehl Nr. 40 vom 25.8.1945.

20 Klaus Müller, a. a. O., S. 91.

21 Klaus-Dieter Müller in: Benno Prieß, Erschossen im Morgengrauen. Verhaftet, verurteilt, gefoltert, erschossen. „Werwolf“-Schicksale mitteldeutscher Jugendlicher, 3. Aufl., Stuttgart 2005, S. 12 f.

Die nach dem Kriege „abgeholt“ deutschen Zivilisten „verschwanden“ in den Fängen des NKWD. Bis Ende 1946 wurden etwa 6.000 Jugendliche (ab Jahrgang 1925) schuldlos inhaftiert und unter „Werwolf“-Verdacht gequält. Etwa 15 Prozent wurden erschossen, weitere 30 Prozent starben in der Haft, sodass etwa die Hälfte dieser Jugendlichen nie wieder frei kam. Diese statistischen Daten – zusammengestellt im Jahre 2002 von Dr. Klaus-Dieter Müller, dem Leiter der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten – wurden in der Einführung zu dem Buch²² von Benno Prieß veröffentlicht. Prieß erinnert im Hauptteil des Buches an 465 Einzelschicksale von Leidensgenossen.

Nach dieser Skizzierung der allgemeinen politischen Weichenstellungen in der SBZ folgt nun die Darstellung des Geschehens an den sächsischen wissenschaftlichen Hochschulen.

Wiedereröffnung der Hochschulen

Die mitteldeutschen Hochschulen nahmen ihren Lehrbetrieb zu verschiedenen Zeitpunkten wieder auf: die FS-Universität Jena am 1. Dezember 1945, die ML-Universität Halle-Wittenberg am 1. Februar 1946, die Universität Leipzig am 5. Februar 1946, die Bergakademie Freiberg am 8. Februar 1946 und die TH Dresden am 21. Oktober 1946.

Es fällt auf, dass die TH Dresden mehr als neun Monate zurückblieb. Deshalb soll die Entwicklung der TH Dresden zwischen ihrer Besetzung durch NKWD-Einheiten am 8. Mai 1945 und ihrer Wiedereröffnung im Herbst 1946 etwas genauer betrachtet werden.²³

Die vom sowjetischen Kommandanten der TH Dresden, Oberstleutnant Kozlovič, im Mai 1945 geforderte Inventurliste, insbesondere auch der ausgelagerten Bestände an Anlagen, Geräten und Büchern, unterschrieb am 23. Mai 1945 noch Rektor Wilhelm Jost. Dann übergab Jost – in Anwesenheit von 15 Kollegen und bereits unter sowjetischer Aufsicht – seine Amtsgeschäfte an den bisherigen Prorektor und Dekan der Fakultät für Maschinenwesen Karl Hahn, der nicht weniger NS-belastet war als Jost. – Die Hauptbeschäftigung der Angehörigen der TH bestand in jenen Wochen darin, von früh bis abends

22 Ebd.

23 Kurt Reinschke, Die Nachkriegsjahre an der TH Dresden 1945 – 1947, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR, Frankfurt am Main 2011, S. 17 – 42.

Schutt wegzuräumen, zu enttrümmern und Gebäude notdürftig instand zu setzen. Am 29. Mai fand ein Betriebsappell statt, auf dem der „versammelten Gefolgschaft“ mitgeteilt wurde, dass der Kommunist Walter Ziegenbalg (aus der Werkstatt des Physikalischen Instituts) von der Besatzungsmacht als Vertrauensmann eingesetzt sei. „Nur er habe die Befugnis, die Interessen der Gefolgschaftsmitglieder wahrzunehmen und bei der Besatzungsbehörde bzw. Stadt Dresden zu vertreten.“ Ziegenbalg erklärte, dass der russische Kommandant unzufrieden sei, und er ermahnte jeden Einzelnen mehr zu leisten, um das Vertrauen der russischen Militärbehörde zu erlangen. Ziegenbalg schuf sich einen „Vertrauensmännerkörper“, dem der lebenserfahrene Enno Heidebroek (1876 – 1955)²⁴ als einziger Professor angehörte. Heidebroek wurde am 26. Juli von den erreichbaren Professoren der TH zum Rektor gewählt und am 17. August 1945 von der Besatzungsmacht bestätigt. Am gleichen Tage erließ die LV Sachsen eine Verordnung „über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltungen“. Im Zuge der damit verbundenen Entnazifizierung wurden insgesamt 36 Hochschullehrer bis zum 15. November 1945 entlassen. Einige von ihnen bearbeiteten alsbald in Räumen der TH Forschungsaufträge für die Besatzungsmacht. Diese Wissenschaftler sollten aber künftig von der Lehre ausgeschlossen bleiben. – Trotz der materiellen Schäden an Gebäuden und Anlagen und der personellen Ausdünnung des Lehrkörpers hielt der verbliebene Lehrkörper der TH eine Wiedereröffnung zum Wintersemester 1945/46 für möglich. Am 25. Oktober 1945 reichte die Landesverwaltung Sachsen ein Gesuch um Wiedereröffnung der TH an die Sowjetische Militäradministration in Berlin-Karlshorst ein. Die beantragte Hochschulstruktur war anspruchsvoll und stimmte weitgehend mit dem Profil der Vorkriegszeit überein. Die Genehmigung blieb aus.

Die Geschehnisse im zweiten Halbjahr 1945 wurden vor allem von der Demontage der Hochschule bestimmt.²⁵ Am 8. Juli 1945 unterschrieb Stalin – in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Staatlichen Verteidigungskomitees – im Moskauer Kreml eine Verfügung „Über den Abtransport von Aus-

24 Heidebroek war schon in den 1920er Jahren Rektor der TH Darmstadt gewesen und 1931 an die TH Dresden berufen worden. 1933 unterzeichnete er wie die meisten seiner Kollegen das „Bekenntnis der Professoren ... zu Adolf Hitler“. 1934 trat er dem NS-Lehrerbund bei. 1939 wurde er Betriebsleiter der Heeresversuchsanstalt Peenemünde. Aufgrund einer schweren Erkrankung seiner Ehefrau kehrte er nach Dresden zurück und wurde so davor bewahrt, den Arbeitskräfteeinsatz in der KZ-Fertigungsanlage Dora-Mittelbau leiten zu müssen.

25 Siehe Alexander Haritonow, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945 – 1949, Köln/Weimar/Wien 1995.

rüstungen der Labors, Lehrwerkstätten und Bibliotheken der Technischen Hochschule Dresden ... in die UdSSR“, und zwar „zur Ergänzung der Ausstattung des Leningrader Polytechnischen Instituts M. Kalinin und des Moskauer Energetischen Instituts V. Molotov ... Die Haupttrophäenverwaltung der Roten Armee wird angewiesen, die Ausrüstungen sowie die Bibliotheken bis zum 30. Juli 1945 zu verladen und die dafür notwendige Anzahl von Arbeitskräften und Arbeitsmitteln bereitzustellen.“ Die zeitliche Vorgabe illustriert exemplarisch die Realitätsferne des Generalissimus und seiner Ratgeber im Kreml. – Ab August 1945 erfolgten der Abbau und die Verpackung von Geräten, Büchern und Materialien der TH Dresden durch qualifiziertes Personal der Hochschule. Die Arbeitszeit war auf 8–20 Uhr festgelegt, bei zwei Stunden Mittagspause. Materialien mit einem Volumen von 220 Eisenbahnwaggons wurden zum Abtransport in die UdSSR (bestimmt vor allem für Leningrader und Moskauer Institute, doch niemand wusste genau, wohin die Reise gehen sollte) verpackt und zum Dresdner Güterbahnhof gebracht – und blieben dort wochenlang im Freien stehen. Im Oktober 1945 mussten Mitarbeiter der TH alle Kisten vom Güterbahnhof Rosenstraße zum Elbhafen umlagern! Im Dezember 1945 wurden erneut „Entnahmen“ angeordnet, TH-Mitarbeiter packten weitere 20–30 Kisten und schickten sie auf die weite Reise in die UdSSR. Im April 1946 wurden auf Befehl der SMAD alle Epidiaskope beschlagnahmt, obwohl diese für Unterrichtszwecke unentbehrlich waren.

Erst im August 1946 befahl die SMAD schließlich die von den TH-Angehörigen lang ersehnte Wiederaufnahme des Lehrbetriebs²⁶: „Gemäß dem Gesuch des Präsidenten des Bundeslandes Sachsen soll die TH Dresden ab Oktober 1946 wieder eröffnet werden – zur Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften auf dem Gebiet der Forstwirtschaft, der Kommunalen Wirtschaft und von Gewerbelehrern“, doch nur für Erstsemester und mit den genannten drei Fakultäten:

- Pädagogische Fakultät (zunächst nur für Berufsschullehrer, sechs-semestrig),
- Fakultät für Forstwirtschaft,
- Fakultät für Kommunale Wirtschaft.

²⁶ SMAD-Befehl Nr. 237, unterzeichnet vom neuen Obersten Chef, Marschall V. D. Sokolovskij.

Der Lehrbetrieb nach dem Kriege begann an der TH Dresden am 21. Oktober 1946 auf dem Niveau einer höheren Gewerbeschule, die auf die unmittelbaren Bedürfnisse der kommunalen Wirtschaft ausgerichtet war. Der strukturelle Unterschied zu den 6 Universitäten in der SBZ zeigte sich auch in der Unterstellung der TH unter ein Industrieministerium. Von den 453 Studenten, die ein Studium an der TH Dresden aufnahmen, hatten nur 276 ein Abitur.

Sowjetische und deutsche Verwaltungsorgane, denen die Hochschulen unterstellt waren

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD), die ihren Sitz in Berlin-Karlshorst nahm, wurde am 6. Juni 1945 auf Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR gegründet. Stalin ernannte Marschall G. K. Žukov (Г.К. Жуков) zum Obersten Chef der SMAD. Zur SMAD gehörte eine Abteilung „Volksbildung“, als deren Leiter das Zentralkomitee der KPdSU (B) P. V. Zolotuhin (П.В. Золотухин, 1897–1968) ausgewählt hatte. Zolotuhin war ein Sowjetpädagoge bäuerlicher Herkunft, der während des Krieges zum 1. Stellvertreter des Volkskommissars für Bildung der RSFSR avanciert war. Innerhalb der Abteilung gab es einen „Bereich für Hochschulen und wissenschaftliche Anstalten“, dem Major P. I. Nikitin (П.И. Никитин), von Hause aus technischer Physiker, vorstand.

Die SMAD setzte mit dem Befehl Nr. 17 am 27. Juli 1945 eine Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) ein, als deutsches Pendant zur Abteilung Volksbildung der SMAD. Die DZVV war eine Schul-, Wissenschafts-, Zensur- und Propagandabehörde, die Koordinierungsaufgaben innerhalb der Sowjetischen Besatzungszone wahrnahm, selbst aber keine Weisungsbefugnisse gegenüber den Landesverwaltungen besaß, sondern im Auftrag der SMAD als deren Vorbereitungs- und Vollstreckungsorgan arbeitete. Der kommunistische Berufsfunktionär Paul Wandel (1905–1995), der von 1933 bis 1945 in der UdSSR gelebt hatte, wurde Präsident der DZVV. Eine für alle Hochschulen der SBZ wichtige Rolle spielte der Kommunist und Physiker Robert Rompe (1905–1993), der ab 1946 das Hauptamt „Hochschule und Wissenschaft“ der DZVV leitete.

Gleichzeitig mit der sowjetischen Besatzungsmacht begann Anfang Mai 1945 eine Initiativgruppe von Kommunisten in Dresden zu wirken. Diese Gruppe, zu der Anton Ackermann, Kurt Fischer, Hermann Matern, Egon Dreger, Helmut Welz gehörten, war am 1. Mai aus Moskau ins Operationsgebiet von Marschall I. S. Konev (И.С. Конев) geflogen worden. Kurt Fischer

(1900 – 1950) kam als NKWD-Beauftragter mit der Gruppe Ackermann nach Dresden und erfüllte hier seinen Parteauftrag als Bolschewik. Er spielte eine Schlüsselrolle im Bundesland Sachsen während der Nachkriegsjahre. Auf Vorschlag von Kurt Fischer beauftragte Marschall Žukov Ende Juni 1945 den „Bürger Rudolf Friedrichs“ mit der „Leitung bei der Bildung einer provinziellen Sächsischen Verwaltung“. Friedrichs (SPD) wurde Präsident der (provisorischen) Landesverwaltung Sachsen, während sich Fischer mit dem Amt des 1. Vizepräsidenten begnügte. Verständlicherweise folgte die Besatzungsmacht in ihren Entscheidungen gern dem Rat des Sowjetbürgers und ranghohen NKWD-Offiziers Kurt Fischer, der sich nicht an den vorgeschriebenen „Dienstweg“ zu halten brauchte und von dessen Vita²⁷ die deutschen Demokraten nichts wussten.



(Foto nicht lizenziert)

Festakt zur Einsetzung der Landesverwaltung Sachsens im Juli 1945 in der Tonhalle Dresden durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. (SLUB Dresden/ Deutsche Fotothek/ Foto: Erich Höhne, Erich Pohl)

27 Kurt Fischer wurde als Arbeiterkind in Halle geboren. Noch während der Ausbildung zum Volksschullehrer trat er 1917 dem Spartakusbund und 1919 der KPD bei. Nach Beteiligung an bewaffneten Aufständen floh er 1921 nach Sowjetrußland. 1923 kehrte er für kurze Zeit nach Deutschland zurück, ging dann 1924 endgültig in die Sowjetunion, nahm die sowjetische Staatsbürgerschaft an und wurde Mitglied der KPdSU (B). Der Bolschewik Fischer absolvierte die Militärakademie „M. W. Frunse“ in Moskau (1932) und war danach bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs als Auslandsspion des sowjetischen Militärgheimdienstes tätig. Innerhalb des NKWD erreichte Fischer den militärischen Rang eines Obristen.

Die Entnazifizierung des Lehrkörpers der sächsischen Hochschulen erfolgte auf der Grundlage der bereits erwähnten VO der LV Sachsen „über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltungen“ vom 17. August 1945. Diese Verordnung forderte einen Neuaufbau ohne „Nazisten und Militaristen“. Als Konsequenz wurden 148 Beschäftigte der TH Dresden entlassen, darunter 19 Professoren. Ende Oktober 1945 veröffentlichte die SMAD einen weiteren Befehl, der maßgeblich von deutschen Kommunisten initiiert worden war, demgemäß die LV Sachsen Anfang November 1945 eine schärfere VO zur Entnazifizierung erließ. Aufgrund dieser VO kündigte man zum 15. November 1945 weiteren 118 TH-Beschäftigten, darunter 17 Hochschullehrern. – Übrigens, einige NS-belastete prominente Beamte, die in ihrer Position unverzichtbar erschienen, entließ man nicht. So blieb Prof. Rudolf Mauersberger (1889 – 1971), Parteigenosse seit 1933, Kreuzkantor und wurde 1950 mit dem Nationalpreis geehrt. Die NSDAP-Mitgliedschaft des jungen Generalmusikdirektors Josef Keilberth (1908 – 1968) wurde ebenfalls ignoriert. Um ihn fester an Dresden zu binden, beschloss das Präsidium der Landesverwaltung am 2. Oktober 1945 einstimmig²⁸, Josef Keilberth den Professorentitel zu verleihen.

(Foto nicht
lizensiert)

Prof. Dr. Johann Wilhelm Emil Menke-Glückert (1878–1948), Historiker, Privatdozent und Honorarprofessor in Leipzig und Dresden, Mitbegründer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Aufnahme um 1940 (Universitätsarchiv der TU Dresden/Fotosammlung).

Der Befehl Nr. 50 des Obersten Befehlshabers des SMAD stellte Anfang September 1945 klar, dass die Wiederaufnahme einer Tätigkeit von Hochschulen in jedem Falle der Genehmigung und eines gesonderten sowjetischen Befehls bedarf! Mehr noch: Jeder Studiengang, jede Professur²⁹ musste von der SMAD

28 Andreas Thüsing (Hrsg.), Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010.

29 Entgegen der weitverbreiteten Ansicht wurde eine Professur für Romanistik an der TH Dresden nach 1945 niemals genehmigt.

in Berlin-Karlshorst genehmigt werden. Zusätzlich zur SMAD in Berlin-Karlshorst war im Juli 1945 eine regionale Sowjetische Militäradministration für Sachsen (SMAS) geschaffen worden. Sie residierte im Schloss Albrechtsberg am Dresdner Elbhof. Erst im Februar 1946 wurde innerhalb der SMAS ein Volksbildungssektor eingerichtet und ein Oberstleutnant P. P. Solovjev (П. П. Соловьёв) zu dessen Leiter bestimmt. Die Entscheidungen über Studiengänge und Lehrstühle behielt sich jedoch die Zentrale in Karlshorst vor.

In der deutschen LV Sachsen existierte im Herbst 1945 eine „Zentralverwaltung für Wissenschaft, Kunst und Erziehung“. Diese Zentralverwaltung war dem Präsidenten Friedrichs der LV direkt unterstellt und an ihrer Spitze stand der Staatssekretär Dr. Menke-Glückert (LDP)³⁰. Dem 1. Vize-Präsidenten Kurt Fischer missfiel der engagierte liberale Staatssekretär, und er brachte ihn zu Fall, indem Fischer die SMAS veranlasste, Menke-Glückert im Februar 1946 einen „strengen Verweis“ zu erteilen. Kurz darauf verschwand die „ZV für Wissenschaft, Kunst und Erziehung“ aus dem Verantwortungsbereich des Präsidenten Friedrichs. Die gesamte Volksbildung wurde im März 1946 dem 1. Vizepräsidenten Fischer unterstellt und in vier Abteilungen gegliedert: Schulwesen (Min.-Dir. Wilhelm Schneller, KPD), Wissenschaft und Forschung (Staatssekretär Menke-Glückert), allgemeine Volkserziehung (Min.-Dir. Richard Gladewitz, KPD), Kunst und Literatur (Min.-Dir. Herbert Gute, KPD). Im September 1946 entließ man Menke-Glückert und ernannte Herbert Gute (KPD) zum Staatssekretär.

Sowjetisierung der Hochschulstrukturen

Die Nachkriegsentwicklung der sächsischen Hochschulen kann man kurz und knapp durch das Schlagwort „Sowjetisierung“ kennzeichnen. Diesen Terminus wählte auch der für die Hochschulpolitik in der SBZ zuständige Sowjetoffizier, Major Pjotr I. Nikitin, in seinen Lebenserinnerungen³¹ zur Charakterisierung seines Wirkens in den Nachkriegsjahren.

³⁰ Der Geheime Schulrat Emil Menke-Glückert (1878 – 1948) leitete während der Weimarer Republik die Schulabteilung im Sächsischen Kultusministerium und lehrte zugleich als Honorarprofessor an der TH Dresden. Die Nazis versetzten ihn 1934 in den „einstweiligen Ruhestand“ und strichen ihm schließlich auch noch die Pension („wegen Judenbegünstigung“). Selbstlos setzte er sich 1945 für einen demokratischen Neuaufbau ein.

³¹ Pjotr I. Nikitin, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“, Berlin 1997.

Vom Studium ausgeschlossen wurden nicht nur ehemalige Pgs, sondern auch ehemalige Offiziere und junge Leute, „gegen deren Eltern von Seiten der Besatzungsmächte besondere Maßnahmen ergriffen worden waren (z.B. Verhaftungen)“³². Um möglichst viele Studenten aus dem Industrie- und Landarbeitermilieu zu rekrutieren, verordnete man ab 1946 Immatrikulationsquoten nach der sozialen Herkunft, zum Nachteil der bürgerlichen Studienbewerber. Das „Arbeiterstudium“ wurde systematisch gefördert. Dazu richtete man in der ganzen SBZ „Vorstudienanstalten“ ein, auf sächsischem Territorium in Chemnitz, Dresden, Freiberg, Görlitz, Leipzig, Plauen und Zwickau. Zitat aus dem PVV der Universität Leipzig für das WS 1947: „Zugelassen werden vordringlich diejenigen, die Grundschulvorbildung besitzen. Oberschüler nur in Ausnahmefällen, und nur solche, die nicht mehr als die sogen. Mittlere Reife haben.... Bevorzugt werden alle diejenigen, die den handarbeitenden Schichten entstammen.“ Das Zulassungsalter lag zwischen 18 und 35 Jahren. In den Vorstudienanstalten wurden die Kursanten in ein bis zwei Jahren zur Hochschulreife geführt und dann ohne Weiteres zum Studium zugelassen. – 1949 integrierte man die Vorstudienanstalten als „Arbeiter- und Bauernfakultäten“ (ABF) in die Universitäten³³.

Nicht nur die Zusammensetzung der Studentenschaft, auch die Rekrutierung des wissenschaftlichen Nachwuchses wollte man „steuern“: Zur gezielten Auswahl und Förderung der Nachwuchswissenschaftler richtete man die sogenannte wissenschaftliche Aspirantur ein. Beide Institutionen, sowohl die ABF als auch die wissenschaftliche Aspirantur, waren Kopien eines sowjetischen Originals. Ich erlaube mir, aus der Originalsprache zu übersetzen: Die ABF kopierte die „Рабфак“, eine „Spezielle Fakultät zur Vorbereitung von Arbeitern und Bauern auf ein Hochschulstudium“. – Bei der „Aspirantur“ handelt es sich um eine simple Übernahme des sowjetrussischen Begriffs „Аспирантура“. Nach sowjetischem Verständnis war ein „Aspirant“ oder eine „Aspirantka“ jemand, „der an einer höheren Lehranstalt oder wissenschaftlichen Institution auf die wissenschaftliche Tätigkeit vorbereitet wird“. Die Universitätsassistenten in Deutschland hatten ein anderes Selbstverständnis. Sie waren bereits zu selbstständiger wissenschaftlicher Arbeit fähig und brauchten darauf nicht mehr planmäßig von anderen vorbereitet zu werden.

Der Öffentlichkeit in der SBZ weitgehend unbekannt blieb die Gründung der zentralen Parteihochschule Karl Marx, die direkt dem ZK der SED unter-

32 Uni Leipzig, PVV WS 1947, S.5 ff.

33 Der Roman „Die Aula“ (1965) von Hermann Kant schildert die ABF-Verhältnisse wirklichkeitsnah.

stellt war. Sie nahm ihren Betrieb 1946 in Liebenwalde auf und wurde 1948 nach Kleinmachnow bei Potsdam verlegt. Neben sechsmonatigen Lehrgängen richtete man für jüngere SED-Funktionäre auch Zweijahreslehrgänge ein, die zum Diplomgesellschaftswissenschaftler führten. Etwa ein Viertel der Kursanten stellten KPD-Funktionäre aus den westlichen Besatzungszonen, die unter falschem Namen studierten. Zusätzlich zur Parteihochschule wurden regionale Kreisparteischulen etabliert.

Um in die Domäne der bürgerlichen Geisteswissenschaften einzudringen, verlangte der Befehl Nr. 333 der SMAD vom 2. Dezember 1946 die Gründung von drei Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten (abgekürzt „Gewifa“) an Universitäten der SBZ. Sie entstanden in Leipzig, Jena und Rostock. Die Studenten der „Gewifa“ wurden von den sowjetzonalen Behörden zum Studium delegiert und sollten (in zunächst zwei Jahren) zur politischen Elite ausgebildet werden.

Erster Rektoratswechsel nach der Wiedereröffnung

Im November 1947 fanden an allen Hochschulen der SBZ Rektorwahlen statt. Dabei drang man nicht darauf, diese Ämter Kommunisten anzuvertrauen. In Leipzig wurde der Staats- und Kirchenrechtler Erwin Jacobi (1884–1965) Nachfolger des nach Frankfurt am Main gegangenen Philosophen Hans-Georg Gadamer. Jacobi, seit 1920 Professor in Leipzig, war ein engagierter evangelischer Christ³⁴, der wegen seiner jüdischen Abstammung in der NS-Zeit aus dem Lehrkörper entfernt worden war.

Einzelheiten des Rektoratswechsels in Dresden hielt Victor Klemperer in seinem Tagebuch³⁵ fest: „Rektorwahl... Heidebroek mir persönlich verhasst... Er will Alleinherrscher in der Klempnerbude sein... Anwesend alle Professoren, Vertreter der Studentenschaft und der Assistenten... Ergebnis: 49 gültige Stimmen, 40 für Straub (CDU), 6 für Heidebroek... Jetzt geht der Kampf darum, ob Heidebroek automatisch Prorektor wird. Wird gewählt, verliert er auch diese Position...“

Der neue TH-Rektor, Werner Straub (1902–1983) war zuvor Dekan der pädagogischen Fakultät. Laut PVV der TH Dresden vom Wintersemester 1944/45 gehörte Straub während des Krieges zum Bereich „Weltanschauung

³⁴ Von 1948 bis 1959 gehörte Prof. E. Jacobi der Synode der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsen an.

³⁵ Klemperers Eintrag vom 24.11.1947.

und Erziehung“, und er hielt Vorlesungen über „Charakterologie“ und Übungen zur „Erbspsychologie“.³⁶

Freie Deutsche Jugend, Studentenräte und Partei neuen Typus

Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) war im März 1946 nach dem sowjetischen Vorbild des Komsomol³⁷ gegründet worden. Hermann Axen, Organisationssekretär im FDJ-Zentralrat, klagte im September 1946, die Arbeit mit den Schülern und Studenten sei „die schwächste Stelle, die Achillesferse der FDJ“. Bis Ende 1947 spielte die FDJ an den Universitäten noch keine Rolle. Studentenräte repräsentierten die Studentenschaft. Die sächsische Landesregierung hatte im November 1946 die erste Wahlordnung verfügt, die eine direkte und geheime Persönlichkeitswahl vorsah. Die Wahlbeteiligung an der Universität Leipzig lag bei 82 Prozent. Zum ersten Vorsitzenden des Studentenrates wurde Wolfgang Natonek (LDP, 1919–1994) gewählt. Natonek hat mir Jahrzehnte später erzählt³⁸, was ihn bewogen hatte, hochschulpolitisch aktiv zu werden. Durch eine zufällige Verwechslung bemerkte er bald nach Wiedereröffnung der Universität, wie die Professoren systematisch bespitzelt wurden: Von der SED ausgewählte Studenten fertigten abwechselnd Vorlesungsmitschriften unter dem alleinigen Aspekt der Linientreue des Vorgetragenen an und lieferten ihr Denunziationspapier noch am gleichen Tag bei der SED-Leitung ab. Die Geschichte des Leipziger Studentenrates und das Schicksal seines 1. Vorsitzenden sind gut dokumentiert³⁹ und brauchen hier nicht erneut dargestellt zu werden.

Anfang 1949 schlossen sich die westdeutschen Studentenschaften in Marburg zum „Verband deutscher Studentenschaften“ (VDS) zusammen. Die Stühle der ostdeutschen Universitäten waren symbolträchtig frei gehalten worden und leer geblieben. Ein letzter West-Ost-Dialog-Versuch in Seehaupt im Juli 1949 scheiterte. Jetzt erst, 1949, konnte die FDJ-Organisation an allen Hochschulen der SBZ triumphieren. Der Alleinvertretungsanspruch der FDJ

36 PVV der TH, Wintersemester 1944/45.

37 Abkürzung für Всесоюзный Ленинский Коммунистический Союз Молодёжи.

38 Gespräch mit dem Ehepaar Natonek im April 1992 im Natonekschen Wohnhaus in Klein-Lengden bei Göttingen.

39 Gottfried Berger, In tyrannos. Die Sowjetisierung der Hochschulen – dargestellt am Beispiel der Universität Leipzig, hrsg. im Auftrag des Publizistischen Zentrums für die Einheit Deutschlands, PZ Archiv Heft 4 (1951). Und: Jens Blecher/Dieter Schulz (Hrsg.), Wolfgang Natonek – Freiheit und Verantwortung. Den Anderen sehen. Für den Anderen da sein!, Leipzig 2011.

wurde mit ihrer Aufnahme in den (kommunistisch dominierten) „Internationalen Studentenbund“ gekoppelt. Neuimmatrikulierte köderte man mit dem wohlklingenden Namen des „Internationalen Studentenbundes“. Im Herbst 1949 gehörten über 50 Prozent der Leipziger Studenten der FDJ an. „Bald scheute man nicht mehr davor zurück, es offen auszusprechen: „Wenn Sie Wert darauf legen, Ihr Studium fortzusetzen, so wird dies nur möglich sein, wenn Sie der FDJ beitreten.“⁴⁰ Innerhalb eines Jahres erhöhte sich der Organisiertegrad der Leipziger Studentenschaft auf über 90 Prozent. Die FDJ-Gruppe an der TH Dresden stieg von 150 Mitgliedern im SS 1949 auf 1.380 Mitglieder im WS 1949. Die nach dem Kriege von der SMAD zugelassenen Tanzgruppen, Laienchöre, -kapellen und -orchester der Studierenden wurden nun zu FDJ-Vereinen. Sie gehörten zum staatlich gelenkten und subventionierten „Zentralen FDJ-Volkskunstensemble“. Bei politisch bedeutsamen Auftritten hatten die Liebhaber-Musiker in FDJ-Kleidung zu erscheinen.

Die linientreuen DDR-Historiker berichteten später mit selbstgefälligem Stolz von einer grundlegenden Entscheidungssituation im Sommer 1948⁴¹: „...die Entwicklung der SBZ als Bestandteil des sozialistischen Weltsystems ... war eine Klassen- und Machtfrage ...“. Als wichtigste Aufgabe betrachteten die kommunistischen Funktionäre „die beschleunigte Entwicklung der SED ... zur ‚Partei neuen Typus‘ im Leninschen Sinne... Insbesondere an Hochschulen und Universitäten verschärften sich die ideologischen Auseinandersetzungen ...“ Im Januar 1949 fixierte die 1. Parteikonferenz der SED ihren Platz an der Seite der KPdSU, schrieb das Prinzip des sogenannten „Demokratischen Zentralismus“ fest und postulierte die führende Rolle der Partei in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Aktivistenbewegung und Wiedereinstellung von Parteigenossen

In jener Zeit wurden geplante Aktionen zur Mobilisierung der Massen für die Ziele der Partei- und Staatsorgane zum festen Bestandteil des Lebens in Ost-Deutschland. Als groß angelegte Kampagne war im Oktober 1948 die Hennecke-Bewegung (eine Nachahmung der Stachanow-Bewegung in der

⁴⁰ Berger, a. a. O., S. 26.

⁴¹ Geschichte der DDR, hrsg. vom Wissenschaftlichen Beirat für Geschichtswissenschaft beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen unter Leitung von Manfred Kossok, Berlin 1989, S. 97.

UdSSR⁴²⁾ ausgelöst worden. Man entfachte Aktivisten-, Neuerer- und Wettbewerbsbewegungen zur planmäßigen Steigerung der Arbeitsproduktivität und erfasste damit alle Werktätigen in der SBZ, vor allem aber die Jugend. Bis Anfang April 1949 hatte man bereits 20.000 Jugendliche zu „Jungaktivisten“ gekürt⁴³⁾. Der Dresdner TH-Rektor Straub referierte im September 1948 über „Forschung und Lehre an der TH Dresden im Lichte des Zweijahresplanes“. Der „Zweijahresplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft“ begann am 1. Januar 1949. Planprojekt Nr. 1 war das Stahlwerk Maxhütte in Unterwellenborn. Die eingeschüchterten Studenten, die bei Fehlverhalten um ihren Studienplatz bangen mussten, folgten „freiwillig“ dem Aufruf des Zentralrats der FDJ zur Aktion „Max braucht Wasser“ und leisteten als billige Hilfsarbeiter unter katastrophalen Arbeitsbedingungen mehrwöchige Arbeitseinsätze. – Jährliche Ernteeinsätze im Sommer, Arbeitseinsätze auf Großbaustellen, im Winter auch im Braunkohlebergbau ebenso wie Subbotniks⁴⁴⁾ aus aktuellen gesellschaftlichen Anlässen gehörten fortan in der DDR zur Normalität der angehenden Akademiker aller Fachrichtungen, die man seit den 1970er Jahren offiziell als „FDJ-Studenten“ bezeichnete.

In das Jahr 1948 fällt auch der Wiedereinstellungsbeginn von zahlreichen Pgs. Die SMAD hatte mit Befehl Nr. 35 im Februar 1948 die Auflösung der Entnazifizierungskommissionen verfügt, und der sächsische Innenminister Wilhelm Zaisser⁴⁵⁾ (1893 – 1958) erklärte Anfang März 1949 auf einer Tagung der sächsischen Oberbürgermeister und Landräte⁴⁶⁾ diesen SMAD-Befehl. Der Befehl besage, dass ehemalige Parteigenossen, die sich innerlich umgestellt haben, wieder in ihre früheren Stellungen kommen dürfen, wenn sie aktiv am demokratischen Neuaufbau mitarbeiten. „Wir verlangen nicht den negativen Nachweis des Nichtbelastetseins, des Neutralseins, sondern den positiven Nachweis des Mitmachens.“ — 1949 kehrten viele Professoren an die TH

42 A.G. Stachanow hatte 1935 in einer Schicht 14 Tagesnormen geschafft, der Häuer Adolf Hennecke aus dem erzgebirgischen Steinkohlenbergbau erfüllte am 13.10.1948 die Tagesnorm mit 387 %.

43 Geschichte der DDR, a. a. O., S. 105.

44 Unentgeltlicher, kollektiver Arbeitseinsatz, ursprünglich an „Sonnabenden“ (cy66opa = Sonnabend) stattfindend, von Lenin 1919 in Sowjetrußland eingeführt.

45 Ausgebildeter Volksschullehrer, im Ersten Weltkrieg preußischer Leutnant der Reserve, während des Kapp-Putsches militärischer Leiter der Roten Ruhrarmee, 1924 – 1946 im Dienste der UdSSR, seit 1932 KPdSU-Mitglied, während des Spanischen Bürgerkrieges als „General Gómez“ legendär geworden, 1950 Minister für Staatssicherheit der DDR.

46 Zitat nach Ilko-Sascha Kowalczyk, Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003, S. 119.

Dresden zurück, die 1945 wegen ihrer NSDAP-Mitgliedschaft entlassen worden waren. Über die NSDAP-Funktionen der späteren Rektoren Kurt Pommer, Horst Peschel, Werner Gruner und Kurt Schwabe informiert im Einzelnen das „Braunbuch DDR“ von Olaf Kappelt.

Nach der Wiedereröffnung der Universitäten hatten die politische Indoktrination und die Angst vor Repressalien zum Exodus von bürgerlich-demokratisch gesinnten Professoren und Studenten geführt. 1948 öffnete in Westberlin eine Freie Universität (FU Berlin) ihre Tore. Diese Neugründung einer Universität war durch die Relegation von Studentenvertretern der seit 1810 bestehenden Berliner Universität ausgelöst worden. – Von den Leipziger renommierten Gelehrten, die ich in der Bilanz des Frühjahrs 1945 aufgezählt hatte, blieben schließlich nur die beiden Germanisten Frings und Korff an ihrer alma mater Lipsiensis. Die zahlreichen Abwanderungen aus Leipzig gefährdeten die Aufrechterhaltung des universitären Lehrbetriebs. Um dieser Gefahr zu begegnen, berief die DZVV im Benehmen mit der SMAD kommunistische Emigranten als Professoren nach Leipzig: Ernst Bloch, Hermann Budzislawski, Wieland Herzfelde, Gerhard Eisler, Julius Lips, Hans Mayer u. a.

Alle strukturellen Neuerungen, die 1950 an den DDR-Hochschulen eingeführt wurden, orientierten sich ausnahmslos am sowjetrussischen Muster. Ich zähle sie nur auf: Parteilehrjahr, FDJ-Schuljahr, gesellschaftswissenschaftliches Minimal-Lehrprogramm für alle Fakultäten, Fernstudium (russische Bezeichnung: заочное обучение). Eine einschneidendere Abkehr von der deutschen Universitätstradition fand 1951/52 im Zuge der II. Hochschulreform statt. Doch diese liegt außerhalb des gesetzten zeitlichen Rahmens für diesen Beitrag. Der folgende letzte Teil bleibt inhaltlichen Aspekten der Sowjetisierung der Hochschulen vorbehalten.

Die meisten Deutschen in der SBZ waren keine Kommunisten und konnten im Sommer 1945 nicht vorhersehen, was sie in den nächsten Jahren erwartete. Die Fäden nahmen die aus Moskau heimgekehrten Kommunisten in die Hand und zogen sie nach der Ulbrichtschen Direktive: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“⁴⁷

Demokratisierung der Hochschulen und Literaturverbote

Gemäß der in Moskau gegebenen Weisung wurden in der SBZ sogleich nach dem Zusammenbruch des NS-Reiches vier Parteien gegründet – KPD, SPD,

47 Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Neuauflage, Köln 1987, S. 317.

CDU, LDP – und bereits im Juli 1945 eine antifaschistisch-demokratische Einheitsfront gebildet. Gemeinsam verpflichteten sich die vier Parteien zur „Herstellung voller Rechtssicherheit auf der Grundlage eines demokratischen Rechtsstaates“ und zur „Sicherung der Freiheit des Geistes sowie zur Achtung vor jeder religiösen Überzeugung und sittlichen Weltanschauung“.⁴⁸ Die aus der UdSSR zurückgekehrten Funktionäre etablierten eine deutsche Kulturvereinigung „zum Zwecke einer geistigen Wiedergeburt Deutschlands“. Das Konzept war schon 1944 in Moskau zwischen Johannes R. Becher, Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht erörtert worden, und Becher stellte den Antrag an die SMAD, einen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (KB) zuzulassen. Auf der Gründungskonferenz am 4. Juli 1945 wurden ein Manifest und Leitsätze beschlossen. Sie betonten die Überparteilichkeit des KB, dem es darum gehe, die Naziideologie zu überwinden und die Wahrheit zu verbreiten. Der KB wolle „die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes, wieder erwecken und ein neues deutsches Geistesleben begründen“. Viele Geistesschaffende, die die NS-Diktatur in innerer Distanz zur NS-Ideologie überlebt hatten, nahmen den Wortlaut dieser Proklamation für bare Münze und waren gern bereit, im KB mitzuarbeiten, neben Literaten und Künstlern auch renommierte bürgerliche Gelehrte der Universität Leipzig und Professoren der TH Dresden. – Auf Initiative von Becher gab der KB ab September 1945 die kulturpolitische Monatszeitschrift „Aufbau“ heraus. Im Februar bzw. Mai 1946 kamen die Zeitschriften „Einheit“ und „Neue Welt“ hinzu. Diese drei Zeitschriften⁴⁹ dienten einer geistigen Erneuerung im Sinne der Kulturpolitik der Besatzungsmacht. – Die durch die Erlebnisse des Krieges gläuterte akademische Jugend war froh, der ideologischen Bevormundung des Naziregimes entkommen zu sein, und bemühte sich mit großem Engagement, trotz größter materieller Not, den verheißungsvollen demokratischen Neubeginn mit einem regen geistig-kulturellen Leben zu gestalten. Die Anträge auf Zulassung von katholischen und evangelischen Studentengemeinden an den Universitäten wurden 1946 von der SMAD genehmigt – unter der Bedingung rein religiöser Betätigung. (Erst Jahre später, als die DDR 1952 den Aufbau des Sozialismus proklamierte, diffamierte man die „Junge Gemeinde“ als staatsfeindliche Organisation.) Hinter der Maske der öffentlich proklamierten „Demokratisierung“ ging es jedoch darum, „eine prinzipienfeste und zugleich

⁴⁸ Ebd., S. 357.

⁴⁹ Hans-Christoph Rauh, Zwischen Entnazifizierung und Stalinisierung, in: Volker Gerhardt / Hans-Christoph Rauh (Hrsg.), Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern, Berlin 2001, S. 69 – 118.

elastische Politik durchzusetzen, die darauf gerichtet war, die Intelligenz aus der Partnerschaft mit der Bourgeoisie zu lösen, sie als Verbündete der Arbeiterklasse zu gewinnen und zugleich aus deren Reihen eine neue, junge Intelligenz zu schaffen.“⁵⁰

Entsprechend der in den ersten Jahren Sowjetrusslands geübten Praxis wurde in der SBZ sogleich nach der Machtübernahme 1945 begonnen, das bolschewistische „Prinzip der Informationszuteilung und Wissensüberwachung“ zu verwirklichen. Jeder Einzelne sollte nur das Wissen über allgemeine Zusammenhänge erlangen, das die Partei- und Staatsorgane ihm als Rädchen im gesellschaftlichen Getriebe zur Lösung der ihm zugewiesenen Aufgaben zubilligte. Die Partei legte fest, wie viele und welche Informationen den „werk-tätigen Massen“ zuträglich seien. Funktionsträgern des Regimes ließ man zusätzliche Informationen, sorgfältig dosiert gemäß dem Rang in der Funktionshierarchie, zukommen. Die „Leitungskader“ hüteten mit Argusaugen ihren Informationsvorsprung gegenüber ihren Unterstellten und konnten ihn nutzen, um das eigene geistige Unvermögen zu verdecken.

Noch vor Konstituierung der neuen Landesverwaltungen wurden Listen von Büchern zusammengestellt, die abzuliefern waren und deren privater Besitz unter Strafe gestellt wurde. Als ein erster Ablieferungsschlussstermin war in Dresden der 16. Juli 1945 festgesetzt worden⁵¹. In den Folgejahren wurden diese Verbote mit größter bürokratischer Gründlichkeit präzisiert und durchgesetzt. Man kann sie heute unter dem Schlagwort „Leipziger Listen der aus-zumerzenden Literatur“ im Internet nachschlagen. Zusätzlich zu Gruppenverboten – die beispielsweise alle zwischen 1933 und 1945 gedruckten Schulbücher oder die Schriften über den Versailler Vertrag betrafen – enthält die Aussonderungsliste⁵² vom 1. April 1946 im Einzelnen aufgeführte Titel im Umfang von 13.223 Büchern und 1.502 Zeitschriften. Im Nachtrag vom 1. Januar 1947 werden einzeln zusätzlich aufgeführt 4.739 Bücher und 98 Zeitschriften, im Nachtrag vom 1. September 1948 zusätzlich 9.906 Titel. Im Nachtrag vom 1. Juli 1952 steht schließlich der Hinweis, dass die Listen nur als Beispiele gelten können. Man erwartete von Bibliothekaren und Buchhändlern, dass sie sich im Sinne der Listen eigene Urteile bildeten und dementsprechend weiter aussonderten. – Nach dem Kriege verschwanden die Werke der meisten großen Philosophen und Denker – genannt seien Nietzsche, Schopenhauer, Kier-

50 150 Jahre TU Dresden. Festschrift, Berlin 1978, S. 170.

51 Victor Klemperer, Tagebucheintrag vom 16.7.1945.

52 Auf Anweisung der Abteilung Volksbildung der SMAD herausgegeben von der DZVV in der SBZ, Berlin 1946.

kegaard – aus den allgemein zugänglichen Bibliotheksbeständen. (Nur „für wissenschaftliche Zwecke“ mit schriftlicher Genehmigung der Dienststelle durfte man die Schriften der Philosophen aus den „Giftschränken“ der wissenschaftlichen Bibliotheken entleihen.) Selbst der bei der Jugend beliebte Karl May war verboten und seine Romane als „Schundliteratur“ abqualifiziert worden. Trotz allem waren die Bücherverbote in der SBZ weniger umfassend als in der Sowjetunion. Insbesondere war dort der Privatbesitz von Bibeln verboten, hier aber erlaubt. – Ab Juni 1948 waren deutsche Zeitungen, die in den westlichen Besatzungszonen gedruckt wurden, für Normalbürger in der SBZ nicht mehr erhältlich. Die Informationsgewinnung aus westlichen Medien (einschließlich Rundfunksendungen) war untersagt, die Informationsverbreitung musste sich deshalb konspirativer Formen bedienen. Im Falle der „Entlarvung“ hatte man mit drakonischen Straf- und Erziehungsmaßnahmen zu rechnen. Das Geschichtswissen in den Köpfen der einzelnen Bürger erschien den Machthabern verständlicherweise besonders problematisch und suspekt. Daher ordneten sie vorsorglich an, dass das Fach Geschichte im 1. Jahr nach der Wiedereröffnung der Universitäten überhaupt nicht gelehrt werden durfte. – Die Literaturzensur wurde später in der DDR andersherum praktiziert: Statt der Listen von verbotener Literatur druckte man überschaubarere Listen der erlaubten Druckerzeugnisse, die bei der illegalen Päckchen- und der legalen Zollkontrolle benutzt wurden. Was nicht auf der Liste stand, wurde konfisziert. Ein persönliches Beispiel aus der Zeit um 1980. Ich wünschte mir ein „Novum Testamentum Latine“. Verwandte wollten meinen Wunsch erfüllen, schlugen das Büchlein schön ein und legten es in ein „Weihnachtspaket aus dem Westen“. Die Päckchen-Kontrolleure fanden den Buchtitel nicht auf ihrer Liste und mussten das Werk daher konfiszieren. So entschied mein vormundschaftlicher Staat, was für mich zu Weihnachten bekömmlich sei. Ein Päckchen Bohnenkaffee? Ja. Ein lateinisches Neues Testament? Nein.

Die Leipziger Senatsprotokolle des Jahres 1946 zeugen vom Ringen der bürgerlichen Professoren um einen demokratischen Wiederaufbau der Universität. Sie wurden dabei in der lokalen Presse, die der Universitätsleitung unsachgemäße Amtsführung unterstellte, angegriffen. Kommunistische Universitätsangehörige wie Dr. Hermann Ley und Dr. Friedrich Behrens hatten Studenten aufgeputscht. Das Verhältnis zwischen dem Leipziger Senat und der Landesverwaltung war sehr angespannt. Schließlich fand am 20. November 1946 eine Aussprache des Senats mit den führenden kommunistischen Bildungspolitikern der SBZ statt. Angereist waren Paul Wandel und Robert Rompe von der DZVV aus Berlin, Staatssekretär Herbert Gute von der sächsi-

schen Landesregierung. Die elfseitige Niederschrift der Senatssitzung⁵³ macht den Disput nacherlebbar. Präsident Wandel verallgemeinerte die angebliche Krise der Universität zur Krise des ganzen Volkes. „Aus dieser Universität sollten neue Menschen hervorgehen, die nicht nur gute Spezialisten seien, sondern Menschen, die dem Volke ein neues Gesicht gäben...“ Auf Seiten des Senats ergriff neben dem Rektor Gadamer vor allem der dialektisch versierte Professor Litt⁵⁴ das Wort. Er erklärte, dass „Angriffe gegen die Universität von Kräften aus dem Hintergrund erfolgt“ seien, und mutig bot er den SED-Hochschulpolitikern Paroli.

Alte und neue Intelligenz

1948, als Gadamer, Litt und andere der SBZ schon den Rücken gekehrt hatten, wurde kein Hehl mehr daraus gemacht, auf welchem Wege man zur „Demokratisierung an den Hochschulen“ kommen wolle⁵⁵ und was man von den bürgerlichen Professoren hielt: „Zur Demokratisierung der Hochschulen gibt es zwei Wege. Der erste Weg wäre, alle reaktionären Professoren und Dozenten an den Hochschulen zu entfernen und die Studenten von einem demokratischen Lehrkörper demokratisch erziehen zu lassen. Dieser Weg wäre gut, wenn wir die entsprechenden Lehrkräfte hätten. Da es aber an diesen fehlt, müssen wir den zweiten Weg gehen, nämlich den, unsere von der marxistischen Ideologie am besten überzeugten Studenten zu den fachlich besten Professoren zu schicken, damit sie sich deren Fachwissen schnellstens aneignen und in kurzer Zeit selbst lehren können. Wir müssen also das Wissen reaktionärer Lehrkräfte so lange ausnützen, bis wir durch sie den entsprechenden Nachwuchs herangebildet haben. Damit diese Studenten von ihren Professoren nicht im reaktionären Sinne beeinflusst werden können, ist es notwendig, sie ideologisch zu stärken, indem wir sie während der Ferien auf die Kreissparteschulen schicken.“

In praxi wurde in der SBZ wiederholt, was schon Lenin in Sowjetrußland vorexerziert hatte. Nach der Oktoberrevolution in Rußland ließ er einen Teil der alten Hochschullehrerschaft, vor allem praktische Physiker und Ingenieure – sofern sie sich zu den Bolschewiki loyal verhielten – nicht liquidieren,

53 Uni-Archiv Leipzig, Senatsprotokolle von 1946 bis 1949.

54 Theodor Litt (1880 – 1962), bedeutender Kulturphilosoph und Pädagoge, 1931 – 1932 Rektor der Universität Leipzig, 1937 vorzeitig in den Ruhestand versetzt, ab 1947 Professor in Bonn.

55 Sozialistische Tribüne 6/1948, S. 13 (zitiert nach Rauh, a. a. O., S. 71 f.).

sondern sogar mit Privilegien versorgen, weil der Aufbau des „Kommunismus = Sowjetmacht + Elektrizität“ ohne Ingenieure nicht möglich war. Lenin schrieb, man müsse sie „wie seinen Augapfel hüten“, und zwar so lange, bis die „alte bürgerliche Intelligenz“ durch eine „neue Intelligenz“ abgelöst werden könne.

Die teils schon recht betagten bürgerlichen Professoren in der SBZ wurden für ihre Loyalität mit extrem hohen Sondergehältern belohnt. „Einzelverträge“ sicherten ihnen privilegiertes Wohnen, Telefonanschluss, Studienberechtigungen für die erwachsenen Kinder und anderes zu. In den Nachkriegsjahren, in denen die übrige Bevölkerung mehr als in den Kriegsjahren hungerte, erhielten diese Professoren üppige Verpflegungspakete, sogenannte „Pajoks“⁵⁶. Die Professorenschaft genierte sich nicht, über diese Köder, die ihnen die Besatzungsmacht zuwarf, auch im Senat ausgiebig zu sprechen.

Ein Zitat aus dem Protokoll der Leipziger Senatssitzung vom 5. Dezember 1947:

„Senatsbeschluss zu Pajokfragen: Das Rektorat solle bei der Landesregierung Sachsen vorstellig werden, dass für vollständige und regelmäßige Lieferung des Pajoks gemäß dem entsprechenden Befehl der SMA zu sorgen sei. Die Verteilung des Pajoks solle durch die bei der Stadt Leipzig bestehende Auslieferungsstelle erfolgen.“

Schließlich wurde die Errichtung einer Verkaufsstelle für die Professoren verlangt, in der sie ihre Lebensmittelsonderzuteilungen regelmäßig bei Beginn der Monatsdekaden ohne besonderen Aufruf in Empfang nehmen können.

Die Rolle der 1946 gegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten („Gewifa“) bei der Sowjetisierung der Hochschulen beschrieben die arrivierten DDR-Historiker später so⁵⁷:

„Die Ausbildung von politisch verantwortungsbewußten und wissenschaftlich qualifizierten Kadern für den antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau war für die revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse von erstrangiger Bedeutung. ... Als entscheidende politische und ideologische Kraft innerhalb der SED-Betriebsgruppe hatte die „Gewifa“ ... entscheidenden Anteil an der Zurückdrängung und Zerschlagung des Einflusses der reaktionären Kräfte in der Universitätsleitung, an der Durchsetzung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Kampfpartei an der Univer-

56 Direkte sprachliche Übernahme eines russischen Wortes: паёк, пайка masc. = (Verpflegungs-)Ration.

57 Gerhild Schwendler / U. Feige, Zur demokratischen Neugeburt unserer Universität. Universitätszeitung Leipzig vom 13. Februar 1975, S. 5.

sität sowie bei der Demokratisierung des Studentenrates und beim Aufbau der Freien Deutschen Jugend ...“

Die militante Wortwahl bringt es ans Licht: Die marxistisch-leninistische Ideologisierung und Heranbildung einer neuen Intelligenz wurde in einem revolutionären Kampf gewaltsam durchgesetzt, in dem zerschlagen wurde, was der historischen Mission des Proletariats, vertreten durch die KPdSU (B) und ihre deutsche Landesgruppe SED, im Wege stand oder zu stehen schien.



Hörsaal für Gesellschaftswissenschaft an der Bergakademie Freiberg im Jahre 1956.
(Bundesarchiv, Bild 183-37531-0006 / Foto: Schlegel / CC-BY-SA)

Nicht unerwähnt bleiben darf die „Methode der Kritik und Selbstkritik“, die man aus der UdSSR übernahm und von der behauptet wurde⁵⁸, „eine wesentliche Triebkraft bei der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewusstseins, die Hauptform des Kampfes des Neuen mit dem Alten zur Überwindung nicht antagonistischer Widersprüche auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens“ zu sein. Unter „Selbstkritik“ des Einzelnen verstand man eine Art öffentliche Beichte vor dem Kollektiv, wobei der Einzelne im Detail über sein

58 Kleines Lexikon A-Z, Leipzig 1960.

Verhalten (einschließlich der privaten Sphäre) zu berichten, die begangenen Fehler schonungslos aufzudecken, sich zu den Ursachen seiner Unzulänglichkeiten zu äußern und Besserung zu geloben hatte.

Lernen von der Sowjetunion

Die Verfassung der FDJ verankerte als Grundsatz: „Die FDJ tritt für die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion ein, die die wahren Interessen des deutschen Volkes unbeirrbar vertritt und unser Aufbauwerk uneigennützig unterstützt.“ Um die besondere Bindung zur Sowjetkultur zu pflegen, wurde 1947 eine Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion ins Leben gerufen, die 1949 den Namen „Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ erhielt.

Ab 1948 erschien die „Sowjetwissenschaft“ als eine Zeitschrift mit höchstem wissenschaftlichen Anspruch⁵⁹, drei Jahre später in erweiterten Ausgaben, einerseits in einer gesellschaftswissenschaftlichen und andererseits in einer naturwissenschaftlichen Reihe.

Was die sowjetischen Gesellschaftswissenschaften angeht, so möchte ich mich hier auf eine Aussage des verdienten russischen Militärhistorikers Dmitrij A. Volkogonov (1928 – 1995) beschränken⁶⁰: „Insgesamt waren die Gesellschaftswissenschaften gezwungen, nur noch dahinzuvegetieren. ... Seit Ende der 1930er Jahre durfte nur noch das von Stalin selbst Gesagte kommentiert werden.“ Tausende von Büchern wurden geschrieben und gedruckt, in denen gesellschaftswissenschaftliche Professoren die weisen Lehren des Genius wiederkäuten und mit akademischem Brimborium versahen.

Mathematik, Natur- und Technikwissenschaften wurden von Stalin insgesamt nicht so stark geschädigt, weil sie für ihn rätselhaft-geheimnisvolle und unverständliche Dinge waren. Dennoch blieben auch sie nicht frei von Deformationen, und Fachwissenschaftler mussten Repressalien erleiden. Innerhalb der Naturwissenschaften liefert die Sowjetbiologie mit dem Lysenkoismus ein besonders eindrucksvolles, besser gesagt, bedrückendes Beispiel für eine staatlich geförderte Pseudo-Wissenschaft, die leider auch in der SBZ/DDR übernommen wurde: Trofim D. Lysenko (Трофим Д. Лысенко, 1898 – 1976) trat mit der These hervor, durch Umwelteinflüsse könnten innerhalb einer Generation neue Erbeigenschaften entstehen. Dieses Konzept gefiel Stalin, weil es

⁵⁹ Herausgegeben von Jürgen Kuczynski (1903 – 1997) und Wolfgang Steinitz (1905 – 1967).

⁶⁰ Übersetzung des Verfassers aus S. 157 von Д. Волкогонов, Триумф и трагедия, книга II, часть 2, Москва 1989.

versprach, dass auch Menschen – einmal zu kommunistischen Untertanen-Rädchen geformt – ihre psychischen und charakterlichen Eigenschaften weitervererben würden und so die einmal erfahrene Prägung in künftigen Generationen erhalten bliebe. Lysenkos Hypothesen standen im Widerspruch zu den Erkenntnissen der Genetik. Lysenko gelang es in der UdSSR, die klassische Genetik als „Mendelismus/Morganismus“ zu verteufeln und bedeutendere russische Biologen – den Nestor der russischen Genetik Nikolaj I. Vavilov (1887 – 1943) unter anderen – als „Feinde des Volkes“ zu denunzieren und damit aus dem Wege räumen zu lassen. Lysenkos sämtliche Theorien – auch die über die Jarowisation des Weizens und die vegetative Hybridisation – haben sich nicht bestätigt. Im Biologie-Unterricht in der SBZ und frühen DDR aber wurde Lysenkos Irrlehren viel Platz eingeräumt. Kommunistische deutsche Dichter und Philosophen beteiligten sich an der Verbreitung der Lysenko-schen Irrlehren. Bertolt Brechts Poem „Die Erziehung der Hirse“, das auf 13 Druckseiten Lysenkos Lehren lobt und den weisen Stalin preist, gehörte in meiner Oberschulzeit zum Pflichtstoff des Literaturunterrichts. Der Philosoph Ernst Bloch, der 1949 als Professor in Leipzig implantiert worden war, fühlte sich auch berufen, Partei zugunsten der biologischen Vererbbarkeit erworbener Eigenschaften zu ergreifen. Bloch positionierte sich gegen die Erkenntnisse der klassischen Genetik und bekannte sich⁶¹ zu Lysenkos Lehre, und zwar mit dem nebulösen Argument, es läge „hier ein bremsendes, dort ein förderndes Verhalten zum Entwicklungsgedanken zugrunde. Ja, der Atem der Parteilichkeit reicht sogar in die entscheidenden Kontroversen der Mathematik und Physik. Durchaus parteilich macht sich in beiden der idealistische oder aber realistische Ausgangspunkt geltend;...“. Blochs letzte Sätze deuten an, dass es viele weitere naturwissenschaftliche Forschungsfelder gab, in denen moderne naturwissenschaftliche Erkenntnisse zunächst als bürgerlich-dekadent eingestuft und seriöse Forschungsarbeiten untersagt oder behindert wurden. Dies trifft insbesondere für die Relativitätstheorie, die nichtlineare Systemtheorie und die Kybernetik zu. Die Kybernetik, mein eigenes Forschungs- und Lehrgebiet, wurde um 1950 als eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten diffamiert⁶²: „Diese modische Pseudothorie, die von einem Grüppchen amerikanischer ‚Gelehrter‘ ins Leben gerufen worden ist, erhebt den Anspruch, alle zentralen wissenschaftlichen Probleme zu lösen und die

61 Ernst Bloch, Parteilichkeit in Wissenschaft und Welt, in: Aufbau, Heft 7 / 1951, S. 593 ff. (zitiert nach Gerhardt / Rauh, a. a. O., S. 114).

62 Neue Welt, Mai-Heft 10/ 1952, Artikel: Die Kybernetik – eine neue ‚Wissenschaft‘ der Obskuranten (zitiert nach Gerhardt / Rauh, a. a. O., S. 96 f.).

Menschheit von allen sozialen Heimsuchungen befreien zu können. Die kybernetische Epidemie hat die verschiedensten Wissensgebiete ergriffen, darunter die Physiologie, die Psychologie, die Soziologie, die Psychiatrie und die Linguistik.“

Zum Schluss sei daran erinnert, dass die Erziehung zum neuen Menschen im Sinne der bolschewistischen Ideologie nicht nur mit dem Leseverbot nicht-marxistischer Autoren und der Verbreitung von Irrlehren verbunden war. Die kommunistischen Partei- und Staatsorgane versuchten, alle Lebensbereiche zu okkupieren. In der SBZ wurde eine Erziehungs- und Gesinnungsdiktatur nach sowjetischem Muster aufgebaut. Die führenden Genossen verlangten nicht nur tolerierende Loyalität gegenüber der Staatsmacht in der Öffentlichkeit, sondern als Gegenleistung für ihre umfassende Zwangsbetreuung erheischten sie unverbrüchliche Treue, begeisterte Zustimmung und Jubel der Massen. Praktisch konnten die „Partei-Führer“ ihre Macht aber nur mit exzessiver Gewalt errichten und erhalten, die die so geführten Massen in ständige Furcht vor Repressionen versetzte und zu einem Leben mit der Lüge nötigte.

Opfer der Sowjetisierung

Jahrzehntelang haben wir DDR-Bürger nicht gewagt, in der Öffentlichkeit nach den in der SBZ „Abgeholt und Verschwundenen“ zu fragen, obwohl diese doch Mitschüler, Kommilitonen oder Arbeitskollegen von uns oder unseren Eltern waren. Heute gibt es noch immer keine vollständigen Zahlenangaben über die in den Jahren nach Kriegsende auf dem Territorium der SBZ vom NKWD verhafteten deutschen Zivilisten. Erfreulicherweise wurden während des letzten Jahrzehnts in der Dokumentationsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten relevante Daten⁶³, die größtenteils aus russischen Archiven stammen, zusammengestellt und ausgewertet.

Die meisten vom NKWD (in Zusammenarbeit mit deutschen Spitzeln und der politischen Polizei K5) Verhafteten und in eines der elf NKWD-Speziallager auf SBZ-Territorium Verbrachten standen nie vor einem Richter. Die Gruppe der Nichtverurteilten⁶⁴ umfasst ca. 150.000 Personen aus allen sozialen Schichten, darunter etwa 14 Prozent Frauen und etwa 7 Prozent Jugendliche unter 18 Jahren. Ungefähr ein Drittel der Lagerhäftlinge starben infolge der katastrophalen Haftbedingungen im Lager, unter ihnen zwei Professoren

⁶³ Klaus-Dieter Müller in Prieß, a. a. O., S. 9 – 20.

⁶⁴ Dokumentationsstelle der Sächsischen Gedenkstätten, zitiert nach Prieß, a. a. O., S. 16 f.

der TH Dresden, Herbert Schelcher und Hans Mehlig, deren Leben 1946 im Speziallager Nr. 1 in Mühlberg an der Elbe endete.

Etwa 50.000 deutsche Zivilisten wurden von sowjetischen Militärtribunalen (SMT) nach dem berüchtigten Art. 58 des Strafgesetzbuches RSFSR (aus dem Jahre 1926!) verurteilt, davon 15 Prozent zum Tode. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion konnten Rehabilitationsanträge gestellt werden, die fast immer positiv beschieden wurden. Mehr als 90 Prozent der SMT-Urteile wertete die Moskauer Militärstaatsanwaltschaft als rechtlich grundlos und hob sie auf. Bei den von der Besatzungsmacht inhaftierten, aber nicht verurteilten Deutschen fehlt die rechtliche Grundlage zu ihrer offiziellen Rehabilitation.

Im April 1947 wurde die Todesstrafe in der UdSSR aufgehoben. Danach verhängte man als Regelstrafe 25 Jahre oder zehn Jahre Arbeitslagerhaft. Von den verurteilten Deutschen kam die Mehrzahl nicht in eines der zahlreichen Zwangsarbeitslager in der UdSSR, sondern sie verbüßten ihre Strafe in NKWD-Lagern auf SBZ-Boden. Im Januar 1950 wurde die Todesstrafe für „Vaterlandsverräter, Spione, Schädlinge und Diversanten“ in der UdSSR wieder eingeführt. Auf dieser Rechtsgrundlage verurteilten SMT in der DDR fast 1.000 DDR-Bürger, die aus allen sozialen Schichten stammten, zum Tode. Das Urteil wurde in Moskau vollstreckt.⁶⁵ Von den Dresdner Studenten wurden Heinz Just, Friedrich Prautsch und Wolfgang Heinrich im Moskauer Butyrka-Gefängnis erschossen, ihre Leichen auf dem Friedhof Donskoje eingäschert und in einem Massengrab verscharrt; aus der Leipziger Studentenschaft Herbert Belter (ein Gewifa-Student!), Heinz Baumbach, Heinz Eisfeld, Helmut Paichert, Gerhard Rybka und Axel Schroeder⁶⁶. Aber auch Studentinnen wurden nicht verschont. Eine Dresdner Studentin will ich hier nennen, weil ihr Leidensweg meines Wissens in Dresden bisher völlig unbeachtet blieb. Christa Aurig⁶⁷ (geb. 1930, gelernte Schneiderin, verhaftet am 28. Dezember 1949 in der mütterlichen Wohnung in Dresden, gemäß dem oben angegebenen Artikel 58 zu zehn Jahren Straf- und Besserungslager verurteilt) starb am 30. Juni 1952 an „Herzlähmung“ in der zweiten Ziegelei des Lagers Vorkuta in Sibirien nördlich des Polarkreises. Im August 2001 rehabilitierte sie die russische Generalstaatsanwaltschaft.

65 Arsenij Roginskij (Hrsg.), „Erschossen in Moskau...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005.

66 Karl Wilhelm Fricke, Der frühe Widerstand in der SBZ/DDR, in: Gerald Wiemers (Hrsg.), Der frühe Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands SBZ/DDR, Leipzig 2012, S. 25–37.

67 Jörg Rudolph / Frank Drauschke / Alexander Sachse, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus in Sachsen 1950–1953, Leipzig 2007, S. 26.

Über Jahrzehnte bemühten sich die kommunistischen Führer in Moskau und Ostberlin, die blutigen Spuren der Sowjetisierung Ostdeutschlands unsichtbar zu machen – mit großem Erfolg. Das ganze Ausmaß der Verbrechen des Sowjetsystems trat erst allmählich, beginnend mit dem Glasnost-Wagnis und dem Perestroika-Versuch in der Sowjetunion, zutage. Das zum Zwecke der kommunistischen Erziehung zu neuen Menschen geschehene Unrecht kann nicht mehr rückgängig gemacht werden. Über den geistigen Nährboden, in dem dieses Unrechtssystem wurzelte, die bolschewistische Ideologie des Marxismus-Leninismus, besteht jedoch weiterhin Aufklärungsbedarf.

Günther Heydemann

Die Usurpierung akademischer Freiheit im deutschen Realsozialismus: Die Universität Leipzig in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1989/90

I

Die schrittweise Entmachtung von Rektorat und Senat, Fakultäten und Institutionen der Universität Leipzig, der zweitältesten Universität Deutschlands (gegründet 1409), die schließlich zum Verlust ihrer traditionellen Hochschulautonomie führte, ging vor allem auf den wachsenden Einfluss der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) zurück. Diese war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im April 1946 aus einer Zwangsfusion von Kommunisten und Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) entstanden. Überzeugt von der eigenen Mission und versehen mit der politisch-ideologischen Rückendeckung durch die Sowjetische Militäradministration (SMAD), einschließlich der Behörden in Berlin und Dresden, gelang es der Partei, Zug um Zug zur eigentlichen und letztlich einzigen universitären Entscheidungsinstanz zu werden, um schließlich eine unangreifbare Machtposition einzunehmen.

Ihre aus heutiger Rückschau errungene, gleichsam „absolutistische“ Machtstellung innerhalb der Leipziger Universität, die sie über nahezu vierzig Jahre innehaben sollte, täuscht jedoch darüber hinweg, wie schwer sich die SED in den Jahren nach Kriegsende realiter tat, diese Position zu erobern. Tatsächlich war sie dafür in personeller wie bildungsmäßiger Hinsicht auch schlecht gerüstet, war doch der überwiegende Teil ihrer Mitglieder nichtakademisch gebildet; nur eine kleine Minderheit hatte eine universitäre Ausbildung absolviert. Die Folge war, dass „die SED-Funktionäre kaum über Erfahrungen in

der Parteiarbeit im Hochschulwesen verfügten“¹. Anfang 1948 wurde daher auf einer Sitzung des SED-Parteivorstandes selbstkritisch moniert: „Es stimmt, dass die meisten unserer Funktionäre sprachlich nicht imstande sind, mit intellektuellen Menschen zu diskutieren. Sie haben eine Unsicherheit im Argumentieren. (...) So wundert es mich nicht, dass dieselben Genossen im Umgang mit Intellektuellen so wenig Erfolg haben. (...) Wir denken auch zu wenig daran, eine bestimmte Eigenart der Intellektuellen zu respektieren. Wir ironisieren ihre Art; wir missachten ihre Gewohnheiten. Wir verstehen nicht, auf ihre Art einzugehen. Wir sehen Äußerlichkeiten, anstatt die Probleme mit diesen Menschen zu diskutieren. Die Mehrzahl unserer Funktionäre spricht in der täglichen Arbeit in den Ländern die Intellektuellen nicht an.“²



(Foto nicht lizenziert)

Wilhelm Pieck (KPD, stehend links), Otto Grotewohl (SPD, stehend rechts) und Walter Ulbricht (vorne rechts) während der Berliner Kreiskonferenz zur Vereinigung der KPD und SPD zur SED am 13. und 14. April 1946. (SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Foto: Abraham Pisarek)

1 So zutreffend Ilko-Sascha Kowalczyk, *Geist im Dienste der Macht. Hochschulpolitik in der SBZ / DDR 1945 – 1961*, Berlin 2003, S. 233.

2 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen im Bundesarchiv (=SAPMO-BArch,) DY 30, IV 2 / 1 / 40, Bl. 244f.: Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 11. / 12.2.1948 im „Zentralhaus der Einheit“.

Ein weiteres Problem kam hinzu: Die Zwangsfusion von Kommunistischer Partei Deutschlands (KPD) und Sozialdemokratischer Partei Deutschlands (SPD) Anfang 1946 hatte zwar zwei „Arbeiterparteien“ zusammengeführt, die jedoch sehr unterschiedliche Organisationsstrukturen aufwiesen. Demzufolge musste eine der zentralen Aufgaben für die anfangs noch paritätische Parteiführung in der SED darin bestehen, der aus der „Vereinigung zweier Arbeiterparteien mit verschiedenartiger Organisationsstruktur entstandenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die endgültige organisatorische Form zu geben, um die vor ihr stehenden Aufgaben auch unter verschiedenen politischen Gegebenheiten zu lösen“³.

Um zu einer einheitlichen Organisationsstruktur zu kommen, griff die SED-Führung auf das Modell der Grundeinheiten in den Betrieben zurück. Da auch die Universität Leipzig nach dem Parteistatut als Großbetrieb galt, erklärte der Bezirksvorstand der Partei die SED-Organisation an der alma mater Lipsiensis am 19. August 1946 zu einer eigenständigen Betriebsgruppe.⁴ Diese Entscheidung ging zurück auf „Richtlinien für den Aufbau von Betriebsgruppen“, die auf der Zentralen Organisationsberatung der SED am 13./14. August 1946 vom Parteivorstand beschlossen worden waren.⁵ Die Gründung der universitätseigenen Betriebsgruppe „war also kein Akt der demokratischen Willensbildung ‚von unten‘“, sondern wurde „von höchster Parteiebene“ aus durchgeführt.⁶ Die konstituierende Mitgliederversammlung der Betriebsgruppe fand indes erst am 17. Oktober 1946 statt.⁷

Um die verschiedenen Gruppen an der Universität anleiten zu können, wurden Beauftragte für die „sozialistische Dozentenschaft“, für das „sozialistische Universitätspersonal“ und für die „sozialistische Studentenschaft“ ernannt. Gleichzeitig richtete man neben den verschiedenen Referaten, welche die gewählten Mitglieder der Parteileitung übernahmen (Politische Leitung, Orga-

3 Rede von Franz Dahlem auf der Tagung des SED-Parteivorstands am 23.1.1947, zit. nach Andreas Herbst u. a., *Die SED. Geschichte-Organisation-Politik*. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 561 – 564, hier S. 562.

4 Hierzu detailliert Tilmann Pohlmann, *SED-Parteorganisation an der Universität Leipzig/Karl-Marx-Universität von 1946 bis 1961*, Staatsexamensarbeit, Leipzig 2009, S. 12 f. (Die folgenden Quellenangaben entstammen Pohlmanns Untersuchung.)

5 Vgl. hierzu auch Günter Uebel/Erich Woitinas, *Die Entwicklung des Parteaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1946 – 1954*, Berlin (O) 1966, S. 11.

6 Pohlmann, a. a. O., S. 13.

7 Vgl. Staatsarchiv Leipzig (=STAL), SED IV/4/14/46, Bl. 16 – 23, SED-PO KMU, Bericht der Leitung der Betriebsgruppe der SED an der Universität Leipzig an Landesvorstand der SED, Abt. Werbung und Schulung, 29.11.1946; Bl. 18. (Zitiert nach Pohlmann, a. a. O., S. 14).

nisation, Hauptkasse etc.), ein Referat „Außenreferenz“ ein, das die Verbindung zu und Koordinierung mit allen weiteren Betriebsgruppen anderer Universitäten und Hochschulen aufrechterhalten sollte; dabei handelte es sich im Übrigen um eine Anordnung der Berliner Parteispitze.⁸ Damit sollte ein reger Informations- und Erfahrungsaustausch unter den universitären Betriebsgruppen in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone gesichert werden. Doch die Betriebsgruppen an den einzelnen Hochschulen litten nach wie vor unter Mitgliedermangel und hatten unter Professoren, Studenten und Personal keinen leichten Stand. So konnte erst im September 1947 eine „Betriebsgruppe Dozenten“ institutionalisiert werden, ebenso die „Betriebsgruppe Personal“. Noch zu Beginn des Jahres 1947 musste festgestellt werden, dass „es noch nicht gelungen ist, die ganze Reihe sozialistischer Dozenten an der Universität organisatorisch zu erfassen“⁹.

Am 13. November 1946 fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der nun „Zentrale Betriebsgruppe“ genannten universitären Parteiorganisation statt, auf der die Bildung von Fakultätsparteigruppen beschlossen wurde. Dadurch sollte gleichsam eine netzartige Organisationsstruktur der Partei an der Universität Leipzig geschaffen werden, um über die Fakultäten als größte fachspezifische Gremien sowohl diese selbst als auch die in ihnen integrierten Institute und Lehrstühle mit ihren Mitarbeitern zu erfassen. Die Fakultätsparteigruppen waren wiederum genau wie die Zentrale Betriebsgruppe der Universität aufgebaut, mit ebenso analogen Referaten und Funktionen. In der Tat stellte die bewusst institutionalisierte Parallelität des Organisationsaufbaus der Partei auch auf Fakultätsebene „ein wesentliches herrschaftspolitisches Steuerungselement der SED dar“¹⁰.

Eine ihrer wichtigsten Aufgaben bestand nicht zuletzt darin, über die politische Stimmung unter den Universitätsangehörigen in den jeweiligen Fakultäten und Instituten zu berichten. Das kam durchaus einer Überwachungsfunktion gleich, schließlich hatte man auf einer Hochschultagung der Partei eigens festgestellt: „Die SED-Hochschulgruppen haben die Pflicht, den reaktionären Elementen an den Hochschulen entschlossen entgegenzutreten und sie der

8 Vgl. ebd., Bl. 20.

9 Chronik: Zur Geschichte der SED-Kreisparteioorganisation Karl-Marx-Universität Leipzig, hrsg. von der Geschichtskommission der SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität und Lutz-Dieter Behrendt, Leipzig 1987, S. 10.

10 So erneut zutreffend Pohlmann, a. a. O., S. 15. Siehe hierzu auch Hans-Uwe Feige, Der Aufbau der SED-Betriebsgruppe an der Universität Leipzig (1945–1948), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung – Kleine Reihe Biographien 26 (1984), S. 247–256.

Landesleitung (= der Partei; G. H.) und der Zentralverwaltung zu melden.“¹¹ Im Sommer 1948 wurde der organisatorisch-strukturelle Aufbau der Partei an der Leipziger Universität schließlich abgeschlossen und analog zur Parteispitze in Berlin ein 16-köpfiges Sekretariat für die Geschäftsführung eingerichtet.

Diese vergleichsweise homogene Organisationsstruktur war an der Universität Leipzig noch kaum gebildet, als die Gesamtpartei erneut einem tiefgreifenden Umwandlungsprozess in eine „Partei neuen Typus“ unterzogen wurde, der auf der 11. Tagung des Berliner Parteivorstands der SED am 29./30. Juni 1948 beschlossen worden war. Nachdem sich die Partei bis dahin zwar dezidiert zum Marxismus, aber eher zurückhaltend zum Leninismus bekannt hatte, wurde nun die politisch-ideologische Wendung zum Marxismus-Leninismus vollzogen und die Umformung in eine marxistisch-leninistische Kaderpartei begonnen.

Diese Umwandlung und Umstrukturierung sollte für die gesamte Entwicklung in der SBZ und späteren DDR höchst folgenreich werden, war damit doch eine erhebliche Verschärfung der politisch-ideologischen Auseinandersetzung verbunden; zudem zielte die SED-Führung nun ganz unverhohlen auf die endgültige Übernahme der Macht in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR ab. In den folgenden Monaten wurde die SED in eine zentralistisch ausgerichtete, hierarchisch aufgebaute Partei umgewandelt; gleichzeitig sollten verstärkte ideologische Indoktrinierung und Homogenisierung, einschließlich einer umfassenden Mitgliederdisziplinierung, ihre politische Effizienz erhöhen.

Begonnen wurde mit einer parteiinternen Säuberung. Mit der Verabschiedung des „Beschlusses für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“¹² sowie der Einsetzung einer Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK) im Herbst 1948 wurde ein umfassender personeller Säuberungsprozess auf allen Parteiebenen und -einheiten in Gang gesetzt. Ziel war jeweils eine in politisch-ideologischer Hinsicht homogene Kaderpartei sowie eine streng hierarchisch ausgerichtete Organisationsstruktur nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“,¹³ der zwar immer zentralistisch, aber niemals demokratisch gewesen ist. Dabei

11 Zitiert nach Kowalczyk, a. a. O., S. 236 (=SAPMO-BArch, DY 30, IV 2/904/6, Bl. 15; Bericht der SED-Hochschultagung vom 14./15.2.1947).

12 Uebel/Woitinas, a. a. O., S. 40.

13 Andreas Malycha, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000, S. 31.

war die Angleichung an das Vorbild der KPdSU unverkennbar: Ab Januar 1949 wurde auf der obersten Ebene ein Politbüro mit Sekretariat eingerichtet, dem sich ab Juli 1950 die Einführung eines Zentralkomitees anschloss. Von nun an wurde Kritik an der Führung der SED, ihrer Politik und ihren Maßnahmen nicht mehr hingenommen, sondern die marxistisch-leninistische Ideologie als einzig „wahre“ Weltanschauung propagiert.

II

Für die zu diesem Zeitpunkt an der Leipziger Universität längst geführte politisch-ideologische Debatte – besonders unter den Leipziger Studenten – bedeutete das eine erhebliche Verschärfung, zumal „feindlich-negative Äußerungen“ gegenüber der SED und ihren Funktionären und Mitgliedern von jetzt an geahndet werden konnten und häufig auch wurden – mit teilweise erheblichen persönlichen Konsequenzen.¹⁴

Denn schon im Herbst 1945 war die Leipziger Studentenschaft in zwei politische Lager polarisiert gewesen: Während die Mehrheit „bürgerlich“, das heißt christlich bzw. liberal eingestellt war, vertrat eine nicht unbeträchtliche Minderheit sozialdemokratische und sozialistisch-kommunistische Positionen. Der im Februar 1947 tatsächlich noch demokratisch gewählte Studentenrat konnte sich gleichwohl auf eine „bürgerliche“ Mehrheit stützen; mit 13 zu 8 Stimmen befanden sich die SED-Mitglieder unter den Studenten in einer klaren Minderheit. Dies war der Sowjetischen Besatzungsmacht und den deutschen Kommunisten natürlich ein Dorn im Auge.

Zugleich wandte sich der „bürgerlich“ ausgerichtete Leipziger Studentenrat gegen die inzwischen von der SED-Universitätsparteileitung massiv unterstützte Immatrikulationspraxis, Studenten aus der Arbeiter- und Bauernschaft einseitig zu bevorzugen. Vor allem der liberale Vorsitzende des Studentenrats, Wolfgang Natonek (1919–1994) geriet zunehmend ins Visier, als er auf einer Tagung im Dezember 1947 öffentlich die Feststellung traf: „Es gab einmal eine Zeit, in welcher der verhindert war zu studieren, der eine nichtarische Groß-

14 Vgl. Günther Heydemann, Sozialistische Transformation. Die Universität Leipzig vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Mauerbau 1945–1961, in: Ulrich von Hehl/Günther Heydemann/Klaus Fitschen/Fritz König, Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, Leipzig 2009, S. 470–503.

mutter hatte. Wir wollen nicht eine Zeit, in der es dem verhindert wird zu studieren, der nicht über eine proletarische Großmutter verfügt“.¹⁵ Nachdem die SED bei den erneuten Wahlen zum Leipziger Studentenrat im gleichen Monat eine weitere, noch schlimmere Niederlage hatte einstecken müssen und das Problem der Zulassung zu den Universitäten in der Sowjetischen Besatzungszone inzwischen weit über Leipzig hinaus zum öffentlichen Streitpunkt geworden war, handelte die Besatzungsmacht, zusammen mit der SED, schnell und entschlossen: In der Nacht vom 12. zum 13. November 1948 wurde Natonek auf offener Straße, zusammen mit 20 weiteren Studenten, verhaftet. Erst im Februar 1949 erschien im Presseorgan der Sowjetischen Militäradministration die knappe Mitteilung, dass Natonek zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sei. Nach Überleben der berüchtigten sowjetischen Speziallager in Bautzen und Torgau kam Wolfgang Natonek erst nach massiven westdeutschen Interventionen im März 1956 wieder frei und siedelte sofort in die Bundesrepublik über. Andere oppositionelle Studenten an der Universität Leipzig erlitten ähnliche Schicksale, einige davon wurden sogar nach Moskau verbracht und im dortigen Gefängnis Butyrka erschossen. Auch ist die Zahl von

(Foto nicht lizenziert)

Wolfgang Natonek (1919–1994), Studentenratsvorsitzender an der Universität Leipzig in den Jahren 1947/1948. (Foto mit freundlicher Genehmigung von Christa Natonek und Lutz Natonek)

¹⁵ Vgl. Jens Blecher/Gerald Wiemers (Hrsg.), *Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945–1955*, Beucha 1998, S. 107.

Studenten, die wegen ihrer kritischen politischen Einstellung gegenüber dem Sozialismus in die Sowjetunion verschleppt wurden, um dort „zur Strafe“ Zwangsarbeit zu leisten, keineswegs gering. Insgesamt wurden 99 Leipziger Studenten verhaftet, wovon acht Studenten hingerichtet wurden und drei während oder an den Folgen der Haft starben. Fast alle erlitten ein lebenslanges Trauma.¹⁶

III

Doch ideologische Verschärfung und innerparteiliche Umstrukturierung sollten auch für die inzwischen an der Leipziger Universität etablierte kommunistische Partei erhebliche Folgen nach sich ziehen. Denn zur Durchsetzung der neuen innerparteilichen „Linie“ wurden ab September 1948 eigens „Partei-kontroll-Kommissionen“ eingerichtet, welche die intendierten Säuberungen innerhalb der SED vorzunehmen hatten.¹⁷ Zudem beschloss man auf dem III. Parteitag im Juli 1950 (20. – 24.7.) ein „verstärktes Vorgehen gegen die bürgerliche Wissenschaft“. Um die Leipziger Universität besser kontrollieren zu können, wurde im Oktober 1950 erstmals ein hauptamtlicher Parteifunktionär mit der Stelle des ersten Vorsitzenden der Universitätsparteileitung betraut, der nicht mehr aus der Universität kam und auch nicht über eine akademische (Aus-)Bildung verfügte; das heißt, politisch-ideologische Linientreue erhielt eindeutige Priorität vor wissenschaftlicher Kompetenz.¹⁸ Die weitere Entwicklung der Partei an der Universität stand im Zeichen des III. Parteitags der SED, der sich ganz dezidiert mit den Universitäten und Hochschulen der jungen DDR befasste, auf dem auch „Grundzüge der Studien- und Hochschulreform in Verbindung mit dem 1. Fünfjahrplan“ beschlossen wurden.¹⁹ Zu deren Umsetzung fand im Dezember 1950 eigens eine zentrale Arbeitstagung der ersten Sekretäre der Parteiorganisationen an den Universitäten mit dem Zentralkomitee (ZK) der SED statt.

Um die Reform an den Hochschulen durchzusetzen, wurden die Unterorga-

¹⁶ Vgl. ebd., S. 335 – 344.

¹⁷ Hermann Weber, *Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946 – 1971*, Hannover 1971, S. 14.

¹⁸ Vgl. ebd.

¹⁹ STAL, SED IV / 4 / 14 / 54, SED-PO KMU, „Thesen über die Entwicklung der Universität von 1945 – 1958“, o. J. (1959), Bl. 202 f.

nisationen der Partei an den Universitäten dem Zentralkomitee unterstellt und waren im Sinne des demokratischen Zentralismus eng an dessen Weisungen gebunden. Entsprechend beschloss man, dass „der erste Parteisekretär der Parteiorganisation der Universität gleichzeitig Parteiorganisator des ZK“ ist, „der Parteiorganisator dem ZK untersteht und nur von ihm abberufen werden kann, aber von der Parteiorganisation gewählt wird“ und „bei irgendwelchen Aktionen die Verbindung mit der Abteilung Propaganda des ZK aufgenommen werden muss“²⁰. In diesem Beschluss kam nicht nur die enge Anbindung der universitären Parteiorganisationen an das ZK zum Ausdruck, sondern auch die große Bedeutung, welche die SED diesen beimaß. Politisch-ideologisch, organisatorisch und nicht zuletzt in personeller Hinsicht konnte die Parteispitze von nun an direkt in die Universität hineinregieren. Das sollte sich bis zur friedlichen demokratischen Revolution von 1989/90 in der DDR nicht mehr ändern.

Mit der „Verordnung über die Neuorganisation des Hochschulwesens vom 22. Februar 1951“²¹, die noch am gleichen Tag als Gesetz (!) erlassen wurde, setzte schließlich ein umfassender Umbruch in den bisher bestehenden Lehr- und Forschungstraditionen an den Universitäten ein, der in der Tat umstürzend gewesen ist, aber ohne den engen Konnex der verschiedenen Parteiorganisationen nicht realisierbar gewesen wäre. Dieser Zusammenhang zwischen Neuorganisation der Parteistrukturen und II. Hochschulreform darf nicht übersehen werden.

Damit die „demokratischen Wahlen“ in der Universitätsparteiorganisation auch im Sinne des ZK verliefen, wurden von der dortigen Abteilung Propaganda eigens „Richtlinien für die Neuwahl der Parteileitungen an den Universitäten und Hochschulen“ erlassen. Diese Wahlen stellten allerdings nur eine Bestätigung der bereits zuvor bestimmten Kandidaten der Partei dar. Zugleich wurde erstmals ein zum Kader des ZK gehörendes Mitglied für die Position des Ersten Sekretärs der SED-Parteiorganisation an die Universität Leipzig abgeordnet. Mit seiner Besetzung kam das Modell der Verankerung von Parteiorganisationen in Betrieben zum Tragen, denn nach Auffassung der Partei galt, wie bereits erwähnt, auch die alma mater Lipsiensis als Großbetrieb.

Wie sehr die SED um eine tiefere Verankerung in der Universität bemüht war, erwies sich im Übrigen auch daran, dass ihr das bisherige System der Par-

20 STAL, SED IV/4/14/27, SED-PO KMU, Protokoll der Arbeitstagung der ersten Sekretäre der Parteiorganisation der Universität Leipzig im ZK der SED, 8.12.1950, Bl. 3.

21 Siegfried Baske/Martha Engelberg (Hrsg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Band 1: 1945 – 1958, Berlin 1966, S. 180 – 184.

teilergruppen auf Fakultätsstufe nicht mehr genügte und stattdessen nun SED-Grundorganisationen auch inner- und unterhalb der Fakultäten geschaffen wurden. Jetzt wurden selbst für Fachrichtungen in den einzelnen Fakultäten, wie zum Beispiel in der Naturwissenschaftlich-Mathematischen oder der Philosophischen Fakultät eigene Grundorganisationen gebildet. Dieses Organisationsprinzip wurde auch auf alle übrigen Institutionen, die „für den Gesamtrahmen der Universität maßgebend sind“, wie es hieß, ausgedehnt, etwa für die Verwaltung, die Universitätsbibliothek und einzelne Institute.²² Doch damit nicht genug. Um die Parteiororganisationen tatsächlich in möglichst alle Bereiche der alma mater zu implementieren, erhielten Fakultäten mit mehr als 200 Mitgliedern, wie beispielsweise die Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) oder die Medizinische Fakultät, jeweils eigene Grundorganisationen auch für die jeweiligen Studienjahre. Damit wurde das Netz der Grundorganisationen der SED noch enger um die Universität geknüpft.



Neubau der Arbeiter- und Bauern-Fakultät der Universität Leipzig im Jahre 1953. (Bundesarchiv, Bild 183-21624-0001 / Illner, CC-BY-SA)

Doch ganz abgesehen von der unverkennbaren „Organisationswut“, die sich in dieser neuerlichen Verdichtung der Parteistrukturen an der Universität mani-

22 STAL, SED Kaderakte Nr. 853, SED-PO KMU, Kaderakte Reinhard Fischer.

festierte, kam darin auch zum Ausdruck, dass sich die SED ihrer Herrschaft über die Universität noch immer nicht sicher war und auch nicht sein konnte. Schließlich sollte durch das nun noch einmal dichter geknüpfte Netz der Zugriff der Partei auf alle Institutionen und Mitglieder der Universität verstärkt werden – nicht zuletzt durch bessere Überwachung und Kontrolle.

Im Oktober 1951 wurden die Leitungen aller Grundorganisationen erneut „gewählt“. Im Anschluss daran fand zwei Monate später die „Wahl“ der neuen Universitätsparteileitung statt, wozu das ZK noch einmal genaue Vorschriften erlassen hatte: „Die neue Parteileitung soll sich aus circa 1 / 3 Professoren, Dozenten und so weiter und 2 / 3 Studenten, Arbeitern und Angestellten zusammensetzen.“²³

Obwohl inzwischen kaum mehr Gefahr bestand, dass etwa „bürgerliche“ Professoren noch größeren Einfluss hatten, zumal die gewählten Professoren und Dozenten allesamt überzeugte Mitglieder der SED waren, zeigte sich an der Zusammensetzung der Parteileitung, dass das personelle Rückgrat jeder Universität, die Professoren- und Dozentenschaft, nur noch eine Minderheit verkörperte. Demgegenüber besaßen Studenten, Angestellte und Arbeiter von nun an eine Zwei-Drittel-Mehrheit, obwohl ein nicht geringer Teil von ihnen über keinerlei oder nur geringe akademische Ausbildung und Erfahrung verfügte. Gleichwohl glaubte man mit der neuen Zusammensetzung der Universitätsparteileitung erstmals die angestrebte „sozialistische Volksuniversität“ zumindest auf der Führungsebene realisiert zu haben. Das wurde auch mit einer neuen Namensgebung zum Ausdruck gebracht. Ohne vorherige Diskussion unter den Angehörigen der Universität Leipzig war die ehrwürdige *alma mater Lipsiensis* durch einen Beschluss der SED am 5. Mai 1953 in „Karl-Marx-Universität Leipzig“ umbenannt worden.

Im Zusammenhang mit der II. Hochschulreform, von der im Anschluss noch genauer zu reden ist, war damit ein fünfjähriger organisatorisch-struktureller Transformationsprozess zum Abschluss gekommen. Einerseits war es der SED gelungen, in den entscheidenden universitären Positionen und Gremien, das heißt dem Rektorat, dem Senat, den Dekanaten und Fakultäten, ihren gewichtigen Einfluss geltend zu machen; andererseits besaß sie mit der Errichtung von Grundorganisationen bis auf Strukturen inner- bzw. unterhalb der Fakultätsebene nun Überwachungs-, Steuerungs- und Zugriffsmöglichkeiten, die ihr die Dominanz sicherten. Diese „Doppelstruktur“ musste ihr

23 STAL, SED IV / 4 / 14 / 19, SED-PO KMU, Protokoll der Sitzung der Universitätsparteileitung, 31.8.1951, Bl. 19.

naturgemäß eine kaum mehr angreifbare Machtposition einräumen – nicht zuletzt auch gegen die schweigende Mehrheit der Professoren, Dozenten und Studenten. Dafür sorgten auch ihre circa 3.000 Mitglieder, über welche die SED ab 1950/51 an der Leipziger Universität verfügte.²⁴ Im Jahre 1956 ergab sich daraus „folgende zahlenmäßige Struktur: 36 Grundorganisationen (Medizin allein 13) sowie 254 Parteigruppen“.²⁵



(Foto nicht lizenziert)

Festveranstaltung zur Umbenennung der Leipziger Universität in Karl-Marx-Universität am 5. Mai 1953. Unter den Teilnehmern der Festveranstaltung sind Martin Andersen Nexö (rechts) und Paul Fröhlich (2. von rechts). (SLUB Dresden / Deutsche Fotothek / Foto: Roger Rössing und Renate Rössing)

24 STAL, IV / 4 / 14 / 46, SED-PO KMU, Bericht der Universitätsparteileitung an die Landesleitung in Sachsen, o. J. (1951), Bl. 48.

25 Vgl. Kowalczuk, a. a. O., S. 247.

IV

Nach Abschluss des parteiinternen Umstrukturierungsprozesses ging die SED an der Universität Leipzig daran, die eigentliche „Parteiarbeit“ zu intensivieren. Deren Grundlage stellten sowohl Arbeitspläne als auch Berichte dar. Was insbesondere Letztere betraf, herrschte ein rigides System vor: „Spätestens 2 Tage nach dem angegebenen Termin, bei laufenden Aufgaben bis zum Monatsende, reichen die verantwortlichen Genossen einen Bericht über die Erfüllung der im Arbeitsplan gestellten Aufgaben an den Genossen Organisationsleiter ein.“ Arbeitspläne und Berichte sicherten „das funktionsgebundene Agieren jedes einzelnen Funktionärs“; sie gehörten zu den Kernpunkten der „Anstrengungen, um unsere Partei zu einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei zu machen“.²⁶

Darüber hinaus fanden alle zwei Wochen „ordentliche Leitungssitzungen“ statt. Die „Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse“, „Kaderfragen“ sowie nicht zuletzt die „Einschätzung der massenpolitischen Stimmung und der Stand der Agitationsarbeit“ stellten dabei feststehende Tagesordnungspunkte dar.²⁷ Um die Parteiarbeit in den Grundorganisationen der SED überwachen zu können, war jedem Leitungsmitglied eine Grundordnung zugeordnet. Auf diese Weise konnten die mittleren und unteren Ebenen der SED in der Universität kontrolliert werden. Dementsprechend sollten die Leitungsmitglieder für die „Klarheit, Festigkeit und ideologische Einheit und Reinheit in der einzelnen Grundorganisation“ sorgen.²⁸ Damit nicht genug, hatten die Leitungen der Grundorganisationen der SED an Sitzungen der Universitätsparteileitung zu erscheinen, um über die jeweilige „Lage“ an ihrer Fakultät bzw. Facheinheit Bericht zu erstatten. Nicht selten wuchsen sich solche Berichterstattungen zu regelrechten Verhören aus. Analog zum hierarchischen Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus sollte Klarheit darüber herrschen, dass „die Festigung der Grundorganisationen der entscheidende Schlüssel (...) für die

26 Vgl. STAL, SED IV / 4 / 14 / 49, SED-PO KMU, Arbeitsplan der Universitätsparteileitung für das Studienjahr 1950 / 51, 27.9.1950, Bl. 1 – 3, passim.

27 Vgl. STAL, SED IV / 4 / 14 / 32, SED-PO KMU, Beschluß über die Arbeitsweise der Universitätsparteileitung, 4.1.1957, Bl. 1 f.

28 STAL, SED IV / 4 / 14 / 06, SED-PO KMU, Schlusswort Wolfgang Heinkes auf der Delegiertenkonferenz der SED, o. J. (April 1958), Bl. 314. Heinke hatte nach den Ereignissen vom 17. Juni 1953 das Amt des Ersten Vorsitzenden der Universitätsparteileitung von Reinhard Fischer übernommen.

Lösung der weiteren Aufgaben an der Universität“ ist.²⁹ Demgemäß hatten die Grundorganisationen laufend Monatsberichte über ihre Aktivitäten, das Parteilehrjahr und die Mitgliederversammlungen und anderes mehr anzufertigen.³⁰

Aber auch das reichte der Parteiführung nicht aus. Zusätzlich wurde ein Instruktorsystem installiert. Als von der Universitätsparteileitung jeweils eingesetzte „ideologisch gefestigte“ Funktionäre waren sie „der verlängerte Arm der Leitung und ein Mittel der lebendigen Verbindung der Leitung mit den Grundorganisationen und den unteren Parteieinheiten“.³¹ Sie wurden immer dann eingesetzt, wenn es galt, „den schwächeren Grundorganisationen der Partei an der Universität zu helfen“.³² So stammten einsatzfähige Instruktoren meist aus mitgliederstarken und parteiideologisch „gefestigten“ Grundorganisationen, insbesondere aus den Geistes- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten. Sie wurden häufig in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern eingesetzt, weil die marxistisch-leninistische Ideologie – und mit ihr die Partei – dort noch am wenigsten Fuß gefasst hatte. In besonders schwierigen Fällen, zum Beispiel in der Veterinärmedizin, wurde im Jahr 1952 sogar eine ganze Instruktorsbrigade eingesetzt.

Es lässt sich unschwer vorstellen, was das im Einzelnen für die betroffenen Fakultäten bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen bedeutete. Meist kam der gesamte Lehr- und Forschungsbetrieb für mehrere Tage zum Erliegen, da die Instruktoren fortwährend „Aussprachen“ mit Professoren, Dozenten und Studenten vornahmen, die nicht selten höchst unangenehm für die Betroffenen waren. Auch war der psychologische Druck, der von solchen „Begehungen“ durch die Partei ausging, nicht gering und dessen Wirkung durchaus beabsichtigt. Doch die Instruktoren, die jeweilige Grundorganisation sowie die Universitätsparteileitung standen selbst unter Druck: Sie hatten ihrerseits wieder Berichte an die übergeordneten Parteiorganisationen abzuliefern bis in das ZK hinein. Genau das entsprach schließlich der genuinen Funktionsweise des „demokratischen Zentralismus“.³³

Dass der Erste Sekretär der Universitätsparteileitung die eigentliche Macht

29 Ebd., Bl. 316.

30 Vgl. hierzu detailliert Pohlmann, a. a. O., S. 27 f.

31 SAPMO-BArch, DY, IV 72/21/80, Paul Werner auf der 26. (30.) Tagung des Parteivorstandes am 2.6.1950, passim.

32 STAL, SED IV/4/14/28, SED-PO KMU, Protokoll der Sitzung der Universitätsparteileitung, o. J. (Oktober 1955), Bl. 281.

33 Vgl. z. B. STAL, SED IV/4/53, SED-PO KMU, Bericht von Ernst Diehl, Mitglied des ZK, zum Einsatz einer Instruktorsbrigade an der KMU Leipzig, 14.4.1955, Bl. 25.

der Partei personifizierte, entsprang sowohl seiner Aufgabenfülle als auch, und nicht zuletzt, seiner Machtbefugnis. Er war für die gesamte Arbeit der Parteiorganisation verantwortlich und gleichzeitig zuständig für „den politisch-ideologischen Zustand der Karl-Marx-Universität“, wie es in einem Bericht der Universitätsparteileitung vom Jahresbeginn 1957 heißt.³⁴ Ihm oblag nach Abschluss der II. Hochschulreform nach 1950/51 „die Anleitung des Rektors, der Prorektoren und des Verwaltungsdirektors.“³⁵ Nach dem 17. Juni 1953 wurden sogar wöchentliche Arbeitsbesprechungen mit dem Rektor und den Prorektoren abgehalten, bei denen partei- und universitätsrelevante Probleme besprochen wurden – in dieser bezeichnenden Reihenfolge! Neben den Treffen mit der Universitätsleitung standen Aussprachen mit der FDJ-Hochschulgruppenleitung sowie einzelnen SED-Grundordnungen an, sodass eine beständige Kontrolle von oben nach unten gegeben war. Dass daraus eine völlige Umkehrung der traditionellen Macht- und Entscheidungsbefugnisse an der alma mater Lipsiensis resultierte, war die unausweichliche, jedoch beabsichtigte Folge.

Der erste Stellvertreter der Universitätsparteileitung wiederum zeichnete für die interne Organisation des höchsten universitären Parteigremiums verantwortlich sowie besonders für die Kaderarbeit. Letztere betraf vor allem die Stellen in den Leitungen der Grund- und Massenorganisationen, einschließlich der Hauptverwaltung der Universität. Des Weiteren schloss dies die Aufnahme von Kandidaten und Mitgliedern der SED, die Einleitung von Parteiverfahren sowie den Einsatz von Instruktoren ein. Da diese Aufgabenfelder bald nicht mehr von ihm allein bewältigt werden konnten, wurde dem ersten Stellvertreter 1955 eine Organisationskommission an die Seite gestellt. Denn wenn, wie es im Beschluss dazu hieß, „die ideologische Linie klar ist, entscheidet die Organisation alles. Dies lehrte uns der Genosse Stalin. Zur Verbesserung der Organisationsarbeit der Universitätsparteileitung und zur Entlastung der leitenden Funktionäre haben wir eine Org.-Kommission gebildet.“³⁶ Zugleich richtete man eine Informationskommission ein.³⁷ Das alles führte natürlich zu einer enormen Ausweitung der einzelnen Organisationen der SED

34 STAL, SED IV/4/14/32, SED-PO KMU, Beschluß über die Arbeitsweise der Parteileitung, 4.1.1957, Bl. 8f.

35 STAL, SED IV/14/4/12, SED-PO KMU, Bericht der Universitätsparteileitung über „Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsmethoden der Parteileitung der Universität Leipzig“, o. J. (1953), unpag.

36 STAL, SED IV/4/14/28, SED-PO KMU, Beschluß zur Gründung der Organisationskommission in der Universitätsparteileitung, 20.10.1955, Bl. 284f.

37 Ebd., Bl. 281.

an der Universität; bald begann ihr Apparat größer zu werden als die Universitätsverwaltung selbst. Wie auch in anderen Diktaturen des real-sozialistischen Typs bemächtigte sich die Partei nicht nur des Staates und seiner Strukturen, sie drückte ihn zunehmend auch an den Rand. Die alma mater Lipsiensis stellt daher ein gutes Beispiel für die administrative Aufblähung des SED-Apparates in den 1950er Jahren dar – ein Vorgang, der sich vor allem in deren erster Hälfte vollzog.

Der Zweite Stellvertreter des Parteisekretärs schließlich war zuständig für die gesamte Agitations- und Propagandaarbeit sowie alle kulturellen Aktivitäten der Partei.³⁸

Neben den einzelnen Organisationen der Partei gab es jedoch noch diverse Arbeitsgruppen, denen Angehörige der SED-Universitätsleitung vorstanden, die aber vor allem mit Professoren und Dozenten besetzt waren. Sie waren gegliedert in Wissenschaft und Lehre, Agitation, Zusammenarbeit mit der FDJ sowie der Gesellschaft für Sport und Technik (GST), der Betriebsgewerkschaftsleitung und dem Frauenausschuss.³⁹ Ziel der Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Lehre“ war zum Beispiel die Verbreitung und Vertiefung des Marxismus-Leninismus und der „Sowjetwissenschaft“⁴⁰ unter dem Lehrkörper der Universität, insbesondere jenen „bürgerlichen“ Professoren und Dozenten, die noch nicht Mitglied der SED geworden waren oder der herrschenden Ideologie skeptisch bzw. ablehnend gegenüberstanden. Demzufolge sollten Mitglieder der Arbeitsgruppe die „bedeutendsten und führenden Wissenschaftler der Karl-Marx-Universität“ immer wieder aufsuchen, um mit ihnen über ihre Arbeit zu sprechen;⁴¹ schließlich stellten „die qualitative Hebung des Universitätsstudiums und die Durchdringung von Lehre und Forschung mit dem Marxismus-Leninismus“ die eigentliche Zielsetzung der Arbeitsgruppe dar.⁴² Nicht selten übernahm dabei ein Wissenschaftler, welcher der SED angehörte, die „Patenschaft“ für einen parteilosen Kollegen. Diese Patenschaften sollten „an die Gewohnheiten der bürgerlichen Professo-

38 STAL, SED IV / 4 / 14 / 32, SED-PO KMU, Beschluß über die Arbeitsweise der Parteileitung, 4.1.1957, Bl. 8 f.

39 STAL, SED IV / 4 / 14 / 51, SED-PO KMU, Bericht zur Arbeitsweise der Universitätsparteileitung, (o. J.) (1954), unpag.

40 STAL, SED IV / 4 / 14 / 59, SED-PO KMU, Bericht der Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Lehre“ der Universitätsparteileitung, o. J. (1955), unpag.

41 STAL, SED IV / 4 / 14 / 51, Beschluß der Universitätsparteileitung „zur Arbeit unter den Wissenschaftlern“, 20.9.1955, unpag.

42 STAL, SED IV / 4 / 14 / 49, SED-PO KMU, Arbeitsplan der Universitätsparteileitung 1950 / 51, o. J. (1950), Bl. 6.

ren anknüpfen. Also: private Einladungen, Besuche von Musikzirkeln usw.; Veranstaltungen wie gesellige Abende, Treffen nach Gewandhauskonzerten und Theaterbesuchen usw.“⁴³ Das schloss auch die Ehefrauen der bürgerlichen bzw. parteilosen Wissenschaftler ein, zumal die Arbeitsgruppe „Wissenschaft und Lehre“ zu speziellen Empfängen einladen sollte, in welchen „besonders für die Frauen der bürgerlichen Wissenschaftler Veranstaltungen wie Stadtrundfahrten, Teeabende usw.“ organisiert wurden.⁴⁴

Letztlich dienten alle Bemühungen der Arbeitsgruppe dem Ziel, den bürgerlichen beziehungsweise parteilosen Wissenschaftlern der Universität zu verdeutlichen, dass sie sowohl für eine „ausgezeichnete Fachausbildung als auch für die marxistisch-leninistische Erziehung der Studenten“ verantwortlich waren. Doch trotz dieses immensen personellen und organisatorischen Aufwandes seitens der Partei und ihrer Mitglieder mangelte es auch Mitte der 1950er Jahre nach wie vor an der „richtigen“ ideologischen Einstellung unter vielen Wissenschaftlern der Leipziger Universität: „Eine nicht geringe Anzahl von Wissenschaftlern an der Karl-Marx-Universität hat noch nicht begriffen, dass Wissenschaft und Lehre nicht nur Wissensvermittlung, sondern Erziehung unserer Studenten zu allseitig gebildeten Spezialisten, zu marxistischen Kämpfertypen bedeutet.“⁴⁵ Es komme daher darauf an, durch „inspirierte Gemeinschaftsarbeit (...) die parteilosen Wissenschaftler soweit zu beeinflussen, dass von ihnen ein Minimum an Erziehungsarbeit geleistet wird.“⁴⁶

V

Die Reorganisierung der SED-Parteistrukturen ab 1948 schuf zwar die Voraussetzung für die Einführung der II. Hochschulreform, doch erst deren konkrete Durchführung sicherte die „Doppelherrschaft von Partei und Staat“ (I.-S. Kowalczyk) an den Universitäten in der DDR tatsächlich ab. Das galt auch für die alma mater Lipsiensis. Dieses Interdependenzverhältnis ist für die II. Hochschulreform charakteristisch, zumal sie in der Tat einen weiteren tiefen Einschnitt in der Entwicklung der Hochschulen der DDR markierte: „Mit

⁴³ Ebd.

⁴⁴ STAL, SED IV/4/14/51, Beschluß der Universitätsparteileitung „zur Arbeit unter den Wissenschaftlern“, 20.9.1955, unpag.

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ Ebd.

der 1951 einsetzenden Hochschulreform begann nach der eher bruchstückhaften Reformierung des Hochschulwesens eine komplexe Umgestaltung, die zum Ziel hatte, ein sozialistisches, auf weitgehenden Planungs- und Zentralisierungsansprüchen basierendes Hochschulwesen zu etablieren.⁴⁷ Die Benennung als II. Hochschulreform resultierte daraus, dass die SED kurzerhand die bis dahin veranlassten und durchaus einschneidenden Reformen als I. Hochschulreform zusammenfasste und entsprechend propagierte.

Die Entschließung „Die nächsten Aufgaben in den Universitäten und Hochschulen“ auf dem 4. ZK-Plenum im Januar 1951 stellte die Weichen für die II. Hochschulreform. Ihr Kern bestand in der Einführung des sogenannten „Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“, womit man „das Zurückbleiben der Hochschulen in der ideologischen Entwicklung (...) überwinden“ wollte.⁴⁸ Es beinhaltete für die Studenten aller Fächer eine dreijährige intensive Auseinandersetzung mit dem Marxismus-Leninismus. Zugleich orientierten sich die einzelnen Maßnahmen unverkennbar am Vorbild sowjetischer Hochschulen. Eigentliches Ziel der II. Hochschulreform war es, die Implementierung des Marxismus-Leninismus an den Hochschulen der DDR weiter voranzutreiben.

Im Einzelnen handelte es sich um die Einführung eines einheitlichen Zehn-Monate-Studiums mit straffen Studienplänen und entsprechend verbindlichen Stundenplänen und Lehrprogrammen. Hinzu trat die Aufteilung aller Studierenden in Seminargruppen über die gesamte Studienzeit hinweg sowie die Kontrolle des Selbststudiums durch die FDJ. Damit nicht genug, kam auch noch ein obligatorischer Russischunterricht hinzu, begleitet von zusätzlichem Sportunterricht. Flankiert wurde das neue Studiensystem durch eine Reihe von Zwischenprüfungen, wobei die Prüfung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Vorrang vor den Fachprüfungen besaß(!).

In der Tat stellte das Bestehen der politisch-ideologischen Grundstudienfächer, wie zum Beispiel die Politische Ökonomie, die Voraussetzung für die Fortführung des Studiums dar.⁴⁹ Ohne Zweifel bedeutete die II. Hochschulreform allein im studentischen Studium und Fächerkanon eine – im Übrigen von der SED durchaus beabsichtigte – Revolutionierung. Das obligatorische dreijährige Studium des Marxismus-Leninismus, der Russischunterricht so-

47 Kowalczuk, a. a. O., S. 171.

48 Vgl. Gottfried Handel / Gerhilde Schwendler (Hrsg.), Chronik der Karl-Marx-Universität Leipzig 1945 – 1959, Leipzig 1959, S. 55.

49 Vgl. hierzu auch Torsten Wieland, Die Ideologisierung der akademischen Lehre an der Universität Leipzig 1945 – 1956, Magisterarbeit, Universität Leipzig 2008, S. 29 f.

wie weitere Lehrveranstaltungen, unter anderem zusätzlicher Sportunterricht mit unverkennbarer wehrsportlicher Ausrichtung, machten bald mehr als nur 20 Prozent aller Lehrveranstaltungen aus.⁵⁰ Für alle Studenten wurde jeweils der Mittwochvormittag für eine Vorlesung zu den Grundlagen des Marxismus-Leninismus eingeplant.

Naturgemäß stieß die Einführung des obligatorischen „Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums“ bei der Mehrheit der Leipziger Studenten auf Ablehnung. In einem eindeutig geschönten „Vorläufigen Bericht“ der Universitätsparteileitung über die ersten Ergebnisse des Grundstudiums hieß es, dass etwa die Hälfte der Studenten den Marxismus-Leninismus systematisch studiert habe und diejenigen Studenten, „die noch gegen das Grundstudium eingestellt waren und in den ersten Wochen einen beträchtlichen Teil der Studenten beeinflussen konnten“, inzwischen „isoliert“ seien.⁵¹ Tatsächlich blieb die Durchsetzung des marxistisch-leninistischen Grundstudiums und des Russischen jedoch ein Dauerproblem und sollte sich immer wieder als Konfliktpunkt erweisen, nicht zuletzt in den Krisenjahren 1953 und 1956.

Doch bei dieser vor allem für das Studium höchst einschneidenden Reform blieb es nicht. Durch die Verordnung über die „Neuorganisation des Hochschulwesens“ vom 22. Februar 1951 wurde parallel dazu eine stärkere Zentralisierung der bisherigen hochschulpolitischen Instanzen und bestehenden Universitätsstrukturen vorgenommen – und zwar von oben nach unten. Alle Universitäten in der DDR wurden von jetzt an dem neu gegründeten „Staatssekretariat für Hochschulwesen“ (SfH) unterstellt.

Zudem kam es auch inneruniversitär zu einschneidenden Änderungen. Zur angeblichen Unterstützung des Rektors wurden im Mai 1951 vier weitere Prorektorsstellen eingerichtet, und zwar für das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, für Forschungsangelegenheiten, für die Wissenschaftliche Aspirantur sowie für Studienangelegenheiten. Auf diese Weise wurde die Universitätsleitung „mit politisch konformen Funktionären“ besetzt.⁵² Dem Rektor war es von nun an kaum mehr möglich, eigenständige Entscheidungen zu treffen. Während der Prorektor für das Gesellschaftswissenschaftliche Studium die gesamte Neuordnung und deren Durchführung, einschließlich des Rus-

50 Vgl. Waldemar Krönig/Klaus-Dieter Müller, Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961. In memoriam Wolfgang Natonek, Köln 1994, S. 50.

51 Universitätsarchiv Leipzig (=UAL), R 315, Bd.02, Vorläufiger Bericht über die Ergebnisse des GeWi Grundstudiums an der Universität Leipzig. Einführung und Gestaltung des GeWi Grundlagenstudiums, Bl. 13.

52 Pohlmann, a. a. O., S. 22.

sischunterrichts, beaufsichtigte und kontrollierte, hatte das Prorektorat für Forschungsangelegenheiten die wissenschaftliche Einzelforschung stärker als bisher an den Volkswirtschaftsplänen auszurichten. Der Prorektor für die Wissenschaftliche Aspirantur wiederum war für die Ausbildung und Entwicklung des wissenschaftlichen Nachwuchses verantwortlich. Das besonders für die Studenten wichtige Prorektorat für Studienangelegenheiten nahm schließlich die Auswahl der Studenten federführend vor, nicht zuletzt hinsichtlich der Immatrikulation (und Exmatrikulation), kontrollierte die Durchführung ihres Studiums und überprüfte darüber hinaus ihren jeweils erreichten Wissensstand, einschließlich der abzuleistenden Praktika und Arbeitseinsätze.

Darüber hinaus wurde statt des bisherigen Assistenten nun der Aspirant nach sowjetischem Vorbild eingeführt. Damit versuchte die SED, die traditionelle Tätigkeit von Assistenten und Hilfskräften, üblicherweise bei einem „bürgerlichen“ Professor und Lehrstuhlinhaber angesiedelt, aufzulösen; stattdessen sollten alle Aspiranten nun einer straffen Auswahl und Kontrolle durch ein eigenes Prorektorat unterliegen, womit den Ordinarien die bisherige individuelle Personenauswahl nach Maßstäben wissenschaftlicher und fachlicher Qualität entzogen wurde. Die von nun an ideologisch geschulten Aspiranten sollten den Kern einer „neuen sozialistischen Intelligenz“ bilden.⁵³

Insgesamt gesehen erwies sich die Einführung der II. Hochschulreform vor allem für die Studierenden als massiver Einschnitt, auch wenn SED und FDJ große Mühe hatten, deren Umsetzung tatsächlich zu realisieren. Insbesondere die Stellung und Funktion der FDJ veränderten sich nachhaltig. Mit der Einführung von Seminargruppen wurde sie zum studentischen Überwachungs- und Kontrollorgan der Partei. War die Mehrheit der Studenten bisher der FDJ fern geblieben oder hatte deren Mitgliedschaft nur erworben, „um den größtmöglichen persönlichen Nutzen aus ihr ziehen zu können“, kamen sie von nun an kaum mehr um eine Mitgliedschaft herum, denn auch die Nichtmitglieder unterstanden von jetzt an der „Organisations- und Sanktionshoheit“ der FDJ.⁵⁴ Ihre Aufgabe war es nun, unterstützt und legitimiert durch die SED, „den Studenten klar (zu) machen, dass eine Ablehnung der Ziele der FDJ

53 Ralph Jessen, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 135), Göttingen 1999, S. 58.

54 Vgl. hierzu Verena Schmidt, Eine undankbare Vermittlerrolle? – Die FDJ zwischen Partei und Studentenschaft an der Universität Leipzig 1950–1953, Staatsexamensarbeit, Universität Leipzig 2008, S. 39. (Die folgenden Quellenangaben entstammen dieser Arbeit.)

gleich einer Ablehnung der Politik unserer Regierung“ kommt.⁵⁵ In der Tat bestand die eigentliche Funktion des sozialistischen Studentenverbandes nun in der Rolle des „zentralen Organisators und Überwachers“ der Studenten und des Studienbetriebes.⁵⁶



Original-Bildbeschreibung: „In einer Sondersitzung am 4. Mai 1955 rief der Senat der Karl-Marx-Universität in Leipzig alle Wissenschaftler, Professoren, Studenten und alle Arbeiter und Angestellten auf, vorbehaltlos den Appell des Weltfriedensrates auf Ächtung der Atomwaffen zu unterzeichnen.“ (Bundesarchiv, Bild 183-30315-0002/IIIner/CC-BY-SA)

In der praktischen Umsetzung geschah dies mittels des „Gruppenbuches“, das der jeweilige Seminarsekretär als FDJ-Mitglied führte. In diesem wurden, wie in einem Klassenbuch, die Teilnahme, die Erfüllung der Selbstverpflichtungspläne sowie die politisch-ideologische Einschätzung jedes Studenten genau vermerkt.⁵⁷ Entsprechend forderte die Parteileitung der SED an der alma ma-

55 STAL, SED IV / 4 / 14 / 078, FDJ-ZR, Sekretariat, Stellungnahme zur Verwirklichung der Beschlüsse der 3. / IV. Tagung des Zentralrats der FDJ an der Universität Leipzig, Bl. 41.

56 So zutreffend Krönig / Müller, a. a. O., S. 168.

57 Vgl. aus zeitgenössischer Sicht Marianne Müller / Egon-Erwin Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft!“. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin-Dahlem 1953, S. 271.

ter Lipsiensis nach Einführung der II. Hochschulreform von der FDJ, „Schluß (zu) machen, mit aller Nachsichtigkeit gegen Studienbummelanten beim Studium“.⁵⁸ Dadurch war „das Studium (...) nicht mehr die individuelle Angelegenheit jedes Einzelnen, sondern ein Staatsauftrag, und das Nichteinhalten der staatlich verordneten Studiendisziplin bedeutete einen Rechtsbruch. Die Ahndung dieses Verstoßes unterlag dem Sanktionspotential der FDJ, mit dem Vorschlagsrecht auf Exmatrikulation“⁵⁹. Unmissverständlich wies die Partei ihren sozialistischen Jugendverband auf seine Pflicht gegenüber sich nicht konform verhaltenden Studenten hin: „Seht euch das ein, zwei oder dreimal an und schmeißt sie dann rücksichtslos raus.“⁶⁰

Das im Zuge der II. Hochschulreform erlassene neue Gesetz über die Stipendienvergabe vom 20. September 1951 stellte ein zusätzliches Instrumentarium als „politisches und soziales Druckmittel auf die Studentenschaft“ dar.⁶¹ Dadurch erhöhten sich Überwachung und Kontrolle der Studierenden ganz beträchtlich, doch stärkte das nicht das Ansehen und die Position der FDJ – ganz im Gegenteil! Die Mehrheit der Studenten wurde zwar nun Mitglied, verhielt sich aber eher passiv oder gab Lippenbekenntnisse ab. Oft waren die einzelnen FDJ-Leitungen auf sich allein gestellt, weil ihnen schlicht die aktiven Mitglieder fehlten. Immer wieder kam es zu heimlichem oder auch offenem Protest. So richteten zum Beispiel Medizinstudenten Briefe an die Fakultätsleitungen der SED und der FDJ, in denen diese zum Rücktritt aufgefordert wurden; ebenso wurden heimlich Drohbriefe an den Wandzeitungen mit der Aufschrift „Hütet euch, ihr Funktionäre der Russen!“⁶² angebracht.

Das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium schuf jedoch auch zeitliche Probleme, insbesondere in den Naturwissenschaften und Medizinischen Fakultäten mit ihren traditionell straffen Kurssystemen und Praktika. Bald nach Einführung der Reform wurde allgemein ein Nachlassen der studentischen Leistungen in den fachwissenschaftlichen Übungen moniert. So gaben Professoren der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät als Ursache

58 STAL, SED IV / 4 / 14 / 010, SED-PO KMU, Parteiaktivkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Universität Leipzig am 24.9.1952 in der ABF Dölnitzstraße, Bl. 168.

59 Schmidt, a. a. O., S. 46.

60 STAL, SED IV / 4 / 14 / 010, SED-PO KMU, Parteiaktivkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Universität Leipzig am 24.9.1952 in der ABF-Dölnitzstraße, Bl. 169.

61 Vgl. Kowalczyk, a. a. O., S. 279.

62 UAL, FDJ 63, FDJ-Hochschulgruppenleitung, Informationsbericht über Zwischenprüfung, 23.5.1952, Bl. 449.

dafür die „Belastung der Vorlesungen“ (= das heißt durch das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium; G. H.) an, was nicht nur zu einer zeitlichen Überlastung, sondern auch zu „einer schlechten körperlichen Beschaffung der Studenten“ führe.⁶³ Ähnliche Klagen wurden auf einer Senatssitzung im Juli 1953 erhoben.⁶⁴ Bis in die 1960er Jahre hinein blieb der Protest gegen das Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium virulent, wenn auch mit allmählich abnehmender Vehemenz.

VI

Erst mit der Einführung und repressiven Durchsetzung der II. Hochschulreform 1951/52 war somit der umfassende Transformationsprozess an den Universitäten der DDR abgeschlossen, der im Herbst 1945 begonnen und seither von der KPD/SED immer stärker vorangetrieben worden war. Die Reform selbst, mit der Einführung des obligatorischen Gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums in ihrem Kern, stellte dessen Höhepunkt und gleichzeitig ersten Abschluss dar, bis zur III. Hochschulreform Ende der 1960er Jahre. War der traditionelle Aufbau der Universitäten, einschließlich ihres Lehr- und Lernbetriebes, bis Anfang 1951 noch weitgehend intakt geblieben, so verkörperte die II. Hochschulreform zweifellos eine Zäsur – auch hinsichtlich des tradierten deutschen Universitätssystems.

Der sukzessive Verlust der Freiheit von Forschung und Lehre ging einher mit einer zunehmenden Ideologisierung aller Fächer, die nun auch die Naturwissenschaften und Medizinischen Fakultäten einschloss. Der Marxismus-Leninismus wurde nicht nur zu einem eigenen Lehr- und Lernfach neben den anderen wissenschaftlichen Fächern, er erhielt durch den Willen der Partei auch die absolute Vorrangposition als „wissenschaftliche“ Weltanschauung, neben der keine andere politische Meinung, Ideologie oder Philosophie mehr Bestand haben durfte.

In diesem Kontext gelang die Durchdringung der Geistes- und Sozialwis-

⁶³ STAL, SED IV/4/14/040, SED-PO KMU, an das Zentralkomitee der SED – Abt. Propaganda – Sektor Hochschulwesen, Bericht über das erste Zehnmonate-Studienjahr, 4.7.1952, Bl. 30.

⁶⁴ Vgl. KMU Leipzig, Rektorat, Sitzung der Senatskommission am 10.7.1953, Bl. 101 – 104, (zitiert nach Linda Matthes, Die Debatten des Leipziger Universitätssenats in den Jahren 1953 bis 1961 – eine Diskursanalyse, Magisterarbeit, Universität Leipzig 2007, S. 29).

senschaften mit dem Marxismus-Leninismus indes schneller und umfassender als in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Fächern. Das lag zum einen an der Affinität der Geistes- und Sozialwissenschaften zur Philosophie und Ideologie des Marxismus-Leninismus; zum anderen an dem größeren Druck, den die SED auf diese Fächer ausübte. Demgegenüber gelang es der Partei auch Mitte der 1950er Jahre noch nicht, in den Naturwissenschaften und der Human- und Veterinärmedizin tatsächlich Fuß zu fassen. Wie ein Mitglied der Universitätsparteileitung noch 1956 konsterniert feststellen musste, gab es „bis jetzt noch keinen Naturwissenschaftler an der math.-nat. Fakultät, der die Methoden des dialektischen Materialismus mit einbezieht. Sie sind noch nicht soweit.“⁶⁵

Mit der Einführung der II. Hochschulreform unterlagen indes auch die Studenten einer zweifachen ideologischen Beeinflussung: „Einerseits war es das obligatorische Gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium, dem sich nur anfänglich noch einige Studenten entziehen konnten – in Kombination mit der Organisation des Studiums in festen Seminargruppen, welches die Studenten einer ständigen ideologischen Einflussnahme aussetzte. Andererseits spielten naturgemäß die Hochschullehrer und ihre ideologische Einstellung eine entscheidende Rolle bei der Erziehung bzw. Orientierung der Studenten.“⁶⁶ Die angestrebte marxistisch-leninistische Durchdringung aller Fächer war jedoch nur möglich geworden, weil die SED ihre Organisationsstruktur und ihre verschiedenen Unterorganisationen sukzessive in die Universität implantiert und auf diese Weise eine weitreichende Kontrolle ermöglicht hatte. Ohne den massiven Ausbau der Parteiorganisation hätte die II. Hochschulreform nicht realisiert werden können – beides bedingte einander.

Und dennoch – nur bei einer Minderheit von Universitätsangehörigen war die SED erfolgreich; die breite Mehrheit lehnte die Partei und die von ihr propagierte Ideologie nach wie vor ab, auch wenn die Chancen im Laufe der Zeit geringer wurden, deren Funktionäre wie die marxistisch-leninistische Lehre zu umgehen. Letztlich bedeutete die endgültige Domestizierung der alma mater Lipsiensis durch die II. Hochschulreform für die SED einen Pyrrhus-Sieg, dessen sie nicht wirklich froh wurde, zumal der politisch-ideologische und organisatorisch-strukturelle Aufwand enorm war, das Resultat aber nur mäßig ausfiel. Vor allem in den Krisen von 1953 und 1956, welche die niemals demokratisch legitimierte Herrschaft der SED massiv bedrohten, aber auch wäh-

65 STAL, 21132 SED-Kreisleitung-Leipzig KMu, IV / 4 / 14 / 31 Tagungsprotokolle 1955 – 56, Leitungsmitglied Uhlmann auf der Parteileitungssitzung, 25.1.1956, Bl. 131.

66 Wieland, a. a. O., S. 110.

rend der Jahre bis zum Mauerbau von 1961, sollte diese Nichtakzeptanz immer wieder zum Ausdruck kommen.

Offensichtlich war die SED auch durch das engmaschig geknüpft Netz der verschiedenen Parteiorganisationen nicht in der Lage, den eigentlich intendierten Effekt unter Professoren, Dozenten und Studenten zu erzielen, nämlich: die gewünschte Indoktrinierung durch den Marxismus/Leninismus und dessen Internalisierung zu realisieren. Trotz des enormen organisatorischen und agitatorischen Aufwandes stand eine Mehrheit der wissenschaftlichen wie nichtwissenschaftlichen Universitätsangehörigen der marxistisch-leninistischen Ideologie nach wie vor skeptisch bis ablehnend gegenüber, einschließlich der Partei selbst. Mit anderen Worten: Die machtpolitische „Durchherrschung“ der alma mater Lipsiensis war der SED zwar gelungen, nicht aber deren ideologische Durchdringung.

VII

Ende der 1950er Jahre unternahm die Partei daher einen neuen Anlauf, um dieses Ziel zu erreichen. Im Vorgriff auf den V. Parteitag mit der bezeichnenden Kampfformel „Der Sozialismus siegt!“ (Juli 1958)⁶⁷ wurde an den Universitäten eine erneute „ideologische Offensive“ begonnen. Auf Beschluss der III. Hochschulkonferenz vom 28. Februar bis 3. März 1958 wurde die Stellung der SED an den Universitäten noch einmal verstärkt. Maßgebend hierfür wurde das „Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates“, das am 13. Februar 1958 durch die „Verordnung über die weitere sozialistische Umgestaltung des Hoch- und Fachschulwesens in der Deutschen Demokratischen Republik“ präzisiert wurde.⁶⁸ Wie es darin hieß, bestehe „die Hauptaufgabe darin, die begonnene sozialistische Umgestaltung konsequent und entschlossen durchzuführen. Dabei kommt es vor allem darauf an, die wissenschaftlich-technische Ausbildung in allen Fachbereichen mit

67 Hierzu detailliert auch Günther Heydemann, *Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland*, (=Erlanger Historische Studien, Bd. 6), Frankfurt am Main 1980, S. 158 f. Die auf dem V. Parteitag propagierte „ökonomische Hauptaufgabe“ des Siebenjahrplanes bestand darin, die Bundesrepublik Deutschland bis Ende 1961 in der industriellen Produktion und dem gesellschaftlichen Konsum zu überholen.

68 Vgl. Siegfried Baske / Martha Engelberg (Hrsg.), *Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente*, Band 1: 1945 – 1958, Berlin 1966, S. 353 – 358.

der Praxis des sozialistischen Aufbaus zu verbinden und die sozialistische Ideologie an den Universitäten, Hoch- und Fachschulen durchzusetzen.“⁶⁹ Deutlicher konnte kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass die marxistisch-leninistische Indoktrinierung unter den Hochschulangehörigen offensichtlich noch immer nicht erfolgreich gewesen war. Wie Kurt Hager (1912 – 1998), der spätere Chefideologe der SED, bei der Erläuterung der Verordnung eigens hervorhob, gehe es in deren Kern um die „systematische Aneignung des dialektischen Materialismus durch die Lehrkräfte und Studierenden“ (...) sowie „die Sicherung einer einheitlichen unbürokratischen Leitung des Hochschulwesens“.⁷⁰



V. Parteitag der SED vom 10. bis 16.7.1958 in der Werner-Seelenbinder-Halle, Berlin, hier 13.7.: „Über die Parteiarbeit in den bewaffneten Organen der Arbeiter- und Bauernmacht sprach der Kandidat des Politbüros Erich Honecker“ [dahinter Walter Ulbricht] (Bundesarchiv, Bild 183-57000-0512 / Zühlendorf / CC-BY-SA)

Die Lösung beider Aufgaben wurde bezeichnenderweise nur der Universitätsparteileitung aufgetragen, nicht dem Rektorat, den Prorektoren oder anderen akademischen Institutionen; das widerspiegelte die inzwischen längst Realität

⁶⁹ Ebd., S. 353 (Präambel).

⁷⁰ Ebd., S. 359.

gewordenen Machtverhältnisse an der Leipziger Universität: „Rektor und Senat, Dekane, Fakultäts- und Verwaltungsorgane sind ein Teil der Staatsmacht der DDR. Sie müssen das Hauptinstrument der sozialistischen Umgestaltung darstellen und sind der Partei und Regierung gegenüber voll verantwortlich.“⁷¹ Doch obwohl der Partei diese dominante Rolle völlig selbstverständlich zugemessen wurde, blieb nicht unerwähnt, dass auch sie selbst Defizite aufwies: „Der wesentliche Mangel an der Universität ist es, dass eine ganze Reihe Parteilooser und auch Genossen der Auffassung sind, dass sie irgendeine Funktion bekleiden um der Funktion willen, aber nicht vom politischen Auftrag ausgehen, den sie erfüllen müssen.“⁷²

Die entscheidende Maßnahme, die durch die Verordnung erging, bestand in der Aufhebung der letzten Autonomie, die den Fakultäten noch verblieben war, und zwar durch einschneidende Änderungen der Universitätsverfassung(en).⁷³ Intern geschah das dadurch, dass „die Parteisekretäre an den Fakultäten Mitglieder der Fakultätsräte“ und die „Fakultätsräte gegenüber dem Senat“ rechenschaftspflichtig wurden.⁷⁴ Bisher hatte die SED in den einzelnen Fakultäten nur durch ihre dort präsenten Mitglieder Einfluss nehmen können; nun war sie de jure in den Fakultätsräten von Anfang an beteiligt.⁷⁵ Nur wenige Wochen später konnte der damalige Erste Sekretär der Universitätsparteileitung daher befriedigt feststellen: „Es ist uns wohl gelungen, in alle Räte der Fakultäten die Sekretäre der Grundorganisationen hineinzubekommen, sodass die Partei nun offen reden und offiziell mitsprechen kann.“⁷⁶

Wie bereits erwähnt, wurde die Implementierung der Partei in die entscheidenden universitären Gremien flankiert von einer neuerlichen Indoktrinationskampagne. Von jetzt an mussten sich alle Universitätsangehörigen einer „staatspolitischen Schulung“ unterziehen, insbesondere die leitenden Angestellten der Universitätsverwaltung. Diese sollte „zur Entwicklung des Bewusstseins, der Förderung der Einsatzbereitschaft und der Verbesserung der Arbeitsweise der Angestellten führen“.⁷⁷

71 STAL, SED IV / 4 / 14 / 07, SED-PO KMU, Rechenschaftsbericht der Delegiertenkonferenz, 18. / 19.4.1958, Bl. 67.

72 Ebd., Bl. 100.

73 Vgl. Baske / Engelberg, a. a. O., S. 375.

74 Ebd., S. 359.

75 So zutreffend Pohlmann, a. a. O., S. 49.

76 STAL, SED IV / 4 / 14 / 06, SED-PO KMU, Protokoll der Delegiertenkonferenz, Referat von Hans-Joachim Böhme, 18.4.1958, Bl. 100.

77 STAL, SED IV / 4 / 14 / 51, SED-PO KMU, Beschluß über Änderungen der staatspolitischen Schulung an der KMU, o. J. (1958), unpag.

Ein „ideologisches Erziehungsprogramm“ hatten von nun an aber auch Professoren, Dozenten und besonders der wissenschaftliche Nachwuchs zu durchlaufen. „Um allen Mitgliedern des Lehrkörpers die Möglichkeit zu geben (...), sich diese Kenntnisse in einem planmäßigen, systematischen Studium anzueignen“, wie seitens der Parteiführung ohne Umschweif dekretiert wurde, „beschließt die Universitätsparteileitung die Einrichtung eines Marxistischen Kolloquiums.“⁷⁸

In enger Anlehnung an Marx' Hauptwerke wurde im Rahmen des Kolloquiums systematisch „Dialektischer und Historischer Materialismus“, „Die politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus“ sowie „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ gelehrt. Der eigentliche Zweck des Kolloquiums bestand darin: „Wir wollen systematisch, beharrlich, wirklich ständig mit der Mehrheit der Angehörigen der Universität im Sinne der Überzeugung für den dialektischen und historischen Materialismus arbeiten. Wir wollen sie also gewinnen – während wir früher so an einigen Stellen bei ihnen gekratzt haben, wollen wir sie jetzt grundsätzlich ummodellern, den Boden für eine grundlegende Umgestaltung ihrer Köpfe und Herzen beackern.“⁷⁹

Während es schon für Professoren schwierig wurde,⁸⁰ sich den Vorlesungen im Marxistischen Kolloquium zu entziehen, war dies dem wissenschaftlichen Nachwuchs kaum mehr möglich. Eine neue Assistentenordnung, die bereits am 1. Januar 1958 in Kraft getreten war, schrieb die Teilnahme am Marxistischen Kolloquium nicht nur zwingend vor, sie machte die Weiterbeschäftigung der Nachwuchswissenschaftler an der Universität sowie die generelle Stellenbesetzung auch von der „richtigen“ politisch-ideologischen Einstellung abhängig. Neben guten fachlichen Leistungen hätten sie „eine moralisch einwandfreie Haltung und eine sich in der gesellschaftlichen Arbeit sowie im gesamten Verhalten ausdrückende Verbundenheit mit unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat“ an den Tag zu legen.⁸¹ Die Folge war, dass es einerseits zu einem Anstieg von Assistenten und Oberassistenten kam, die Mitglied der SED waren beziehungsweise wurden; andererseits führte die „Assistentenkampagne“ zu einer überproportionalen Zahl von Fluchten in die Bundesre-

78 Vgl. ebd., Beschluß über die Einrichtung eines Marxistischen Kolloquiums an der KMU, unpag.

79 STAL, SED IV / 4 / 14 / 65, SED-PO KMU, Protokoll der Delegiertenkonferenz der Parteiorganisation, Diskussionsbeitrag von Prof. Josef Schleifstein, 19.4.1958, Bl. 222.

80 Gesetzblatt der DDR, Teil I, Nr. 76, 17.12.1957: „Anordnung über die Tätigkeit der wissenschaftlichen Assistenten und Oberassistenten an den Universitäten und Hochschulen“ vom 26.11.1957, S. 620 – 623; S. 620.

81 Ebd.

publik, solange dies bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 noch möglich war.

Bis zur III. Hochschulreform im Jahre 1967 sollte sich an der Organisationsstruktur der Partei an der Universität kaum mehr etwas verändern. Die Einsetzung der Parteisekretäre der verschiedenen Grundorganisationen der SED in die Fakultätsräte schloss den im Grunde 1946 begonnenen, umfassenden Transformationsprozess ab. Damit konnte die Partei nun auch massiven Einfluss auf die Berufungs- und Personalpolitik nehmen, die traditionell noch immer in den Fakultäten entschieden wurde. Da die SED-Grundorganisationen schon früher, auch über die FDJ, über die Immatrikulation (und Exmatrikulation!) mitentscheiden konnten, hatten sie im Grunde die Personalpolitik über alle Universitätsangehörigen in ihrer Gewalt. Ob Rektor, Professor, Dozent, Assistent, Student oder Angestellter der Universität – an der Partei kam niemand mehr vorbei.

Wie ein Polyp hatte sich die Partei nach und nach an ihren unterschiedlichen Gremien und Institutionen festgesaugt und war danach in sie eingedrungen. Dabei hatte die SED nicht nur einen sukzessiven Verlust traditioneller Hochschulautonomie herbeigeführt, sondern auch eine Lähmung universitärer Strukturen bewirkt. Jedenfalls konnte von einer lebendigen „sozialistischen Volksuniversität“ nicht die Rede sein, denn die Partei hatte zwar die Macht über die Universität errungen, aber nicht die Köpfe der Mehrheit ihrer Angehörigen überzeugt. Fortan gab es, wie in der übrigen Gesellschaft der DDR auch, die Minderheit der Parteimitglieder und überzeugten Aktivisten, zusammen mit nicht wenigen Opportunisten, und die schweigende Mehrheit, die immer wieder zu Loyalität gezwungen wurde, aber weder mit der SED noch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus übereinstimmte. Wer die permanente Dissonanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Schein und Sein, Wahrheit und Lüge nicht mehr aushielt, vollzog den schweren Schritt und verließ bis 1961 die Universität, Heimat und Familie.

VIII

Die bisherige Darstellung und Analyse wäre jedoch unvollständig und würde nur ein partielles Wirklichkeitsbild ergeben, wenn nicht auch noch die Situation nach dem Berliner Mauerbau mit dem weiteren Ausbau der innerdeutschen Grenze ab 1961 einbezogen werden würde. Denn nun änderte sich die

inneruniversitäre Situation noch einmal gravierend; nach dem 13. August 1961 musste die SED nicht mehr fürchten, dass Studenten oder Professoren die DDR verließen. Auch wenn dies gelegentlich vorkam und mit dem Tatbestand der „Republikflucht“ als „Verrat an der DDR“ strafrechtlich mit mindestens zwei Jahren Haft geahndet wurde⁸², bedeutete das Jahr 1961 einen fundamentalen Einschnitt. Abgesehen von den wenigen Hochschulangehörigen, die aus innerer Überzeugung als Sozialisten das System unterstützten, sowie denjenigen, die es aus Opportunitätsgründen direkt oder indirekt mittrugen, blieb der Mehrheit der Universitätsangehörigen nur noch das widerwillige Arrangement mit der SED und den von ihr geschaffenen Verhältnissen an der Universität Leipzig, aber auch anderswo.

Erneut sollte eine gezielte Hochschulreform der bestehenden Strukturen und Verhältnisse an der alma mater Lipsiensis dazu beitragen, den Zugriff der Partei auf die Universität und ihre Angehörigen weiter zu intensivieren. Nachdem schon die traditionelle Institution des Assistenten im Rahmen der Laufbahn des akademischen Nachwuchses durch das sowjetische Modell der „Aspirantur“ ersetzt worden war, wurden nun Institute und Seminare in „Sektionen“ umgewandelt. Damit wurden die letzten Einflussmöglichkeiten der Professorenschaft zugunsten der Partei abgeschafft. Nun nahm die SED innerhalb der Universität eine nahezu absolute Machtstellung ein.

Gleichzeitig war Mitte der 1960er Jahre ein akademisches Nachwuchspersonal herangewachsen, das vornehmlich in der DDR selbst sozialisiert worden war. In der Tat setzte um diese Zeit ein Generationswechsel unter den Professoren ein; damit stand der Partei nun ein wissenschaftlicher Personenkader zur Verfügung, welcher ihr noch in den 1940er und 1950er Jahren gefehlt hatte. Die faktisch uneingeschränkte Dominanz der Partei, die inzwischen herrschende Universitätsordnung sowie die eingeführten universitären Strukturen hatten den akademischen Nachwuchs geformt und zugleich einen Anpassungsprozess nach sich gezogen. Am sichtbarsten äußerte sich diese (Selbst-)Disziplinierung bei den jungen Professoren, Aspiranten und Studenten in der Mitgliedschaft bei der SED, wenngleich die geforderte Befürwortung des sozialistischen Systems nicht selten auch opportunistischen Motiven entsprang. Mochten die ideologischen Zumutungen oft lästig sein oder innerlich abgelehnt werden, kaum einer der im Staat der SED aufgewachsenen und indoktrinierten Nachwuchskader stellte das bestehende System mehr grund-

82 Nach § 213 „Ungesetzlicher Grenzübertritt“, in: Ministerium der Justiz (Hrsg.), Strafgesetzbuch der DDR sowie angrenzende Bestimmungen, Berlin (O) 1986.

sätzlich infrage. Zudem war unter der Mehrheit der Universitätsangehörigen – sicherlich in jeweils unterschiedlicher, individueller Intensität – die Auffassung virulent, dass der Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus zumindest das bessere bzw. fortschrittlichere Gesellschaftsmodell verkörperte. Außerdem vermochte die Partei durch die Gewährung von Privilegien Wissenschaftler zu ködern und stärker an sie zu binden. Dazu gehörte an erster Stelle das Reisen ins Ausland, insbesondere in westliche Staaten, vorzugsweise die Bundesrepublik. Wer solcherart privilegiert war, gehörte zum „Reisekader“.

IX

Doch für diese Privilegierung musste man in Kauf nehmen, ausführliche Berichte über die jeweils unternommenen Reisen zu verfassen, häufig auch für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Damit befand man sich, ob man wollte oder nicht, im Zugriff der Staatssicherheit, meist kurz nur „Stasi“ genannt. Zugleich war allen Universitätsangehörigen bewusst, dass unbedachte Äußerungen etwa unter Kollegen und Freunden durchaus unangenehme, meist sogar gefährliche Konsequenzen nach sich ziehen konnten, wenn etwa ein Angehöriger der Staatssicherheit diese weitergab, entweder an Parteigenossen oder Vorgesetzte. Dies ist wiederholt vorgekommen, denn ab Mitte der 1960er Jahre hatte das MfS sein Netz von Informanten, genannt „Inoffizielle Mitarbeiter“ (IM), auch an der Universität Leipzig so eng gespannt, dass kritische Meinungen „weitergeleitet“ wurden. Bis zum Zusammenbruch der DDR im Herbst 1989 kam ein Informant auf 180 Einwohner, die im gesamten ehemaligen Ostblock stärkste Relation, die bis heute bekannt ist.⁸³ Die Existenz der „Staatssicherheit“ führte zu jenem für Diktaturen charakteristischen Habitus des „double thinking and speaking“ (George Orwell). Man hatte gelernt, öffentlich und privat mit zwei Sprachen zu sprechen bzw. sich in Parteiversammlungen oder bei offiziellen Anlässen so zu verhalten, wie es opportun war. Denn an abschreckenden Beispielen, welche Folgen unangepasstes und kritisches Verhalten für die Betroffenen haben konnte, fehlte es auch an der Leipziger Universität keineswegs. Das hatte das brutale, unmenschliche Vorgehen gegen Studenten in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren gezeigt.

⁸³ Vgl. Jens Gieseke, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950 – 1989/90, Berlin 2000, passim.

In der Tat waren die Machenschaften des MfS aus der Entwicklung der alma mater Lipsiensis im deutschen Realsozialismus bis zum Kollaps des SED-Staates nicht mehr wegzudenken. Während die Freiheit des Denkens und Redens während der kommunistischen Herrschaft sukzessive abgenommen hatte, war das Bewusstsein unter den Universitätsangehörigen, immer stärker überwacht zu werden, im gleichen Maße gewachsen. Das antizipierte Wissen um die möglichen Folgen, in die Fänge der Staatssicherheit zu geraten, wurde zu einem wichtigen Grund, weshalb sich an den Universitäten in der DDR in den 1970er und 1980er Jahren nur noch ganz wenige über die Grenzen des realsozialistischen Systems hinwegsetzten. Das erklärt auch, weshalb Universitätsangehörige, obwohl sich die alma mater Lipsiensis auch topographisch gesehen im Zentrum der Stadt Leipzig befand, kaum an den Demonstrationen gegen die SED-Diktatur auf dem Ring, die am 9. Oktober 1989 schließlich den Kollaps des Regimes einleiteten⁸⁴, teilgenommen hatten.



(Foto nicht lizenziert)

Bronzerelief „Aufbruch“ von Klaus Schwabe. Ehemaliger Standort am Hauptgebäude der Karl-Marx-Universität Leipzig, jetzt auf dem Campus Jahnallee neben der Mensa. (Foto: Martin Geisler 2014/GNU)

⁸⁴ Vgl. Hartmut Zwahr, Die Revolution in der DDR 1989/90 – eine Zwischenbilanz, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1995, S. 205 – 252.

Neben einer ganzen Reihe von Ursachen und Gründen hatte dazu allerdings auch der sukzessive Verlust an Glaubwürdigkeit der SED und der Ideologie des Marxismus-Leninismus beigetragen. Seit Ende der 1970er Jahre war die Partei immer stärker in Erklärungsnot geraten. Nicht nur an der Universität Leipzig hatten sich die Arbeitsbedingungen verschlechtert, sondern in der DDR insgesamt. Zunehmend wurde erkennbar, dass die zentralstaatliche Planwirtschaft zu immer größeren Produktions- und Versorgungsmängeln führte. Obwohl die Partei ebenso unablässig propagierte, dass es sich beim Sozialismus um die höchste und daher allen anderen überlegene Gesellschaftsform handele, gelang es ihr im Verlauf des letzten Jahrzehnts der DDR immer schlechter, die Bevölkerung vom Sozialismus zu überzeugen. Allerorten wurde der Mangel unübersehbar. Das galt auch für die Wissenschaftler an der Leipziger Karl-Marx-Universität, denen es beruflich nicht nur an Geräten, Instrumenten und Literatur fehlte, sondern auch privat, etwa was die simple Versorgung mit frischem Obst und Gemüse oder mit Bettwäsche und Kinderkleidung betraf. Neben den leeren Regalen in den Läden rieben sich die Hochschulangehörigen, ob Parteimitglied oder nicht, an den einseitig positiven propagandistischen Meldungen in den Zeitungen, im Rundfunk und Fernsehen, die mit der erlebten Wirklichkeit im realen Sozialismus nicht mehr übereinstimmte. Die Universitätsparteileitung der alma mater Lipsiensis traf zunehmend auf Wissenschaftler, Angestellte und Studenten, welche der bestehenden Verhältnisse überdrüssig waren. Auf die alltäglichen Missstände folgten die immer gleichen Erklärungen der Vertreter von Partei und Staat, ohne dass sich die Situation änderte. Tatsächlich waren die Parteigenossen nicht mehr in der Lage, Abhilfe zu schaffen; vielmehr kamen in der Partei selbst Mitglieder auf, die der Politik der SED zunehmend kritisch gegenüberstanden. Vernehmbarer Protest regte sich allerdings erst ab Mitte Oktober 1989. Dennoch glaubte die breite Mehrheit der Universitätsangehörigen zu diesem Zeitpunkt noch nicht an den unmittelbar bevorstehenden Kollaps des SED-Staates. In der Tat war es auch mental für die meisten schwierig sich vorzustellen, das gleichsam eherne Gehäuse des realen Sozialismus in der DDR könne einfach zusammenbrechen, schließlich hatten sie dessen Macht immer wieder zu spüren bekommen. Doch spätestens mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 brachen buchstäblich alle Dämme. Von diesem Zeitpunkt an war auch für die Leipziger Universität klar – wie für die anderen Hochschulen in der DDR auch –, dass ihre vier Jahrzehnte lange Existenz im realsozialistischen Zwangsstaat an ihr Ende gekommen war.

Ralph Jessen

Sächsische Hochschullehrer in der Ulbricht-Ära zwischen Systemtreue, Loyalität und Distanz

Zur Welt der Wissenschaften hatte die SED wie alle kommunistischen Parteien ein gespaltenes Verhältnis. Einerseits glorifizierte und verklärte sie die Wissenschaft als Macht der Aufklärung und des Fortschritts, als Produzentin nützlichen Wissens und Hort humanistischer Bildung. Andererseits hegte sie ein tiefes Misstrauen gegen jede Form intellektueller Autonomie, unkontrollierter Forscherneugier und freier wissenschaftlicher Kommunikation. Die elitären bürgerlichen Gelehrten der alten deutschen Universität waren ihr zu tiefst fremd und suspekt, aber auch die hochspezialisierten, professionellen Forscher standen oft im Verdacht, sich als unpolitische „Nur-Fachleute“ der Sinnwelt des Sozialismus zu entziehen.¹ Wenn man nach einem roten Faden sucht, der sich durch die Hochschulpolitik der Ulbricht-Ära zog, dann kann man ihn in dem Bemühen des Regimes sehen, die Universitäten und Hochschulen entsprechend dieser ambivalenten Grundhaltung umzumodeln – sie als Lieferanten nützlichen und prestigebringenden Wissens auszubauen und zugleich ihre Autonomieansprüche stillzulegen und ihre bürgerliche Distinktionskultur einzuebnen.

Was bedeutete dies für die Hochschullehrer an den sächsischen Universitäten und Hochschulen? Wie veränderten sich zwischen dem Ende des Krieges und den frühen 1970er Jahren ihre Lebens- und Arbeitswelt und wie verhielten sie sich in dieser neuen Umwelt? Will man sich nicht in zufälligen Anekdoten über einzelne Personen verlieren, ist es sinnvoll, nach typischen Mustern zu fragen, die im Handeln der Hochschullehrerschaft zu erkennen sind. Die folgenden Beobachtungen konzentrieren sich daher auf einige charakteristische Gruppen, die sich hinsichtlich Herkunft, akademischer Reputation,

¹ Martin Sabrow, Sozialismus als Sinnwelt. Diktatorische Herrschaft in kulturhistorischer Perspektive, in: *ZeitRäume* 2007, Göttingen 2008, S. 164 – 181.

politischer Loyalität und der Ausprägung ihres systemkonformen Handelns unterschieden. Der Schwerpunkt liegt auf der Generation, die den Neubeginn des ostdeutschen und auch des sächsischen Hochschulwesens nach 1945 prägte – gewissermaßen die Gründergeneration der Nachkriegsuniversität. Man muss sich dabei klarmachen, dass es angesichts des starken Drucks der SED-Politik in Richtung Zentralisierung, Vereinheitlichung und Homogenisierung aller Lebensbereiche nicht leicht ist, sächsische Spezifika zu identifizieren, die sich signifikant von den Verhältnissen an anderen Universitäten und Hochschulen der DDR unterschieden, zumal die Länder seit Anfang der 1950er Jahre als politische oder administrative Einheiten nicht mehr existierten. Auf längere Sicht überwog sicherlich der Grundtrend der Homogenisierung gegenüber den Überresten partikularer Traditionen.

Im Folgenden möchte ich zunächst einen orientierenden Überblick über die politisch gesetzten Handlungsbedingungen der Hochschullehrer in der frühen DDR geben und dann vier Gruppen beschreiben, die sich nicht allein mit Blick auf ihre Generationenlage, Karrierechancen und Disziplinen unterschieden, sondern auch hinsichtlich der typischen Ausprägung von Systemtreue, Loyalität und Distanz.²

Zu den wichtigsten Bedingungen, die das Handeln von Hochschullehrern in der frühen DDR beeinflussten, gehörten zweifellos die Maßnahmen, die zunächst durch die sowjetische Besatzungsmacht, dann durch das SED-Regime initiiert wurden, um die Universitäten und Hochschulen, den Hochschullehrerberuf sowie den akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb unter politische Kontrolle zu bringen und an die Bedürfnisse der neuen sozialistischen Gesellschaft anzupassen. Dabei wäre es allerdings ein Missverständnis, wenn man die Politik der SED in den 1950er und 1960er Jahren allein als stalinisti-

2 Dieser Beitrag stützt sich auf meine Forschungen zur Geschichte der Hochschullehrerschaft in der DDR. Teile des Textes sind entnommen aus: Ralph Jessen, *Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära*, Göttingen 1999. Vgl.: ders., *Wissenschaftsfreiheit und kommunistische Diktatur in der DDR*, in: Rainer Albert Müller / Rainer Christoph Schwinges (Hrsg.), *Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart*, Basel 2008, S. 185 – 206; ders., *Zwischen diktatorischer Kontrolle und Kollaboration: Die Universitäten in der SBZ / DDR*, in: John Connelly / Michael Grüttner (Hrsg.), *Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Paderborn 2003, S. 229 – 263. Siehe auch: Ilko-Sascha Kowalczyk, *Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ / DDR 1945 bis 1961*, Berlin 2003; Andreas Malycha, *Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945 – 1961*, Berlin 2004; Michael Parak, *Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen: Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933 – 1952*, Köln 2004.

schen „Sturm auf die Festung Wissenschaft“ interpretieren würde.³ Lange Zeit – bis in die 1960er Jahre hinein – befand sich die Hochschulpolitik der SED nämlich in einem charakteristischen Dilemma: Einerseits verfolgte sie die Linie, die Universitäten und Hochschulen zu kontrollieren, ihre Selbstverwaltung aufzuheben, die Personalauswahl nach politischen Kriterien zu beeinflussen, in die Lehre einzugreifen und die Forschung nach politischen Kriterien zu planen. Die Universitäten und Hochschulen sollten wie alle anderen Institutionen der Gesellschaft politisch „durchherrscht“ und in ihrer Autonomie stillgelegt werden. Andererseits war den Beteiligten klar, dass sich wissenschaftliche Erkenntnisse nicht befehlen lassen und gute akademische Lehrer nicht im ZK der SED ausgebildet werden können. Wissenschaftliche Kompetenzen sind untrennbar mit Personen verbunden und lassen sich nicht enteignen wie ein Industrieunternehmen. Kurz: Die SED-Hochschulpolitik war auf die Kooperationsbereitschaft und Eigeninitiative von Wissenschaftlern angewiesen, ganz besonders bis 1961.

Dieses Dilemma wurde aus Sicht der SED-Hochschulpolitiker durch zwei weitere Faktoren dramatisiert. Erstens dadurch, dass die deutschen Hochschulen bis 1945 in denkbar größter Distanz zur kommunistischen Arbeiterbewegung standen: Sie waren durch und durch (bildungs-)bürgerliche Anstalten – ablesbar an Herkunft, Selbstverständnis und Habitus der Professoren und Studenten – und es gab praktisch keine Verbindung zur politischen Linken – schon gar nicht nach dem Ende der zwölfjährigen NS-Diktatur. Die neuen Universitäten des Sozialismus mussten also auf Basis eines Hochschulsystems entstehen, das faktisch das Gegenteil des Angestrebten verkörperte. Und was die Sache besonders vertrackt machte: Wissenschaftliche Kompetenzen wurden in langjährigen, mühsamen Prozessen akademischer Qualifikation erworben, die meist in engen persönlichen Beziehungen zwischen Professoren und „Nachwuchs“ verliefen. Es bestand also aus Sicht der SED das große Risiko, dass das bildungsbürgerliche Berufsethos und entsprechende politische Einstellungen von einer auf die andere akademische Generation vererbt würden. Diese Grundspannung prägte die ersten beiden Jahrzehnte der DDR-Hochschulpolitik zutiefst.

Erschwerend kam zweitens hinzu, dass Angebot und Nachfrage auf dem „Arbeitsmarkt“ für Wissenschaftler lange Zeit weit auseinander klafften. Während der ganzen Ulbricht-Ära war die Nachfrage nach Hochschullehrern hoch

3 Vgl. die frühe westdeutsche Beschreibung des ostdeutschen Hochschulsystems aus der Hochzeit des Kalten Krieges: Marianne Müller / Egon Erwin Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft.“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1953.

und kaum zu stillen: Durch die Neugründung zahlreicher „Spezial“-Hochschulen vermehrte sich die Zahl der Hochschulen in den 1950er Jahren von 21 auf 44 und die Zahl der Studenten verdreifachte sich. Allein zwischen dem Ende der 1950er und dem Anfang der 1970er Jahre wuchs die Menge der Hochschullehrerstellen um das Doppelte.⁴ Diese ehrgeizige Hochschulpolitik hatte unterschiedliche Ursachen. Zum einen waren die Folgen der deutschen Teilung zu kompensieren: Wenn Studenten und Professoren nicht mehr zwischen den Universitäten in Ost und West hin- und herwandern konnten, musste das teilstaatliche Hochschulwesen entsprechend ausgebaut werden. Auch spielte die „bildungsoptimistische“ Grundhaltung der SED eine Rolle, die eine lange Tradition in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hatte und sich in den 1940er und 1950er Jahren mit der machttaktischen Erwägung verband, möglichst rasch eine loyale „neue Intelligenz“ heranzubilden. Ab dem Ende der 1950er Jahre kam ein technikfixiertes Zukunfts- und Modernisierungskonzept hinzu, das den Sozialismus mit der Schubkraft der „Wissenschaftlich-Technischen Revolution“ voranbringen wollte.

Die ostdeutschen Universitäten und Hochschulen trafen mit ihrem anhaltenden Personalbedarf freilich auf zwei starke Konkurrenten: Innerhalb der DDR boten die rasant wachsenden außeruniversitären Forschungsinstitute unter dem Dach der „Deutschen Akademie der Wissenschaften“ – später Akademie der Wissenschaften der DDR – oft bessere Arbeitsbedingungen bei höheren Gehältern: Allein zwischen 1951 und 1959 verfünffachten sie ihr wissenschaftliches Personal von rund 400 auf etwa 2.000 Personen. Viel problematischer war aus Sicht des SED-Regimes allerdings die Konkurrenz aus Westdeutschland. Von den frühen 1950er Jahren bis zum Mauerbau 1961 verließen nach unvollständigen Schätzungen rund 2.000 Professoren, Dozenten und Assistenten die DDR in Richtung Westen. Allein die sechs Universitäten in Berlin, Greifswald, Halle, Jena, Leipzig und Rostock sowie die Technische Hochschule in Dresden verloren etwa 1.700 Wissenschaftler, davon mindestens 320 Professoren. Faktisch bestand zwischen 1945 und 1961 ein doppelter Arbeitsmarkt für Akademiker, der jedoch nur in eine Richtung funktionierte, nämlich von Ost nach West; erfolgreiche Berufungen in umgekehrter Richtung waren seltene Ausnahmen.⁵

Dieser großen Nachfrage nach Hochschullehrern stand lange Zeit nur ein knappes Angebot gegenüber: Während der 1930er Jahre hatte das NS-Regime

4 Andreas Herbst/ Winfried Ranke/ Jürgen Winkler, So funktionierte die DDR, Band 2, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 1014; Jessen, a. a. O., S. 43.

5 Jessen, a. a. O., S. 158 ff.

die Studentenzahlen deutlich reduziert und im Krieg waren die Studentenzahlen weiter gesunken. Die Entnazifizierungswellen der 1940er Jahre und die restriktive Immatrikulationspolitik der ersten Nachkriegssemester, als man sich bemühte, nur politisch unbelastete Erstsemester zuzulassen, reduzierten das Nachwuchspotenzial weiter. Konkret bedeutete dies, dass die 1.224 Nachwuchswissenschaftler, die sich zwischen 1946 und 1961 in der SBZ/DDR habilitierten, nicht nur rund 1.300 Professoren und Dozenten zu ersetzen hatten, die nach 1945 durch Entnazifizierung und Abwanderung ausgeschieden waren, sondern auch den üblichen Ersatzbedarf aufgrund von Emeritierungen, die Vakanzen durch „Republikfluchten“ und die durch Hochschulneugründungen und das Wachstum der alten Universitäten neu eingerichteten Stellen bedienen mussten. Angesichts dieser angespannten Marktlage verwundert es nicht, dass um 1950 rund 30 Prozent aller Hochschullehrerstellen und noch 1959 156 Professuren, 176 Dozenturen und 777 Assistentenstellen vakant waren. Erst 1968 übertraf die Zahl der Universitätsprofessoren und -dozenten an den ostdeutschen Universitäten den entsprechenden Wert von 1944.⁶

Wie gingen die Hochschulpolitiker der SED mit dieser Situation um? Soweit es um die Entwicklung des wissenschaftlichen Personals ging, sind drei Stichworte zentral: Erstens die Verdrängung und selektive Reintegration eines Großteils des „alten“ Personals, zweitens die zunehmende politische Disziplinierung und Kontrolle der akademischen Karriere und drittens die Privilegierung eines Teils der akademischen Elite.

Verdrängung und selektive Reintegration

Am Anfang stand an den Hochschulen der Sowjetischen Besatzungszone ein gewaltiger Personalverlust. Nach deren Wiedereröffnung waren an den sechs Universitäten der SBZ nur noch 17 Prozent des wissenschaftlichen Personals tätig, das dort 1944 gelehrt hatte. An der Universität Leipzig unterrichteten im Sommersemester 1947 noch 20 Prozent der Ordinarien von 1944, bei den Extraordinarien waren es 12 Prozent, bei den Dozenten 5 Prozent.⁷ Das war ein beispiellos tiefer Personaleinschnitt, der auf den Krieg, die Flucht vor der Roten Armee, die Entnazifizierung und die Deportationen zunächst durch die

⁶ Ebd., S. 46 – 48.

⁷ Ebd., S. 261. Zur Universität Leipzig: Hans-Uwe Feige, Zur Entnazifizierung des Lehrkörpers an der Universität Leipzig, in: ZfG 42, 1994, S. 795 – 808; Helga A. Welsh, Entnazifizierung und Wiedereröffnung der Universität Leipzig 1945 – 1946. Ein Bericht des damaligen Rektors Professor Bernhard Schweitzer, in: VfZ 33, 1985, S. 339 – 372.

amerikanischen, dann die sowjetischen Besatzungsbehörden zurückzuführen war: Im Sommer 1945 hatten die US-amerikanischen Besatzungstruppen 200–300 Wissenschaftler der Universitäten Halle, Jena und Leipzig in den Westen deportiert. Die Zahl der später in die Sowjetunion deportierten Universitätsangehörigen war vermutlich deutlich geringer: Schätzungen gehen von rund 80 Personen aus dem gesamten staatlichen Wissenschaftsbetrieb der SBZ aus; die allermeisten „Spezialisten“, die in die UdSSR deportiert wurden, stammten aus der Privatwirtschaft, meist aus der Rüstungsindustrie.⁸ Aufgrund dieser massiven Personaleinschnitte war ein Großteil der NS-belasteten Hochschullehrer aus den neu eröffneten Universitäten verschwunden – viele allerdings nur vorübergehend. Um den dramatischen Personalmangel zu mildern, setzte bereits 1947/48 die Wiedereinstellung politisch belasteter Wissenschaftler ein. Schon 1954 hatten 31 Prozent der Universitätsprofessoren in den naturwissenschaftlichen Fächern einmal ein NSDAP-Parteibuch besessen, bei den Veterinärmedizinerinnen waren es 41 Prozent, bei den Ingenieuren 42 Prozent und bei Medizinerinnen 46 Prozent. In anderen Fächern lagen die Zahlen deutlich niedriger – von der Reintegration profitierten vor allem die Vertreter der scheinbar „ideologieneutralen“ Fächer.⁹

Disziplinierung und Kontrolle

Während die SED-Hochschulpolitiker in den Naturwissenschaften, den Ingenieurwissenschaften und in der Medizin bereit waren, auch solches Personal zu halten oder einzustellen, das der SED denkbar fern stand, sahen die Dinge in den Geistes- und Sozialwissenschaften anders aus. Hier wurde bei Berufungen früh und relativ konsequent auf politische Haltung und Loyalität zur SED geachtet. Von den Professoren der sechs ostdeutschen Universitäten und der TH Dresden gehörten 1954 bei den Medizinerinnen 15 Prozent und bei den Ingenieuren 21 Prozent der SED an, bei den Pädagogen waren es aber 65 Prozent und in der Fächergruppe der Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftswissenschaften sogar 74 Prozent.¹⁰ Das wirksamste Instrument zur politischen Steuerung der Personalauswahl war das Berufungsverfahren. Während der 1950er

8 Hans-Uwe Feige, Vor dem Abzug: Brain drain. Die Zwangsevakuierung von Angehörigen der Universität Leipzig durch die U.S.-Army im Juni 1945 und ihre Folgen, in: DA 24, 1991, S. 1302–1313; Burghard Ciesla, Der Spezialistentransfer in die UdSSR und seine Auswirkungen in der SBZ und DDR, in: APZ B 49–50, 1993, S. 26.

9 Jessen, a. a. O., S. 301.

10 Zahlen nach den Kaderstatistiken, in: BAP R–3, 6075.

und 1960er Jahre kann man beobachten, wie die Berufungen immer stärker zentral gesteuert und politisiert wurden und sich die SED-Parteimitgliedschaft zu einem wichtigen Karrierebaustein entwickelte. Damit überhaupt ein loyales Berufungsreservoir zur Verfügung stand, betrieben die Hochschulpolitiker der SED in den 1950er und 1960er Jahren viel Aufwand, um die Kontrolle der etablierten Professoren über die Nachwuchsrekrutierung zu lockern. Der Zugang zur Promotion und zur Habilitation sollte an politisches Wohlverhalten gebunden werden und das Stipendienprogramm der „Aspirantur“ wurde Anfang der 1950er Jahre mit dem erklärten Ziel eingeführt, den Nachwuchs aus seiner patriarchalischen Abhängigkeit von den Ordinarien herauszulösen.

Privilegierung

Wenn politische Disziplinierung, Kontrolle der Berufungen und ideologische Schulung des akademischen Nachwuchses die Peitsche der SED-Hochschulpolitik waren, bestand ihr Zuckerbrot aus materiellen Verlockungen und Privilegien. Hochschullehrer übten in der DDR der 1950er Jahre einen gut bis sehr gut bezahlten Beruf aus; einige stießen sogar in die Region der ostdeutschen Spitzenverdiener vor. Zwischen 1947 und 1952 verfünffachte sich das monatliche Anfangsgehalt eines Professors mit Lehrauftrag und vervierfachte sich das Höchstgehalt eines Lehrstuhlinhabers. Zahlreiche Zulagen konnten das Gehalt weiter aufstocken. Ämter wie die des Dekans oder Rektors brachten üppige Amtsvergütungen, ebenso die Mitgliedschaft in der Akademie der Wissenschaften. Besonders lukrativ waren individuell vereinbarte „Einzelverträge“. 1957 hatten 86 Leipziger und 65 Dresdner Wissenschaftler einen solchen Sondervertrag. Auch wenn nur sehr wenige Einzelvertragsinhaber in den Genuss von Spitzengehältern in Höhe von 10 – 15.000 Mark monatlich kamen, hatten doch viele an diesem System der Vergünstigungen Anteil. Großzügig vergebene und gut dotierte Nationalpreise und eine Vielzahl weiterer Privilegien – Eigenheimkredite, bevorzugte Wohnungsvergabe, Sonderversorgung mit Genussmitteln und Urlaubsplätze in Ahrenshoop – waren vor allem in den 1950er Jahren verbreitete Mittel, um die „bürgerliche“ Intelligenz zu binden.¹¹

Unter dem Gesichtspunkt der Loyalitätssicherung durch materielle Privilegierung sind zwei weitere Gesichtspunkte besonders interessant. Einmal die Tatsache, dass diese Vergünstigungen vor allem an Naturwissenschaftler, Ärzte und Ingenieure ausgeschüttet wurden, von denen die meisten der SED nach

11 Jessen, a. a. O., S. 207 ff.

Herkunft und politischer Haltung fern standen. Loyalität sollte hier durch materielle Besserstellung gesichert werden. In den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften spielten diese Privilegien kaum eine Rolle. Hier beruhte Loyalität auf Parteimitgliedschaft und Parteidisziplin. 1960 hatten 86 Prozent der Medizinprofessoren einen Einzelvertrag, 64 Prozent der Hochschullehrer in den Natur- und Ingenieurwissenschaften aber nur 22 Prozent in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften.¹² Es gehört zur Ironie der DDR-Geschichte, dass die Akademiker, die auf Distanz zur SED standen, am besten bezahlt wurden. Zum anderen zeigt sich sehr deutlich, dass all diese Wohltaten in hohem Maße dem doppelten deutschen Arbeitsmarkt für Akademiker zu verdanken waren. Nach dem Mauerbau von 1961 wurde das Privilegiensystem sehr schnell zurückgefahren. Bleibepremien für Mediziner und Naturwissenschaftler waren nicht mehr erforderlich.

Wie entwickelten sich unter diesen Bedingungen Systemtreue, Loyalität und Distanz der Hochschullehrer? Paul Wandel, der Präsident der Zentralverwaltung für Volksbildung, hat 1948 vier Gruppen der „Intelligenz“ hinsichtlich ihres Verhältnisses zur neuen Macht beschrieben: Erstens eine kleine Gruppe der „sozialistischen Intelligenz“, die der SED angehörte oder ihr nahestand. Zweitens eine ebenfalls nicht sehr große Gruppe der fast gewonnenen „Anhänger einer entschlossenen Demokratisierung Deutschlands“, drittens die Mehrheit der Akademiker, die eine „feste Bindung an die bürgerliche Welt“ hätten und in Distanz zur SED stünden, ohne als aktive Gegner zu wirken, und viertens eine „bewusst reaktionäre Gruppe“. Während die SED versuchen sollte, die dritte Gruppe zu gewinnen oder zumindest zu neutralisieren, müsse sie die letzte Gruppe „isolieren, ins Unrecht setzen und, vom ganzen Volk verurteilt, bekämpfen, wobei wir bei offen reaktionären Ausfällen mit den entschiedensten Maßnahmen reagieren müssen.“¹³ Damit hatte Wandel die Loyalitätserwartungen und -anforderungen der SED-Hochschulpolitiker der 1940er und 1950er Jahre recht prägnant beschrieben.

Wenn im Folgenden vier große Gruppen innerhalb der Hochschullehrerschaft der Ulbricht-Ära unterschieden werden, decken sich diese allerdings nur zum Teil mit Wandels machiavellistischer Loyalitätshierarchie. Die Grün-

12 Aufstellung in BA DR – 3, 822. Vgl. auch die Übersicht über die Einzelverträge an der TH Dresden vom Februar 1959, in: BA DR – 3, 800. 67 % der Dresdner Ordinarien hatten einen Einzelvertrag.

13 Stenographische Niederschrift über die 7. (21.) Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 11./12. Februar 1948, in: SAPMO BA DY 30/IV 2/1/40, Bl. 67 – 68.

dungsgeneration der ostdeutschen und auch der sächsischen Universitätslehrer, die in den 1940er und 1950er Jahren den Lehr- und Forschungsbetrieb in Gang brachte und die nachfolgende zweite Generation der Hochschullehrer ausbildete, soll vielmehr nach vier Kriterien gruppiert werden: Erstens nach ihrer Fachzugehörigkeit, zweitens nach ihrer wissenschaftlichen Reputation – oder ihrem „wissenschaftlichen Kapital“, um es in der Theoriesprache Pierre Bourdieus zu formulieren¹⁴ –, drittens nach ihrer Verhandlungsmacht gegenüber Staat und Partei, also der Möglichkeit, ihre Interessen gegenüber der Politik zur Geltung zu bringen, und viertens nach dem Grad ihrer politischen Loyalität. Es versteht sich von selbst, dass eine solche Typologie die Verhältnisse vereinfacht und dass sich zweifellos Personen finden lassen, die nicht in diese Schubladen passen. Trotzdem erscheint es hilfreich, auf diese Weise „typische“ Zusammenhänge zwischen Wissenschaft und Politik unter den Bedingungen der SED-Diktatur zu beschreiben, ohne diese auf den simplen Gegensatz von Autonomie vs. Heteronomie zu bringen. Die vier Hochschullehrergruppen, die in den 1950er Jahren an den ostdeutschen Universitäten lehrten und forschten, waren einmal die traditionellen, aus dem alten akademischen System der Zeit vor 1933 stammenden Geisteswissenschaftler. Die zweite Gruppe umfasste im Wesentlichen die Naturwissenschaftler, Ingenieure und Mediziner mit ähnlicher Generationenlage und akademischen Biographie. Die dritte Gruppe kann man in Anlehnung an eine prägnante Formulierung der ungarischen Autoren György Konrád und Iván Szelényi als „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“ bezeichnen, die auf oft prekäre Weise mit beiden Welten, der Wissenschaft und der Politik, verbunden waren.¹⁵ Als vierte Gruppe schließlich sind solche Hochschullehrer zu unterscheiden, die ihre akademische Karriere sehr stark oder ausschließlich der Protektion durch die SED verdankten.

Die Angehörigen der ersten Gruppe, die traditionellen Geisteswissenschaftler der älteren Generation, hatten ihre akademische Karriere meist vor 1933 begonnen. Diejenigen, die nach 1945 ihre Karriere fortsetzen konnten oder wieder aufnahmen, waren von den politischen Säuberungen der Entnazifizierung nicht oder nur am Rande berührt. Nach akademischem Werdegang, Habitus und Selbstverständnis entsprachen sie dem Typus des „klassischen Gelehrten“, den der amerikanische Historiker Fritz Ringer vor Jahren in seiner

14 Pierre Bourdieu, *Homo academicus*, übersetzt von Bernd Schwibs, 5. Aufl., Frankfurt am Main 1992.

15 György Konrád / Iván Szelényi, *Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht*, Frankfurt am Main 1978, S.292.

Studie als „Deutsche Mandarine“ porträtiert und analysiert hat.¹⁶ In Sachsen gehörten zu dieser Gruppe zum Beispiel der Leipziger Germanist Hermann August Korff, der nach dem Urteil seines ostdeutschen Biographen von 1983 „die Aufgipfelung bürgerlicher deutscher Literaturwissenschaft“ repräsentierte, und – so derselbe Biograph – der neuen Universität bestenfalls mit „achtbarer Loyalität“ gegenüberstand.¹⁷ Sein Fakultätskollege, der Indologe und Sanskritist Friedrich Weller setzte von seiner Habilitation 1922 bis zu seiner Emeritierung 1958 die Leipziger Tradition akribischer Edition und Kritik altindischer und altchinesischer Texte fort, ohne sich um deren Relevanz für den sozialistischen Aufbau zu kümmern,¹⁸ und der Germanist Theodor Frings betrieb seit seinem Ruf auf das Leipziger Ordinariat im Jahre 1927 seine literaturhistorischen und sprachtopographischen Studien, scharte eine breite Schülerschaft um sich und baute seit 1946 seine Funktion als Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu einer beachtlichen Machtposition aus, von der aus er linken Fachkollegen wie Hans Mayer das Leben schwer machte.¹⁹ Frings war in diesem Zusammenhang eine Ausnahmefigur: Sein großes Renommee, seine Position als Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften und die Tatsache, dass er mehrere Rufe aus der Bundesrepublik abgelehnt hatte, gaben ihm eine kaum angreifbare Position, von der aus er durchaus selbstbewusst gegenüber der Politik auftrat – also einige Verhandlungs- und Beschwerdemacht einbringen konnte. Als die SED Ende der 1950er Jahre eine neue Welle kulturrevolutionärer Radikalisierung inszenierte, konnte es sich Frings erlauben, sich bei der SED-Parteileitung der Akademie der Wissenschaften über die „jungen unreifen Parteifunktionäre“ zu beschweren, „die in Leipzig wahre Orgien gegen die Wissenschaft gefeiert hätten ... Diese jungen Parteifunktionäre würden weiter nichts tun, als die Atmosphäre der Institute vergiften und die Wissenschaftler von der eigentlichen Arbeit abhalten.“²⁰

16 Fritz K. Ringer, *Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine. 1890 – 1933*, München 1987.

17 Träger, Hermann August Korff (1882 – 1963), in: *Namhafte Hochschullehrer der Karl-Marx-Universität Leipzig*, Bd. 1 – 8, Leipzig 1982 – 1986 (im Folgenden abgekürzt als HSL KMU), Bd. 3, S. 84 – 95, hier: S. 88, 90, 91.

18 Mylius, Friedrich Weller (1889 – 1980), in: HSL KMU, Bd. 7, S. 33 – 39.

19 Große, Theodor Frings (1886 – 1968), in: HSL KMU, Bd. 3, S. 5 – 14; Hans Mayer, *Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen*, Band 2, Frankfurt am Main 1982, S. 100 – 104.

20 Zitiert nach Rüdiger Schroeder, *Reaktionen „bürgerlicher“ Wissenschaftler auf den Führungsanspruch der SED an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) in den fünfziger Jahren*, in: Martin Sabrow / Peter Th. Walther (Hrsg.), *Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR*, Leipzig 1995, S. 74 – 93, hier: S. 89 f.

Die meisten anderen Vertreter dieser Generation und dieses Milieus verhielten sich still und pflegten den Ruf des unpolitischen Gelehrten. Nur ganz wenige traten der SED bei, wie der Dresdner Romanist Victor Klemperer, den sein Werk über die „lingua tertii imperii“ und dann vor allem seine posthum erschienenen Tagebücher berühmt gemacht haben.²¹

(Foto nicht lizenziert)

Theodor Litt (1880 – 1962) auf einer
Fotografie von 1956. (SLUB Dres-
den / Deutsche Fotothek / Fotograf:
Fritz Eschen)

Häufiger als Parteiloyalität (Klemperer) oder der Aufbau einer eigenständigen Machtposition (Frings) waren Reibungen und Konflikte, die nicht selten mit Verdrängung oder Flucht in den Westen endeten, wenn die betreffenden Gelehrten mit ehrgeizigen Parteivertretern aneinander gerieten. Der Philosoph Hans Leisegang aus Jena ist hierfür ein Beispiel, gegen den SED-loyale Nachwuchsphilosophen 1948 ein Kesseltreiben initiierten, das mit seiner Amtsenthebung endete,²² oder der Historiker Hugo Preller, der von seinen SED-treuen Assistenten Lothar Berthold und Kurt Pätzold angeschwärzt und 1952 zwangs-

21 Vgl. Benedikt Faber, „In der vordersten Front“? Victor Klemperers Haltung zum Kommunismus nach 1945, in: Andrea Löw (Hrsg.), *Deutsche, Juden, Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert*. Festschrift für Hubert Schneider, Frankfurt am Main / New York 2004, S. 199 – 213.

22 Zu Leisegang siehe auch die zeitgenössische Darstellung bei Müller u. Müller, „... stürmt die Festung Wissenschaft“, S. 71 f. sowie Jürgen Louis, *Die LDP-Hochschulgruppe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena*, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ / DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994, S. 143 – 174, S. 143 f.; Peter Schäfer, *Die Jenaer Universitätskrise von 1948*, in: Herbert Gottwald (Hrsg.), *Universität im Aufbruch. Die Alma mater Jenensis als Mittler zwischen Ost und West*,

emeritiert wurde.²³ Bekanntster noch sind die Fälle der Leipziger Philosophen Theodor Litt und Hans-Georg Gadamer, die in den ersten Nachkriegsjahren in Konflikt mit Besatzungsmacht und SED gerieten – Gadamer als Rektor in Leipzig –, um dann in den Westen auszuweichen. Seinem Vorgänger als Rektor, dem Archäologen Bernhard Schweitzer, ging es ähnlich.²⁴ Insgesamt handelte es sich um eine tendenziell marginalisierte Gruppe, deren Angehörige aus Sicht der SED entweder – wie Frings – einen Wert als Prestigeträger hatten oder von Bedeutung waren, um so lange die Fachkontinuität zu wahren, bis der politisch loyale Nachwuchs herangezogen worden war.

Die zweite Gruppe umfasste Naturwissenschaftler, Mediziner und Ingenieure der gleichen Generation, die freilich aus einer ganz anderen Position heraus agierten. Die nach der Entnazifizierung verbliebenen Geisteswissenschaftler der alten Schule waren aus Sicht der SED entweder harmlose Exoten in Orchideenfächern (wie der Leipziger Sanskritist Weller), die man tolerieren konnte, oder – häufiger – gefährliche ideologische Konkurrenten in Disziplinen, gegenüber denen die SED ihren eigenen Wahrheitsanspruch geltend machte, wie in der Philosophie und der Geschichtswissenschaft. Entsprechend hoch war hier der Konformitäts- und Verdrängungsdruck gegen die alte Generation. Bei den Medizinerinnen und Naturwissenschaftlerinnen lagen die Dinge anders. Sie waren die Herren unentbehrlicher Spezialkompetenzen und daher „unersetzlich“. Dabei unterschieden sie sich in politischer Gesinnung, Selbstverständnis und bildungsbürgerlichem Habitus nicht von ihren geisteswissenschaftlichen Kollegen. Ihre Einbindung und Integration wurde allerdings durch drei Faktoren sehr erleichtert: Erstens galt ihr Wissen aus Sicht der SED als ideologisch „neutral“. Nur in wenigen Bereichen wie in der Genetik zur Hochzeit des Lyssenkoismus erstreckte sich der Wahrheitsanspruch der Ideologie in den 1950er Jahren auf die Inhalte dieser Fächer.²⁵ Zweitens pflegten die Vertreter dieser Disziplinen selbst den Mythos einer „unpolitischen“ Wissenschaft und drittens hatten ihre Vertreter eine lange Tradition, sich erfolg-

Jena 1992, S. 325 ff.; Günter Zehm, Repression und Widerstand an der Universität Jena 1949 – 1989, in: *Bildung und Erziehung* 45, 1992, S. 455 f.

²³ Zu Preller die Vorgänge in: BA DR – 3, 1598.

²⁴ Theodor Litt, *Wissenschaft und Menschenbildung im Lichte des West-Ost-Gegensatzes*, Heidelberg 1957; Hans-Georg Gadamer, *Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau*, Frankfurt am Main 1977; Welsh, *Entnazifizierung*.

²⁵ Ekkehard Höxtermann, „Klassenbiologen“ und „Formalgenetiker“: Zur Rezeption Lyssenkos unter den Biologen in der DDR, in: Wieland Berg (Hrsg.), *Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000* (Dt. Akad. d. Naturforscher Leopoldina), Halle 2000, S. 273 – 300.

reich mit wechselnden politischen Mächten und Verhältnissen zu arrangieren. Nicht zufällig gehörten einige der renommiertesten Vertreter der Naturwissenschaften in der DDR der 1950er und 1960er Jahre bereits zur wissenschaftlichen Prominenz im Nationalsozialismus und zwischenzeitlich in der sowjetischen Deportation.

Obwohl diese Wissenschaftler das alte, bildungsbürgerlich-elitäre Universitätsmilieu repräsentierten, die Standards wissenschaftlicher Qualifikation hochhielten und ihre Loyalität gegenüber dem Regime häufiger auf instrumentellem Kalkül als auf ideologischer Bindung oder Parteimitgliedschaft beruhte, hatten sie eine erhebliche Verhandlungsmacht gegenüber der Politik. Dies galt ganz besonders, solange die Grenze nach Westen offen stand. Verdrängungskampagne wie oben für die Geisteswissenschaftler geschildert, kam kaum vor – im Gegenteil. Mit viel Aufwand bemühte sich die SED, die Abwanderung dieser Experten in den Westen zu verhindern. Ein gutes Beispiel ist hierfür der Chemiker Erich Thilo, der seit 1946 einen Lehrstuhl an der Berliner Universität innehatte und seit 1950 Direktor des Instituts für anorganische Chemie der Akademie der Wissenschaften war. Als Thilo 1953 einen Ruf auf eine Professur in Heidelberg erhielt, legte er dem Staatssekretariat für das Hochschulwesen eine lange Liste mit Bleibeforderungen vor: So verlangte er unter anderem eine „absolute Garantie für meine eigene freie Forschung“, jährlich 170.000 Mark Personal- und weitere 80.000 Mark Sachmittel für sein Institut sowie ein Papierkontingent für Publikationen. Darüber hinaus forderte Thilo das Recht, Gutachten für westliche Firmen anzufertigen. Die Regierung sollte ihm und seiner Familie die jederzeitige freie Reise nach Westberlin zusichern und ihm einen monatlichen Westgeldbetrag von 100 Mark garantieren. Neben der Aufbesserung seiner persönlichen Einkünfte forderte er eine Reihe von „Maßnahmen genereller Art zur Erleichterung und Vermenschlichung des Lebens in Ostberlin und der DDR, deren Nichterfüllung allen Wissenschaftlern größte und ernsthafteste Sorgen macht“, so die Aufhebung der Briefkontrolle, der Hausbücher, der Telefonsperre nach Westberlin und der „unmenschlichen Justizmethoden“. Auch wenn sich über die Resonanz dieser eindrucksvollen Liste im Einzelnen nichts sagen lässt, hat Thilo offenbar Erfolg gehabt. Er blieb auf seiner Stelle, bezog in den 1960er Jahren ein Monatseinkommen von 10.000 Mark und verabschiedete sich erst 1967 als hochdekoriertes, zweifaches Nationalpreisträger in den Ruhestand.²⁶

26 Siehe die Vorgänge in BA DR – 3, 212.

Eine wichtige und besonders interessante Teilgruppe dieser natur- und ingenieurwissenschaftlichen Elite waren jene Wissenschaftler und Techniker, die Mitte der 1940er Jahre in die Sowjetunion deportiert worden waren und bis Mitte der 1950er Jahre in die DDR zurückkehrten. Obwohl der Anteil hochqualifizierter Akademiker unter den „SU-Spezialisten“ nicht sehr groß war – von 2.401 Deportierten führten etwa ein Dutzend den Professoren- und rund 200 den Dokortitel –, setzte die DDR-Führung große Hoffnung in sie.²⁷ Nicht nur der beabsichtigte Aufbau einer DDR-eigenen Flugzeugindustrie und die Bemühungen zur friedlichen Nutzung der Kernenergie hingen entscheidend von den Ingenieuren und Physikern aus der Sowjetunion ab – auch für die Hochschulen und Akademieinstitute erwartete man eine nennenswerte Personalaufstockung.²⁸ Die Behörden bemühten sich nach Kräften um diese Männer, sorgten für Stellen, gute Bezahlung und Karrierechancen. An die 125 Personen kamen schließlich in Forschungsinstituten der DDR unter, die meisten wohl in Instituten der Akademie der Wissenschaften. Unter ihnen waren allerdings einige sehr bekannte Namen, darunter der Physiker und Nobel- und Stalinpreisträger Gustav Hertz, der nach seiner Zeit im sowjetischen Atombombenprogramm an die Universität Leipzig ging und maßgeblich am Aufbau der Nuklearforschung in der DDR beteiligt war. Oder der schillernde Autodidakt und Wissenschaftsunternehmer Manfred von Ardenne, der ebenfalls ins sowjetische Atombombenprogramm involviert gewesen war und nach seiner Rückkehr unter Ulbrichts schützender Hand in Dresden das einzige private Forschungsinstitut der DDR aufbauen konnte.²⁹ Neben diesen sächsischen Prominenten ist der Chemiker Peter Adolf Thiessen besonders erwähnenswert, NSDAP-Mitglied von 1925, im Nationalsozialismus aktiv in der Giftgasforschung, 1945 wegen schwerer NS-Belastung aus der preußischen Akademie verstoßen, anschließend für zehn Jahre an der sowjetischen Atombombenforschung beteiligt, nach seiner Rückkehr in die DDR sofort auf höchste und höchstbezahlte Posten befördert und mit 15.000 Mark pro Monat einer der

27 Die Zahlen errechnet nach Ciesla, Spezialistentransfer, S. 29.

28 Zur Flugzeugindustrie: Burghard Ciesla, „Intellektuelle Reparationen“ der SBZ an die alliierten Siegermächte? Begriffsgeschichte, Diskussionsaspekte und ein Fallbeispiel – Die deutsche Flugzeugindustrie 1945 – 1946, in: Christoph Buchheim (Hrsg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 107 ff.; Gerhard Barkleit, *Die Spezialisten und die Parteibürokratie. Der gescheiterte Versuch des Aufbaus einer Luftfahrtindustrie in der DDR*, in: DA 28, 1995, S. 823 – 830; Mike Reichert, *Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisierungsgrad (1955 – 1990)*, St. Katharinen 1999.

29 Vgl. Gerhard Barkleit, *Manfred von Ardenne. Selbstverwirklichung im Jahrhundert der Diktaturen*, 2. Aufl., Berlin 2008.

bestbezahlten Wissenschaftler der DDR. Neben sein goldenes NSDAP-Parteiabzeichen konnte er sich jetzt den Stalinpreis und den Nationalpreis der DDR stellen.³⁰

Man kann an diesen Beispielen besonders gut eine Praxis verfolgen, die der Wissenschaftshistoriker Mitchell Ash einmal die „wechselseitige Ressourcennobilisierung“ von (Natur)Wissenschaft und Politik genannt hat.³¹ Während das SED-Regime dringend auf die Fachkompetenz der Experten angewiesen war, nutzten diese die Gunst der Stunde, nahmen die großzügigen Angebote des neuen Systems wahr und fundierten so ihre Nachkriegskarriere auf Basis „konstruierter Kontinuitäten“ (Ash).³² Da sich viele Naturwissenschaftler zu unpolitischen Fachmännern stilisierten, konnten sie heute unter dem kommunistischen Regime wirken, obwohl sie gestern noch den Nationalsozialisten gedient hatten. Die strukturellen „Kollaborationsverhältnisse“ zwischen Naturwissenschaften und Macht, die schon unter der NS-Diktatur funktioniert hatten, spielten sich offenbar auch unter der zweiten Diktatur zum Gutteil wieder ein.³³

30 Ulrich Albrecht / Andreas Heinemann-Grüder / Arend Wellmann, *Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945*, Berlin 1992, S. 52; Helmut Müller-Enbergs u. a., *Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien*, Band 2, Berlin 2006, S. 1008; Werner Hartkopf, *Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700 – 1990*, Berlin 1992, S. 409. Art.: Peter Adolf Thiessen, in: http://de.wikipedia.org/wiki/Peter_Adolf_Thiessen (18.09.2013).

31 Mitchell G. Ash, *Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen: Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen*, in: *Intern. Zeitschrift für Geschichte und Ethik der Naturwissenschaften, Technik und Medizin* 3, 1995, S. 9.

32 Mitchell G. Ash, *Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945*, in: *ZfG* 43, 1995, S. 903 – 923.

33 Herbert Mehrtens, *Kollaborationsverhältnisse. Natur- und Technikwissenschaften im NS-Staat und ihre Historie*, in: Christoph Meinel / Peter Voswinkel (Hrsg.), *Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus: Kontinuitäten und Diskontinuitäten*, Stuttgart 1994, S. 13 – 32, S. 22 – 27. Ralph Jessen, *Von den Vorzügen des Sozialismus und der deutschen Teilung. Kollaborationsverhältnisse im ostdeutschen Wissenschaftssystem der fünfziger Jahre*, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wissenschaftskultur der Nachkriegszeit*, Göttingen 2002, S. 39 – 52. Wenn hier die engen Kollaborationsverhältnisse zwischen Naturwissenschaftlern und NS-Diktatur angeführt werden, heißt dies nicht, dass es in den Geistes- und Sozialwissenschaften nicht Vergleichbares gegeben hat. Gründlich untersucht worden ist z. B. die Rolle von Historikern in der nationalsozialistischen „Ostforschung“. Vgl. Michael Fahlbusch, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931 – 1945*, Baden Baden 1999; Ingo Haar, *Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000; Michael Fahlbusch / Ingo Haar (Hrsg.), *Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung“ Europas*, Paderborn 2010; Corinna R. Unger, *Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft*,

Als „Doppelstaatsbürger von Partei und Fach“ lässt sich eine relativ kleine Gruppe von Hochschullehrern bezeichnen, die während der späten 1940er und der 1950er Jahre besonders an der Universität Leipzig eine wichtige Rolle gespielt hat. Wenn es eine „sächsische“ Besonderheit in der Entwicklung der Hochschullehrerschaft während der Ulbricht-Ära gegeben hat, dann ist sie wohl am ehesten hier zu finden. Gemeint sind Personen, die einerseits wissenschaftlich qualifiziert waren, sich andererseits als Sozialisten verstanden – mit oder ohne SED-Mitgliedschaft – und drittens moralische Integrität als NS-Verfolgte oder Emigranten ins Feld führen konnten. Zwar gab es den einen oder anderen Vertreter dieses Typus auch in den Naturwissenschaften – der Chemiker Robert Havemann ist sicherlich der bekannteste von ihnen – und in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, wie etwa den Leipziger Juristen Karl Polak. Am häufigsten war die Kombination aus Fachqualifikation, politischer Loyalität und moralischer Respektabilität aber in den Geisteswissenschaften. An der Leipziger Universität konzentrierte sich diese Gruppe: Der 1885 geborene und 1908 promovierte Philosoph Ernst Bloch, der bis 1933 als freier Publizist lebte und danach über die Schweiz, Österreich und Frankreich in die USA emigrierte, erhielt dort 1948 seinen Lehrstuhl. Der Historiker Walter Markov, 1934 in Bonn promoviert und im selben Jahr der KPD beigetreten, der während der NS-Zeit wegen der Gründung einer Widerstandsgruppe zehn Jahre im Zuchthaus verbracht hatte, habilitierte sich 1947 und trat im selben Jahr eine Gastprofessur in Halle und zwei Jahre später ein Ordinariat in Leipzig an. Ernst Engelberg, der wie Markov zur späteren Historikerprominenz der DDR gehörte, war ebenfalls ein altes KPD-Mitglied. Nach der Promotion 1934 und folgender politischer Haft ging er erst ins Schweizer und dann ins türkische Exil, von wo aus er 1948 zunächst an die PH Potsdam und ein Jahr später nach Leipzig zurückkehrte. Der 1900 geborene und 1930 habilitierte Romanist Werner Krauss trat 1942 eine außerordentliche Professur in Marburg an, wurde jedoch im selben Jahr verhaftet und als Mitglied der Widerstandsgruppe um Schulze-Boysen zunächst zum Tode verurteilt, dann aber zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe begnadigt. Nach dem Krieg der KPD beigetreten, blieb er noch zwei Jahre auf seiner hessischen Professur, bis er 1947 nach Leipzig wechselte. Zu den bekannten Leipzigern gehörte schließlich auch der Literaturwissenschaftler Hans Mayer, Jahrgang 1907, auch er Anfang der 1930er Jahre Mitglied der KPD-O. Mayer überstand die NS-Zeit im französi-

1945 – 1975, Stuttgart 2007. Anders als in der Bundesrepublik finden sich entsprechende personelle Kontinuitäten in der DDR allerdings fast nur in den naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen.

schen und Schweizer Exil und begann seine Nachkriegskarriere zunächst als Rundfunkjournalist in Frankfurt am Main, bevor er im Oktober 1948 nach Leipzig kam.³⁴ Der Grund für die Ansammlung solcher ungewöhnlichen Grenzgänger an der Leipziger Universität war die dortige Berufungspolitik der späten 1940er, frühen 1950er Jahre, die schon unter dem Rektorat von Hans Georg Gadamer einsetzte und auf die gezielte Anwerbung exilierter, häufig jüdischer Intellektueller und Wissenschaftler setzte. Diese verbanden in der Regel vier Merkmale: Erstens waren alle aus politischen Gründen oder als Juden vom NS-Regime verfolgt worden; zweitens standen sie vor 1945 der KPD oder kommunistischen Splittergruppen nahe, befanden sich aber als Westemigranten außerhalb des Einflussbereiches der Moskauer Exilführung und des stalinschen Terrors; drittens kann man sie nach Herkunft und Habitus als bürgerliche Intellektuelle bezeichnen, die sich in der Welt der Universitäten zu bewegen wussten: Selbst von Wieland Herzfelde, dem ehemaligen DADAisten, den man aus dem New Yorker Exil auf einen Lehrstuhl für Literatur berief, wird kolportiert, er wäre 1949 in Leipzig dem Zug entstiegen: „jeder Zoll ein Professor“.³⁵ Und viertens hatten die meisten von ihnen bis zu ihrer Berufung der klassischen Universitätskarriere fern gestanden; für die allermeisten war es die erste Professorenstelle. Genau besehen waren die Vertreter dieser Gruppe in mehrfacher Hinsicht Außenseiter und Grenzgänger: Als NS-Verfolgte und Emigranten repräsentierten sie im Nachkriegsdeutschland und an der Nachkriegsuniversität die Minderheit derjenigen, die sich dem Hitlerregime vom Anfang bis zum Ende verweigert hatten. Als moskauferne bürgerliche Linksinтеллектуelle standen sie eher am Rand als im Zentrum des kommunistischen Parteimilieus. Und als Intellektuelle ohne glatte akademische Karriere und ohne universitäre Hausmacht, dafür aber mit sichtbarer Protektion durch die neue politische Macht waren sie marginale Männer des akademischen Betriebs.

Diese Grenzgängersituation verband sie mit dem sozialistischen Experiment DDR, auf das sie große Hoffnungen setzten. Es machte sie zudem zu attraktiven Identifikationsfiguren für viele Angehörige der nachwachsenden Generation der jungen Studenten und Akademiker. Es gibt viele bewundernde, auch glorifizierende Schilderungen gerade dieser Gruppe akademischer Lehrer aus der Feder ihrer Schülerinnen und Schüler. Ihre Grenzgängersituation gab ihnen – oder zumindest einigen von ihnen – bei aller Parteiloyalität auch

34 Jessen, a. a. O., S. 319. Dort auch alle Einzelnachweise zu den genannten Personen.

35 Walter Markov, *Zwiesprache mit dem Jahrhundert*. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin / Weimar 1989, S. 184.

die Chance zur intellektuellen Eigenständigkeit. Aber gerade diese Eigenständigkeit gefährdete sie und machte sie verletzlich. Eine erste Welle der politischen Disziplinierung rollte Anfang der 1950er Jahre, als die SED gegen Westemigranten zu Felde zog; eine zweite Welle kam in der Entstalinisierungskrise nach 1956. Unter dem Druck dieser Entwicklung differenzierten sich die „Doppelstaatsbürger“ in unterschiedliche Richtungen aus: Einige wurden loyale Parteimänner, wie die Juristen Baumgarten und Steiniger oder die Historiker Meusel und Engelberg. Andere gerieten in Konflikt und fielen in Ungnade wie der Philosoph Ernst Bloch und der Literaturwissenschaftler Hans Mayer.



Der Philosoph Ernst Bloch (1885 – 1977) während der „Begegnung der Geistesschaffenden“ am 8. November 1954 in Berlin. (Bundesarchiv, Bild 183-27348-0008 / CC-BY-SA)

Ich komme zur vierten Gruppe, deren Angehörige ihr Professorenamt einer Berufung aus den „Universitäten des Klassenkampfes“ verdankte. Dies ist eine Formulierung, die von der offiziellen Geschichtsschreibung und Biographik der DDR manchmal verwendet wurde, um den Bildungsgang derjenigen zu bezeichnen, die ohne ordentliche akademische Studien und Prüfungen, nur aufgrund ihrer politischen Tätigkeit und Parteiloyalität in universitäre Positionen rückten. Quantitativ spielten sie keine sehr große Rolle; in einzelnen Fächern allerdings konnten sie einiges Gewicht bekommen. Dies galt vor allem

dort, wo politische Säuberungen den alten Lehrkörper massiv dezimiert hatten, wo die SED schnell und unmittelbar Einfluss auf den Inhalt des Faches nehmen wollte und wo es so gut wie keine qualifizierten Berufungsanwärter gab, die zugleich in unbedingter Loyalität zur Partei standen.

Zwei Professoren aus der Universität Leipzig können als Beispiel für diesen Karrierepfad dienen: Zum einen der 1902 als Sohn eines Bergarbeiters im Erzgebirge geborene Hans Teubner, der in den 1920er Jahren als Redakteur für verschiedene kommunistische Zeitungen schrieb, 1933 bis 1935 als politischer Häftling im Zuchthaus saß und sich danach dem drohenden Konzentrationslager durch die Flucht ins Ausland entzog. Seiner Zeit als Journalist im Spanischen Bürgerkrieg schloss sich eine Emigrationsodyssee an, die 1945 in Berlin endete. Teubner nahm wieder seine journalistische Tätigkeit in der KPD / SED-Presse auf und lehrte an der SED-Parteihochschule, als er 1950 in die Mühlen der Noel-Field-Kampagne geriet. Die Affäre endete 1957 relativ glimpflich mit seiner Rehabilitierung und der Berufung auf einen Lehrstuhl für „Theorie und Praxis der Pressearbeit“ an der KMU Leipzig.³⁶ Der 1897 geborene Arbeitersohn und erste Direktor des Leipziger „Instituts für Publizistik und Zeitungswissenschaften“, Wilhelm Eildermann, hatte ebenfalls eine klassische Funktioniärskarriere hinter sich: Von der Sozialdemokratie des Kaiserreichs gelangte er 1919 zur KPD, für die er in der Weimarer Republik als Agitator und Journalist wirkte, bevor ihn die Nazis erst inhaftierten und dann in die Emigration zwangen. 1947 kehrte Eildermann aus dem sowjetischen Exil nach Ostdeutschland zurück, beteiligte sich am Aufbau der SED-Presse und wechselte 1951 als Professor und Institutsdirektor nach Leipzig. „Seine Universitäten“, bemerkte pathetisch und doch zutreffend eine Biographie aus der DDR, „waren der Klassenkampf und die Parteiarbeit, waren Gefängnis und Konzentrationslager gewesen.“³⁷

Auch in der Biographie des 1906 geborenen Alfred Lemnitz tauchten die Stationen Volksschule, Handwerkslehre und Tätigkeit in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, NS-Verfolgung, Emigration und Konzentrationslager auf.³⁸ Seine akademische Ausbildung beschränkte sich auf ein einsemestriges Studium der Volkswirtschaftslehre Anfang der 1930er Jahre,

36 Werner Röder / Herbert A. Strauss (Hrsg.), *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Band 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München / New York 1980, S. 758 f.; Müller-Enbergs, *Wer war wer*, Band 2, S. 1003.

37 Joachim Pötschke, Wilhelm Eildermann, in: *HSL KMU*, Band 7, Leipzig 1980, S. 73 – 81; Röder / Strauss, a. a. O., Band 1, S. 149; Müller-Enbergs, a. a. O., Band 1, S. 213.

38 Müller-Enbergs, a. a. O., Band 1, S. 607.

nachdem ihm eine Begabtenprüfung den Zugang zur Universität eröffnet hatte. 1947 ging Lemmnitz als Lehrer an die SED-Parteihochschule. Seine „illegale Tätigkeit in der Zeit des Faschismus“ wurde als Diplomarbeit anerkannt, was ihm die Möglichkeit gab, ohne weiteres Studium innerhalb eines halben Jahres den Dokortitel zu erwerben.³⁹ Auf Anweisung des Zentralkomitees der SED erhielt er 1952 den Professorentitel und wurde am 1. März 1953 auf eine Professur an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Rostock gesetzt.⁴⁰

Die verbindenden Faktoren dieser und vergleichbarer Fälle heben sie recht deutlich von den bisher vorgestellten Gruppen ab: Es handelt sich fast durchweg um Berufungen in sehr „ideologieaffinen“ Fächern: Wirtschaftswissenschaften, Jura, Journalistik, Wissenschaftlicher Sozialismus etc. Auch einige Berufungen auf geschichtswissenschaftliche Professuren waren dabei. Im Unterschied zu den „Doppelstaatsbürgern“ und vor allem zu den Vertretern des alten akademischen Milieus konnten sie nur geringe, manchmal auch gar keine wissenschaftliche Qualifikation mitbringen. In der Regel verstieß ihre Berufung gegen alle bis dahin geltenden Standards akademischer Karrieren. Ihre Platzierung an der Universität geschah in direkter Abstimmung mit oder auf Anweisung der SED-Führung: „Er folgte dem Ruf der Partei der Arbeiterklasse“, hieß es in der Biographie Basil Spirus, der seit 1955 an der Leipziger Journalistenfakultät lehrte.⁴¹ Viele von ihnen – auch das hob sie von den anderen ab – waren auch in sozialer Hinsicht „fremd“ an der damaligen Universität. Als ehemalige Parteifunktionäre und Aufsteiger aus der Arbeiterbewegung, oft mit proletarischem Hintergrund, konnten sie kaum kulturelles Kapital in eine akademische Karriere einbringen. Entsprechend schwierig war oft ihre Position, trotz der politischen Protektion, die sie genossen.

Obwohl – oder weil – sie von allen zweifellos die engste Bindung an die SED hatten und loyal zur Partei standen, war ihre Verhandlungsmacht gegenüber den politischen Instanzen schwach. Akademische Reputation oder Unentbehrlichkeit konnten sie nicht ins Feld führen; die einzige Stütze, auf die sie bauen konnten, war die Partei. Die Position dieser kommunistischen Kader am Katheder wurde auch dadurch beeinträchtigt, dass die Universität für einige nur eine kurze Etappe auf dem Karriereweg war. Etliche der Ende der 1940er oder in den 1950er Jahren auf diese Weise Berufenen verließen die Universität nach kurzer Zeit und wechselten in andere, meist politische Funk-

39 Alfred Lemmnitz, *Beginn und Bilanz. Erinnerungen*, Berlin 1985, S. 98.

40 Ebd., S. 169; Müller-Enbergs, a. a. O., Band 1, S. 607.

41 Heinz Halbach, Basil Spiri (1898 – 1969), in: HSL KMU, Bd. 5, S. 75 – 85, hier: S. 79.

tionen. In der Um- und Aufbauphase der ersten anderthalb Jahrzehnte nach Kriegsende gehörten sie zu jener Kaderreserve, die von der SED nach Bedarf zwischen unterschiedlichen Funktionen und Institutionen hin- und hergeschoben wurde. Erst in den 1960er Jahren kam das Kaderkarussell langsam zum Stillstand. Wer von den Parteiberufenen dann noch an der Universität lehrte, blieb im Allgemeinen bis zu seiner Emeritierung auf seiner Professur.

Trotz ausgeprägter politischer Loyalität gehörten die aus den „Universitäten des Klassenkampfes“ berufenen Neuprofessoren insgesamt zu den schwachen Akteuren an den Hochschulen der Ulbricht-Ära.

Fazit

Fasst man die Ergebnisse dieser kurzen Inspektion der Erscheinungsformen von Systemtreue, Loyalität und Distanz unter ostdeutschen und sächsischen Hochschullehrern der Ulbricht-Ära zusammen, ist ein komplexerer Befund zu konstatieren, als man vielleicht auf den ersten Blick annehmen möchte. Ohne Zweifel hat zuerst die Sowjetische Militäradministration und dann die SED sehr viel Energie in die Umgestaltung der Hochschullehrerschaft gesetzt. Ziel war es, die einst bildungsbürgerliche, politisch der kommunistischen Arbeiterbewegung denkbar fernstehende Professorenschaft unter Kontrolle zu bekommen und möglichst rasch gegen neue, loyale Hochschullehrer auszutauschen. Rücksichtslos und schnell durchgesetzt werden konnte dies in den 1950er Jahren nur dort, wo man unter Hintanstellung wissenschaftlicher Qualifikation ganze Fächer komplett neu aufbaute: in der Wirtschafts- und Rechtswissenschaft, der Philosophie, der Journalistik, zum Teil bei den Historikern und natürlich in den reinen Ideologiedisziplinen wie dem „Marxismus-Leninismus“ oder dem „Wissenschaftlichen Sozialismus“.

Anderswo musste man Rücksicht auf Facherfordernisse und die Qualifikationsanforderungen der Universität nehmen – zumindest bis zu einem gewissen Minimum. Das führte bei den „Doppelstaatsbürgern“, die sich besonders in Leipzig sammelten, zu einer widersprüchlichen und in Einzelfällen sehr wirkmächtigen Mischung aus Bildungsbürgerlichkeit, wissenschaftlicher Originalität, politischer Systemnähe und moralischer Ausstrahlungskraft. Sie war freilich nicht von Dauer: Über kurz oder lang gerieten die meisten aus dieser Gruppe – wenn sie denn eigenständige Geister waren – mit der Macht in Konflikt. Die Leipziger Bloch und Mayer seien noch einmal stellvertretend genannt.

Bemerkenswert ist schließlich, dass die Professoren, die am meisten von dem ehrgeizigen Hochschulprogramm der Ulbricht-Ära profitierten, ausge-

rechnet diejenigen waren, die dem Projekt Sozialismus weder sozial noch kulturell noch politisch besonders nahestanden. Wer von der konservativen, zum Teil auch erheblich NS-belasteten Elite der Naturwissenschaftler in der DDR blieb, traf ein profitables Arrangement mit dem Regime. Ressourcen, Prestige und Ehrungen lockten und auf Basis einer überwiegend instrumentellen Loyalität, die mit der politischen Bindung der parteiberufenen Professoren ebenso wenig zu tun hatte wie mit den Sozialismushoffnungen der linken Intellektuellen in den Geisteswissenschaften, etablierte sich ein beiderseits profitables Verhältnis zwischen Regime und Naturwissenschaftlern. Dass sich dieses Arrangement so erfolgreich einspielte, sagt vielleicht mehr über das Verhältnis zwischen Macht und Wissenschaft im 20. Jahrhundert aus, als die bizarren Berufungen aus den „Universitäten des Klassenkampfes“.

Thomas Brose

Katholische Kirche, katholische Studentenschaft und Hochschulpolitik in der DDR

**Wer die Vergangenheit kontrolliert, der kontrolliert die Zukunft;
wer die Gegenwart kontrolliert, der kontrolliert die Vergangenheit!**

George Orwell, Neunzehnhundertvierundachtzig

Einleitung

„Zur religiösen und kirchlichen Lage“ – keineswegs zufällig, sondern mit geschultem Blick für politische Zusammenhänge bietet ein Mitarbeiter des Zentralsekretariats der SED 1946 unter diesem Titel eine Situationsanalyse: „Es läßt sich im allgemeinen sagen, daß der religiöse Auftrieb, der in den ersten Monaten des Jahrs 1945 zu beobachten war, im allgemeinen zum Stillstand gekommen ist. Diese Tatsache läßt sich leicht erklären. Nach dem völligen Zusammenbruch schienen ja die Kirchen das einzig Dauernde geblieben zu sein. Viele flüchteten sich in den ‚Schoß der Kirche‘ um hier Halt zu suchen. Das Anhalten der schlechten sozialen Lage hat nun bei Vielen Enttäuschung oder auch Gleichgültigkeit hervorgerufen, so daß das religiöse Interesse zumindest zum Stillstand gekommen ist. [...] Das gestärkte kirchliche Selbstbewußtsein wird besonders in der Schulfrage noch zu großen Schwierigkeiten führen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß beide Kirchen hier nachgeben werden.“¹

Kurz nach dem Krieg deutet sich damit bereits an, was in den folgenden Jahrzehnten als Dauerkonflikt zwischen Staat und Religion im Zentrum stehen wird: die Frage, welchen Spielraum Kirche für sich in Anspruch nehmen kann, um in der Öffentlichkeit für das Christentum einzutreten – also eine weltanschauliche Alternative („Schulfrage“) anzubieten. Der SED erschien es dagegen entscheidend, die öffentliche Kommunikation auf allen Ebenen zu

1 SAPMO BArch ZPA IV 2/9.05/78.

kontrollieren. Die Staatspartei versuchte deshalb, jeden Ansatz zur Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft mit intellektueller Vielfalt zu unterbinden. Universitäten, Hoch- und Fachschulen avancierten deshalb zu Zentren weltanschaulicher Auseinandersetzung. Als Teil einer ideologischen Gesamtstrategie – mit der zweiten Hochschulreform von 1951 wurde das gesellschaftswissenschaftliche Grundstudium des Marxismus-Leninismus obligatorisch – führte dies zu dem erklärten Ziel, die Studentengemeinden von den Universitäten zu verdrängen, Studierende der christlichen Glaubens-, Sprach- und Denkwelt zu entfremden und Religion als von der Wissenschaft längst überwundenen „Mystizismus“ und „Aberglauben“ zu diffamieren.

Dieser Beitrag greift auf grundsätzliche Überlegungen von Ernst-Wolfgang Böckenförde zurück. Danach ist die Zivilgesellschaft substanziell auf sozial-moralische Ressourcen ihrer Glieder angewiesen.² Es waren kirchliche Freiräume, die Menschen bei der europäischen Freiheitsrevolution von 1899/1900 dazu befähigten, die Sphäre des Privaten hin auf das Politische zu überschreiten, denn das Christentum, so der im Anschluss an den Staatsrechtler verfolgte Ansatz, verfügt über das Potenzial, Wertfragen – Vorstellungen von Gerechtigkeit, Solidarität, Partizipation und Menschenwürde – im zivilgesellschaftlichen Bereich artikulierbar und als tatsächliche Handlungsoption lebendig zu halten –, auch unter autoritären bzw. totalitären Bedingungen.

Die in diesem Artikel vertretene Grundthese lässt sich, kurz gefasst, so formulieren: Katholische Studentengemeinden (KSGn) in Sachsen – ebenso wie ihre evangelischen Schwestergemeinden (ESGn), mit denen sie in ökumenischer Verbundenheit am Hochschulort eng kooperierten – stellten religiös-ethische sowie kulturelle Ressourcen zur Verfügung, um Freiheit nachhaltig zu prägen; sie trugen, wie in diesem Beitrag exemplarisch zu zeigen ist, dazu bei, ein Potenzial an Wertüberzeugungen zu akkumulieren, um individuelle Freiheit gegen die alltäglichen Interventionen des Obrigkeitsstaats zu imprägnieren.

Studentengemeinden boten grundlegende Wertorientierung auf personaler, zwischenmenschlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Indem Katholische Studentengemeinden ihre funktionsspezifischen Kommunikationsaufgaben erbrachten, leisteten sie – mit Ernst-Wolfgang Böckenförde – einen substanziellen Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft; sie stellten Potenziale und

2 „Der freiheitlich, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde, Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit. Beiträge zur politisch-theologischen Verfassungsgeschichte 1957 – 2002, Münster 2004, S. 228.)

Ressourcen zur Verfügung, die den Transformationsprozess hin zu einer partizipativen Gesellschaft ermöglichen. Sie eröffneten einen Möglichkeitsraum, um widerständiges, am Ideal menschlicher Würde orientiertes Handeln zu prägen. Der Zugang zur Öffentlichkeit erwies sich dabei als grundlegende Voraussetzung zur Entfaltung einer Zivilgesellschaft.

Kirche und Staat: Im Konflikt um Öffentlichkeit und Kommunikationsräume

Der Schriftsteller Günter de Bruyn berichtet von einer Episode, die sich als erhellend für die hier behandelte Fragestellung erweist. Dabei wird exemplarisch deutlich: Der bis in seine Spätzeit hinein militant atheistisch geprägte Obrigkeitsstaat war elementar daran interessiert, Menschen ganz und gar für sich zu gewinnen. Darin äußern sich, mit Hannah Arendt gesprochen, „Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft“³. Deshalb dürften vor allem in der Frühzeit der DDR keine noch so kleinen Nischen und Diskussionsräume existieren, in denen die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus nicht präsent war. Denn einer tendenziell totalitären Gesellschaft ist es – wie George Orwell in seinem visionären Roman „Neunzehnhundertvierundachtzig“ aufzeigt – immanent, den herrschenden Sprachgebrauch seiner völligen Überwachung und absoluter Kontrolle zu unterwerfen: Eine „Neusprache“ soll die „Altsprache“ total ersetzen.

„Neusprache“ gegen „Altsprache“

Religiöse Codierungen in den Bereichen Menschenbild, Pädagogik und Erziehung, so das erklärte Ziel der herrschenden Ideologie, sollten aus dem Raum öffentlicher Kommunikation, aus Universitäten und Schulen, ganz und gar verschwinden. In Orwells Dystopie heißt es hellsichtig: „Wir geben der Neusprache ihren letzten Schliff – wir geben ihr die Form, die sie haben wird, wenn niemand mehr anders spricht. Wenn wir damit fertig sind, werden Leute wie Du [gemeint ist der Abweichler Winston – T.B.] die Sprache ganz neu erlernen müssen. Du nimmst wahrscheinlich an, neue Worte zu erfinden. Ganz im Gegenteil! Wir merzen jeden Tag Worte aus – massenhaft, zu Hunderten. Wir vereinfachen die Sprache auf ihr nacktes Gerüst.“⁴

3 Vgl. Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, München 1986.

4 George Orwell, *Neunzehnhundertvierundachtzig*, Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1982, S. 49.

Auch die Sprache der christlichen Tradition, diese „Altsprache“, mit Begriffen wie „Himmel“, „Heiligkeit“ oder „Engel“ sollte als Relikt einer vorwissenschaftlichen Weltanschauung getilgt und mit ihrem religiös-ethisch verankerten Menschenbild völlig zum Verschwinden gebracht werden. Deshalb standen kirchliche Bildungsangebote und Räume gläubigen Sprechens im diametralen Gegensatz zur Konzeption totaler Welterklärung – KSGn und ESGn galten daher per se als Bastionen und Brückenköpfe einer alten, überlebten und feindlichen Ideologie.

Günter de Bruyn, 1926 als katholischer Christ in der Berliner Diaspora geboren, erzählt von einem simplen Schulreifetest, dem sich seine Tochter zu unterziehen hat. Der Sechsjährigen wird eine kinderleicht zu beantwortende Frage gestellt. Sie soll einfach etwas nennen, das fliegt. Der Schriftsteller erzählt: „Die Vögel, die der Geprüften zuerst einfielen, wurden mit freundlichem Kopfnicken und der Bitte nach weiteren Beispielen zur Kenntnis genommen, und auch Fliegen und Mücken wurden mit Anerkennung belohnt. Als dann aber die Bienen, Wespen und Heuschrecken kamen, merkte man, daß die beiden prüfenden Damen von der Naturkunde genug hatten und auf anderes zielten, weshalb sie dann auch nach Größerem fragten, doch waren die nächsten Angebote, die Schmetterlinge und Fledermäuse, ihnen nicht groß genug. Hoch, ganz hoch kann es fliegen, sagte die eine Dame und reckte den Zeigefinger zum Himmel. Doch als das Flugzeug genannt wurde, war das zwar auch richtig, jedoch noch immer nicht das Gewünschte, aber nahe, ganz nahe dran.“⁵

Ein Test, der die psychische Reife einer angehenden Schülerin feststellen soll, verwandelt sich während der Befragung immer stärker in einen politischen Reifetest. Die harmlose Frage nach Fliegendem wird unter den vorgegebenen politischen Bedingungen plötzlich zu einer persönlichen Offenbarung. Natürlich wollen die beiden prüfenden Frauen auf eine ganz bestimmte Antwort hinaus: Die Überlegenheit des Systems – so war man in den 1960er Jahren fest überzeugt – werde nicht nur durch Siege sozialistischer Spitzensportler offensichtlich, sondern insbesondere durch die kühnen Kreisbahnen sowjetischer Satelliten. Es war üblich, diese Begeisterung für Raumsonden schon bei den Kleinsten im Kindergarten zu wecken. Da Vorschulkinder also normalerweise lange mit solcherart Fliegendem vertraut waren, nämlich Sputniks aus Pappe, wäre die Testfrage tatsächlich kinderleicht zu beantworten gewesen. „Die Testperson aber, die weder mit staatlichen Kindergärten noch mit dem Fernsehen

5 Günter de Bruyn, „Festvortrag zur Einweihung der Akademie in Berlin“, in: Werner Remmers (Hrsg.), *Der Standort ist zugleich Programm. Zur Aufgabe der Katholischen Akademie in Berlin*, Leipzig 1995, S. 22 – 32.

Erfahrungen hatte, war mit der propagandistischen Weltraummode ganz unvertraut. Ihr Denken war anders gerichtet. Sie schwieg lange, schwankte, ob sie Trotz oder Beschämung hervorkehren sollte, litt sichtlich unter der Vorstellung, als Versager betrachtet werden zu können, hatte dann aber doch den rettenden Einfall und platzte glücklich mit den Engeln heraus.“⁶

Der Vater berichtet von der Verlegenheit, die sich nach dieser Antwort unter den Erwachsenen breitmacht und die von seiner Tochter nur gefühlt, nicht aber begriffen wird. Die Erwähnung des Engels durchbricht vorgegebene weltanschaulich-atheistische Sprachmuster. Mit George Orwell lässt sich sagen: Die Prüfenden erwarten von ihrem Prüfling, dass er sich durch früheste gesellschaftliche Prägung (Krippe, Kindergarten) der „Neusprache“ bereits in perfekter Weise zu bedienen vermag, stoßen aber auf das Produkt christlicher Erziehung, in der die „Altsprache“ weiter derart verankert ist, dass in seiner Sprachwelt so anachronistische Vokabeln wie „Engel“ existieren. Folge: Sprachwelten, im Alltag des realen Sozialismus sonst säuberlich getrennt, stoßen unvermittelt zusammen: Der sowjetische Sputnik, Ausdruck einer Wirklichkeitssicht, die Gott endgültig aus der Welt verbannt hat, und der kindliche Engel, Symbol der Transzendenz, prallen so aufeinander, dass sie Funken schlagen. Günter de Bruyn spricht deshalb von „Wahrheits-Sekunden“.

Bereits das Zur-Sprache-Bringen und die naive Erwähnung des Begriffs „Engel“ wird damit zum eklatanten Verstoß gegen die dem Obrigkeitsstaat eingeschriebene Tendenz, den gesellschaftlichen Sprachraum total zu beherrschen und religiöse Sprachspiele aus diesem Kommunikationsraum völlig zu verbannen.

Beherrschend bis zum Ende: Atheismus und Religionsfeindlichkeit

Atheismus und Religionsfeindlichkeit gehörten zu den Kindheitsmustern der DDR⁷; sie erwiesen sich bis zum Ende des Dreibuchstabenlands als prägend: Beim sozialistischen „Mit-Gott-fertig-Sein“ handelte es sich darum nicht um einen Nebenschauplatz, sondern um ein zentrales Thema des Ost-West-Konflikts. „Atheismus“⁸ bedeutet deshalb nicht allein, Religion für ein überflüssig

6 Ebd., S. 22.

7 Im Gründungsjahr der DDR 1949 bekannten sich noch 80,5 % zur evangelischen Kirche und 11 % zur katholischen Kirche. Bei der Volkszählung 1964 wurde ein Anteil von 59,4 % Protestanten und 8,1 % Katholiken erhoben. Der dramatische Rückgang der Kirchenmitglieder konnte bis 1989 nicht gestoppt werden. Derzeit ist in Ostdeutschland von etwa 20 % evangelischen und 3 – 4 % katholischen Christen auszugehen.

8 „Als Grundzug der revolutionären wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse erblickt der proletarische Atheismus [...] primär in den sozialökonomischen Bedingungen der

gewordenes Produkt der Ausbeutergesellschaft zu halten, sondern er ist zugleich Synonym für eine höhere historische Entwicklungsstufe – als Negation aller bisherigen Geistes- und Kulturgeschichte. Zum Gründungsmythos der DDR gehört es, sich selbst als welthistorischen Neuanfang deutscher Geschichte zu inszenieren. Auf dem nunmehr im „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ erreichten Entwicklungsniveau könne religiöser Glaube darum die „wissenschaftliche“ Weltanschauung als reale Widerspiegelung der Wirklichkeit nicht mehr vernebeln („Opium“).

„Dieses Buch ist das Buch der Wahrheit“, schreibt Walter Ulbricht in antireligiösem Sprachduktus zur Neufassung des obligatorischen „Jugendweihe“-Bandes „Weltall – Erde – Mensch“: „Die Fragen der Jugend nach dem Aufbau des Weltalls, der Entstehung unseres Planeten, nach dem Ursprung und der Entwicklung des Lebens auf der Erde bewegen die Menschheit seit Jahrtausenden. Die Wissenschaft beantwortet sie auf materialistische, natürliche Weise. Sie läßt keinen Raum für Mystizismus, Aberglauben und andere idealistische Vorstellungen von der Beschaffenheit der Welt.“⁹ Insgesamt gilt: „An der gesellschaftlichen Bedeutung von Religion und Kirche in der DDR“, wie der Religionssoziologe Detlef Pollack zur Bedeutung von Atheismus und Glaubensfeindlichkeit konzis zusammenfasst, „konnte man dann erkennen, in welchem Maße die sozialistischen Ziele in der DDR realisiert waren oder noch immer Entfremdungszustände herrschten. Schon die einfachste religionssoziologische oder kirchenstatistische Aussage, zum Beispiel über die Mitgliederentwicklung in den Kirchen, besaß daher eine hohe politische Brisanz“¹⁰.

Es verdient Beachtung, dass die Katholische Kirche der ideologischen Auseinandersetzung mit dem atheistischen Weltanschauungsstaat zu keiner Zeit aus dem Weg ging.¹¹ Im Oktober 1973 äußerten sich die ostdeutschen Bischöfe

Ausbeutergesellschaft die Wurzeln der Religion und des religiösen Aberglaubens.“ Weiter heißt es zur antireligiösen Propaganda: „Die atheistische Propaganda, die sich in vielfältigen Formen und eng mit dem Prozeß der Arbeit verbunden auf die Formierung eines wissenschaftlich gesicherten Weltbildes unter den Volksmassen“ richte, sei ein objektiv notwendiger Bestandteil des Kampfes für eine „neue, menschliche Gesellschaft: den Sozialismus und Kommunismus.“ Artikel „Atheismus“ in: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von Georg Klaus / Manfred Buhr, 2 Bände, 11. Aufl., Leipzig 1975, Band I, S. 147.

9 Weltall – Erde – Mensch. Ein Sammelwerk zur Entwicklungsgeschichte von Natur und Gesellschaft. Neufassung, Berlin 1963, S. 5.

10 Detlef Pollack, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart / Berlin / Köln 1994, S. 19.

11 Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Katholischer Kirche reicht auf die Anfänge der SBZ / DDR zurück. Exemplarisch ist hier der Konfliktbereich „Bildung“ zu nennen, der in einem bischöflichen Hirtenwort vom 11.01.1953 angesprochen wird: „Durch Artikel 41 der Verfassung der DDR ist der Kirche das Recht zugesichert, zu den Lebensfragen des Volkes von

zum Beispiel in unmissverständlicher Weise „Zum Entwurf des Jugendgesetzes“ und nahmen gegen Diskriminierung von Christen und Andersdenkenden Stellung: „Während es im Jugendgesetz vom 4. Mai 1964 § 18 hieß, daß jeder junge Bürger der Deutschen Demokratischen Republik sich zum Studium an einer Universität bewerben kann, heißt es in dem neuen Entwurf, daß das Studium an der Universität eine hohe gesellschaftliche Anerkennung und eine persönliche Verpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Staat ist. Von einem Recht auf Bewerbung zum Studium ist daher nicht mehr die Rede, wohl aber davon, daß die Rektoren verpflichtet sind, die Studenten zur Aneignung, Anwendung und Propagierung des Marxismus-Leninismus zu erziehen. [...] Wir müssen leider feststellen, daß nach der Absicht des Gesetzes für einen jungen Christen das Studium kaum mehr möglich sein wird.“¹²

Ihrem Einspruch gegen den Uniformitätszwang innerhalb der sozialistischen Gesellschaft ließen die katholischen Bischöfe in der DDR am 17. November 1974 ein scharf gehaltenes Hirtenwort „Zur christlichen Erziehung“ folgen. Darin wird kritisiert: „In den Erziehungs- und Lehrplänen – vom Kindergarten bis zur Universität – ist ausschließlich die Weltanschauung des dialektischen Materialismus die Grundlage. Das gesamte Leben soll von dieser Ideologie her geprägt werden. Weltanschauliche Neutralität wird abgelehnt. Entsprechend wird einzig die sozialistische Moral als richtig hingestellt, zu der die Erziehung zum Haß gehört. Von dieser Einseitigkeit her werden Religion und Christentum oft entstellt und verzerrt dargestellt. Der christliche Glaube wird als Aberglaube oder als bürgerliche Ideologie verunglimpft als eine verderbliche Lebensform, die mit Opiumsucht und Alkoholmißbrauch in einem Atem genannt wird.“¹³

Nicht bloß am Anfang, sondern auch in der Endphase der DDR wurde in weltanschaulichen Fragen keinerlei Toleranz geduldet. Vielmehr wurde die

ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen. [...]. Mit tiefem Schmerz stellen wir fest: unsere Schule ist religionslos, hat in ihrem Lehrplan keinen Raum für Religion. Wir haben nur religionslose Schulen: nicht einmal die Möglichkeit, eigene christliche Schulen zu errichten, hat man uns gelassen. In diesen religionslosen Schulen wird der Materialismus gelehrt: vom materialistischen Geist sind die Lehr- und Lernbücher getragen und durchtränkt. Der Materialismus aber leugnet Gott, leugnet Christus, leugnet die Unsterblichkeit der Seele.“ (Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945 – 1990, hrsg. v. G. Lange u. a., 2., durchges. u. erw. Aufl., Leipzig 1993, Dokument 18 „Religionslose Schule und christliche Elternpflicht“, S. 58.)

¹² Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR, Dokument 74 „Zum Entwurf des Jugendgesetzes“, S. 254 f.

¹³ Ebd., Dokument 75 „Zur christlichen Erziehung“, S. 259.

Beantwortung der „Grundfrage der Philosophie“ als Entscheidung zwischen „Materialismus oder Idealismus“ – wobei Christen per se als zurückgebliebene Idealisten galten – in der DDR-Bildungs- und Kulturpolitik als längst geklärt vorausgesetzt. „Die richtige, wissenschaftliche Beantwortung der Grundfrage der Philosophie ist von entscheidender Bedeutung für die Lösung der anderen philosophischen Probleme. Aber sie ist nicht nur eine theoretische Angelegenheit der Philosophie, sie ist von großer Bedeutung für alle anderen Wissenschaften und auch für das praktische Leben, insbesondere die Politik.“¹⁴

Katholische Studentengemeinden als kulturelle und religiös-ethische Lernorte: In Konkurrenz zur Weltanschauung des Marxismus-Leninismus

Anhand exemplarischer Texte und Begebenheiten ist in diesem Abschnitt aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen sich Katholische Studentengemeinden trotz massiven staatlichen Drucks als Freiräume und Orte christlicher Bildung bewähren konnten.

Zwischen wachsender Ideologisierung und Freiheitsbewahrung

„Die Religionsgemeinschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie es bisher waren“, heißt es in Artikel 43 Absatz 3 der zur Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 verabschiedeten Verfassung¹⁵. Diese gestand den Kirchen unter „V. Religion- und Religionsgemeinschaften“ in den Artikeln 41 bis 48 noch weitgehende Rechte zu.¹⁶ Allerdings perfektionierte der vormundschaftliche Staat alsbald seine Technik, Menschen zu entmündigen, kritische Stimmen zum Verstummen zu bringen und Religion zu stigmatisieren: Wurden bis zum Ende der 1940er Jahre Studentengemeinden an ostdeutschen Universitäten und Hochschulen noch zähneknirschend als „antifaschistische Organisationen“ geduldet, änderte sich die Lage bald darauf vollständig: Es kam zur Disziplinierung, Exmatrikulation und Verhaftung bekennender Christen. Zugleich erfolgte die Verdrängung der KSGn und ESGn von Schwarzen Brettern und aus universitären Räumen.

14 Art. „Grundfrage der Philosophie“, Philosophisches Wörterbuch, Bd. I, 509.

15 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin o. J. [1949], S. 20.

16 Die entsprechenden Art. 41 – 48 unter „V. Religion- und Religionsgemeinschaften“ sind Teil B „Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt“ zugeordnet. (Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik [1949], S. 19 – 22.) Der ganze Abschnitt V. wurde in der DDR-Verfassung von 1968 auf Art. 39 reduziert.

Die enorme Bedeutung, die Universitäts- und Hochschulfragen von der SED beigemessen wurde, manifestiert sich zu Beginn der 1950er Jahre zugleich in ihrer Zentralisierung und Ideologisierung (Vereinheitlichung Lehr- und Studienpläne). Gemäß Gesetz vom 8. November 1950 wurden die Hauptabteilung Hochschulwesen des Ministeriums für Volksbildung der DDR sowie die entsprechenden Hochschulabteilungen der Länder aufgelöst und dem neu gegründeten Staatssekretariat für das Hochschulwesen zugeordnet.¹⁷

In einer gemeinsamen Einladung der beiden Leipziger Studentengemeinden aus dem Jahr 1952 ist publikumswirksam und einladend zu lesen: „Die Evangelische und Katholische Studentengemeinde grüßt alle Studenten, die im Herbstsemester 1952 nach Leipzig gekommen sind. Wie an jedem Hochschulort in Deutschland, so gibt es auch in Leipzig eine Evangelische und eine Katholische Studentengemeinde, in denen die Studentinnen und Studenten, die zu ihrem christlichen Glauben stehen wollen, zusammenkommen. Sie versuchen Antwort zu erhalten auf die vielen Fragen, die uns das Leben stellt. [...] Unsere Aushänge und Monatspläne befinden sich am Eingang der Universitätskirche und an mehreren Stellen der Innenstadt.“¹⁸ Diese Form kirchlicher „Öffentlichkeitsarbeit“ bot enormen Konfliktstoff; ihr wurde kurz darauf der Kampf angesagt. Den Herrschenden erschienen die christlichen Studentengemeinden angesichts der erstrebten ideologischen Transformation der Hochschullandschaft als Ballast und Fremdkörper.

Am 17. November 1952 wandte sich das Berliner Staatssekretariat für das Hochschulwesen mit einem Schreiben an den Rektor der Leipziger Universität¹⁹, in dem es unmissverständlich heißt: „Magnifizenz! Es liegt Veranlassung vor, auf Artikel 43 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik hinzuweisen, der besagt, daß in der Deutschen Demokratischen Republik eine Trennung zwischen Kirche und Staat, d. h. keine Staatskirche, besteht. Die Religionsgemeinschaften können nur in den im Eigentum oder in Nutzung der Kirche befindlichen Gebäuden tätig sein. Die Studentenpfarrer sowie die

17 Vgl. Gesetzblatt der DDR 8.11.1950, S. 1135.

18 Peter-Paul Straube, Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale (Erfurter Theologische Studien 70), Leipzig 1996, Dokument 11, S. 197.

19 Die Wiedereröffnung der Universität Leipzig erfolgte bekanntlich am 5. 2. 1946. Da zu diesem Zeitpunkt nur 44 Professoren zur Verfügung standen (vor dem II. Weltkrieg: 187), eröffnete dies der Staatspartei die Möglichkeit, eine sozialistische „Elite“ zu etablieren. „In diesem Kontext fand eine ‚Entbürgerlichung‘ statt, in der die konservativen und bürgerlichen Hochschullehrer durch kommunistische Kader ersetzt wurden.“ (Elise Catrain, Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1968 / 69 – 1981, Leipzig 2013, S. 11.)

evangelischen und katholischen Studentengemeinden (bzw. die sogenannten ‚Jungen Gemeinden‘) gehören nicht zu den an den Universitäten und Hochschulen zugelassenen Personen bzw. Organisationen, sondern sind lediglich im Bereich der Kirche tätig. Daher dürfen den Studentengemeinden keinesfalls staatliche, d. h. universitätseigene Räume für deren Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Es ist auch unzulässig, daß der Studentenpfarrer bzw. die Studentengemeinde in und an universitäts- und hochschuleigenen Gebäuden Werbematerial und Bekanntmachungen aushängt.“²⁰ Im Jahr 1953 kam es nach Stalins Tod (17. Juni) zunächst zur Verschärfung der antireligiösen Propaganda; Spannungen zwischen Staat und Kirche in Sachsen erreichten ihren Höhepunkt.

„Liebe Freunde!“, schreibt Erich Honecker, damals Erster Sekretär des Jugendverbandes FDJ, am 15. Mai 1953 in einem Fernschreiben an die Sekretäre der Bezirksleitungen der Freien Deutschen Jugend: „Wir möchten Eure Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenken, daß die ‚Junge Welt‘ vom 16. April neue Materialien über die Junge Gemeinde (kursiv – T.B.) als Tarnorganisation für Kriegshetze, Sabotage und Spionage, die von den westdeutschen und amerikanischen Imperialisten dirigiert wird, bringt. [...] Auf keinen Fall ist die weitere Arbeit der Jungen Gemeinde zuzulassen. Schilder, Aushängекästєn, die auf die Tätigkeit der Jungen Gemeinde hinweisen, sind, falls es erforderlich ist, von Gruppen der FDJ in aller Öffentlichkeit zu entfernen. Treffen der Jungen Gemeinde sind mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden. Es besteht kein Zweifel, daß bei einer entsprechenden Aufklärungsarbeit in kurzer Zeit das von uns gesteckte Ziel der Liquidierung der Jungen Gemeinden erreicht werden kann.“²¹ Es verdient gesteigerte Aufmerksamkeit, dass die „Junge Gemeinde“ zum Angriffsziel ausgewählt und aufs schärfste verfolgt wurde. Warum gerade diese evangelische Jugendorganisation? Aufgrund der Sprachkritik von George Orwell ist offenkundig: Bereits der Name einer christlichen Organisation, die in Anspruch nahm, für die Zukunft junger Menschen eine Glaubensalternative anzubieten, wirkte auf die Vertreter stalinistischer Herrschaftspraxis als Kampfansage. Deshalb die erschreckende Rede von „Kriegshetze, Sabotage und Spionage“, die von unheimlichen Kräften aus dem Westen „dirigiert“ werde! Diesem verhängnisvollen Treiben, so Honecker, sei nur durch schärfsten weltanschaulichen Kampf beizukommen – dieser sollte sich durchaus öffentlich und damit publikumswirksam vollziehen. Tiefes Erschre-

20 Archiv der Universität Leipzig (UAL), Rektorat 117 Bl. 18.

21 Straube, Studentengemeinde, a. a. O., Dokument 16, S. 212.

cken war durchaus beabsichtigt. Auf diese Weise manifestiert sich eine innere Nähe zu dem, was Erich Voegelin als „Politische Religion“²² bezeichnet – die atheistische Weltanschauung reklamiert für sich Momente einer Glaubenserfahrung: das Tremendum und Fascinosum des Religiösen.

Dass der Begriff „Junge Gemeinde“ zugleich synonym für KSG und ESG, also als Sammelbegriff für alle christlichen Jugendgruppen verwendet wurde, ist auch einer Bekanntmachung des Rektors der Technischen Hochschule Dresden vom Mai 1953 zu entnehmen. Darin heißt es: „Der Senat hat sich in seiner Sitzung am 16. 5. 1953 mit der ‚Jungen Gemeinde‘ an unserer Hochschule beschäftigt und festgestellt, daß die ‚Junge Gemeinde‘ eine illegale Organisation an unserer Technischen Hochschule ist, daß sich deren Mitglieder unter dem Vorwand, religiöse Ziele zu verfolgen, staatsfeindlich betätigt haben. Gegen die Wühl- und Zersetzungsarbeit dieser illegalen Organisationen müssen Staat und Kirche (sic!) geschützt werden. Der Senat ist deshalb zu der Meinung gelangt, daß Studenten und Mitarbeiter unserer Hochschule, die Mitglieder der ‚Jungen Gemeinde‘ sind und sich nicht von ihr distanzieren, alle Konsequenzen aus ihrem Verhalten zu tragen haben.“²³

Nur einen Tag nach Honeckers heftigem Schreiben an die FDJ-Sekretäre der Bezirke notierte der damalige Dresdner Studentenpfarrer Dr. Ludwig Baum über den Schaukasten der Katholischen Studentengemeinde an der Straßenhalttestelle Nürnberger Platz, der das Monatsprogramm der Gemeinde enthielt, lapidar: „Schaukasten der KSG geraubt.“²⁴ Circa 3.000 Schüler und Studenten wurden aus religiösen Gründen aus Schulen und Universitäten verwiesen.²⁵ Der Theologe und Erziehungswissenschaftler Peter-Paul Straube resümiert, dass sich Aktionen „gegen alle kirchlichen Jugend- und Studentengruppen richteten, primär gegen die ‚Junge Gemeinde‘ der evangelischen Kirchen, die Jugendgruppen in den evangelischen Kirchengemeinden, aber ebenso gegen die evangelischen Studentengemeinden – diese wurden mitunter als ‚Junge Gemeinde an der Hochschule‘ bezeichnet – sowie die katholischen Jugendgruppen und Studentengemeinden.“²⁶

22 Eric Voegelin, *Die Politischen Religionen*. Neuausgabe, München 1993.

23 Bekanntmachung des Rektors der Technischen Hochschule vom 26.05.1953, Universitätsarchiv Leipzig, UAL Rektorat 120 Bl. 40; vgl. Straube, Studentengemeinde, a. a. O., Dokument 15, S. 210.

24 Ebd., S. 83.

25 Vgl. Johannes Wallmann, *Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation*, 6. Aufl., Stuttgart 2006, S. 297.

26 Der Kirchenkampf der SED 1952/53 habe, wie Straube die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zitiert, in hohem Maße auch katholische Jugendliche betroffen.

Die SED-Führung sah sich schließlich genötigt, ihr hartes antikirchliches Vorgehen abzumildern.²⁷ Dennoch blieben die Folgen der ideologischen Forcierung spürbar. Studenten und Akademiker flüchteten in den Westen. Durch diese Entwicklung büßten die Studentengemeinden einen Teil ihrer Basis ein.

Orte der Wertorientierung und Bildung

Der gesamte Bildungs- und Wissenschaftsbereich im Osten Deutschlands unterlag dem monolithischen Steuerungsanspruch der Staatsmacht mit völlig einheitlicher Hochschulgesetzgebung. Trotz weitgehender ideologischer Disziplinierung, strengster Verbote und einer permanenten Strategie der Ausgrenzung existierten in der durchorganisierten Gesellschaft aber zugleich Orte, an denen – wie sonst nirgendwo – eine andere Art von Wertorientierung und Bildung ermöglicht wurde: in den Studentengemeinden. Diese von den Kirchen getragene institutionelle Infrastruktur wurde von der katholischen Studentenschaft, also Studierenden, Hoch- und Fachschulabsolventen, Assistenten, aber auch medizinisch-technischem Personal – bei permanenter Gefahr persönlicher Repression (angedrohter Studien- oder Arbeitsplatzverlust; Relegation) – als Freiraum genutzt, sich mit geistigen Strömungen der Gegenwart vertraut zu machen, Formen der Mitbestimmung zu praktizieren, weltanschauliche Alternativen zu diskutieren und den Glauben zu leben – kurz: persönliche Freiheit in einem Prozess religiös-kultureller Bildung auf individuelle Art prägen zu lassen.

Katholische Studentengemeinden pflegten und prägten zeitgemäße religiöse Ausdrucksformen. Sie ermutigten Studierende, ihren Glauben in einem atheistischen Kontext zu leben, und boten Raum zur Orientierungssuche. Die Studentengemeinden sahen sich mit Vorträgen, Seminaren, Arbeitskreisen sowie durch ihre ost-westliche Partnerschaftsarbeit²⁸ zugleich vor die advokatori-

(Peter-Paul Straube, „Katholische Studentengemeinde in der SBZ/DDR 1945 bis 1953“, in: Thomas Brose (Hrsg.), *Deutsches Neuland. Beiträge aus Religion und Gesellschaft*, Leipzig 1996, S. 314 – 327, 324 f.)

27 Zu beachten ist der Hinweis von Axel Noack, wonach eine Delegation unter Leitung von Walter Ulbricht vom 2. bis 4. Juni 1953 in Moskau eine regelrechte „Standpauke“ erhielt. Der angeordnete „Neue Kurs“, der „Repressalien“ gegen die Kirchen ablehnte, konnte den Volksaufstand vom 17. Juni jedoch nicht mehr verhindern. (Axel Noack, „Immun gegen Ideologien. Das Spannungsfeld von Wissen und Glauben gestern und heute“, in: Joachim Klose (Hrsg.), *Religion statt Ideologie. Christliche Studentengemeinden in der DDR* (Belter Dialoge 3), Leipzig 2012, S. 101 – 116.

28 Die innerkatholische Ost-West-Partnerschaftsarbeit prägte während der sechziger, siebziger und achtziger Jahre das Profil der Studentengemeinden. Für regelmäßige, jedoch am Rand sozialistischer Legalität angesiedelte Partnerschaftstreffen der KSGn boten sich die

sche Aufgabe gestellt, der Umdeutung politischer Grundbegriffe wie „Demokratie“, „Meinungsfreiheit“, „Frieden“ oder „Menschenrechte“ zu widersprechen. Angesichts gleichgeschalteter Hochschulen und ideologischer Medien – Literatur bildete dagegen häufig eine Verbündete im Kampf um wahrhaftiges Reden – fiel KSGn und ESGn als intellektuellen Kristallisationspunkten für ihre Mitglieder eine elementare Aufgabe zu: nämlich ein Bewusstsein von dem wachzuhalten, was ansonsten in der sozialistischen Gesellschaft fehlte.²⁹

Obwohl sich die Studentengemeinden spätestens im Verlauf des Jahres 1953 unter das Dach der Kirche zurückziehen mussten, wuchs ihnen eine zentrale Funktion zu: Sie griffen Probleme auf, die in Universitäten, Hoch- und Fachschulen aus ideologischen Gründen nicht behandelt werden durften. Viele Fragen galten als „bürgerlich“, „antisozialistisch“, „dekadent“ oder „existentialistisch“. Dabei handelte es sich um Themen aus Literatur, Kunst und Geschichte sowie – von offizieller Seite besonders argwöhnisch wahrgenommen – um philosophisch-theologische und politische Fragestellungen. Deshalb verwundert es nicht, dass (inoffizielle) Mitarbeiter der Staatssicherheit die intensive Bildungsarbeit mit namhaften Referenten aus der Bundesrepublik observierten und ausspionierten. In den Studentengemeinden in Leipzig, Dresden und Berlin waren in den 1960er Jahren u. a. Karl Rahner, Johann Baptist Metz, Heinrich Böll, Luise Rinser, Josef Reding, Hans Maier, Robert Spaemann und Ernst-Wolfgang Böckenförde als Vortragende – in den Programmheften³⁰ stets nur als N.N. angekündigt – zu Gast.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, der Theoretiker des modernen Verfassungsstaats, hat selbst Anteil genommen an der Entwicklung Katholischer Studentengemeinden in Ostdeutschland; er war als junger Heidelberger Professor vor allem in Leipzig und Berlin mit Vorträgen präsent und suchte den Austausch

Leipziger Messe sowie der Ostteil Berlins als halblegale Treffpunkte an. In den Sommerferien kam es unter dem Vorzeichen der Geheimhaltung zu deutsch-deutschen Begegnungen in gemeinsam zugänglichen Drittländern: in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei.

29 Im „Gemeindeleben der Religionsgemeinschaften, sofern sie nur Dogmatismus und Gewissenzwang meiden“, so Jürgen Habermas, könne etwas „intakt bleiben, was andernorts verloren gegangen ist und mit dem professionellen Wissen von Experten allein auch nicht wiederhergestellt werden kann“. (Jürgen Habermas, „Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates?“, in: Ders., Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt am Main 2005, S. 106 – 118, hier S. 115.)

30 Die teilweise aufwendig gestalteten Semesterprogramme im DIN A6-Format waren das primäre Informationsmedium der Studentengemeinden. Diese auf Basis von Wachsmatrizen gestalteten Samisdat-Drucke wurden über Netzwerke katholischer und evangelischer Gemeinden überall in der DDR verteilt.

mit Studierenden, unter denen auch Wolfgang Thierse war. „Erstmals besuchte ich die katholische Studentengemeinde in Leipzig im Herbst 1961, als die Berliner Mauer und damit die Abschließung der DDR nach außen gerade Realität geworden war. Wir hatten einen intensiven Gesprächsabend in kleinerem Kreis, zusammen mit dem Studentenpfarrer Dr. Wolfgang Trilling. Treffpunkt war das Turmzimmer im Haus der Oratorianer in der Karl-Heine-Str. [...] Die Leipziger Studenten realisierten, daß mit der Mauer die Existenz der DDR auf Dauer gestellt worden sei, eine alsbaldige Veränderung ausgeschlossen, man sich in einem zugemauerten Gefängnis befinde und darauf einrichten müsse, das gesamte Leben in der DDR zu verbringen. Kann man als katholischer Christ unter diesen Bedingungen noch Jurist werden? Welche Berufe sind überhaupt noch ins Auge zu fassen, wenn man sich und seinen Glauben nicht verleugnen will? Ich war beeindruckt, erschrak aber zugleich, daß man solche Fragen gerade mir stellte [...]. Meine Besuche in Leipzig wiederholten sich, der Kontakt mit der Studentengemeinde blieb erhalten und konnte sich etwas ausbauen.“³¹

Vor allem Böckenfördes Vortrag „Formen christlichen Weltverhaltens während der NS-Herrschaft“³² sorgte für gesteigerte Aufmerksamkeit der Staatsicherheit. Das wird exemplarisch deutlich, wenn ein Stasi-Mitarbeiter im Mai 1965 den Vortrag des jungen Heidelberger Professors vor 450 Mitgliedern der KSG Berlin protokolliert. Das Referat zu Fragen weltanschaulicher Auseinandersetzung zwischen Kirche und Nationalsozialismus wurde dabei bezeichnenderweise als deutliches Statement zur gegenwärtigen Lage gewertet: „Über die Formen des christlichen Weltverhaltens in den Jahren 1933–45 äußerte Böckenförde unter offensichtlicher Anspielung auf die Jetztzeit, daß die Nazis mit ihrer Politik der kleinen Schritte das Betätigungsfeld der Kirche immer mehr eingeschränkt hätten. Sie wurde aus dem Kulturraum zurückgedrängt.“³³ Dazu bemerkt der vorsichtig agierende Referent rückblickend: „Unter der Folie der NS-Herrschaft ließ sich in der Sache über Möglichkeiten christlichen Weltverhaltens in der DDR sprechen, ohne daß der Stasi ein Grund oder Vorwand zum Eingreifen geliefert wurde; eine Vergleichbarkeit von DDR-Regime und NS-Herrschaft konnte sie niemals zugeben.“³⁴ Im Herbst 1965 hielt der spätere Bundesverfassungsrichter seinen Vortrag nochmals in der Leipziger

31 Ernst-Wolfgang Böckenförde, Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit, S. 179.

32 Ebd., S. 181–190.

33 Straube, Studentengemeinde, a. a. O., Dokument 55, S. 376.

34 Böckenförde, Kirche, a. a. O., S. 180.

Studentengemeinde als „halböffentliche Veranstaltung“. „[E]s wurde mit Handzetteln unter den Studierenden darauf hingewiesen. Die Zuhörer verstanden, wie die Diskussion zeigte, die Verfremdung voll und ganz.“³⁵

Über den Raum der Katholischen Kirche hinaus

Erstmals weltweit kam es nach dem II. Vatikanischen Konzil (1962 – 1965) in Sachsen dazu, dass das katholische Bistum Meißen sich in der Dresdner Hofkirche anschickte, die globalen Reformideen auf der Ebene eines Diasporabistums lokal umzusetzen (1969 – 1971)³⁶. Das alarmierte, wie kaum anders zu erwarten, die unmittelbar betroffenen staatlichen Stellen, die Räte der Bezirke Dresden, Leipzig und Karl-Marx-Stadt, aufs Äußerste. „In seinem Schreiben an Staatssekretär Seigewasser vom 18. April 1969 fürchtete der Stellvertreter für Inneres beim Rat des Bezirks Dresden schon durch den Entwurfstext für das Generalschema, daß die Synode ‚eine gewisse Führungsfunktion für die Durchführung weiterer katholischer Synoden in der DDR und schließlich für ein DDR-Konzil haben könnte‘. Es solle offenbar ‚eine massenwirksame Kirche in der sozialistischen Gesellschaft‘ geschaffen werden“.³⁷

Dass das erklärte Ziel kommunistischer Politik jedoch darin bestand, die Macht der Staatspartei unangreifbar zu machen und die Bedeutung der Kirchen, der einzigen verbliebenen „oppositionellen“ Großgruppe, weiter zu marginalisieren, zeigt sich anhand der neuen Verfassung vom 6. April 1968. Darin ist in der Präambel die Rede davon, dass in der DDR die „revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse ... in Übereinstimmung mit den Prozessen der geschichtlichen Entwicklung“ fortgesetzt würden. In Artikel 1 Absatz 1 wird die führende Rolle der „marxistisch-leninistischen Partei“, der „politische(n) Organisation der Werktätigen in Stadt und Land“, festgeschrieben. Demgegenüber entfällt der an der Weimarer Verfassung orientierte frühere Teil „B Inhalt und Grenzen der Staatsgewalt“ mit „V. Religion und Religionsgemeinschaften“ und den Artikeln 41 bis 48 vollständig; er wird in „Abschnitt II Bürger und Gemeinschaften in der sozialistischen Gesellschaft“ auf einen Artikel reduziert. Artikel 39 lässt der Partei freie Hand:

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Bernd Schäfer, *Staat und katholische Kirche in der DDR* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 8), 2., durchges. Aufl., Köln/Weimar/Wien 1999, S. 291 – 299.

³⁷ Ebd., S. 294.

1. „Jeder Bürger der Deutschen Demokratischen Republik hat das Recht, sich zu einem religiösen Glauben zu bekennen und religiöse Handlungen auszuüben.
2. Die Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften ordnen ihre Angelegenheiten und üben ihre Tätigkeit aus in Übereinstimmung mit der Verfassung und den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik. Näheres kann durch Vereinbarungen geregelt werden.“³⁸

Stichworte der KSG-Arbeit in den 1980er Jahren lauten: „Friedensbewegung“, „Schwerter zu Pflugscharen“, „Ost-West-Begegnungen“, „vormilitärische Ausbildung“ sowie „Reserveoffiziersanwärter“. Wie es dabei zum Beispiel der Katholischen Studentengemeinde an der TU Dresden trotz Repression gelang, sich zu behaupten, macht eine „Gesamteinschätzung der SED-Kreisleitung vom 6. 5. 1977“ deutlich: „Die Studentenpfarrer führen psychologisch geschickt und einfühlsam die Arbeit ehrenamtlicher Funktionäre aus dem Kreis der Studenten, den ‚Sprechern‘ (KSG) bzw. ‚Vertrauensstudenten‘ (ESG). Sie stehen allen Studenten jederzeit zu persönlichen Aussprachen zur Verfügung und wollen so einen Teil der an Universitäten des NSW [Nicht-Sozialistisches-Währungsgebiet – T.B.] üblichen psychologischen Studienberatung übernehmen.“ Hinsichtlich der Bildungsarbeit der Studentengemeinden heißt es weiter: „Hauptsächlich stellen die Veranstaltungen der Studentengemeinden eine Gegenargumentation zu aktuellen politischen und Lebensfragen sowie zum m.-l. [marxistisch-leninistischen – T.B.] Grundlagenstudium an den Hoch- und Fachschulen dar. So befassten sich die Studentengemeinden gerade zum Zeitpunkt der Gewinnung von Reserveoffiziersanwärtern mit dem ‚Tötungsverbot‘ der ‚Bergpredigt‘ u. a., um von einem bewussten Beitrag junger Christen zur Landesverteidigung abzulenken.“³⁹ In den KSGn Dresden und Berlin wurde vom MfS insbesondere die philosophische Auseinandersetzung mit dem DDR-System überwacht. In einem Spitzelbericht ist von der Arbeit des Berliner Philosophiekreises die Rede, den ich seit 1987 organisierte. „B. hat als Gemeindeassistent die Möglichkeit, entscheidend Einfluss auf die politische Grundhaltung und auf die Aktivitäten katholischer Studenten zu nehmen. Als

38 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und Jugendgesetz [6. April 1968; überarbeitete Fassung 7. Oktober 1974], Berlin 1979, S. 23 f. Die überarbeitete Fassung erbrachte keine Änderungen von Art. 39.

39 Zitiert nach Eberhard Prause / Joachim Klose (Hrsg.), Lust am Leben. Die katholische Studentengemeinde Dresden, Leipzig 2000, S. 152 f.

Leiter des Arbeitskreises Philosophie, welcher einen bedeutenden Zulauf hat, bestimmt er die Diskussion über gesellschaftliche Fragen und Probleme“.⁴⁰

In einer kirchlichen Handreichung „Material zum Thema ROA“ [Reserveoffiziersanwärter – T.B.], die in den 1980er Jahren in den ostdeutschen KSG an Studierende weitergereicht wurde, wird nicht nur über „Aufgabe und Stellung“ eines ROA informiert, sondern über Konsequenzen der Verweigerung „während des Studiums“ und „später“ informiert. Weiter wird die parteioffizielle Sichtweise von „Pazifismus“ erläutert: „Der Pazifismus geht von extrem unwissenschaftlichen Vorstellungen eines Friedens um jeden Preis aus...“ Schließlich wird unter anderem aus dem Arbeitspapier der Pastoralsynode in der DDR (Fassung 24. August 1974) zitiert: „Der Friede mit den anderen Völkern ist heute die wichtigste politische Aufgabe jeder Nation.“⁴¹



Eröffnung des Katholikentreffens in der Kathedrale Dresden am 10. Juli 1987. V.r.n.l.: Joachim Kardinal Meisner, Bischof von Berlin und Vorsitzender der Berliner Bischofskonferenz, Kardinal Ratzinger aus Rom, Gerhard Schaffran, Bischof des Bistums Dresden-Meißen, Bischof Karl Lehmann, Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. (Bundesarchiv, Bild 183-1987-0710-035 / Matthias Hiekel / CC-BY-SA)

⁴⁰ BStU, HA XX/4 Nr. 3027 Bl. 169.

⁴¹ „Material zum Thema ROA“, hektographierter Text, o. J., Archiv Thomas Brose, 6 Bl.

Dass die Katholische Kirche im Osten Deutschlands in den 1980er Jahren dabei war, die Gefahr gesellschaftlicher Ortlosigkeit zu überwinden, lässt sich exemplarisch an einem zentralen Punkt zeigen: dem Dresdner Katholikentreffen vom 10. bis 12. Juli 1987. Für viele der fast 100.000 Teilnehmer, die in die sächsische Großstadt gereist und gepilgert waren, wurde diese Zusammenkunft zu einem aufrüttelnden Ereignis. Es kulminierte in einem Wort, das der damalige Berliner Kardinal Joachim Meisner seinen Zuhörern beim zentralen Festgottesdienst auf den Elbwiesen zurief: „Die Christen in unserm Land möchten ihre Begabungen und Fähigkeiten in unsere Gesellschaft einbringen, ohne dabei einem andren Stern folgen zu sollen als dem von Bethlehem.“ Und es waren nicht zuletzt Christen, darunter nicht wenige Mitglieder der Katholischen Studentengemeinde, die dazu beitrugen, dass es am Abend des 8. Oktober 1989 in Dresden zu einem für den Fortgang der Friedlichen Revolution entscheidenden Ereignis kam: dem Weg von der „Eskalation zum Dialog“.⁴²

42 Vgl. die herausragende Rolle, die Frank Richter bei den Ereignissen spielte: Frank Richter, Von der Eskalation zum Dialog in Sachsen. Dresden im Oktober 1989, in: Thomas Brose (Hrsg.), Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009, S. 91 – 96.

Axel Noack

Evangelische Kirche und Studentenschaft vor dem Hintergrund der Sprengung der Leipziger Universitätskirche¹

Die Debatten um die Neugestaltung des Leipziger Universitätsplatzes und der Protest gegen die damit verbundene Sprengung der vom Kriege im Wesentlichen verschont gebliebenen Universitätskirche vor mehr als 45 Jahren, am 30. Mai 1968, sind mittlerweile minutiös dokumentiert, aufgearbeitet und anschaulich zur Darstellung gebracht.² Neben wichtigen Dokumentationen und Buchveröffentlichungen gibt es in Leipzig eine aufwendig gestaltete Tafelausstellung, deren Tafeln auch im Internet abrufbar sind.³ Ein persönlicher Bericht über widerständiges Verhalten und Aktionen, unterlegt mit vielen Dokumenten wurde von einem der Akteure selbst vorgelegt.⁴ Diese Bände geben auch einen Einblick in das rigorose Vorgehen staatlicher Organe gegen jedes noch so kleine widerständige Verhalten.

Ein rühriger Verein, der sich vehement und streitbar für den Wiederaufbau der Universitätskirche einsetzt, hat auf seiner Internetseite Material und Literaturhinweise zur Sprengung der Kirche gründlich aufbereitet⁵. Auch eine

¹ Vortrag am 20.4.2013 als Präsentation mit Bildern, hier eine Textfassung.

² Christian Winter, Gewalt gegen Geschichte – Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig, Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, hrsg. von Helmar Junghans, Kurt Nowak und Günter Wartenberg, Band 2, Leipzig 1998. Bei Youtube ist ein Videofilm der Sprengung am 30. Mai 1968 eingestellt: http://www.youtube.com/watch?v=9x9YnUON_2A (Letzter Zugriff: 2.9.2013).

³ Archiv Bürgerbewegung Leipzig: Ausstellung: „Die ganze action hat geprägt“, 19 Tafeln als pdf-Datei abrufbar: <http://www.archiv-buergerbewegung.de/index.php/ausstellungen/4-ausstellungen>, (Letzter Zugriff: 2.9.2013).

⁴ Dieter Koch, Das Verhör – Zerstörung und Widerstand, 3 Bände, Dresden 2000.

⁵ Paulinerverein – Bürgerinitiative zum Wiederaufbau von Universitätskirche und Augusteum in Leipzig e. V., Website: <http://www.paulinerverein.de/index.htm>, (Letzter Zugriff: 2.9.2013).

Stiftung hat sehr viel Material und eine genaue Chronologie bereitgestellt.⁶ Im Folgenden kann daher auf die kleinteilige Darstellung der Vorgänge verzichtet werden. Vielmehr geht es um die Aufhellung des „Hintergrundes“ und die Frage nach der Einordnung der Sprengung der Kirche in die Themenfelder Evangelische Kirche, Hochschulpolitik und Studentenschaft.

(Foto nicht lizenziert)

Augustusplatz mit Paulinerkirche um 1948. (SLUB Dresden/Deutsche Fotothek/Foto: Roger und Renate Rössing)

Der geschichtliche Hintergrund des Jahres 1968 lässt sich im Blick auf das hier zu verhandelnde Thema mit drei Thesen beschreiben:

1. Das Leben mit der deutschen Teilung

Die übergroße Zahl der Menschen in der DDR hatte sich nach dem Mauerbau von 1961 mit der Zweistaatlichkeit arrangiert. Sie hatten sich darin eingerichtet. Die Zahl derer, die noch mit einer Wiedervereinigung Deutschlands zu ihren Lebzeiten rechneten, nahm stetig ab und sollte bis zum Jahre 1988 fast gegen null gehen.

2. Die evangelischen Kirchen in den 1960er Jahren

Die Kirchen waren von 1957 an immer stärker mit der Forderung kon-

6 Stiftung Universitätskirche St. Pauli zu Leipzig, Website: <http://www.stiftung-universitaetskirche.de/deutsch> (Letzter Zugriff: 2.9.2013).

frontiert, sich von den Kirchen in Westdeutschland zu distanzieren und organisatorisch zu separieren. Die kirchliche Antwort auf diese staatliche Forderung erfolgte zunehmend nicht mehr einmütig.

3. Die ideologisierten Hochschulen

1968 kann die „Ideologisierung“ der Hochschulen der DDR im Wesentlichen als abgeschlossen gelten. Nach dem Ende der Ulbricht-Zeit (endgültige Entmachtung Ulbrichts 1971) fand eine weltanschauliche Auseinandersetzung fast nicht mehr statt.

Das Leben mit der deutschen Teilung

Spätestens im Sommer 1955 wurde klar: Die Teilung Deutschlands wird länger dauern als nach dem Krieg vermutet worden war, und die Menschen, einschließlich der Kirchen, werden sich in diesem Zustand irgendwie einzurichten haben. Auch wenn sich die Zementierung der Teilung etwa durch den Beitritt der DDR zum Warschauer Pakt und die Beteiligung der BRD an der Westintegration (Pariser Verträge) schon geraume Zeit angekündigt hatte, in der öffentlichen Rhetorik war auf allen Seiten immer noch von der „Wiedervereinigung“ die Rede. Das Viermächte-Gipfeltreffen im Juli 1955 in Genf, das erste nach Potsdam 1945, brachte wohl für Österreich entscheidende neue Möglichkeiten, nicht aber für Deutschland. Auf der Rückreise von Genf besuchte Parteichef Chruschtschow die DDR und verkündete die „Zweistaatenlösung“. Entsprechend beschloss das Zentralkomitee der SED im Oktober, dass die Wiedervereinigung nicht mehr das erste Ziel der Politik sein würde. Äußeres Zeichen für diese neue Ausrichtung: Die DDR erhielt eine eigene Fahne mit dem Emblem von Hammer und Ährenkranz – ergänzt um einen Zirkel. Ab 1959 war es dann verboten, nur noch eine schwarz-rot-goldene Flagge ohne Emblem in der DDR zu zeigen.

Diese äußere Klarheit brauchte naturgemäß noch eine längere Zeit, bis sie die Köpfe und Herzen der Menschen wirklich erreichte.

Martin Kramer⁷ hat die Entwicklung auf den Begriff gebracht: Es gab in der DDR eine Zäsur zwischen einem „prä-“ und einem „postmuralen Bewusstsein“, abgeleitet von lat. murus, die Mauer. Die Menschen, die vor dem Mauerbau schon politisch mündig waren, haben die Dinge im Lande anders gesehen und anders erlebt als die Nachwachsenden. Vor dem Mauerbau 1961 wurde gewissermaßen an jedem Küchentisch die Frage diskutiert: Bleiben wir in der

7 Martin Kramer war von 1980 bis 1990 Konsistorialpräsident der Kirchenprovinz Sachsen.

DDR oder gehen wir weg? Man kann davon ausgehen, dass es am 13. August 1961 die größtmögliche Zahl an Bürgern gab, die freiwillig im Lande waren, und dass diese Zahl danach stetig abgenommen hat. Schon in dem hier besonders zu betrachtenden Jahr 1968 war eine Generation von Oberschülern und Studenten herangewachsen, die zum großen Teil im Jahre 1961 noch Kinder waren. 1989 dann bestand die Mehrheit der Bevölkerung aus Menschen, die nie gefragt worden waren, ob sie in der DDR leben wollten und sich also freiwillig für Gehen oder Bleiben hatten entscheiden können. Es kommt hinzu, dass viele, die vor dem Mauerbau mündig waren, auch den Aufstand des 17. Juni 1953 und den Ungarischen Volksaufstand 1956 im Bewusstsein hatten. Sie wussten, wie sowjetische Panzer reagieren, und sie haben daher die Niederschlagung des Pragers Frühlings nach dem 21. August 1968 in der ČSSR anders verarbeitet als die jüngere Generation. Eine deutliche „prosozialistische Phase“ setzte in der Studentenschaft – in Ost und vor allem in West – erst nach 1968 ein. Hingegen war für viele der Vätergeneration – meinen eigenen Vater eingeschlossen – das sozialistische Experiment mit dem Ende des Prager Frühlings dauerhaft geschädigt.

Schließlich: Dieser Generationenunterschied hat es auch ermöglicht, dass es 1989 eine „Wende“ hat geben können, weil inzwischen eine Generation herangereift war, die keine Angst mehr hatte vor einer gewaltsamen Niederschlagung von Aufständen wie 1953, 1956 und 1968, die offen in Frage stellte, was in der DDR geschah.

Die 1960er Jahre sind auch in der DDR gekennzeichnet von einer leichten wirtschaftlichen Stabilität. Eine sozialistische Perspektive erschien den Funktionären noch möglich. Auf dem 5. Parteitag 1958 verkündete die SED, dass der Sozialismus bereits gesiegt habe. Zunehmend traf auf die Menschen in der DDR zu, was Johannes Hamel schon 1957 als für die DDR-Bürger typisch prognostiziert hatte: Sie leben in äußerer Anpassung an die Verhältnisse bei innerer Ablehnung des Systems.⁸

8 Johannes Hamel, Christ in der DDR, in: unterwegs – eine evangelische Zeitbuchreihe, Bd. 2, 1957; und ders., Christenheit unter marxistischer Herrschaft, in: unterwegs – eine evangelische Zeitbuchreihe, Bd. 7, 1959.

Die evangelischen Kirchen in der 1960er Jahren

Parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung gilt auch für die Kirchen: Die wirkliche, auch theologische Auseinandersetzung mit der Frage, wie die evangelische Kirche zu dem Staat „DDR“ stehen sollte, setzte erst nach 1955 ein. Bis dahin hatte man weithin die DDR als eine vorübergehende Erscheinung angesehen. Die DDR-Regierung selbst äußerte nun öffentlich und immer nachdrücklicher die Erwartung, dass die Kirchen ihre „Loyalität“ gegenüber dem Staat erklären sollten. Je stärker die DDR-Führung die Eigenstaatlichkeit verinnerlichte und propagierte, desto stärker wurde die Forderung, die Kirchen hätten sich auch organisatorisch von den Kirchen des Westens zu lösen. Die überall zu hörende Forderung nach Abgrenzung wurde auch auf die Kirchen übertragen.



Walter Ulbricht und der evangelische Theologe Prof. Dr. Emil Fuchs (1874–1971) auf einem Plakat von 1962 (Konrad-Adenauer-Stiftung / Archiv für Christlich-Demokratische Politik 10-024: 3138/CC-BY-SA 3.0 DE)

Das alles erfuhr eine Zuspitzung im Jahre 1960, als – nach dem Tod des ersten und einzigen Präsidenten der DDR, Wilhelm Pieck – ein „Staatsrat“ nach so-

wjetischem Vorbild mit Walter Ulbricht an der Spitze, die Präsidialstruktur ablöste. In seiner ersten „Programmatischen Erklärung“ vom 4. Oktober 1960 betonte Ulbricht:⁹

„Wir können nicht daran vorbeigehen, daß sich infolge der Verwandlung Westdeutschlands in die Hauptaufmarschbasis der aggressiven NATO, infolge der vertraglich festgelegten Verfilzung kirchlicher Stellen mit Militarismus und NATO-Politik und infolge der Propaganda führender westdeutscher Kirchenleute für die Atomkriegspolitik des Bonner Staates die früher einmal möglich gewesene Zusammenarbeit zwischen der Regierung der DDR und einer westdeutschen sogenannten deutschen Kirchenleitung unmöglich geworden ist. Mit unserer Einstellung zur Kirche hat das jedoch nichts zu tun.“

Besonders die Ost-CDU ließ es sich angelegen sein, (gemeinsam mit dem DDR-treuen „Bund Evangelischer Pfarrer“) zu einer Unterschriftenaktion aufzurufen, mit der christliche Bürger der DDR ihre Zustimmung zu dieser Erklärung Ulbrichts abgeben sollten. Am 9. Februar 1961 überreichte dann der Nestor der Theologischen Fakultät in Leipzig, Emil Fuchs, an Walter Ulbricht persönlich eine Kassette mit den Unterschriften von 32.000 DDR-Bürgern. Die CDU-Zeitungen titelten am 10. Februar 1961: „Christliches Bekenntnis zur DDR“. Die CDU erhob daraufhin den 9. Februar zu ihrem eigenen kirchenpolitischen „Feiertag“ und beging ihn regelmäßig (bis 1989) mit großen Veranstaltungen in ihrer zentralen Bildungsstätte „Burgscheidungen“ im Unstruttal.¹⁰

Die Kirchen sahen sich mit der Tatsache konfrontiert, dass offizielle Stellen (DDR-Regierung, Parteiführung) nicht mehr mit den gewählten gesamtdeutschen kirchlichen Leitungen verhandeln würden. Wer weiß, wie sehr unter den DDR-typischen rechtlich ungesicherten Verhältnissen, die Kirchen auf Verhandlungslösungen angewiesen waren, kann ermesen, was das für die Kirchen bedeutete. Darüber hinaus bestand die reale Gefahr, dass der Staat mit einzelnen Landeskirchen verhandeln würde und so nach dem Teile-und-herrsche-Prinzip die Kirchen voneinander „differenzieren“ würde. Teilweise ist ihm das – besonders im Blick auf die thüringische Landeskirche – auch gelungen.

Innerkirchlich gipfelte die Bearbeitung aller dieser Fragen in der berühmten „Obrigkeitsdebatte“, die zeigen sollte, wie sich die Kirchen in dieser Frage po-

9 Zitat nach „Neues Deutschland“ vom 5.10.1960, S. 7.

10 So hielt etwa zum 10. Jahrestag dieses 9. Februar im Jahre 1971 das Politbüromitglied Paul Verner seine bekannte kirchenpolitische Rede: Paul Verner / Gerald Götting, Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung, Berlin 1971.

larisieren würden. Zu den in dieser „Debatte“ vertretenen Positionen zählte das „Christliche Bekenntnis zur DDR“ (so die Bezeichnung der mit dem Namen Emil Fuchs beschriebenen Position der Zustimmung zur DDR-Kirchenpolitik, s. o.).

Diese Position erhielt eine gewisse innerkirchliche Bestätigung durch den „Thüringer Weg“ Moritz Mitzenheims und dessen lutherisch-konservativem Obrigkeitsdenken. Staatlicherseits wurde dieser Weg nicht nur mit Orden und Ehrendoktorwürden, sondern auch – so jedenfalls die offizielle Lesart – mit der Erlaubnis der Westreisen von Rentnern und der Aufstellung von (waffenlosen) Baueinheiten in der Volksarmee honoriert.¹¹

Eine extrem entgegengesetzte Position nahm Otto Dibelius ein. In seiner Obrigkeitsschrift (1959) beschreibt er die DDR durchgehend als Unrechtsstaat, der nicht für sich in Anspruch nehmen dürfe „Obrigkeit“ im Sinne des Apostels Paulus zu sein. (Römerbrief, Kap. 13)

Eine Zwischenposition wurde – nicht nur, aber vor allem – in der Evangelischen Kirche der Union vertreten. Hier ist vor allem der ehemalige Studentenfarrer Johannes Hamel zu nennen. Hamels Schrift „Christ in der DDR“¹² leitet an zum „konkret unterscheidenden Handeln“. Es nimmt die über uns gesetzte Obrigkeit „in ihrem Selbstverständnis“ ernst, ohne in ein „Bekenntnis zur DDR“ zu verfallen. Der Christenmensch habe jeden Tag neu zu entscheiden, wo er aus seinem Glauben heraus zustimmen kann und wo er sich verweigern müsse. Das bedarf genauer Anleitung und Entscheidungshilfe. Sie wurde in „Handreichungen“ (EKU 1957 und 1959) versucht zu geben. Diese Handreichungen, die zum Baustein für die von allen DDR-Kirchen verabschiedeten „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ (1963)¹³ wurden, gehören mit zu den interessantesten Dokumenten der DDR-Kirchengeschichte. Die diese Überlegungen begründende theologische Einsicht lässt sich auf den Satz bringen: Wenn Jesus Christus der Herr der Welt ist, dann ist auch die DDR kein gottverlassenes Land.

Bekannt wurde diese Position vor allem durch den Satz des EKU-Synodalen Professor Heinrich Vogel: „Der Weg der Kirche geht zwischen Dibelianismus und Mitzenheimerei mitten hindurch.“

11 Am 18. August 1964 fand auf der Wartburg das Gespräch zwischen Landesbischof Mitzenheim und Walter Ulbricht statt. Im Nachgang wurden – nach Ulbrichts Aussage – auf die Anregung Mitzenheims den Rentnern der DDR Westreisen erlaubt. Vgl. Brief Ulbricht an Mitzenheim vom 8.9.1964: Zitate in: Der Spiegel Nr. 38/1965 vom 16.9.1964, S. 47.

12 Johannes Hamel, Christ in der DDR, a. a. O.

13 Text: Kirchliches Jahrbuch, hrsg. von Joachim Beckmann, 90. Jg. (1963), S. 181 – 185.

In den Kirchenleitungen selbst hatte sich aber auch zunehmend Ernüchterung, wenn nicht sogar Resignation breitgemacht:

- Die Erkenntnis der Niederlage in der Jugendweihefrage war komplett. Nach anfänglichen Schwächen in den Jahren 1954/55 gewann die Jugendweihe trotz aller kirchlichen Proteste deutlich an Einfluss. Für das Jahr 1957 hatte Ulbricht selbst die Jugendweihe zur Chefsache gemacht und in seiner „Sonneberger Rede“ vom September 1957¹⁴ massiv und polemisch gegen die Kirchen für die Jugendweihe geworben. Ab dem Jahre 1958 konnte man mit dem Durchbruch der Jugendweihe rechnen (ca. 66 % der Jugendlichen nahmen daran teil). Im Jahr 1968 konnte gelten (wie für alle folgenden Jahre bis 1989 auch): fast 100%ige Teilnahme der Schülerinnen und Schüler.



Briefmarke von 1959 zur Erinnerung an die Einführung der Jugendweihe im Jahre 1955.

- Der harte Kurs der Kirchenleitungen aus dem Geist und der Tradition der Bekennenden Kirche heraus, hatte übersehen, dass es unter den Menschen, auch unter den Gemeindegliedern nur wenige gab, die den Mut zu widerständigem Verhalten aufbrachten. Trotz beibehaltener innerer Ablehnung passten sie sich – zum Beispiel in der Jugendweihefrage – den staatlichen Erwartungen an. In manchen Kirchen – etwa in der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen – galt bis zum Jahre 1971 die Festlegung, dass

14 „Lernen für das Leben – Lernen für den Sozialismus.“ Rede des Genossen Walter Ulbricht zur Eröffnung des Jugendweihejahres in Sonneberg (am 29.9.1957), in: „Neues Deutschland“ vom 1.10.1957, S.4.

Kirchenälteste, die ihre Kinder zur Jugendweihe schicken, ihr Amt als Kirchenälteste verlieren. Hier liegt (neben der Flucht in den Westen) die zweite große Ursache für den Verlust von Kirchenmitgliedern während der DDR-Zeit.

- Die Prognosen für die kirchliche Arbeit in der Zukunft waren relativ düster. Paradigmatisch dafür steht der damals sehr breit diskutierte Text von Günter Jacob: „Die Zukunft der Kirche in der Welt des Jahres 1985“, der 1967 sogar in der DDR in einer Zeitschrift für kirchliche Mitarbeiter gedruckt werden durfte¹⁵. Auch wenn sich etliche der Prognosen Jacobs als zu düster erwiesen haben, seine Grundeinschätzung ist im Nachhinein nur zu bestätigen:

„So steht uns nicht eine spektakuläre Kirchenaustrittsbewegung als Manifestation klarer Entscheidungen gegen die Kirche und ihre Verkündigung, sondern ein schleichender Schwund und eine geräuschlose Entfernung vieler Zeitgenossen aus dieser Generation der 30- bis 50-jährigen bevor.“

- Die neue Verfassung der DDR (Volksabstimmung im April 1968) brachte die Kirchen erneut unter Druck. Im Verfassungstext wurde der Bezug auf Kirchen (bzw. Religionsgemeinschaften) extrem knapp gehalten. Als Falle hat sich der Satz „Näheres kann durch Vereinbarung geregelt werden.“¹⁶ erwiesen: Alle dachten, jetzt gäbe es Verhandlungen mit dem Staat, und manche dachten an einen „Staats-Kirchen-Vertrag“ oder an ein „Konkordat“. In der Kirche wurde eine „Verhandlungskommission“ ernannt. Niemand konnte ahnen, dass staatlicherseits überhaupt nicht an Verhandlungen gedacht war.

Hier liegt auch die Ursache für die schnelle und übereilte Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR. Die „Strukturkommission“, die dafür die Entwürfe schuf, war in Parallele zu der „Verhandlungskommission“ eingesetzt worden. Es war deutlich, dass die DDR-Regierung nur mit einer kirchlichen Leitung des Ostens würde Verhandlungen aufnehmen. Die bedrohliche Alternative bestand in der Aussicht, der Staat würde mit den ostdeutschen Landeskirchen einzeln verhandeln. Der engere strukturelle Zusammenschluss der ostdeutschen evangelischen Landeskirchen im Kirchenbund war damals

15 Günter Jacob, Die Zukunft der Kirche in der Welt des Jahres 1985, in: Die Zeichen der Zeit, Jg. 1967, Heft 12.

16 Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6.4.1968, Artikel 39 Abs. 2, letzter Satz.

nur um den Preis der Aufspaltung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) zu haben, weil einige Kirchenleitungen (hier wiederum besonders Thüringen) das forderten.

Die Aufspaltung der EKD, die ja durch den berühmten Artikel 4.4. der Ordnung des Bundes abgemildert worden war und eine eindeutige Ost-West-Brücke behielt¹⁷, verlief ebenfalls sehr schnell. Noch auf den parallelen Synodaltagungen in Spandau (EKD-West) und Fürstenwalde (EKD-Ost) im Jahre 1967 gab es noch eine gemeinsame Wahl zu einem gemeinsamen Rat der EKD und große Treueversprechen. Dabei wurde auch sehr „fromm“ argumentiert: Gott hat uns nicht die Freiheit gegeben, uns loszulassen.

Kundige haben damals schon gespürt, dass man das vermutlich nicht würde durchhalten können. Dass die Gründung des Kirchenbundes so schnell und in allen Teilen auch nicht mit rechten Dingen zugeht, ist eben auch der neuen Verfassung der DDR geschuldet.¹⁸

Freilich – und das wird zumeist übersehen: Auch im Westen gab es Kräfte, die für eine Aufteilung der Kirche votierten. Hier waren das vor allem – und das ist für unser Thema besonders interessant – die Studentengemeinden und politisch links engagierte Kräfte, für die sich auch theologisch das Gewicht von der „Dogmatik“ hin zur „Ethik“ verschoben hatte. Für sie stand das Tun, das „politische Engagement“ zunehmend im Vordergrund und dafür brauchte man Freiräume im eigenen gesellschaftlichen Kontext, auf den man sich einlassen wollte. Es ist also nicht verwunderlich, dass der Gesamtverband der Studentengemeinden in Deutschland sich schon vor den Kirchen, nämlich im Jahre 1967 teilte. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Rolle von Bischof Krummacker in Greifswald.¹⁹ Krummacker hat damals auf der Synode in Fürstenwalde das grundlegende Referat zum Festhalten an der Einheit der EKD gehalten²⁰ und hat gleichzeitig als Vorsitzender des Vertrauensrates der Studentengemeinde (ESGiD) die Teilung bereits im Jahre 1967 mit betrieben. Bei den Studentengemeinden ging der Druck zur Teilung viel stärker von

17 Art. 4, Abs. 4 der Ordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR vom 10.6.1969: „Der Bund bekennt sich zu der besonderen Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland.“

18 Vgl. Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR – Dokumente zu seiner Entstehung ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, epd-Dokumentation, hrsg. von Hans-Wolfgang Heßler, Band 1, Frankfurt am Main / Berlin 1970.

19 Friedrich-Wilhelm Krummacker (1901–1974) war 1955 bis 1972 Bischof der Evangelischen Landeskirche Greifswald.

20 Vgl. Berlin und Fürstenwalde 1967 – Bericht über die erste Tagung der vierten Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 2. bis 7. April 1967 in Berlin-Spandau und Fürstenwalde / Spree, Hannover 1969. Bericht Bischof Krummacker, S. 232 ff.

westlichen Studentengemeinden aus, bei den Landeskirchen war es umgekehrt.

Zum Hintergrund gehört weiter, dass „Innerdeutsches“ in den Kirchen an Bedeutung verlor. Die sogenannte „Dritte Welt“ trat zunehmend in den Blick. Die kirchliche „Entwicklungshilfe“ nahm Fahrt auf.²¹ Aktionen gegen den Hunger in der Welt, wie die Aktion „Brot für die Welt“ gewannen an Bedeutung. Die kirchliche Argumentation vertauschte zunehmend den Begriff des „Rechtes“ gegen den schwammigeren Begriff der „Gerechtigkeit“.

Fazit: Die späten 1960er Jahre verdeutlichen den seit den Nachkriegsjahren eingetretenen Wandel: Hatte der DDR-Staat bisher versucht, Pfarrerschaft und Gemeindeglieder gegen die reaktionären Kirchenleitungen aufzubringen: Herausstellung der „Friedenspfarrer“, Gründung des Bundes evangelischer Pfarrer (1958) etc., so versuchte er nun zunehmend die eingeschüchterten, etwas resignierten Kirchenleitungen dazu zu benutzen, Basisunruhe zu paralysieren und die aufkommenden Gruppen (Friedens-, Dritte-Welt-, Umwelt- und schließlich Menschenrechtsgruppen) zu disziplinieren.

Studentische Gruppierungen werden bis heute angesehen, als seien sie besonders revolutionär gestimmt und voller aufrührerischem Potenzial. Das ist zu korrigieren: Bis 1989 muss gelten: Die Studenten waren es in der Regel (mit Ausnahme einiger Theologiestudenten) nicht, die sich als Wehrdienstverweigerer oder als Mitglieder in Gruppen hervorgetan hätten. Nach dem kurzen „Zwischenhoch“ der 68er-Zeit war bei ihnen doch überwiegend deutlich, dass sie „mehr zu verlieren hatten als ihre Ketten“.

In der Pfarrerschaft allerdings regen sich 1968 – auch im Blick auf die sehr zurückhaltenden kirchlichen Proteste gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche – schon erste Stimmen, die an den Kirchenleitungen eine zu große Zögerlichkeit kritisieren und deutlicheres Vorgehen erwarten. Diese Einschätzung wird zunehmend lauter vorgetragen und auch in den Kirchenleitungen verstanden. Die Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz im Jahre 1976, die sich gegen die Politik der DDR in Jugendfragen richtet, musste auch als eine Frage an die Kirchenleitungen gehört werden, ob sie nicht ihren Frieden mit dem System der DDR gemacht haben.

21 Eine wichtige Initiative dafür ging von der 4. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala/Schweden im Jahre 1968 aus.

Die ideologisierten Hochschulen

Dass die Ideologisierung der Hochschulen im Jahre 1968 im Wesentlichen abgeschlossen war bzw. ihren Höhepunkt überschritten hatte, soll an folgenden Kennzeichen festgemacht und belegt werden:

- Die Mitgliedschaft der Studierenden in der sich schon lange (seit 1952) als „Kampfreserve der Partei“ verstehenden einzig erlaubten Jugendorganisation, der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) war bis auf wenige Ausnahmen (zum Beispiel unter den Theologiestudenten) vollständig durchgesetzt worden. Auch in anderen Organisationen, etwa in der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF, gegründet 1949) oder in der wehrsportlich orientierten „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST, gegründet 1952) waren Studenten und Hochschulangehörige sehr stark vertreten.
- „Westkontakte“, also Studien- oder Ferienaufenthalte in Westdeutschland waren den Studenten seit 1957 untersagt bzw. bedurften der Genehmigung durch den Rektor. Ausgehend von einem Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED war eine entsprechende Verordnung erlassen worden (Sitzung des Politbüros vom 7. Februar 1956).²²
Es wird der Auftrag erteilt: „... eine Anordnung auszuarbeiten, wonach der Besuch von Westberliner Schulen, Oberschulen und Hochschulen durch Bürger der Deutschen Demokratischen Republik verboten wird, wegen der Gefährdung der Jugend unter den gegenwärtigen Westberliner Bedingungen.“ Nach dem Mauerbau waren „Westkontakte“ auch praktisch vollkommen unmöglich gemacht worden. Einzig die Studentengemeinden hielten an den Partnerbeziehungen fest und kamen zu Tagungen in Berlin (bei Einreise westdeutscher Studenten mit einem Tagesvisum) oder zu sogenannten „Drittlandbegegnungen“ in den Semesterferien im sozialistischen Ausland (ČSSR, Ungarn, Polen) zusammen.
- Das verpflichtende Unterrichtsfach „Marxismus-Leninismus“ als Teil des Grundlagenstudiums war in allen Studienrichtungen flächendeckend eingeführt worden. Das galt auch für die sechs Theologischen Fakultäten an den Universitäten der DDR.

22 Beschlusstext auszugsweise in: Frédéric Hartweg (Hrsg.), SED und Kirche – Eine Dokumentation ihrer Beziehungen, Band 1: SED 1946 – 1967, bearbeitet von Joachim Heise; Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen), Band 2 / 1, Neukirchen 1995, S. 186 f., Zitat: Textziffer 8.

- Die Beteiligung an wehrsportlichen Übungen war für die Studierenden selbstverständlich geworden und gehörte wie die Teilnahme an Ernteeinsätzen zum universitären Pflichtprogramm.
- Wehrdienstverweigerer, aber auch diejenigen, die sich zu einem waffenlosen Dienst in der Nationalen Volksarmee (NVA) verpflichtet hatten – (die sogenannte „Bausoldatenregelung“ gab es in der DDR seit September 1964), konnten in der Regel ein Hochschulstudium nicht aufnehmen. Darüber gab es keine nachweisbare, schriftlich festgehaltene Verordnung, aber eine nahezu durchgehende Praxis. Das Hochschulstudium wurde argumentativ als eine besondere „Auszeichnung“ verstanden, zu dessen Voraussetzungen auch die gesellschaftspolitische Betätigung, eingeschlossen der „Ehrendienst“ in der NVA, gehörten. In den späteren Jahren der DDR wurde massiv für die freiwillige Übernahme eines dreijährigen Militärdienstes geworben. Oft waren es die Eltern, die ihre Kinder zu einer solchen Verpflichtung im Blick auf die Studienchancen überredeten.
- Die Beteiligung der Studierenden an propagandistischen Pflichtveranstaltungen und Wahlen war zu nahezu 100 % gegeben. Dass Studenten nicht im Heimatort, sondern immer am Hochschulort ihrer „Wahlpflicht“ zu genügen hatten, diente der besseren Kontrolle. Die gemeinsame Stimmabgabe der Seminargruppen wurde angestrebt. Wenn nahezu 100 % sich an der Wahl beteiligten, in der Regel eine Wahlkabine nicht zu benutzen wagten, waren Steigerungen im positiven Ergebnis nicht mehr möglich. Zunehmend spielte daher die Uhrzeit der Wahl eine Rolle. Studentenkollektive (wie auch Brigaden in den Betrieben) verpflichteten sich, ihre Stimme für die „Kandidaten der Nationalen Front“ schon vor 8:00 Uhr oder 9:00 Uhr abzugeben. Wer sich als Student wagte, erst am Nachmittag zur Wahl zu kommen, kam sich vor, als hätte er einen revolutionären Akt vollzogen.
- Gewichtige kritische Wissenschaftler von Weltruf hatten Leipzig (und die ganze DDR) längst verlassen (Ernst Bloch 1961, Hans Mayer 1963). Sie bildeten die Spitze eines Eisberges. Der Exodus der gebildeten bürgerlichen Schichten aus der DDR, der zu unterschiedlicher Zeit unterschiedlich stark ausgeprägt war, hatte bis zum Mauerbau 1961 zu einer starken Entbürgerlichung der DDR geführt. (Das ist einer der bis heute bleibenden und nachwirkenden „Erfolge“ der SED-Herrschaft.)



Demonstration anlässlich der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in der Karl-Marx-Allee, Berlin, am 4. August 1973. (Bundesarchiv, Bild 183-M0813-0761 / CC-BY-SA)

- Die Besetzungspolitik der Lehrstühle auch der Theologischen Fakultät hatte zu einer „Differenzierung“ unter der Dozentenschaft geführt. Für die DDR wird gelten dürfen: Besonders die Theologischen Fakultäten in Berlin und Leipzig waren davon betroffen.

Zur Illustration ein Beispiel aus dem Umfeld der Studentengemeinden: Im Archiv des FDJ-Zentralrats fand sich der Briefwechsel einer Gruppe von Studenten bzw. Assistenten, vornehmlich der evangelischen Theologie, mit dem Hessen-Nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller aus dem Frühjahr 1953.²³ Die Unterzeichner wollten Niemöller letztlich um Unter-

²³ Rudi Pahnke, Stichproben aus dem Zentralarchiv der FDJ. Aus der Sicht evangelischer Jugendarbeit, in: epd-Dokumentation Nr.10/ 1992 vom 17.2.1992, S. 48 ff. Der Text des Briefwechsels auch bei: Dietmar Linke, Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen), Band 3, Neukirchen-Vluyn 1994, S. 89 ff. Vgl. auch Gerhard Besier/Stephan Wolf (Hrsg.), Pfarrer, Christen und Katholiken – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen), Band 1, Neukirchen-Vluyn, 2. Aufl. 1991, S. 7, Anm.-Nr. 36. Auf

stützung im Kampf gegen Junge Gemeinde und Studentengemeinde biten. Sie versuchten Niemöller davon abzubringen, sich für den verhafteten Studentenpfarrer Johannes Hamel einzusetzen. Niemöller widersprach allerdings dem Anliegen der Briefschreiber eindeutig. Der Vorgang verdient heute deshalb Beachtung, weil aus der Schar derjenigen, die den Brief an Niemöller unterzeichnet hatten, eine auffällig große Zahl Karriere an den staatlichen Theologischen Fakultäten bzw. Sektionen gemacht haben. Besonders auffällig ist auch hier die große Zahl der Unterzeichnenden aus Berlin und Leipzig. Ein Teil der Unterzeichner gehört ein Jahr später zu den Verfassern des „Memorandum über gesellschaftliche Einstellung und politische Haltung der Studierenden an den Theologischen Fakultäten der DDR“²⁴. Besonders die Theologiestudentin Friederun Milde, die bei beiden Papieren zu den Mitunterzeichnern gehörte, sollte später²⁵ als Referentin im Staatssekretariat für Hochschulwesen erheblichen Einfluss auf die Zusammensetzung der Dozentschaft an den Theologischen Fakultäten nehmen.²⁶

- Die Studentengemeinden waren aus der öffentlichen Wahrnehmung weitgehend verdrängt worden. Staatlicherseits (und vonseiten der Universität) galten sie gewissermaßen als nicht existent. 1968 waren die Zeiten lange vorbei, in denen die Studentengemeinden noch universitätsöffentliche Anschlagbretter für ihre Aushänge nutzen konnten. Alle Einladungen zur Studentengemeinde wurden nur „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ vervielfältigt.

Auch hier einige Beispiele für die praktische Auswirkung der offiziellen „Nichtexistenz“ der Studentengemeinden:

Beim Generalstaatsanwalt der DDR hatten die Kirchen (Bischof Otto Dibelius) im Mai 1953 Strafanzeige gegen die FDJ-Zeitung „Junge Welt“ wegen

dem Text war handschriftlich vermerkt worden, dass er dem Mitarbeiter des FDJ-Zentralrates Kurt Turba vorzulegen sei.

24 Zitiert nach Gerhard Besier, „Politische Reifeprozesse“. Zum Engagement des MfS an den theologischen Fakultäten bzw. Sektionen, in: Clemens Vollhals (Hrsg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996, S. 267 – 297, hier: S. 272. Besier erwähnt (a. a. O.) außerdem noch ein undatiertes Papier mit dem Titel: „Voraussetzung zur Heranbildung einer fortschrittlichen Theologenschaft in der Kirche“, das ebenfalls von Meier, Trebs und Haufe unterzeichnet wurde (SAPMO-BA, ZPA, IV 2 / 14 / 176).

25 Friederun Milde (verheiratete Fessen) war seit Februar 1958 die für die Theologischen Fakultäten der DDR zuständige Referentin im Staatssekretariat für Hochschulwesen. Biographische Angaben: Vgl. Besier, Reifeprozesse, S. 276 ff.

26 Zum Ganzen: Friedemann Stengel, Die Theologischen Fakultäten der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970 / 71, (Helmar Junghans / Kurt Nowak / Günter Wartenberg [Hrsg.], Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte. Band 3), Leipzig 1998.

der diffamierenden Angriffe gegen die „Junge Gemeinde“ bzw. „Studentengemeinde“ gestellt. Die Antwort des Staatsanwaltes ist typisch für die Reaktionen der staatlichen Seite. Unter dem 19. Mai 1953 schreibt der Generalstaatsanwalt an Bischof Dibelius:²⁷

„Betreffs Ihres Schreibens vom 2. Mai 1953 weise ich darauf hin, daß die Organisation ‚Junge Gemeinde‘ bei dem dafür zuständigen Vorgang dem Staatssekretariat für innere Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik nicht registriert ist. Die ‚Junge Gemeinde‘ ist danach eine nicht erlaubte Organisation. Ich habe darum keine Veranlassung, Ihrem Vorbringen betreffs der ‚Jungen Gemeinde‘ nachzugehen.“



Bischof und Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands Otto Dibelius am Rednerpult im Hotel Hilton, Berlin (West), im Juni 1963. (Bundesarchiv, B 145 Bild-F016251-0002/Friedrich, Reinhard/CC-BY-SA)

Eine ähnliche Antwort erhalten die Mitglieder der Geschäftsstelle der ESG in Berlin (Ost), als sie 1957 einen Antrag auf die Druckgenehmigung für Briefpapier mit einem ESG-Briefkopf stellten.

In einem Vermerk²⁸ über ein Gespräch des Leipziger Studentenpfarrers Johannes Hempel mit dem Dekan der Theologischen Fakultät, Prof. Dr. Heinz

27 Der Vorgang ist im Kirchlichen Jahrbuch dokumentiert. Kirchliches Jahrbuch für die evangelische Kirche in Deutschland 1953, 80. Jg., S. 141 ff., Zitat S. 143.

28 Vermerk von Johannes Hempel, Maschinenschrift o. Datum, o. Signatur, Unterlagen der Studentengemeinde Leipzig.

Wagner, am 4. Januar 1966, hält Hempel fest, dass der Dekan, der den Rektor befragt hatte, ob die Studentengemeinde für ihre Gottesdienste wieder die Universitätskirche nutzen könne, vom Rektor (der bei „vorgesetzten Behörden“ Erkundigungen in dieser Frage eingeholt hatte) mitgeteilt wurde: „dass unsere Rückkehr in die Universitätskirche überhaupt nicht zur Diskussion stehen könne, da wir nicht existieren“.

- Die massive atheistische Propaganda und die Diffamierung des christlichen Glaubens im Hochschulbereich hatten 1968 ihren Höhepunkt überschritten. (Zeitraum der Veröffentlichung atheistischer Propagandaschriften in der DDR: 1953 bis 1973; Höhepunkt: 1956 bis 1964.) 1963 war an der Universität Jena ein eigener Lehrstuhl für „wissenschaftlichen Atheismus“ eingerichtet, der allerdings schon wenige Jahre später wieder aufgelöst wurde. Einziger Lehrstuhlinhaber wurde der Philosoph Olof Klohr. Die Hauptakteure des wissenschaftlichen Atheismus in der DDR (Olof Klohr und Hans Lutter, Wolfgang Kliem) arbeiteten zunehmend im „Verborgenen“ (Warnemünde, Güstrow). Ihre Publikationen erschienen fast ausschließlich in sowjetischen Zeitschriften.

In den 1980er Jahren wird ein sogenannter „Problemrat“ zum Thema „Weltanschauliche Probleme der Zusammenarbeit von Kommunisten und Gläubigen“ gebildet, der von Wolfgang Kliem, dem Leiter des Forschungsbereiches „Wissenschaftlicher Atheismus“ am Institut für Marxistisch-Leninistische Philosophie an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED geleitet wurde. Auch dieser „Problemrat“ trat öffentlich kaum in Erscheinung und wurde noch im November 1989 aufgelöst. Eine wirkliche Auseinandersetzung um weltanschauliche Fragen fand immer weniger statt.²⁹

Die Sprengung der Kirche und der Protest gegen die Sprengung

Diese – grob skizzierten – Hintergrundinformationen erhellen und erläutern die speziellen, mit der Sprengung der Kirche direkt verbundenen Ereignisse und helfen, sie in den größeren Zusammenhang einzuordnen.

Zum geistesgeschichtlichen Hintergrund gehört allerdings auch: Mitte der 1960er Jahre wird – deutschlandweit! – deutlich, das klassische sakrale Ge-

²⁹ Vgl. Olof Klohr, Atheismus und Religion in der DDR, in: Günther Heydemann/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Kirchen in der Diktatur – Drittes Reich und SED-Staat, Göttingen 1993, S. 282 – 292.

bäude nicht in sonderlich hohem Kurs standen. Die Diskussionen um die Gestaltung des „Karl-Marx-Platzes“ (Augustusplatz) in Leipzig fallen in eine Phase architektonischer Gestaltung, mit der wir uns heute ziemlich schwer tun.³⁰ Was wir heute – besonders im Blick auf die Umgestaltung der westdeutschen Innenstädte – als städtebauliche Sündenfälle bezeichnen, war damals relativ akzeptiert und als modern angesehen, und zwar in Ost und West.

- Die bald einsetzende „kirchenstürmerische Phase“ (Entfernung von Kanzelaltären und Chorschranken) erreicht die Pfarrerschaft und sogar die Dorfkirchen. Der „leere Raum“ wird bedeutsamer, der „Stuhlkreis“ und das seminaristische Gespräch gewinnen die Überhand.
- Die Stasi macht sogar unter den Protestlern gegen die Sprengung der Universitätskirche kirchliche Mitarbeiter aus, denen das Gebäude der Kirche selbst relativ egal ist.
- Der Protest gegen die Sprengung der Universitätskirche, deren Abriss seit spätestens 1960 (Bau-Ausstellung in Leipzig) diskutiert wurde, hat eine über diesen Zeitraum abnehmende Tendenz.³¹
- 1968 gab es im Senat der Universität nur eine einzige Stimmenthaltung (Prof. Amberg von der Theologischen Fakultät) und keine einzige Gegenstimme. Der „Protest“ der Theologischen Fakultät fällt mehr als zurückhaltend aus. Deutlicher spricht nur der schon erwähnte DDR-treue Emeritus Professor Emil Fuchs.
- Vereinzelt gab es kritische Stimmen von Angehörigen anderer Fakultäten (zum Beispiel von dem marxistischen Frühneuzeitforscher Max Steinmetz).
- Im Stadtrat der Stadt Leipzig hat nur der später als IM enttarnte Pfarrer Rausch gegen den Abriss gestimmt.³²
- Auch der studentische Protest blieb – angesichts der im Westen parallel laufenden erheblichen studentischen Protestbewegung seit 1967 (Benno Ohnesorg) – relativ begrenzt. Allerdings: In einer Diktatur reicht es aus, mit ein

30 Am 8. September 2013 widmete sich der „Tag des offenen Denkmals“ thematisch dieser Architektur unter dem Thema: „Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“. Vgl. Website: <http://tag-des-offenen-denkmals.de/thema/> (Letzter Zugriff: 3.9.2013).

31 Alle Fakten, die im Folgenden nur erwähnt werden, sind ausführlich dargestellt bei Winter (vgl. Anm.-Nr. 236).

32 Detaillierte Beschreibung der Hintergründe zum Fall des Pfarrers Hans Georg Rausch, Georg Wilhelm, die Diktaturen und die Evangelische Kirche – Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzig 1933 – 1958. Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, hrsg. im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, Band 39. Göttingen 2004, S. 415 – 460.

paar harmlos formulierten Fragen, die gesammelte Staatsmacht auf den Plan zu rufen.

Einzelne Theologiestudenten nahmen sogar strafrechtliche Verfolgung in Kauf (Nikolaus Krause)³³. Unterschriften werden gesammelt und in Stasiberichten wird der Versuch einer Sitzblockade erwähnt.

- Gleiches gilt für den kirchlichen Protest: Er war deutlicher in den frühen 1960er Jahren als 1968 zu vernehmen. Das gilt für die evangelische, wie für die katholische Kirche.
- Die evangelisch-lutherische Landeskirche „bittet“ auf den Abriss der Kirche zu verzichten. Eine Kanzelabkündigung, die zur Besonnenheit mahnt, erfolgt erst nach dem Abriss am 2. Juni 1968.
- Die katholische Kirche ist stärker an der Zusage für einen Ersatzbau für die im Krieg zerstörte Propsteikirche als am Erhalt der Universitätskirche interessiert.

Anders reagieren allerdings einzelne Pfarrer bzw. Studentenpfarrer.

Die Bewertung von (zum Teil sehr kleinen) Protestaktionen in diktatorischen Systemen gestaltet sich schwierig. In der Erinnerung der Protestierenden und der dafür Bestraften werden sie einen anderen Platz einnehmen als im geschichtlichen Rückblick. Auch die Sprengung der Leipziger Universitätskirche wird als eine Demonstration der Macht angesehen werden müssen. Sie kann verdeutlichen, wie weit die Parteidiktatur gehen konnte und was sie den Menschen zuzumuten imstande war. Dass Kirchengeschichte niemals „Ruhmesgeschichte“ sein kann, wird auch an diesem Vorgang deutlich.

³³ In der Tafelausstellung des Archivs der Bürgerbewegung (vgl. Anm.-Nr. 237) ist Pfarrer Krause eine ganze Tafel gewidmet (Tafel 8).

(Foto nicht lizenziert)

Die Universitätskirche St. Pauli nach der Sprengung im Juni 1968. (SLUB Dresden/Deutsche Fotothek/Fotograf: Walter Gerhard Heyde)



Neubau des Leipziger Universitätsgebäudes am Augustusplatz mit der Fassade der neuen Paulinerkirche im Jahre 2012. (Concord 2012/CC-BY-SA)

Klaus Fitschen

Friedliche Revolution und sächsische Hochschulen im Jahre 1989

Blickt man auf den Herbst 1989, so ist man auch schon bei dem Stichwort „Entideologisierung“. Für die 1980er Jahre könnte man sagen, dass diese Entideologisierung schleichend einsetzte, natürlich nicht bei denen, die Urheber oder Medien der offiziellen Ideologie waren, sondern bei den Adressaten, hier den Studierenden vor allem, aber auch beim Lehrkörper und den nichtakademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Widerstand, so muss man andererseits sagen, war in den 1980er Jahren nicht zu verzeichnen, die Resistenz speiste sich aus anderen Quellen als noch in den 1950er und 1960er Jahren, und die Quelle der schleichenden Entideologisierung war keine Gegenideologie oder ein ausformulierter Gegenentwurf, sondern vor allem die Erkenntnis, dass Propaganda und Realität sich auch an den Hochschulen immer weiter auseinander bewegten. Das stillschweigende Abkommen, sich die Ideologisierung in den Veranstaltungen zum Marxismus-Leninismus, in den Seminargruppen, im Studentensommer, bei Wehrsportübungen gefallen zu lassen – die Liste ließe sich ja fortsetzen –, wurde zunehmend aufgekündigt, Stagnation und Verfall im Lebensumfeld der Hochschulangehörigen kamen zur Sprache. Freilich erfolgte dies unorganisiert. Die von den Hochschulleitungen und der Staatssicherheit so eifrig registrierten Flugblätter waren schon mangels technischer Möglichkeiten in ihrer Zahl sehr beschränkt. Worauf es letztlich ankam, war das, was den Studierenden und Lehrenden ja schon längst ausgetrieben sein sollte: auf den Mut zur eigenen Meinung außerhalb der von der SED-Diktatur gesetzten Grenzen, und für manchen hieß das: auf den Mut zum Bekenntnis der eigenen religiösen Überzeugung. Der Klassifikation nach handelte es sich bei Protesten und Verweigerungen um anzeigepflichtige „besondere Vorkommnisse“, denen man mit den üblichen Mechanismen begegnen wollte: Abschreckung oder Umerziehung.

In diesem Beitrag wird das Untersuchungsfeld im Wesentlichen auf die Technische Universität Dresden und die Universität Leipzig eingegrenzt, zumal über

Leipzig hinaus nur in Dresden Archivrecherchen im Universitätsarchiv möglich waren, womit schon gesagt ist, dass für Dresden keine BStU-Akten beigezogen wurden. Zu den Technischen Hochschulen Freiberg und Chemnitz liegen kleinere Studien vor, die aber keine wesentlichen Varianten im Blick auf das hier vorzustellende Thema beinhalten.¹ Im Blick auf Dresden ist natürlich auf die Darstellung von Reiner Pommerin hinzuweisen, die für das hier zu behandelnde Thema schon das Grundlegende enthält. An der TU Dresden scheint der Umbruch der Jahre 1989/90 im Übrigen in der Erinnerungskultur eine viel größere Rolle als an der Universität Leipzig zu spielen, jedenfalls zeugen entsprechende Publikationen davon. Die TU Dresden und die Universität Leipzig sind zwei ähnlich große Einheiten, freilich unterschiedlichen Zuschnitts, was die Fächer angeht. Hier wäre beispielhaft die Theologie zu nennen, die in Leipzig einen besonderen Status hatte und zwar auch kein Hort des Protestes, aber des massiven Zweifels an der Ideologie der SED-Diktatur war.

Verweigerung und Protest in den späten 1980er Jahren

Spätestens seit 1987 häuften sich die Krisendiagnosen an den Hochschulen auf vielerlei Ebenen – auch auf den offiziellen. Dass dabei die politischen, auch außenpolitischen, vor allem aber die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen eine Rolle spielten, versteht sich. An der TU Dresden vermerkte die von Rektor Hans-Jürgen Jacobs im Januar 1988 vorgelegte Eingabenanalyse des zweiten Halbjahres 1987 neben den geläufigen Eingaben zur Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Studienbedingungen oder der „Wohnraumversorgung“ als neuen Schwerpunkt Eingaben wegen nicht genehmigter Verwandtenbesuche in der Bundesrepublik.² Beklagt wurden an den Hochschulen zumeist eben nicht die Ideologisierung und ihre Folgen, sondern die

1 Wolfgang Lambrecht/Stefan Luther, *Von der Wende bis zur Gegenwart (1989–2003)*, in: Stefan Luther (Hrsg.), *Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz 1836–2003*, Chemnitz 2003, S. 189 f. Franco Lehmann, *In der finalen Krise des Systems. Die Bergakademie Freiberg zwischen Konformität und Widerspruch in den späten 1980er Jahren*, in: Benjamin Schröder/Jochen Staadt (Hrsg.), *Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ/DDR*, Frankfurt am Main 2011, S. 311–318. Jana Kausch, „Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren.“ *Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90*, Chemnitz 2009, Kap. VIII.

2 UAD, B 2.6. alt Nr. 77.

allgemeinen Missstände.³ Erst die Reformen in der Sowjetunion im Namen von Glasnost und Perestroika bildeten einen Anhaltspunkt für grundsätzlichere Hoffnungen auf eine Veränderung der Rahmenbedingungen, auch an den Hochschulen.

Einen wichtigen Kristallisationskern studentischen Protests stellte darum das Verbot der russischen Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR im November 1988 dar, das überdeutlich machte, dass mit Reformen in der DDR nicht zu rechnen war.⁴ Passend dazu fand zur gleichen Zeit der Ceausescu-Besuch in Ostberlin statt, und ein Ende November 1988 an der TU Dresden aufgefundenes Flugblatt mit Kopien von Zeitungsausschnitten aus dem „Neuen Deutschland“ kombinierte beides mit dem Kommentar: „Wo soll das hinführen?“⁵ Weitere Flugblätter und Proteste Einzelner in Dresden wie in Leipzig zeigen, dass das „Sputnik“-Verbot ein neuralgischer Punkt war.

Die Kommunalwahlen Anfang Mai 1989 waren ein weiterer Kristallisationskern für Verweigerung und Protest, den man zunehmend als einen Ruf nach Entideologisierung interpretieren könnte, wenn man Ideologisierung auch als Durchsetzung und Erhaltung von Herrschaft versteht – darauf werde ich am Ende dieses Beitrages noch einmal zurückkommen. Der schon im Vorfeld der Wahlen zu vernehmende Protest stieß sich mit dem eisernen Willen der politisch Verantwortlichen, auch und gerade diese Wahl zum Zeugnis für das Einverständnis des Volkes mit der SED-Diktatur zu machen. Das erste Zeugnis dafür an der TU Dresden ist ein Brief des Ersten Prorektors Klaus Garich an Rektor Jacobs vom 1. August 1988; ein auf die Wahlen zielender Maßnahmenplan des Rektors stammt vom 12. Dezember 1988. Am gleichen Tag wurde ein Zentraler Wahlstab an der TU Dresden eingerichtet, der die mit der Wahl verbundenen ideologischen Ziele im Auge behalten sollte: feste Verbundenheit mit der DDR, internationalistisches Verhalten, offensives Zurückweisen bürgerlicher Tendenzen, Festigung der Verteidigungskraft und -fähigkeit.⁶ Am 14. März 1989 gab dann Prorektor Garich dem Zentralen Wahlstab die Anweisung des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen weiter, jeden Montag über die Vorbereitungen der Wahl zu berichten, auch unter dem Gesichtspunkt, welche Themen in den Diskussionen zur Wahlvorbereitung vorkamen.

3 UAF, Sign II 20/522, hier nach Lehmann, in: Schröder/Staadt, a. a. O., S. 316.

4 Zu Leipzig: Klaus Fitschen, Wissenschaft im Dienste des Sozialismus, in: Geschichte der Universität Leipzig, Bd. 3, Leipzig 2009, S. 742 f.

5 Beilage zu einem Schreiben des Direktors des Informatik-Zentrums Tzschoppe an Prorektor Garich, 30. 11. 1988 (UAD, B 2.6. alt Nr. 5627–025).

6 UAD, B 2.6. alt Nr. 77.

Der Bericht vom 17. April verzeichnete dann als solche Themen zum Beispiel die geläufigen Wohnraum- und Umweltprobleme.⁷ Deutlicher fiel dann aber der Monatsbericht des Prorektors für April an das Ministerium in Berlin aus: „Bei einem Teil der Studenten sind z.T. auch unrealistische und illusionäre Vorstellungen zur sozialistischen Demokratie vorhanden.“ Und: „Bei einer Anzahl von Mitarbeitern und Studenten gibt es Zweifel bezüglich der Wirtschaftspolitik.“ Nicht zuletzt sorgten die Pläne für das Reinstsiliziumwerk in Dresden-Gittersee für Unruhe.⁸

Typisch für solche Äußerungen ist die entmündigende Sprache, die den Studierenden jede Urteilsfähigkeit absprach. Eine am 26. Mai 1989 vom Direktor der Sektion Marxismus-Leninismus an der Universität Leipzig, Gerhard Wolter, erstellte Studienjahresanalyse für die Zeit seit September 1988 lässt erkennen, wie grundsätzlich die Anfragen von Studenten waren und dass man sie nach wie vor kaum ernst nahm: Sie hatten Forderungen nach einer „umfassenden Breite und Tiefe der Reformen in der DDR“ erhoben und Unverständnis über das langsame Reformtempo geäußert. Die Darstellung der wirtschaftlichen Erfolge des Sozialismus wurde ebenso kritisiert wie die Hemmung von Initiative und Leistungsbereitschaft und das Totschweigen von Umweltbelastung, Ausreisebegehren und anderen Problemen, nicht zuletzt dem der „Wohnungsfrage“.⁹

Die Zeit nach den Kommunalwahlen machte also immer deutlicher, dass viele Universitätsangehörige kein Einverständnis mehr zeigen wollten und dass Einzelne offen Verweigerung und Protest an den Tag legten. Für die Staatssicherheit war der Protest angesichts der manipulierten Wahlen ein Hauptpunkt des Interesses.¹⁰ Die Eingabenanalyse für das erste Halbjahr 1989 fiel an der TU Dresden ganz anders aus als im Vergleichszeitraum des Vorjahres: Statt 64 waren es nun 84 Eingaben, und der Zuwachs war vor allem auf die Zeit vor den Kommunalwahlen zurückzuführen.¹¹ Der Monatsbericht zur politisch-ideologischen Situation für den Juni 1989 an der TU Dresden verzeichnet Krisenphänomene in der FDJ, die sich in mangelnder Mobilisierung ausdrückten, nicht zuletzt für das Pfingsttreffen.¹² In Leipzig hieß das in einer studentischen Äußerung: „FDJ ist alles das, was wir machen müssen, und

7 Ebd.

8 Ebd.

9 BStU, BVfS Leipzig, Abt. XX 00195/01, Sektion Marxismus-Leninismus, Studienjahresanalyse 1988/89, 26. Mai 1989.

10 Fitschen, *Wissenschaft im Dienste*, a. a. O., S. 763 f.

11 UAD, B 2.6. alt Nr. 77.

12 Ebd.

nicht, was wir wollen.“¹³ Die FDJ, oft von der Parteiführung dafür gerügt, dass sie die Studierendenschaft nicht gänzlich unter Kontrolle hatte, wurde nun häufig zum Experimentierfeld für Widerspruch und Unbotmäßigkeit.

Ein kleiner Schritt des Entgegenkommens war an der TU Dresden die Streichung einiger Passagen in der Verpflichtungserklärung zur Immatrikulation für das Jahr 1989, zum Beispiel dem Versprechen, „mit all meiner Kraft der allseitigen Stärkung des Sozialismus und seiner wissenschaftlich-technischen Vorrangstellung in der Welt zu dienen“. Es blieb aber andererseits bei der Formulierung, „mit allen meinen Fähigkeiten bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft tätig zu sein“.¹⁴

Die Entideologisierung geschah zuerst individuell, dann auch durch Zusammenschlüsse im Rahmen des allgemeinen bürgerrechtlichen Protestes. Hier sind die Ausreisewilligen zu nennen, bekanntermaßen eine Gruppe, deren Anliegen nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch von den Bürgerbewegungen her angefochten war. Am 4. und 5. April 1988 gab der Erste Prorektor der TU Dresden, Klaus Garich, eine Anweisung heraus, in der er im Blick auf die Feiern zum 1. und 8. Mai anordnete: „Die Maßnahmen zur Sicherung der Objekte und Einrichtungen der TU Dresden sind unter Berücksichtigung der sich verschärfenden Klassenauseinandersetzungen mit hoher Verantwortlichkeit vorzubereiten und durchzuführen.“¹⁵ Was er damit meinte, wird in seinem „Bericht zur Arbeit mit den Übersiedlungsersuchenden zur Sicherung des 1. Mai“ vom 26. April 1988 deutlich: Gefürchtet wurden also Proteste von Ausreisewilligen, die die Aufmärsche und Kundgebungen hätten stören können. Darum erhielt jeder „Übersiedlungsersuchende“ (ÜE) einen „Betreuer“ zugeordnet, der die entsprechende „Arbeit“ an oder mit ihm leisten sollte.¹⁶ Als bald darauf Bundesminister Möllemann die TU Dresden besuchte, wurde den Sektions- und Institutsdirektoren am 12. Mai 1988 eingeschärft, sie sollten Kontaktversuche oder Demonstrationen der „Übersiedlungsersuchenden“ unterbinden.¹⁷ Die an den Hochschulen zwar überschaubare, aber doch unübersehbare Zahl der Antragsteller wurde zum Problem, weil jeder Antrag ein Protest war, der zwar geahndet wurde, aber im sozialen Umfeld der Antragsteller Wirkung hatte. Bei allem ging es auch noch um die Abwanderung von Fach-

13 BStU, BVfS Leipzig, Abt. XX 00195/01, Bl. 39, Sektion Marxismus-Leninismus, Informationsbericht Mai 1989, 2. Mai 1989.

14 Modifizierte Verpflichtungserklärung zur Immatrikulation 1989 (UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur).

15 UAD, B 2.6. alt Nr. 77.

16 Ebd.

17 Ebd.

kräften. Im Herbst 1988 wurden die Sektionsdirektoren dann vom Ersten Prorektor aufgefordert, „über die Arbeit zur Unterbindung und Zurückdrängung von ÜE in ihrem Verantwortungsbereich“ zu berichten.¹⁸

Als sich 1989 die Ausreiseanträge noch vermehrten und vor allem die Flucht über Ungarn möglich war, blieb es bei der Einzelfallerfassung, und so ließ der Erste Prorektor der TU Dresden noch am 11. September eine Anweisung an die Sektionsdirektoren herausgehen, alles zu tun, „um den Hergang und die Umstände der gesetzwidrigen Handlung und der politischen Fehlentscheidung des TU-Angehörigen zu klären sowie die politische Wirkung im Arbeitskollektiv einzuschätzen und konstruktiv zu beeinflussen“.¹⁹



Zur Montags-Demonstration in Leipzig fanden sich am 20. November 1989 über 100.000 Menschen auf dem Karl-Marx-Platz und dem Ring ein. Neben der Aufforderung an alle, im Land zu bleiben, ging es vor allem um freie Wahlen und die Änderung der DDR-Verfassung. (Bundesarchiv, Bild 183-1989-1120-026/Gahlbeck, Friedrich/CC-BY-SA)

18 Ebd.

19 Ebd.

Eine andere, wachsende Gruppe waren diejenigen, die sich der Werbung zum Reserveoffiziersanwärter entzogen, sei es vor, sei es auch in der Ausbildung. Der hier zutage tretende Protest konnte dann als mangelnde „politische persönliche Reife“ interpretiert werden.²⁰ Ein besonderes Problem entstand, wenn Studenten für ihre Weigerung religiöse Gründe anführten. Dahinter konnte dem Weltbild der SED-Diktatur nach nur die Kirche als feindliche Macht stehen.²¹

Die Friedliche Revolution

Im Oktober und endgültig im November brach sich der Protest an den Hochschulen Bahn, dies aber wiederum den allgemeinen Entwicklungen folgend. Stimulierend wirkten dabei Ereignisse wie die Demonstrationen am Dresdner Hauptbahnhof nach dem 4. Oktober, die Anerkennung der „Gruppe der 20“ durch Oberbürgermeister Berghofer am 9. Oktober oder die Leipziger Montagsdemonstration am gleichen Tag. Vonseiten der Universitätsleitungen in Dresden und Leipzig kamen freilich nur Missbilligungen, mit den Worten des Dresdner Rektors Jacobs hieß das: „Probleme löst man nicht auf der Straße“, oder aus Sicht der FDJ: „Wer die Ereignisse in unserer Stadt, besonders um den Hauptbahnhof, verfolgt hat, weiß, daß wir das nicht sind. Wir – das sind die FDJ-Studenten, die tatsächlich etwas verändern wollen. Probleme lassen sich niemals auf der Straße lösen. [...] Was wir wollen, ist ehrlich, kritisch und selbstkritisch an die heutigen Probleme heranzugehen.“²²

In Leipzig war der Tenor ähnlich: Am 9. Oktober, dem entscheidenden Tag des politischen Umbruchs, gab der Leipziger Rektor Horst Hennig die Richtung vor: Das Stichwort war „Dialog“ unter den Prinzipien Kontinuität und Erneuerung. Allerdings sollte der Dialog nur ein Steuerungsinstrument sein, um politische Stabilität zu erhalten und die Arbeitsfähigkeit zu sichern. Dazu sollten „Ruhe und Besonnenheit“ dienen, und vor allem sollten die Studierenden und die Universität um jeden Preis aus „Provokationen“ herausgehalten werden, was letztlich hieß, dass man sich bürgerrechtlichen Engagements zu enthalten hatte. Die Stimmungslage wurde immer noch so beurteilt, dass Studierende und Mitarbeiter bereit seien, den Kurs von Kontinuität und Erneue-

20 Direktorat für Studienangelegenheiten an der TU Dresden, 30. 6. 1988 (UAD, B 2.6. alt Nr. 5627 – 025).

21 Sektion Wasserwesen an Prorektor EA Plankenbichler, 27. 10. 1988 (UAD, B 2.6. alt Nr. 5627 – 025).

22 Universitätszeitung (Dresden), 18. Oktober 1989, S. 1 f.

rung mitzutragen.²³ Nach der Montagsdemonstration am 9. Oktober gab sich die FDJ-Kreisleitung an der Universität Leipzig dann auch versöhnlich und forderte am folgenden Tag in einem Flugblatt die FDJ-Mitglieder auf, „den Gedankenaustausch über Gestaltung und Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft zu führen. Was wir jetzt brauchen, sind offene, kompetente und konstruktive Gespräche mit allen, die dazu bereit sind.“²⁴



(Foto nicht lizenziert)

Blick auf die Vollversammlung aller Mitarbeiter und Studenten der TU Dresden am 13. November 1989 am Sportplatz Nöthnitzer Straße. (Quelle: www.physik.tu-dresden.de/ / Photograph: Rolf Dietzel)

Ein an der TU Dresden am 26. Oktober groß inszenierter Diskussionsprozess mit über 1.000 Universitätsangehörigen wurde vom Rektor, den Ersten Sekretären der SED-Kreisleitung und der FDJ und dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes geleitet. Aus der Sicht des Organs der SED-Kreisleitung an der Universität, der Universitätszeitung also, war von einem „offenen, sachlichen Disput zu alle bewegenden Fragen“ die Rede, „um im offenen Dialog mit kompe-

23 UAL, R 1453, Bl. 124, Protokoll der Dienstberatung des Rektors mit den Sektionsdirektoren; 9. Oktober 1989.

24 „Unser Standpunkt“ (10. Oktober 1989), abgedruckt in: Eine Uni wendet sich, S. 9; Universitätszeitung (Leipzig), 13. Oktober 1989, S. 2.

tenten Gesprächspartnern Antwort auf bewegende Fragen dieser Zeit zu bekommen, aber auch mit Vorschlägen und Hinweisen zum Bessermachen, Mitbestimmen, zur zügigen Beseitigung verstaubter Verhältnisse, veralteter Denkweisen, hemmender Erscheinungen, kurzum wahrer Anachronismen beizutragen.“²⁵

Im November 1989 wurde der Protest an den Universitäten unumkehrbar, auch wenn Universitäts-, SED- und FDJ-Leitung noch meinten, die Dinge kontrollieren oder wenigstens moderieren zu können. Sich an die Spitze der Bewegung zu setzen war das Ziel, um aus der Revolution eine Wende im Sinne der Partei zu machen. Verlautbarungen der SED an den Universitäten enthielten Anfang November Formulierungen wie „alle Schranken sind abzubauen hinsichtlich der ideologischen Arbeit“ oder „Mit Gängelei, Entmündigung, Administrieren [...] muß Schluß sein.“²⁶ Nun war auf einmal der offene Dialog gefragt, freilich einer unter der Regie der SED, denn worauf er hinauslaufen sollte, war keine radikale Veränderung, sondern der schon so oft gehörte Aufruf, zur Verbesserung des Systems beizutragen.²⁷

Der Bericht des Ersten Prorektors der TU Dresden an das Ministerium in Berlin vom 3. November 1989 gab über die aktuellen Themen durchaus beredt Auskunft: „Es gibt aber auch Wandzeitungsaushänge, anonyme Briefe u. a., die Angriffe auf die führende Rolle der Partei enthalten, Gedankengut des Neuen Forums äußern und Kritiken an Gewerkschaft und staatliche[n] Organe[n] beinhalten und konkrete Kaderveränderungen fordern. Es gibt keine Sicherheit über die politische Geschlossenheit des Auftretens der Hochschullehrer.“ Kritik an der Vergabe von Leistungsstipendien aus politischen Gründen und an der Arbeit der FDJ gehörte weiterhin dazu – inzwischen hatten sich ja auch schon studentische Selbstverwaltungsstrukturen neben der FDJ entwickelt.²⁸

Ein denkwürdiges Dokument aus dieser Zeit ist ein Brief des Prorektors für Erziehung und Ausbildung der TU Dresden, Günter Lehmann, an den Studentenpfarrer Hans-Ulrich Lasch vom 6. November, mit dem Lehmann Lasch zu einem Gespräch einlud als jemand, der sich mit allen denjenigen verständigen wollte, „denen gleich mir das Wohl und die Entwicklung unserer Studenten am Herzen liegt“.²⁹ Nun lud auch die FDJ ein zu einem „freimütigen Ge-

25 Universitätszeitung (Dresden), 1. November 1989, S. 1.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Prorektor Garich an Staatssekretär Bernhardt (MHF), 3. 11. 1989: Bericht zur Lage am 3. 11. 1989 (UAD, B 2.6. alt Nr. 77).

29 UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur.

dankenaustausch über Fragen der Arbeit junger Christen an der TU und des gemeinsamen Miteinanders von Christen und Atheisten im Jugendverband“.³⁰ Am 9. November hatte sich in Dresden eine neue Studentenvertretung gebildet, deren Anfänge bis auf Mitte Oktober zurückgingen, der Provisorische Universitätsstudentenrat.³¹ In Leipzig konstituierte sich am gleichen Tag der unabhängige StudentInnenrat,³² in Chemnitz geschah dies aber erst im Dezember.³³

Ebenfalls am 6. November wandten sich acht Mitarbeiter aus der Sektion Mathematik mit einer Erklärung an ihre Kollegen an der Sektion. Sie enthielt die Forderung nach einer neuen Interessenvertretung der Sektionsangehörigen und nach einer radikalen Veränderung der Kaderpolitik, damit nur noch fachliche Eignung und moralische Integrität für eine Berufung ausschlaggebend seien.³⁴

Die Einladung des Dresdner Rektors Jacobs zu einem außerordentlichen Konzil am 13. November 1989 blieb allerdings im Ungefähren: „Wir wollen über die Mitverantwortung aller Angehörigen und Studenten unserer Universität für unser sozialistisches Vaterland und seiner Menschen in dieser komplizierten Periode der gesellschaftlichen Erneuerung beraten und dazu unseren Anteil deutlich machen.“³⁵ Das Konzil tagte dann nicht – es war der Tag, an dem in Berlin Hans Modrow zum Ministerpräsidenten gewählt wurde –, stattdessen berief die Universitätsleitung eine Vollversammlung aller Mitarbeiter und Studenten auf dem Sportplatz Nöthnitzer Straße ein. Der Rektor gestand Fehler ein, Marxismus-Leninismus sollte nur noch Wahlfach sein.³⁶ Auf dieser Versammlung sprach Hilmar Heinemann aus der Sektion Physik als Vertreter des „Neuen Forum“. Heinemann trat für eine Demokratisierung der Schulen und Hochschulen ein und forderte die Aufgabe des Führungsanspruchs der SED. Die Reaktionen aus dem Publikum waren durchaus geteilt.³⁷ In der „Universitätszeitung“, dem Organ der SED-Kreisleitung an der Univer-

30 Universitätszeitung (Dresden), 15. November 1989, S. 1.

31 Reiner Pommerin, *Geschichte der TU Dresden 1828–2003*, Köln 2003, S. 328.

32 Fitschen, *Wissenschaft im Dienste*, a. a. O., S. 772.

33 Wolfgang Lambrecht / Stefan Luther, *Von der Wende bis zur Gegenwart (1989–2003)*, S. 190 f.

34 Erklärung von acht Mitgliedern der Sektion Mathematik vom 6. November 1989, hier nach Sigismund Kobe: *Rückblick auf TU-Initiativen beim Neubeginn*, in: *Der Neubeginn 1989 – Würdigung von TU-Initiativen zur Hochschulerneuerung in Sachsen zwischen 1989 und 1993 in Sachsen*, Dresden 2004, S. 56 f.

35 UAD, B. 1.2. Nr. 480.

36 Kobe, *Rückblick*, a. a. O., S. 51.

37 Kobe, *Rückblick*, a. a. O., S. 54.

sität, sah das dann ganz anders aus, wenn Rektor Jacobs zitiert wurde mit den Worten: „Wir erstreben eine qualitative Erneuerung des Sozialismus.“³⁸

Klar war also, dass die Vertreter der SED-Diktatur und -Ideologie das Heft keineswegs aus der Hand geben wollten, und dies wollten auch die Vertreter des Faches Marxismus-Leninismus nicht, die noch nach Transformationsmöglichkeiten suchten, was dann den Anspruch beinhaltete, „Gesellschaftswissenschaften auf dem Fundament des Marxismus-Leninismus zeitgemäß, mit hohem theoretischem Anspruch und zugleich deutlichem Bezug zu aktuellen Fragestellungen zu vermitteln“.³⁹ Solche Bekundungen gab es noch bis in das Jahr 1990 hinein.⁴⁰

(Foto nicht lizenziert)

Aushang zur Personalratswahl 1990: Liste der „Initiative für die Umgestaltung an der Universität“. (Quelle: www.physik.tu-dresden.de)

Am 1. Dezember wandte sich in Dresden die „Initiative für die Umgestaltung an der Universität“ an die Öffentlichkeit. Sie bestand aus Angehörigen der Sektion Physik, die sich seit dem 16. November getroffen hatten, um „in den Um-

³⁸ Universitätszeitung (Dresden), 15. November 1989, S. 1.

³⁹ Position der BGL zur Umgestaltung der Sektion 01, 27. 11. 1989 (UAD, B 5.2. Nr. 260).

⁴⁰ Sektion Gesellschaftswissenschaften an der TU Dresden: Vorschläge zu den Vorstellungen des Ministeriums für Bildung zur Gestaltung eines sozialwissenschaftlichen Studiums an den Universitäten und Hochschulen der DDR, 21. 3. 1990 (UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur).

gestaltungsprozeß an unserer Universität einzugreifen“. Die Hauptforderungen bestanden darin, die Vorherrschaft der SED an der Universität zu brechen, die Leitungsprozesse zu demokratisieren und allein wissenschaftliche Leistungen und charakterliche Eigenschaften bei Berufungen zu berücksichtigen.⁴¹ Dieser Initiative schlossen sich weitere Angehörige der Universität an.

Damit beschleunigte sich die Demontage der SED-Herrschaft an den Hochschulen, ein Zeichen in Dresden war dafür die Aberkennung der Honorarprofessur für den inzwischen durch einen Nachfolger ersetzten Ersten Sekretär der SED-Kreisleitung an der TU, Rudolf Vogt, durch den Wissenschaftlichen Rat am 23. November 1989. Zugleich forderte der Wissenschaftliche Rat Rektor Jacobs auf, Reformvorschläge vorzulegen.⁴² Er setzte am 4. Dezember vier Arbeitsgruppen ein und veröffentlichte zusammen mit Rektor Jacobs eine Erklärung, in der viel von Demokratisierung die Rede war: „Damit sind geistige Enge und administrative Restriktionen zu überwinden, wissenschaftliche Kompetenz, Demokratie, Persönlichkeit und Sozialismus zum Maßstab der Dinge zu machen.“⁴³ Jacobs hielt sich an die Beschlüsse einer unter dem Vorsitz des Rektors der Berliner Humboldt-Universität stehenden Kommission, die im Dezember 1989 ein Papier mit dem Titel „Demokratische Mitbestimmung der Studenten“ ausgearbeitet hatte, das aber unter der Leitlinie einer systemimmanenten Revision des Sozialismus zu lesen war.⁴⁴ Der Physiker Peter Müller schrieb am 10. Januar 1990 im Blick auf die vier Arbeitsgruppen an Rektor Jacobs, er habe den „Eindruck, daß dieser Personenkreis zu einem beträchtlichen Teil in die bisherigen Strukturen der Administration eingebunden war und ist“.⁴⁵ Zu den nun immer offener werdenden Entideologisierungerscheinungen Ende 1989 gehörte die Rückgabe des Titels „Sozialistisches Studentenkollektiv“ durch eine Seminargruppe.⁴⁶

41 Initiative für die Umgestaltung an der Universität, hier nach Kobe, Rückblick, a. a. O., S. 58 f. Abgedruckt auch im Universitätsjournal, 24. Januar 1990, S. 3.

42 Ergebnisprotokoll über die Sitzung des Senats des Wissenschaftlichen Rates vom 23. November 1989 (UAD, B. 1.2. Nr. 480).

43 UAD, B. 1.2. Nr. 480.

44 Prorektor Lehmann an die Sektionsdirektoren, 11. 12. 1989: Übersendung des Entwurfes „Demokratische Mitbestimmung der Studenten“ (UAD, B 2.6. alt Nr. 5627 – 042).

45 UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur.

46 Sektion Architektur, SG 87/18/03 an Rektor Jacobs u. a., 12. 12. 1989 (UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur).

Fazit

Der offenste Protest gegen die Ideologisierung war der Widerspruch gegen die Ideologie, der sich nicht zuletzt im Widerspruch gegen die Marxismus-Leninismus-Indoktrination äußerte, sei es im Blick auf den Inhalt, sei es im Blick auf die Darbietung.⁴⁷ Darum gehörte die Abschaffung des Pflichtfaches ML im Herbst 1989 zu den Hauptforderungen. Dabei spielte im Einzelfall auch das Bekenntnis zum christlichen Glauben eine Rolle.⁴⁸ Ein im universitären Zusammenhang nicht uninteressanter Aspekt sind in diesem Zusammenhang die Beschwerden über die Bemessung von Leistung nach ideologischen Kriterien, die sich auf die Vergabe von Leistungsstipendien oder Leistungsprämien oder im negativen Fall auf Studienverläufe bis hin zur Verweisung von der Hochschule auswirken konnten.

Über die Ideologisierung im engeren Sinne hinaus sind Ideologisierung wie Entideologisierung an den Hochschulen aber im Kontext der Etablierung und schließlich Delegitimierung und Fragmentierung der SED-Herrschaft zu sehen. Die Ideologie war funktional nur dazu da, den Herrschaftsanspruch der SED und ihrer Massenorganisationen zu verbürgen. Die Zustimmung zur Ideologie und ihrer scheinbaren Plausibilität („Wissenschaftlichkeit“) jenseits aller Realitätswahrnehmung beinhaltete notwendigerweise die Zustimmung zur SED-Diktatur im organisatorischen und sozialen Rahmen der Hochschulen, deren Leitung ja in den Händen der SED lag.

Strittig ist, wie sich die Stellung der Hochschulangehörigen in dem Prozess der Friedlichen Revolution beschreiben lässt. Gibt es bestimmte Fächer oder Sektionen, die eher zum Protest geneigt waren? In Dresden war dies vor allem die Sektion Wasserwesen. Am Fach also dürfte es nicht gelegen haben, sondern an dem Mut und der Organisationsfähigkeit Einzelner.

Immer wieder ist darauf hingewiesen worden, dass die Studenten und der Lehrkörper sich in der Regel zurückhaltend verhielten, da sie in das System integriert waren und zumeist auch von ihm profitierten.⁴⁹ Anders gesagt: Wer es bis an die Hochschule geschafft hatte, hatte eine jahrelange Auslese durch-

47 Vgl. den Konflikt zwischen dem ML-Professor Fürbaß und einem Studenten Anfang März und die Auseinandersetzungen mit zwei Studenten Mitte März 1989 (UAD, B 2.6. alt Nr. 5627 – 025).

48 Sektion Verarbeitungs- und Verfahrenstechnik an Rektor Jacobs, 14. 6. 1989 (UAD, Personalkommission, DDR-Führungstätigkeit 05/89–10/90, keine Aktensignatur).

49 Vgl. z. B. Matthias Lienert, *Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989*, Köln 2011, 201 f.

laufen, bei der ideologische Motive eine maßgebliche Rolle spielten, und das Ergebnis dieser Auslese wurde an der Hochschule immer wieder überprüft. Andererseits ist deutlich, dass viele im Herbst 1989 ermutigt waren, ihre Stimme zu erheben. Dabei könnten wiederum Prägungen außerhalb der Hochschulen eine Rolle gespielt haben – im Elternhaus, in Bürgerrechtsgruppen, in Kirchen- und Hochschulgemeinden oder deren Umfeld. Hier aber helfen nur Zeitzeugenbefragungen, darüber schweigen die Akteure zumeist.

Gerhard Barkleit

Entideologisierung und personelle Erneuerung der sächsischen Hochschulen 1990–1994

Die in der Überschrift formulierte Aufgabe, die Erneuerung der sächsischen Hochschulen als einen Prozess der Entideologisierung zu begreifen, impliziert die Aufforderung, die nach meiner Wahrnehmung in der Forschung etwas unterbelichtete normative Position stark zu machen – eine Herausforderung, die unter anderem in der Frage mündete, ob im Ergebnis der Entideologisierung die Hochschulen als ideologiefreie Räume existieren. Vor mehr als zwanzig Jahren begleitete ich journalistisch das Ringen der politischen Akteure nach der Friedlichen Revolution um den „richtigen“ Weg zur Beseitigung der Deformationen einer realsozialistischen Wissenschafts- und Hochschullandschaft. Mein Ziel war es, die Öffentlichkeit, vor allem aber die Betroffenen selbst, in die Debatten einzubeziehen. Verständnis und Unterstützung erfuhr ich dabei durch zwei der maßgeblichen Akteure, den damaligen Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer und Matthias Rößler, den forschungspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, später Kultus- und Wissenschaftsminister, heute Präsident des Landtages.¹

Annäherung an ein schwieriges Thema

Zu meiner Annäherung an das schwierige Thema gehörten neben der ganz persönlichen Rückschau auch Gespräche im Kreise von Freunden und Bekannten, einer bunten Mischung, darunter Vertreter unterschiedlicher Berufe mit akademischer Bildung. Die meisten von ihnen taten sich schwer damit, ihr eigenes Studium unter dem Aspekt der Ideologisierung des jeweiligen Faches zu erinnern. Über mein Thema, die Entideologisierung nachzudenken, gelang nur in

¹ Vgl. Gerhard Barkleit (Hrsg.), Die Erneuerung der Sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993.

wenigen Fällen. Ein Emeritus, erst nach „der Wende“ an die Universität Leipzig berufen, behauptete gar, es habe zu SED-Zeiten an den Universitäten gar keine Ideologisierung gegeben. Wenn auch von der Partei erstrebt, habe das in der Praxis nicht funktioniert. Denn die meisten SED-Genossen, so seine Begründung, seien ja keineswegs vom Marxismus-Leninismus überzeugt gewesen, sondern schlicht und ergreifend Opportunisten, die nur an ihre Karriere dachten. Solle ich hier und heute über das Ausmerzen eines Übels referieren, das es, so die Überzeugung ernst zu nehmender Zeitgenossen, gar nicht gegeben hat?

Der „schleichende wirtschaftliche Niedergang“ der DDR in den 1980er Jahren, der sich im Rückgang der Wachstumsraten und sinkenden Mitteln für Investitionen ebenso manifestierte wie in einer dramatisch abnehmenden Exportrentabilität, führte dazu, dass auch den außeruniversitären Forschungseinrichtungen immer weniger Mittel zur Verfügung standen. Das galt auch für das Kernforschungszentrum der Akademie der Wissenschaften in Rossendorf. Unzufrieden mit dieser Situation suchte ich für mich einen Ausweg. Dubna, das Vereinigte Institut für Kernforschung (VIK) der Ostblockstaaten in der Nähe von Moskau, war einer der wenigen Orte, an denen für einen Physiker ambitionierte Forschung immer noch möglich war. Ich entschied mich für einen mehrjährigen Forschungsaufenthalt an dieser Einrichtung und suchte bereits im Vorfeld nach einem Thema, das mir die Möglichkeit zur Habilitation bot, in der DDR „Promotion B“ genannt. Einer der damaligen Vizedirektoren des VIK war ebenfalls ein „Rossendorfer“ und schlug mir schon im ersten Sondierungsgespräch ein interessantes Thema vor. Bei unserem zweiten Gespräch wollte ich Genaueres über die Voraussetzungen erfahren, dieses Thema auch erfolgreich in einem Zeitraum von etwa drei Jahren zu bearbeiten, also mich zu habilitieren. Er reagierte ausgesprochen zurückhaltend. Auf beharrliches Nachfragen sagte er dann: „Das mit der Habilitation wird schwierig, Sie sind ja nicht mal in der Partei.“ Das ist nur eine meiner persönlichen Erfahrungen mit einem ideologisierten Wissenschaftssystem.

Diese Ideologisierung hatte aber auch ihre guten Seiten, könnte man argumentieren. Während in der DDR sogar die Professoren der Natur- und Technikwissenschaften die Dissertationen ihrer Schüler aufmerksam lasen, um sicherzustellen, dass der letzte Parteitag bzw. das letzte Plenum des Zentralkomitees der SED, wenn schon nicht tiefgründig reflektiert, so doch aber zumindest erwähnt wurden, scheinen – polemisch zugespitzt – die Professoren der geisteswissenschaftlichen Fakultäten der altherwürdigen Hochschulen der alten Bundesländer erst dann einen Blick in die Arbeiten der von ihnen betreuten Doktoranden zu werfen, wenn diese mit Plagiatsvorwürfen konfrontiert werden.

Die Ideologisierung, enzyklopädisch als Abkehr von einer um Objektivität und kritische Sachbezogenheit bemühten Denk- und Handlungsweise zugunsten einer als ausschließlicher Maßstab angenommenen ideologischen Position, vor allem im gesellschaftlich-politischen Feld definiert, wird in diesem Band in anderen Beiträgen bereits näher beleuchtet.

Bei der Annäherung an mein Thema und dem damit verbundenen Nachdenken über den Begriff „Entideologisierung“ erinnerte ich mich an die zahlreichen Diskussionen über den Diktaturvergleich am Hannah-Arendt-Institut. Mir kam, unvermeidlich wie ich glaube, der Begriff „Entnazifizierung“ in den Sinn – ein Schlüsselbegriff in der Legitimitätsrhetorik der DDR. Außer in Religion, die schon 1949 kein Schulfach im strengen Sinne mehr war, wurde ich in den ersten vier Schuljahren ausschließlich von Neulehrern unterrichtet. Die von Matthias Rößler seinerzeit vertretene Linie bei der Hochschulerneuerung zielte auf eine vergleichbare Konsequenz und war mir in ihrem moralischen Anspruch sympathisch, politisch jedoch nicht durchsetzbar.

Gestatten Sie mir noch einen weiteren persönlichen Blick zurück auf mein zehn Semester dauerndes Physikstudium an der TU Dresden. In den ersten sieben Semestern gehörte das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium mit Vorlesungen und Übungen zwischen zwei und vier Wochenstunden zum historischen und dialektischen Materialismus sowie zur Ökonomie von Kapitalismus und Sozialismus zum Pflichtprogramm. Manches war interessant, vieles langweilig, einiges absurd – dauerhafte Schäden habe ich nicht davongetragen.

Nach Abschluss des Physikstudiums habe ich als Assistent an der Bergakademie Freiberg gearbeitet und stand nach der Promotion zwei Jahrzehnte in Diensten der Akademie der Wissenschaften, unterbrochen durch einen mehrjährigen Arbeitsaufenthalt im Forschungszentrum Mikroelektronik, durch den ich auch die Industrieforschung kennenlernte. Forschung fand in der DDR vor allem in der Industrie und an den Instituten der Akademie der Wissenschaften statt, weniger an den Universitäten und Hochschulen. Bevor ich mich (endlich) meinem eigentlichen Thema zuwende, möchte ich die Umbrüche der Wissenschaftslandschaft im Osten kurz auf den Punkt bringen.

Mit der Privatisierung der Industriebetriebe wurde die Industrieforschung (62 % der Forschungskapazitäten der DDR) im Osten marginalisiert.

Die nach sowjetischem Vorbild verfasste Akademie der Wissenschaften wurde nicht nur als Gelehrtenengesellschaft, sondern mitsamt ihren Forschungsinstituten (26 % der Forschungskapazitäten der DDR) abgewickelt.

Die Hochschulen (12 % der Forschungskapazitäten der DDR), Kaderschmieden für die Funktionseleiten der Staatspartei, wurden „personell erneuert“ und „entideologisiert“.

Es ist keineswegs überraschend, dass die Masse der Studenten in der DDR ausgesprochen zufrieden mit ihren Hochschulen war. Weder Glasnost und Perestroika, noch das Verbot des „Sputnik“, ein in mehreren Sprachen herausgegebenes Digest der sowjetischen Presse, durch die SED-Führung vermochten die Lethargie der Studierenden zu erschüttern. Indoktrination vom Kindergarten an und das System der Zulassung zu höherer Bildung mit dem eindeutigen Vorrang von politischer vor fachlicher Eignung hatten ihre Spuren hinterlassen. Obwohl bereits im September 1989 erste Signale einer kritischen Sicht auf die Hochschulpolitik des „real existierenden Sozialismus“ zu beobachten waren, bildeten die Studenten „keine Speerspitzen des gesellschaftlichen Umbruchs“, konstatiert auch Michael Ploenus für die Friedrich-Schiller-Universität Jena.²

Beseitigung der Monopolstellung einer Ideologie

Nun kommen wir zu dem historischen Ereignis der „Entideologisierung“ – begriffen als „Beseitigung der Monopolstellung einer Ideologie mit totalitärem Geltungsanspruch durch strukturelle und personelle Erneuerung“.

In den letzten Jahren erschien eine Reihe von Universitätsgeschichten (Humboldt-Universität Berlin, gegründet 1810/11; Universität Leipzig, gegründet 1409; Technische Universität Dresden, gegründet 1828 sowie die Friedrich-Schiller-Universität Jena, gegründet 1558), in denen mir die normativen Aspekte der Hochschulerneuerung unterbelichtet erscheinen. Diese Universitätsgeschichten sind weitgehend empirisch-analytisch angelegt, mit dem Fokus auf strukturellen Reformen und personeller Erneuerung. Der Verzicht auf normative Positionen lässt jedoch in aller Regel die Fragen nach Verantwortung und deren Trägern in den Hintergrund treten. Deshalb soll in diesem Beitrag der Frage nach den Verantwortlichen für Dysfunktionalitäten und Fehlentwicklungen in der ostdeutschen Hochschullandschaft Raum gegeben werden. Diese Universitätsgeschichten erlauben es aber, einen Blick über die Landesgrenzen von Sachsen hinaus zu werfen. Wenngleich das von mir zu beschreibende Ausmerzen des Übels „Ideologisierung“ zeitlich nach der Friedlichen Revolution einsetzt, soll an einige Eckpunkte aus der unmittelbaren Vorgeschichte der Hochschulerneuerung kurz erinnert werden.

2 Michael Ploenus, Ankunft im vereinten Deutschland. Die Universität Jena zwischen 1989 und 1995, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850 – 1995, Köln / Weimar / Wien 2009, S. 849.

Die TU Dresden schaffte am 6. November 1989 sämtliche Lehrveranstaltungen politischen Inhalts ab.

Am 23. Mai 1990 beschloss der Ministerrat die Abschaffung der Lehrstühle für Marxismus-Leninismus an allen Hochschulen, was DDR-weit zur Entlassung von etwa 620 Professoren und 706 Dozenten führte.³ Diese hatten sich in den letzten Monaten mehr oder weniger erfolgreich darum bemüht, mit einem pluralistischen Mäntelchen „ihre Lehrstühle und andere Pfründe in das von ihnen so verteilte demokratische System des Westens zu retten“, wie es Rößler treffend auf den Punkt brachte.⁴

Mit dem Einigungsvertrag erhielten die neuen Bundesländer eine rechtliche Grundlage für Abweichungen vom Hochschulrahmengesetz mit einer weitgehenden Aufhebung der Hochschulautonomie, was hinreichende Spielräume für eine Erneuerung bot. „In heftigen Auseinandersetzungen“, so Rößler, „gelang in Sachsen trotzdem eine viel weiter gehende Erneuerung des Hochschulwesens als in anderen neuen Bundesländern.“⁵ Entscheidend für den Erfolg sei eine wirklich radikale strukturelle Neugestaltung der sächsischen Hochschullandschaft gewesen, sagt er heute.⁶

Am 11. Dezember 1990 beschloss das Land Sachsen die Abwicklung der Struktureinheiten für Marxismus-Leninismus.

Strukturelle Erneuerung in Sachsen

Sachsen verfügte 1989 über insgesamt 22 Hochschulen und Universitäten mit circa 36.000 Beschäftigten.⁷ Das Spektrum von Ingenieurschulen und Fachschulen umfasste 21 Ingenieurschulen und technische Fachschulen, sechs Landwirtschaftliche Fachschulen, drei Ökonomische Fachschulen, drei Fachschulen für Bibliothekswesen und Museumskunde, fünf Künstlerische Fachschulen, 13 Pädagogische Fachschulen, 16 Medizinische Fachschulen sowie eine „sonstige“ an der DHfK Leipzig.⁸

3 Sven Vollrath, *Zwischen Selbstbestimmung und Intervention: Der Umbau der Humboldt-Universität 1989–1996*, Berlin 2008.

4 Matthias Rößler, „Wir wollten keine andere DDR“, in: Eckhard Jesse (Hrsg.), *Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz*, Berlin 2006, S. 206.

5 Ebd., S. 208.

6 Gespräch mit dem Autor am 25. März 2013.

7 Manfred Heinemann / Hans-Ludwig Schreiber (Hrsg.), *Hochschulerneuerung im Freistaat Sachsen. Bericht der Sächsischen Hochschulkommission über ihre Tätigkeit 1991–1993*, Dresden 1996, S. 8.

8 Ebd., S. 24f.

Mit der „Sächsischen Hochschulkommission“ schuf der Freistaat Sachsen, einer Empfehlung des Wissenschaftsrates folgend, Anfang 1991 eine Institution von beachtlicher Fachkompetenz aber begrenzter Lebensdauer. „Nicht auf Kahlschlag“ ziele die strukturelle Erneuerung, sagte Minister Hans Joachim Meyer in seiner Rede zur Konstituierung der Hochschulkommission, sondern auf eine „akademische Lehre und Forschung, die von fachlicher Kompetenz, wissenschaftlicher und weltanschaulicher Pluralität und persönlicher Integrität getragen wird“. Dabei solle auch den „erneuerungswilligen und erneuerungsfähigen Angehörigen der früheren Einrichtungen eine Chance“ gegeben werden. Die Hochschulkommission habe die Aufgabe, die Arbeit von Gründungskommissionen beratend zu begleiten und eng mit den Gründungsdekanen zusammenzuarbeiten.⁹

Abwicklungen

Die pauschale Auflösung ganzer Fachbereiche, Abwicklung genannt, betraf „vor allem die sozial- und kulturwissenschaftlichen Bereiche, die mit der marxistisch-leninistischen Ideologie weitgehend zu identifizieren waren“¹⁰. Auf der Grundlage des Hochschulerneuerungsgesetzes (SHEG) wurden mit der DHfK Leipzig sowie der LPG-Hochschule Meißen zwei Hochschulen komplett abgewickelt. An den übrigen Hochschulen waren insgesamt etwa 50 Struktureinheiten betroffen – von einzelnen Lehrgruppen bis hin zu kompletten Sektionen. Für den Standort Dresden bedeutete das:

An der TU Dresden (im engeren Sinne) wurden abgewickelt: Sektion Philosophie und Kulturwissenschaften (außer Kustodie und WB Geschichte der Produktivkräfte/Technikgeschichte), Sozialistische Betriebswirtschaft (außer Informatiklabor), Institut für sozialistische Wirtschaftsführung, Industrieinstitut.

An der Verkehrshochschule: Verkehrs- und Betriebswirtschaft (außer Wirtschafts- und Verkehrsgeschichte und Informatiklabor), Militärisches Nachrichten- und Transportwesen.

An der Pädagogischen Hochschule: Pädagogik, Psychologie und die Ausbildung von Freundschaftspionierleitern.

An der Medizinischen Akademie: Institut für Philosophie, Abteilung für Militärmedizin.

⁹ Ebd., S. 14f.

¹⁰ Ebd., S. 113.

Die Reduzierung der Planstellen traf den Mittelbau besonders hart. Zwischen 1989 und 1994 wurden in diesem Segment 44 Prozent der Stellen abgebaut – von 10.254 auf 5.777.

Die neue sächsische Hochschullandschaft

Am 11. März 1992 beschloss der Sächsische Landtag die neue Hochschullandschaft für den Freistaat. Sie umfasste vier Universitäten, vier Kunsthochschulen sowie fünf Fachhochschulen, die im Folgenden aufgelistet sind:

Universitäten: Universität Leipzig, Bergakademie Freiberg, Technische Universität Dresden, Technische Universität Chemnitz-Zwickau.

Kunsthochschulen: Hochschule für Bildende Künste Dresden, Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig, Hochschule für Musik „Carl Maria von Weber“ Dresden.

Fachhochschulen: Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Hochschule für Technik und Wirtschaft Mittweida, Hochschule für Technik und Wirtschaft Zittau/Görlitz, Hochschule für Technik und Wirtschaft Zwickau.



(Foto nicht lizenziert)

Das Bibliotheks- und Mensagebäude der Hochschule Zittau-Görlitz in Zittau. (Quelle: www.hszg.de)

Strukturelle Erneuerung in Berlin – die Humboldt-Universität (HUB)

In Berlin, der ideologischen Hochburg des SED-Staates, zeichneten sich die alten Kader durch besondere Dreistigkeit aus. Nachdem sie Generationen von Studenten erklärt hatten, weshalb es absolut kein Widerspruch sei, dass der „einzig rechtmäßige Staat auf deutschem Boden“, die Deutsche Demokratische Republik, nur als Diktatur des Proletariats möglich sei, versuchten sie unter Berufung auf bewährte Instrumente des freiheitlich und demokratisch verfassten Rechtsstaats, die Hochschulautonomie und das Hochschulrahmengesetz, ihre Pfründe zu retten.

Als eine „durchsichtige Rettungsaktion“, der „wegen der Unglaubwürdigkeit der daran beteiligten Parteivertreter letztlich der Erfolg versagt blieb“, bezeichnet Konrad Jarausch den „ersten symbolträchtigen Reformschritt“ an der Humboldt-Universität, nämlich die „Umgestaltung des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums“ vom 16. November 1989, die „eine Lockerung des weltanschaulichen SED-Monopols signalisieren sollte“.¹¹

Dieser „Reformschritt“ wurde übrigens erst drei Tage nach der gemeinsamen Erklärung der Rektoren von Universitäten und Hochschulen der DDR sowie Mitgliedern des Kollegiums des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen gegangen, die am 13. November 1989 zur „Erneuerung des Sozialismus durch Befreiung der Wissenschaft von allen Fesseln“ aufriefen – ein „Aufbrechen von Kritik“, wie Jarausch konstatiert.¹²

Besonders erschwert wurde die Erneuerung der HUB durch ihren Rektor, den zwar charismatischen, aber alles andere als integren Rektor Heiner Fink, einen Theologen, der als Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gearbeitet hatte. Fink wurde 1990 zum Rektor gewählt und 1992 fristlos entlassen.

Buchstäblich in letzter Sekunde, nämlich am 18. Dezember 1990, gab der Berliner Senat den Erhalt der Humboldt-Universität als dritter Landesuniversität neben Freier und Technischer Universität bekannt. Der Beschluss des Senats sah die Auflösung sämtlicher Strukturbereiche vor, die sich der Vermittlung des Marxismus-Leninismus gewidmet hatten. Darüber hinaus wurden „mangels Bedarf“ die Auflösung von Kriminalistik, Angewandter Informatik sowie der Wissenschaftsforschung und die Umstrukturierung der Verwaltung

11 Konrad H. Jarausch, Das Ringen um Erneuerung 1985–2000, in: Heinz-Elmar Tenorth, Geschichte der Universität unter den Linden, Bd. 3, Berlin 2012, S. 591.

12 Ebd., S. 589.

gefordert. Weitere ideologiegeladene Fachbereiche und Institute sollten zwar aufgelöst, aber in neuer Form weitergeführt werden. Das betraf Jura, Ökonomie, Geschichte, Pädagogik und Philosophie.¹³ Nicht zuletzt durch die juristischen Auseinandersetzungen um den Stasi-belasteten Rektor Heiner Fink verlief der Prozess der Erneuerung der Humboldt-Universität besonders schleppend. Alle Bemühungen einer Erneuerung (Entideologisierung) auf dem Wege der Eigeninitiative scheiterten letztlich, weil sie zu spät kamen. Die Umgestaltung der Humboldt-Universität erfolgte „von außen“, wie Konrad Jarausch es nannte.¹⁴

Abwicklungen an der Humboldt-Universität Berlin

Abwicklung: alle Einheiten, die sich der Vermittlung des Marxismus-Leninismus gewidmet hatten, Angewandte Informatik, Kriminalistik, Wissenschaftsforschung.

Aufgelöst und in erneuerter Form weitergeführt: Geschichte, Jura, Ökonomie, Pädagogik, Philosophie.

Strukturelle Erneuerung in Thüringen (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Am 7. Dezember 1989 konstituierte sich in Jena eine „Aktionsgemeinschaft zur demokratischen Erneuerung der Hochschule“, der vor allem Mediziner angehörten.¹⁵ Unter dem 1990 zum Rektor gewählten Physiker Ernst Schmutzer vollzog sich eine „reibungsfreie Verwaltungs- und Strukturreform“, wie Ploenus zeigt.¹⁶ Allerdings drohte Schmutzer unter der Last seiner Aufgaben zu zerbrechen, wie er dem Minister am 14. Dezember 1990 schrieb.¹⁷

Die Abwicklungen an der Friedrich-Schiller-Universität¹⁸

Abwicklung bzw. Wiedergründung: Sektion Marxismus-Leninismus, Sozial- und Politikwissenschaften, Landwirtschaftliche Fakultät, Institut für Sozial-

¹³ Vgl. ebd., S. 617.

¹⁴ Ebd., S. 615–655.

¹⁵ Ploenus, a. a. O., S. 853.

¹⁶ Ebd., S. 856 f.

¹⁷ Ebd., S. 862.

¹⁸ Ebd., S. 861–863.

hygiene, Labortechnikerausbildung, Sprachintensivzentrum Französisch, Staats- und Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Philosophie, Geschichte, Erziehungswissenschaften.



Briefmarke anlässlich des 200. Jahrestages der Antrittsvorlesung Friedrich Schillers als Geschichtsprofessor der Universität Jena.

Personelle Erneuerung

Noch einmal sei Matthias Rößler zitiert, der die radikale Neustrukturierung der sächsischen Hochschullandschaft als notwendige Voraussetzung einer personellen Erneuerung ansieht. Die bisherige Anzahl von weit über 25.000 Stellen war für Sachsen schlicht nicht zu finanzieren. Auf Druck des Finanzministeriums ließ sich das Wissenschaftsministerium auf eine Obergrenze von 11.000 Planstellen festlegen.¹⁹ Drückte sich die Ideologisierung in den Hochschulen, wie bereits erwähnt, auch darin aus, dass „politische und fachliche Eignung“ als Grundvoraussetzung für eine Karriere galten, und zwar in genau dieser Gewichtung, so gehörte es zur „Entideologisierung“, dieses Prinzip außer Kraft zu setzen und der fachlichen Eignung oberste Priorität einzuräumen. Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium als fundamentalen Be-

¹⁹ Heinemann / Schreiber, Hochschulerneuerung, a. a. O., S. 83.

standteil eines jeden Studienganges habe ich bereits erwähnt. Darüber hinaus kann die Mitgliedschaft der Mitarbeiter an den Hochschulen in der Staatspartei durchaus als ein weiteres Kriterium für den Grad von Ideologisierung angesehen werden. Die Sächsische Hochschulkommission spricht in ihrem Bericht von einer Zugehörigkeit der Professoren zur SED von mehr als 80 Prozent, in einigen Hochschulen gar von über 90 Prozent, in einigen Disziplinen von 100 Prozent.²⁰ An der Humboldt-Universität Berlin waren fast alle Gesellschaftswissenschaftler in der SED, in den Naturwissenschaften immerhin etwa zwei Drittel.²¹

Nun ließe sich trefflich darüber spekulieren, wie groß der Anteil an SED-Genossen gewesen sein mag, die tatsächlich an die Ideologie des Marxismus-Leninismus glaubten, wie viele von ihnen einfach Opportunisten waren. Bereits in den 1960er Jahren kursierte ein geflügeltes Wort an den Hochschulen, wonach ein Genosse von den drei Eigenschaften intelligent, linientreu und ehrlich immer nur zwei besitzen könne. Eines sollte aber deutlich ausgesprochen werden: Niemand wurde gezwungen, der SED beizutreten.

Zu einer differenzierten Betrachtung gehört allerdings auch die Tatsache, dass selbst in den Geisteswissenschaften „in Teilgebieten beachtliche und international anerkannte Ergebnisse erzielt werden konnten“, wie die Sächsische Hochschulkommission in ihrem Bericht feststellt.²² Mike Schmeitzner nannte vor etwa fünf Jahren die Leipziger Historiker Werner Bramke und Hartmut Zwahr sowie den an der Pädagogischen Hochschule Dresden lehrenden Gerhard Billig, der mit einem „eigenständigen Zugang zur mittelalterlichen Herrschafts- und Siedlungsgeschichte“ hervortrat.²³ Dennoch wäre es übertrieben, von einer Vielfalt wissenschaftlicher Ansätze zu sprechen.

Die wichtigsten Instrumente der personellen Erneuerung

Das Sächsische Hochschulerneuerungsgesetz vom 25. Juli 1991 schrieb im achten Abschnitt „Reform und Erneuerung des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals“ die Instrumente dieses Prozesses fest. Zur „Überprüfung der Eignung und der wissenschaftlichen bzw. künstlerischen Sachkunde“ wur-

²⁰ Ebd., S. 39.

²¹ Jaraus, in: Tenorth, a. a. O., S. 564.

²² Heinemann/Schreiber, a. a. O., S. 112.

²³ Mike Schmeitzner, *Klio im Wandel. Die Geschichtswissenschaft im Prozess der deutschen Einheit. Das Beispiel Sachsens*, in: Gerhard Besier / Katarzyna Stocklosa (Hrsg.), *15 Jahre Deutsche Einheit. Was ist geworden?*, Berlin 2007, S. 89–127.

den an den Hochschulen Personal- und Fachkommissionen eingerichtet. Deren Mitglieder wurden von einer Landespersonalkommission überprüft. Sie war gleichzeitig letzte Instanz, wenn der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst im Einzelfall von einem Beschluss der Personalkommission einer Hochschule abweichen wollte. Für eine Übergangszeit schuf das Hochschulerneuerungsgesetz zwei Kategorien von Hochschullehrern – Professoren „neuen“ und Professoren „alten“ Rechts – und legte fest, dass nur Professoren neuen Rechts Leitungsfunktionen innerhalb der Hochschulen wahrnehmen durften.

An der TU Dresden war die Zahl derjenigen, denen „aufgrund ihrer persönlichen Belastungen gekündigt wurde, weil sie im öffentlichen Dienst eines unserer Verfassung verpflichteten Rechtsstaats nicht tragbar waren“, relativ gering, wie Kanzler Alfred Post konstatierte. Es habe lediglich 66 Kündigungen und 22 Abberufungen gegeben.²⁴ Für Albrecht Reibiger gehörte die Arbeit der Personalkommissionen „zu dem Härtesten“, was ihm in seinem Berufsleben begegnet sei. Mit einer Kündigung sei tief in das Schicksal der Betroffenen eingegriffen worden und die „selbstverständliche Pflicht zur Verschwiegenheit gegenüber Dritten“ habe „zusätzlich außerordentliche seelische Belastungen“ mit sich gebracht.²⁵ Mitglieder einer Leipziger Personalkommission fanden den Ruf ihrer Hochschule als „rote Universität“ bestätigt, konstatierten aber, dass es gelungen sei, sich von diesen Belastungen zu befreien, um „einen neuen Start zu ermöglichen“²⁶.

Insgesamt mussten an der „erneuerten“ TU Dresden bis 1992 circa 5.000 Beschäftigte abgebaut werden, da nur etwa 3.400 Stellen zur Verfügung standen.²⁷ An der Universität Leipzig wurde die Anzahl der Beschäftigten von etwa 6.000 auf gut 2.000 reduziert.²⁸

Die Technische Universität Dresden auf dem Weg zur Volluniversität

Technische Universität, Pädagogische Hochschule und Hochschule für Verkehrswesen hatten Ende 1989 circa 9.000 Mitarbeiter. Mitte 1992 waren es

24 Alfred Post (Hrsg.), *Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften*, Dresden 2002, S. 15.

25 Albrecht Reibiger, in: Post, ebd., S. 48.

26 Günther Heydemann / Francesca Weil (Hrsg.), „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor ...“, *Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990)*, Leipzig 2009, S. 429.

27 Post, a. a. O., S. 16 f.

28 Heydemann / Weil, a. a. O., S. 430.

noch knapp 6.000, da wegen des Eintritts ins Rentenalter, der Inanspruchnahme von Altersübergangsgeld sowie der Unzumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung viele Beschäftigte bereits ausgeschieden waren. Die Universität stand vor der Aufgabe, mit nunmehr 3.400 Planstellen sowie weiteren Stellen im medizinischen Bereich wirtschaften zu müssen. Bei den Ausschreibungen registrierte man im Mittel sieben Bewerber pro Stelle. Als Extremfall bewarb sich ein Mitarbeiter auf 74 Stellen, vom Oberassistenten bis hin zum Pfortner. Bis 1994 wurde das Personal auf etwa 50 Prozent abgebaut. Die Geistes- und Sozialwissenschaften konnten gestärkt werden und es gelang, die Entwicklung zu einer Massenuniversität zu vermeiden.

Die Humboldt-Universität

Eine am 24. Oktober 1990 gebildete Ehrenkommission empfahl 73 Kündigungen und 27 Auflösungsverträge wegen „Verbindungen mit dem ehemaligen MfS“, hielt jedoch in weiteren 280 Fällen die Weiterbeschäftigung für zumutbar.²⁹ Nicht nur in den Geisteswissenschaften, sondern auch in den Naturwissenschaften wurde ein nicht unerheblicher Teil der Lehrstühle durch Wissenschaftler aus den alten Bundesländern besetzt, wie die nachfolgende Auswahl zeigt:

Fach	West	Ost
Mathematik	7	19
Physik	15	7
Chemie	7	12
Geschichte	16	4
Jura	23	4
Philosophie	3	2

Die Humboldt-Universität erlebte im ersten Jahrzehnt nach dem Ende der DDR einen „umfassenden Personalwechsel“. Von den 1989 auf Dauerstellen beschäftigten 2.755 Personen waren Ende 1997 nur noch 452 im Amt, also

²⁹ Jarausch, a. a. O., S. 636.

16,4 Prozent.³⁰ Anfang 1994 gab es erste Anzeichen für eine Konsolidierung der HUB, stellt Jarausch fest.³¹

Die Friedrich-Schiller-Universität

Auch in Jena wurde eine Zusammenarbeit mit dem MfS zum Kernproblem der personellen Erneuerung. „Einerseits gab es eine Reihe von Hochschullehrern, die aus fachlichen und politischen Gründen nicht mehr tragbar waren, andererseits“, so Ploenus, „fehlten die juristischen Grundlagen, um eine umfassende und verbindliche Evaluation einzuleiten.“³² Die Kooperation von Universitätsangehörigen mit dem MfS wurde letztlich zum justiziablen Kriterium für die Unzumutbarkeit einer Weiterbeschäftigung. Ende November 1992 hatten nach Auskunft des Kanzlers etwa 100 Mitarbeiter die Universität verlassen, 26 aus eigenem Antrieb, 68 aufgrund von Gesprächen durch die Universitätsleitung und nur sechs durch Kündigung.³³

Der von Ploenus als „personelle Erneuerung bei laufendem Betrieb“³⁴ bezeichnete Prozess des Umbaus der Jenaer Universität sei eine Erfolgsgeschichte, weil

- Deformationen sozialistischer Hochschulpolitik beseitigt,
- eine Entideologisierung von Forschung und Lehre erfolgt sei, sowie
- Pluralisierung und Modernisierung stattgefunden hätten.

Dieser Umbau sei aber auch eine Katastrophe gewesen, weil es einen „massiven Personalabbau mit signifikanter Bevorzugung westdeutscher Akademiker“ gegeben habe.³⁵

30 Ebd., S. 647.

31 Ebd., S. 653.

32 Ploenus, a. a. O., S. 857 f.

33 Ebd., S. 858.

34 Ebd., S. 865.

35 Ebd., S. 876 f.

Abschließende Überlegungen

Ein Blick in die sächsische Forschungslandschaft sollte die Verantwortlichen einer im Ganzen erfreulichen Entwicklung mit Stolz erfüllen. An dieser Stelle seien nur zwei Belege für diese Behauptung angeführt. Die TU Dresden ist seit 2012 eine der elf Exzellenzuniversitäten Deutschlands und mit dem Sonderforschungsbereich 537 „Institutionalität und Geschichtlichkeit“ holte die Philosophische Fakultät 1997 den ersten geisteswissenschaftlichen Sonderforschungsbereich an eine Universität in den neuen Bundesländern.

Als „leider nicht gelungen“ bezeichnet Matthias Rößler die Integration leistungsfähiger Wissenschaftler aus den abgewickelten Instituten der Akademie der Wissenschaften in die sächsischen Universitäten und Hochschulen. Dem haben die reduzierten Stellenpläne entgegengestanden, stellt er bedauernd fest.³⁶

Wenn unter „Entideologisierung“ die Vertreibung von Ideologie überhaupt verstanden werden soll, so erscheint die Frage berechtigt, ob das an Universitäten grundsätzlich möglich, ja vor dem Hintergrund von Meinungsfreiheit sowie der Freiheit von Lehre und Forschung überhaupt wünschenswert ist.

Die Entideologisierung als Überwindung der Monopolstellung der marxistisch-leninistischen Ideologie sei hingegen an den Hochschulen durchaus gelungen, meint Rößler heute. Allerdings scheint die Engfassung des Ideologiebegriffs als Bezeichnung für „falsches Bewusstsein“ zumindest in öffentlichen Debatten nicht optimal zu sein. Von ideologiefreien Räumen zu sprechen, erscheint in diesem Kontext als nicht angemessen. Vielmehr sei im Osten mit dem altbundesdeutschen Hochschulsystem auch dessen weltanschauliche Pluralität übernommen worden.³⁷

³⁶ Gespräch am 25. März 2013.

³⁷ Gespräch am 25. März 2013.

Abkürzungen

ABF	Arbeiter-und-Bauern-Fakultät
BArch	Bundesarchiv
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KSG	Katholische Studentengemeinde
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
NKWD	Volkskommissariat für innere Angelegenheiten/Ministerium für innere Angelegenheiten der UdSSR
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen in der DDR
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SfH	Staatssekretariat für Hochschulwesen
SMT	Sowjetische Militärtribunale
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
ÜE	Übersiedlungsersuchende
VIK	Vereinigtes Institut für Kernforschung
ZK	Zentralkomitee
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Literaturverzeichnis

- Ulrich **Albrecht**/Andreas **Heinemann-Grüder**/Arend **Wellmann**, Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945, Berlin 1992.
- Hannah **Arendt**, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986 (dt. Erstaufl. 1955).
- Gerhard **Barkleit** (Hrsg.), Die Erneuerung der Sächsischen Hochschulen. Eine Dokumentation, Dresden 1993.
- Gerhard **Barkleit**, Manfred von Ardenne. Selbstverwirklichung im Jahrhundert der Diktaturen, 2. Aufl., Berlin 2008.
- Siegfried **Baske**/Martha **Engelberg** (Hrsg.), Zwei Jahrzehnte Bildungspolitik in der Sowjetzone Deutschlands. Dokumente. Band 1. 1945 – 1958, Berlin 1966.
- Wieland **Berg** (Hrsg.), Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 1999/2000 (Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina), Halle 2000.
- Gerhard **Besier**/Katarzyna **Stockłosa** (Hrsg.), 15 Jahre Deutsche Einheit. Was ist geworden?, Berlin 2007.
- Gerhard **Besier**/Stephan **Wolf** (Hrsg.), Pfarrer, Christen und Katholiken – Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen. Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen). Band 1, 2. Aufl., Neukirchen-Vluyn 1991.
- Jens **Blecher**/Dieter **Schulz** (Hrsg.), Wolfgang Natonek – Freiheit und Verantwortung. Den Anderen sehen. Für den Anderen da sein!, Leipzig 2011.
- Jens **Blecher**/Gerald **Wiemers** (Hrsg.), Studentischer Widerstand an der Universität Leipzig 1945 – 1955, Beucha 1998.
- Ernst-Wolfgang **Böckenförde**, Kirche und christlicher Glaube in den Herausforderungen der Zeit. Beiträge zur politisch-theologischen Verfassungsgeschichte 1957 – 2002, Münster 2004.
- Pierre **Bourdieu**, Homo academicus, übersetzt von Bernd Schwibs, 5. Aufl., Frankfurt am Main 1992.
- Ferdinand **Brandner**, Ein Leben zwischen Fronten. Ingenieur im Schußfeld der Weltpolitik, 2. Aufl., München/Wels 1976.
- Thomas **Brose** (Hrsg.), Glaube, Macht und Mauerfälle. Von der friedlichen Revolution ins Neuland, Würzburg 2009.
- Rüdiger vom **Bruch**/Heinz-Elmar **Tenorth** (Hrsg.), Geschichte der Universität Unter den Linden 1810 – 2010, 6 Bände, Berlin 2010 – 2013.
- Christoph **Buchheim** (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995.
- Elise **Catrain**, Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1968/69 – 1981, Leipzig 2013.
- John **Connelly**/Michael **Grüttner** (Hrsg.), Zwischen Autonomie und Anpassung: Universitäten in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, Paderborn 2003.
- Michael **Fahlbusch**, Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ von 1931 – 1945, Baden Baden 1999.
- Michael **Fahlbusch**/Ingo **Haar** (Hrsg.), Völkische Wissenschaften und Politikberatung im 20. Jahrhundert. Expertise und „Neuordnung“ Europas, Paderborn 2010.
- Alexander **Fischer**/Günther **Heydemann** (Hrsg.), Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen, Köln/Weimar/Wien 1995.

- Jürgen **Frölich** (Hrsg.), „Bürgerliche“ Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1994.
- Hans-Georg **Gadamer**, Philosophische Lehrjahre. Eine Rückschau, Frankfurt am Main 1977.
- Sybille **Gerstengarbe**/Horst **Hennig**, Opposition, Widerstand und Verfolgung an der MLU Halle-Wittenberg 1945–1961, Leipzig 2009.
- Jens **Gieseke**, Die hauptamtlichen Mitarbeiter der Staatssicherheit. Personalstruktur und Lebenswelt 1950–1989/90, Berlin 2000.
- Ingo **Haar**, Historiker im Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten, Göttingen 2000.
- Jürgen **Habermas**, Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt am Main 2005.
- Johannes **Hamel**, Christ in der DDR, (Reihe: Unterwegs, Band 2), Berlin 1957.
- Johannes **Hamel**, Christenheit unter marxistischer Herrschaft, (Reihe: Unterwegs, Band 7), Berlin 1959.
- Gottfried **Handel**/Gerhilde **Schwendler** (Hrsg.), Chronik der Karl-Marx-Universität Leipzig 1945–1959, Leipzig 1959.
- Hannah-Arendt-Institut** für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden (Hrsg.), Ansprachen zur Eröffnung des Hannah-Arendt-Instituts am 17. Juni 1993, Dresden 1993.
- Alexander **Haritonow**, Sowjetische Hochschulpolitik in Sachsen 1945–1949, Köln/Weimar/Wien 1995.
- Werner **Hartkopf**, Die Berliner Akademie der Wissenschaften. Ihre Mitglieder und Preisträger 1700–1990, Berlin 1992.
- Heinz **Hartlepp** (Hrsg.), Erinnerungen an Samara. Deutsche Luftfahrtspezialisten von Junkers, BMW und Askania in der Sowjetunion von 1946 bis 1954 und die Zeit danach, Oberhaching 2005.
- Ulrich **von Hehl**/Günter **Heydemann**/Klaus **Fitschen**/Fritz **König**, Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009. Band 3: Das zwanzigste Jahrhundert 1909–2009, Leipzig 2009.
- Ulrich **von Hehl** (Hrsg.), Sachsens Landesuniversität in Monarchie, Republik und Diktatur. Beiträge zur Geschichte der Universität Leipzig vom Kaiserreich bis zur Auflösung des Landes Sachsen 1952, (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 3), Leipzig 2005.
- Manfred **Heinemann**/Hans-Ludwig **Schreiber** (Hrsg.), Hochschulerneuerung im Freistaat Sachsen. Bericht der Sächsischen Hochschulkommission über ihre Tätigkeit 1991–1993, Dresden 1996.
- Klaus-Dietmar **Henke**, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.
- Andreas **Herbst**/Winfried **Ranke**/Jürgen **Winkler**, So funktionierte die DDR, 3 Bände, Reinbek bei Hamburg 1994.
- Andreas **Herbst**/Gerd-Rüdiger **Stephan**/Jürgen **Winkler** (Hrsg.), Die SED. Geschichte-Organisation-Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997.
- Hans-Wolfgang **Heßler** (Hrsg.), Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR – Dokumente zu seiner Entstehung, ausgewählt und kommentiert von Reinhard Henkys, (epd-Dokumentation, Band 1), Frankfurt am Main/Berlin 1970.
- Günther **Heydemann**/Lothar **Kettenacker** (Hrsg.), Kirchen in der Diktatur – Drittes Reich und SED-Staat, Göttingen 1993.
- Günther **Heydemann**, Geschichtswissenschaft im geteilten Deutschland, (Erlanger Historische Studien, Band 6), Frankfurt am Main 1980.

- Günther **Heydemann**/Francesca **Weil** (Hrsg.), „Zuerst wurde der Parteisekretär begrüßt, dann der Rektor...“. Zeitzeugenberichte von Angehörigen der Universität Leipzig (1945–1990), Leipzig 2009.
- Manfred **Heinemann**/Hans-Ludwig **Schreiber** (Hrsg.), Hochschulerneuerung im Freistaat Sachsen. Bericht der Sächsischen Hochschulkommission über ihre Tätigkeit 1991–1993, Dresden 1996.
- Eckhard **Jesse** (Hrsg.), Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006.
- Ralph **Jessen**, Akademische Elite und kommunistische Diktatur. Die ostdeutsche Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 135), Göttingen 1999.
- Jana **Kausch**, „Eine Gesellschaft, die ihre Jugend verliert, ist verloren.“ Das hochschulpolitische Konzept der SED am Beispiel der Technischen Hochschule/Universität Karl-Marx-Stadt und die daraus resultierende Verantwortung der FDJ zwischen 1953 und 1989/90, Chemnitz 2009.
- Joachim **Klose** (Hrsg.), Religion statt Ideologie. Christliche Studentengemeinden in der DDR, (Belter Dialoge 3), Leipzig 2012.
- Dieter **Koch**, Das Verhör – Zerstörung und Widerstand, 3 Bände, Dresden 2000.
- György **Konrád**/Iván **Szelényi**, Die Intelligenz auf dem Weg zur Klassenmacht, Frankfurt am Main 1978.
- Ilko-Sascha **Kowalczyk**, Geist im Dienste der Macht: Hochschulpolitik in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Berlin 2003.
- Waldemar **Krönig**/Klaus-Dieter **Müller**, Anpassung, Widerstand, Verfolgung. Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945–1961. In memoriam Wolfgang Natonek, Köln 1994.
- Ronald **Lambrecht**, Studenten in Sachsen 1918–1945. Studien zur studentischen Selbstverwaltung, sozialen und wirtschaftlichen Lage sowie zum politischen Verhalten der sächsischen Studentenschaften in Republik und Diktatur, (Geschichte und Politik in Sachsen, Bd. 28), Leipzig 2011.
- Gerhard **Lange** u. a. (Hrsg.), Katholische Kirche – Sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990, 2. Aufl., Leipzig 1993.
- Dietmar **Linke**, Theologiestudenten der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert (Quellen). Band 3, Neukirchen-Vluyn 1994.
- Alfred **Lemnitz**, Beginn und Bilanz. Erinnerungen, Berlin 1985.
- Wolfgang **Leonhard**, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Neuauflage, Köln 1987.
- Matthias **Lienert**, Zwischen Widerstand und Repression. Studenten der TU Dresden 1946–1989, Köln 2011, 201 f.
- Theodor **Litt**, Wissenschaft und Menschenbildung im Lichte des West-Ost-Gegensatzes, Heidelberg 1957.
- Andrea **Löw** (Hrsg.), Deutsche, Juden, Polen. Geschichte einer wechselvollen Beziehung im 20. Jahrhundert. Festschrift für Hubert Schneider, Frankfurt am Main/New York 2004.
- Stefan **Luther** (Hrsg.), Von der Kgl. Gewerbschule zur Technischen Universität. Die Entwicklung der höheren technischen Bildung in Chemnitz 1836–2003, Chemnitz 2003.
- Kurt **Magnus**, Raketensklaven. Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht, Stuttgart 1993.

- Andreas **Malycha**, Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.
- Andreas **Malycha**, Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945–1961, Berlin 2004.
- Walter **Markov**, Zwiesprache mit dem Jahrhundert. Dokumentiert von Thomas Grimm, Berlin / Weimar 1989.
- Hans **Mayer**, Ein Deutscher auf Widerruf. Erinnerungen, Band 2, Frankfurt am Main 1982.
- Christoph **Meinel** / Peter **Voswinckel** (Hrsg.), Medizin, Naturwissenschaft, Technik und Nationalsozialismus: Kontinuitäten und Diskontinuitäten, Stuttgart 1994.
- Christoph **Mick**, Forschen für Stalin. Deutsche Fachleute in der sowjetischen Rüstungsindustrie 1945–1958, München 2000.
- Horst **Möller** / Alexander O. **Tschubarjan** (Hrsg.), Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen. Band 4, München 2010.
- Marianne **Müller** / Egon Erwin **Müller**, „... stürmt die Festung Wissenschaft.“ Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945, Berlin 1953.
- Helmut **Müller-Enbergs** u. a., Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien, 2. Aufl., Berlin 2006.
- Rainer Albert **Müller** / Rainer Christoph **Schwinges** (Hrsg.), Wissenschaftsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart, Basel 2008.
- Pjotr I. **Nikitin**, Zwischen Dogma und gesundem Menschenverstand. Wie ich die Universitäten der deutschen Besatzungszone „sowjetisierte“, Berlin 1997.
- George **Orwell**, Neunzehnhundertvierundachtzig, Frankfurt am Main / Berlin / Wien 1982.
- Michael **Parak**, Hochschule und Wissenschaft in zwei deutschen Diktaturen: Elitenaustausch an sächsischen Hochschulen 1933–1952, Köln 2004.
- Christine **Pieper** / Mike **Schmeitzner** / Gerhard **Naser** (Hrsg.), Braune Karrieren. NS-Protagonisten in Sachsen am Beispiel Dresdens, Dresden 2012.
- Detlef **Pollack**, Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart / Berlin / Köln 1994.
- Reiner **Pommerin**, Geschichte der TU Dresden 1828–2003, Köln 2003.
- Alfred **Post** (Hrsg.), Der Neubeginn 1989 – Würdigung von TU-Initiativen zur Hochschulerneuerung in Sachsen zwischen 1989 und 1993 in Sachsen. Sammlung der Reden und Beiträge. Festveranstaltung am 14. Oktober 2003, Dresden 2004.
- Alfred **Post** (Hrsg.), Zur personellen und strukturellen Erneuerung an der TU Dresden nach 1990. Personalanpassung in den Ingenieur- und Naturwissenschaften, Dresden 2002.
- Eberhard **Prause** / Joachim **Klose** (Hrsg.), Lust am Leben. Die katholische Studentengemeinde Dresden, Leipzig 2000.
- Benno **Prieß**, Erschossen im Morgenrauen. Verhaftet, verurteilt, gefoltert, erschossen. „Werwolf“-Schicksale mitteleuropäischer Jugendlicher, 3. Aufl., Stuttgart 2005.
- Werner **Remmers** (Hrsg.), Der Standort ist zugleich Programm. Zur Aufgabe der Katholischen Akademie in Berlin, Leipzig 1995.
- Mike **Reichert**, Kernenergiewirtschaft in der DDR. Entwicklungsbedingungen, konzeptioneller Anspruch und Realisie-

- rungsgrad (1955–1990), St. Katharinen 1999.
- Fritz K. **Ringer**, Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine. 1890–1933, München 1987.
- Werner **Röder** / Herbert A. **Strauss** (Hrsg.), Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, 3 Bände, München / New York 1980–1983.
- Arsenij **Roginskij** (Hrsg.), „Erschossen in Moskau...“ Die deutschen Opfer des Stalinismus auf dem Moskauer Friedhof Donskoje 1950–1953, Berlin 2005.
- Jörg **Rudolph** / Frank **Drauschke** / Alexander **Sachse**, Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus in Sachsen 1950–1953, Leipzig 2007.
- Martin **Sabrow** / Peter Th. **Walther** (Hrsg.), Historische Forschung und sozialistische Diktatur. Beiträge zur Geschichtswissenschaft der DDR, Leipzig 1995.
- Senatskommission** zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln / Weimar / Wien 2009.
- Bernd **Schäfer**, Staat und katholische Kirche in der DDR (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 8), 2. Aufl., Köln / Weimar / Wien 1999.
- Benjamin **Schröder** / Jochen **Stadt** (Hrsg.), Unter Hammer und Zirkel. Repression, Opposition und Widerstand an den Hochschulen der SBZ / DDR, Frankfurt am Main 2011.
- Matthias **Steinbach** (Hrsg.), Universitäts-erfahrung Ost: DDR-Hochschullehrer im Gespräch, unter Mitarbeit von Michael Ploenus, Jena / Quedlinburg 2005.
- Friedemann **Stengel**, Die Theologischen Fakultäten der DDR als Problem der Kirchen- und Hochschulpolitik des SED-Staates bis zu ihrer Umwandlung in Sektionen 1970/71, (Arbeiten zur Kir-
chen- und Theologiegeschichte, hrsg. von Helmar Junghans, Kurt Nowak und Günter Wartenberg, Band 3), Leipzig 1998.
- Peter-Paul **Straube**, Katholische Studentengemeinde in der DDR als Ort eines außeruniversitären Studium generale (Erfurter Theologische Studien 70), Leipzig 1996.
- Andreas **Thüsing** (Hrsg.), Das Präsidium der LV Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010.
- Günter **Uebel** / Erich **Woitinas**, Die Entwicklung des Parteiaufbaus und der Organisationsstruktur der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in den Jahren 1946–1954, Berlin (O) 1966.
- Corinna R. **Unger**, Ostforschung in Westdeutschland. Die Erforschung des europäischen Ostens und die Deutsche Forschungsgemeinschaft, 1945–1975, Stuttgart 2007.
- Paul **Verner** / Gerald **Götting**, Christen und Marxisten in gemeinsamer Verantwortung, Berlin 1971.
- Eric **Voegelin**, Die Politischen Religionen. Neuausgabe, München 1993.
- Clemens **Vollnhals** (Hrsg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz, Berlin 1996.
- Sven **Vollrath**, Zwischen Selbstbestimmung und Intervention: Der Umbau der Humboldt-Universität 1989–1996, Berlin 2008.
- Johannes **Wallmann**, Kirchengeschichte Deutschlands seit der Reformation, 6. Aufl., Tübingen 2006.
- Hermann **Weber**, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands 1946–1971, Hannover 1971.
- Bernd **Weisbrod** (Hrsg.), Akademische Vergangenheitspolitik. Beiträge zur Wis-

- schaftskultur der Nachkriegszeit, Göttingen 2002.
- Torsten **Wieland**, Die Ideologisierung der akademischen Lehre an der Universität Leipzig 1945–1956, Magisterarbeit, Universität Leipzig 2008.
- Gerald **Wiemers** (Hrsg.), Der frühe Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands SBZ/DDR, Leipzig 2012.
- Georg **Wilhelm**, Die Diktaturen und die Evangelische Kirche – Totaler Machtanspruch und kirchliche Antwort am Beispiel Leipzig 1933–1958, (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, hrsg. im Auftrag der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für kirchliche Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, Band 39), Göttingen 2004.
- Hergart **Wilmanns**, Blumen im Beton, Nürnberg 2001.
- Christian **Winter**, Gewalt gegen Geschichte – Der Weg zur Sprengung der Universitätskirche Leipzig, (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte, hrsg. von Helmar Junghans, Kurt Nowak und Günter Wartenberg, Band 2), Leipzig 1998.

Zeittafel

Daten der Hochschulgeschichte und ausgewählte Ereignisse der allgemeinen Geschichte der SBZ/DDR von 1945 bis 1990

1945

6. Juni: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) wird auf Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR gegründet und nimmt ihren Sitz in Berlin-Karlshorst.

Die SMAD-Befehle verkörpern das oberste, in der ganzen sowjetischen Besatzungszone (SBZ) geltende Gesetz. Zur SMAD gehört eine Abteilung „Volksbildung“, dessen Leiter P.W. Solotuchin das ZK der KPdSU(B) ernannte.

25. Juni: Die SMAD genehmigt einen „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ (KB), der vorgibt, „die große deutsche Kultur, den Stolz unseres Vaterlandes, wieder erwecken und ein neues deutsches Geistesleben begründen“ zu wollen.

Juli: Die SMAD verfügt die Bildung von fünf Ländern in der SBZ: Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Auf dem Territorium der SBZ befinden sich acht wissenschaftliche Hochschulen: die Universitäten in Berlin, Leipzig, Halle, Jena, Rostock und Greifswald, die Technische Hochschule Dresden und die Bergakademie Freiberg.

Als erste Maßnahme zur Verwirklichung des sowjetischen „Prinzips der Informationszuteilung und Wissensüberwachung“ werden Listen von Büchern und anderen Druckerzeugnissen veröffentlicht, die die Deutschen in der SBZ unverzüglich abzuliefern haben und deren privater Besitz in der SBZ fortan strafbar ist.

27. Juli: Der SMAD-Befehl Nr. 17 etabliert eine Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) als Beratungs- und Vollstreckungsbehörde für die Abteilung Volksbildung der SMAD. Präsident der DZVV wird der deutsche Kommunist Paul Wandel, der 1931 bis 1945 in der UdSSR als Funktionär der KPdSU tätig war.

2. August: Das „Potsdamer Abkommen“ legt endgültig die vier Besatzungszonen in Deutschland und die vier Sektoren in Berlin fest.

4. August: Der SMAD-Befehl Nr. 26 „Über die Organisation der Arbeiten zur Nutzung deutscher Technik für die Industrie der UdSSR“ dient als vorläufige gesetzliche Grundlage für Demontagen und Reparationsleistungen.

25. August: Der SMAD-Befehl Nr. 40 fixiert die Grundlinien der Schulpolitik in der SBZ: neue Lehrbücher, neue Lehrpläne, Verbot von Privatschulen, Entnazifizierung der Lehrerschaft, Einstellung von „fortschrittlich gesinnten“ Laienlehrern („Neulehrern“).

4. September: Der SMAD-Befehl Nr. 50 „Über die Vorbereitung der Hochschulen auf den Beginn des Unterrichts und über die Kontrolle ihrer Tätigkeit“ legt fest: Die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs jeder Hochschule bedarf eines eigenen SMAD-Befehls; auch jeder Studiengang und jede Professur müssen von der SMAD in Berlin-Karlshorst genehmigt werden. Daraufhin können sechs Universitäten in der SBZ ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen (Beginn der 1. Hochschulreform). Die Universität Leipzig beginnt am 5. Februar 1946, die Bergakademie Freiberg am 8. Februar 1946 und die TH Dresden am 21. Oktober 1946 den Semesterbetrieb.

Oktober: Beginn der „demokratischen“ Bodenreform: 14.000 landwirtschaftliche Betriebe (3,3 Mio. Hektar) werden enteignet und daraus 500 volkseigene Betriebe und mehr als 210.000 Neubauernwirtschaften geschaffen.

Die SMAD erlässt Sequestrierungsbefehle zur Neuordnung des Eigentums von staatlichen und privaten Industriebetrieben. Auf dieser Grundlage entstehen in der SBZ die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG-Betriebe) – Uranbergbau im Erzgebirge, Leuna-Werke, Buna-Werke, Neptun-Werft u. a. – und der immer größer werdende volkseigene Sektor der Industrie (VEB).

1946

29. Januar: Die Berliner Universität wird feierlich eröffnet. Das „Gelöbnis der Studenten“ spricht der von der SMAD bestätigte Sprecher der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“, cand. med. Georg Wrazidlo. Am 1. Mai 1946 protestiert Wrazidlo mit anderen Mitgliedern des Berliner Studentenrats schriftlich gegen das Hissen von roten Fahnen auf Universitätsgebäuden und wird sogleich von der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) seiner Funktion enthoben.

Februar: In der SBZ werden „Vorstudienanstalten“ eingerichtet, in denen junge Leute (zwischen 18 und 35 Jahren) vorrangig aus handarbeitenden Schichten und mit abgeschlossener Grundschulvorbildung in ein bis zwei Jahren auf ein Universitätsstudium vorbereitet werden sollen. Für Studierwillige mit Abitur gibt es Zulassungsbeschränkungen: Ehemalige NSDAP-Mitglieder, aktive HJ-Mitglieder, ehemalige Reserveoffiziere (Oberleutnant und höher) sowie Kinder von NS-belasteten Eltern sind grundsätzlich vom Universitätsstudium ausgeschlossen. Immatrikulationsquoten nach der sozialen Herkunft

sollen gewährleisten, dass möglichst viele Studenten aus dem Industrie- und Landarbeitermilieu stammen.

5. bis 8. Februar: Die Universität Leipzig beginnt, gefolgt von der Bergakademie Freiberg mit dem Lehrbetrieb.



(Foto nicht lizenziert)

Neueröffnung der Berliner Universität am 29. Januar 1946. Am Tisch sitzend (v.l.n.r.): Studentensprecher Georg Wrazidlo, Theodor Brugsch (DZVV), Robert Rompe (DZVV), Paul Wandel (DZVV), P.W. Solotuchin (SMAD), S.I. Tjulpanow (SMAD), W.S. Semjonow (SMAD), kommissarischer Oberbürgermeister Arthur Werner. (Bundesarchiv Bild 183-H29413 / Foto: Vitanova)

9. bis 11. Februar: Konstituierung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) als „einheitliche gewerkschaftliche Kampforganisation der Arbeiterklasse“ während des ersten FDGB-Kongresses.

15. Februar: In der Nacht zum 15. Februar 1946, dem Tag der Eröffnung der Universität Greifswald, wird der neu gewählte Rektor, Prof. Ernst Lohmeyer, vom sowjetischen Geheimdienst verschleppt, Ende August 1946 von einem Sowjetischen Militärtribunal (SMT) zum Tode verurteilt, am 19. September 1946 erschossen und irgendwo in der Nähe von Greifswald verscharrt. (1996 rehabilitierte ihn der Russische Militärhauptstaatsanwalt.)

5. März: Winston Churchill stellt in einer Rede in Fulton (USA) fest, dass ein „Eiserner Vorhang“ die sowjetisch besetzten Gebiete vom Rest Europas trennt.

7. März: Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) konstituiert sich als einheitliche, „antifaschistisch-demokratische“ Jugendorganisation, die sich zum sowjetischen Leninschen Komsomol als Vorbild bekennt. Erster Vorsitzender wird Erich Honecker.

20. April: SPD und KPD in der SBZ beschließen die Vereinigung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

21. / 22. April: Eröffnung des Vereinigungsparteitages von SPD und KPD zur SED in Berlin (Admiralspalast) mit der Erklärung, einen „demokratischen Weg zum Sozialismus“ anzustreben, und einem Bekenntnis „zur Herstellung der Einheit Deutschlands als antifaschistische, parlamentarisch-demokratische Republik“. Ko-Vorsitzende der SED werden Walter Ulbricht (KPD) und Otto Grotewohl (SPD).

Mai / Juni: In der SBZ wird die demokratische Einheitsschule mit einer achtklassigen Grundschulausbildung eingeführt (anschließend Berufsschule oder – für etwa zehn Prozent eines Jahrgangs – eine vierklassige Oberschule).

1. Juli: Mit dem SMAD Befehl Nr. 187 wird die Gründung einer „Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“ angeordnet, die nach sowjetischem Muster weniger Gelehrtenengesellschaft, sondern vielmehr eine Vereinigung von privilegierten staatlichen Forschungsinstituten sein soll. SMAD-Befehl Nr. 205 verlangt die Gründung von Pädagogischen Fakultäten an allen wissenschaftlichen Hochschulen der SBZ, denn „Neulehrer“ werden zu Zigtausenden gebraucht.

2. August: SMAD-Befehl Nr. 237 legt den Beginn des Lehrbetriebs an der TH Dresden auf Oktober fest, doch nur zur Ausbildung von Fachkräften auf dem Gebiet der Forstwirtschaft, der Kommunalen Wirtschaft und von Gewerbelehrern.

21. / 22. Oktober: Die langfristig geplante Operation „Osoaviachim“ des sowjetischen Geheimdienstes deportiert etwa 7000 Wissenschaftler und Fachleute aus der SBZ in die Sowjetunion.

2. Dezember: SMAD-Befehl Nr. 333 verlangt die Gründung von drei Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten (Gewifa), um schneller Kader für die „revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ zu gewinnen. „Gewifas“ werden in Leipzig, Jena und Rostock etabliert.

1947

Zunehmende Verschulung des Universitätsstudiums in der SBZ: feste Studienzeiten für die einzelnen Studienfächer, verbindliche Lehrpläne, die die Lehr- und Lernfreiheit einschränken.

Statt der tradierten deutschen Dienststellungen „Ordinarius“ und „Extraordinarius“ gibt es nun acht verschiedene Stufen von hauptamtlichen Hochschullehrern: Prof. mit Lehrstuhl, Prof. mit vollem Lehrauftrag, Prof. mit Lehrauftrag, Dozent sowie nochmals die gleichen Amtsbezeichnungen mit dem Zusatz „mit der Wahrnehmung beauftragt“. Zur planmäßigen Förderung von Nachwuchswissenschaftlern wird die „wiss. Aspirantur“ aus der UdSSR übernommen.

Studenten sollen im „Kollektiv“ (ca. zehn Kommilitonen arbeiten gemeinsam unter Leitung eines linientreuen Funktionärs nach einem schriftlich fixierten Arbeitsplan) studieren und auch ihre Freizeit im Kollektiv gestalten, wodurch die politische Überwachung erleichtert und individuelles Abweichlertum im Keime erkannt und ausgeremert werden kann. Beginn drastischer Repressionen gegen Studenten, die sich der Sowjetisierung der Hochschulen in der SBZ tatsächlich oder vermeintlich widersetzen, durch den sowjetischen Geheimdienst (NKWD, später NWD und KGB) und seine deutschen Helfer.

März: Cand. med. Georg Wrazidlo und 16 weitere Berliner Studenten werden dem sowjetischen Geheimdienst ausgeliefert und von einem SMT nach Artikel 56 des Strafgesetzbuches der RSFSR zu 25 oder 10 Jahren Haft in einem Zwangsarbeitslager (ZAL) verurteilt.

11. Juni: Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) als „wichtiges Element des demokratischen Zentralismus und der politischen Macht der Arbeiterklasse im Staatsaufbau“ der SBZ. Die DWK bildet Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB), konsolidiert den volkseigenen Sektor und vollendet die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ in der Industrie.

Juli: Der Dresdener Chemiestudent Dietmar Werner wird verhaftet und von einem SMT zu zehn Jahren ZAL verurteilt. Am 20. Oktober 1955 kehrt er aus der UdSSR heim.

September: Eine Leipziger Gruppe um den Theologiestudenten Werner Ihmels wird nach einer Diskussion über Glaubens- und Gewissensfreiheit im September arretiert und vom SMT am Münchner Platz in Dresden verurteilt. Ihmels erhält eine 25-jährige Freiheitsstrafe, stirbt aber schon am 25. Juni 1949 im sowjetischen Speziallager Bautzen infolge der extremen Haftbedingungen.

20. bis 24. September: Der II. Parteitag der SED erklärte den „Kampf für die Einheit Deutschlands“ zur „Hauptaufgabe der Partei“. Der Parteitag entwickelt

ein Aktionsprogramm unter der Losung „mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben!“.

9. Oktober: SMAD-Befehl 234 „Über Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität und zur weiteren Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und Angestellten“ dient der Durchsetzung des SED-Programms.

22. / 23. November: Gründung der Zentralvereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (ZVdGB) als einheitliche politische Massenorganisation der Klein- und Mittelbauern.

1948

Juli: Der SED-Parteivorstand forciert die Entwicklung der SED „zur Partei neuen Typus“ im Leninschen Sinne und legt den Entwurf eines Zweijahresplanes vor, dessen Ziele (Erhöhung der Industrieproduktion um 35 % gegenüber 1947, der Arbeitsproduktivität um 30 %, des Bestands an Schweinen um 66 %, ...) durch ein „Übergewicht des volkseigenen Sektors in der gesamten Volkswirtschaft“ erreicht werden sollen. Lehre und Forschung der Hochschulen stehen im Dienste des „Zweijahrplanes“. Die Hochschulangehörigen haben durch Ernteeinsätze, Bau- und andere Arbeitseinsätze mitzuhelfen, Engpässe der staatlichen Planwirtschaft zu überwinden.

13. Oktober: Die mit dem Zwickauer Bergarbeiter Adolf Hennecke ausgelöste „Hennecke“-Bewegung breitet sich rasch zur Massenbewegung aus. Alle „Aktivisten- und Neuererbewegungen“ in der SBZ orientieren sich an sowjetischen Vorbildern.

11. November: In Leipzig verhaftet der NKWD den Vorsitzenden des Leipziger Studentenrates und LDPD-Politiker Wolfgang Natonek (und weitere Kommilitonen) wegen seiner oppositionellen Haltung und verurteilt ihn zu 25 Jahren Haft. (Er wird 1956 entlassen.)

15. November: Die Freie Universität Berlin (FU) entsteht durch den Exodus von Studenten und Professoren aus der SBZ und nimmt ihren Lehr- und Forschungsbetrieb auf.

1949

25. bis 28. Januar: Die 1. Parteikonferenz der SED beschließt die Umwandlung der SED in eine leninistisch-stalinistische „Partei neuen Typus“ nach dem Vorbild der KPdSU(B) und postuliert die führende Rolle der SED in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

26. Februar: Wiedereinstellung vieler Professoren, die 1945 im Zuge der Entnazifizierung entlassen worden waren (auf Grundlage des SMAD-Befehls 35).

1. Oktober: Zu Beginn des Wintersemesters nehmen unter anderem an der Universität Leipzig, der TH Dresden und der Bergakademie Freiberg die Arbeiter- und Bauern-Fakultäten (ABF) ihren Studienbetrieb als gleichberechtigte Organisationseinheiten gegenüber anderen Fakultäten auf. Die ABF waren aus den bisherigen sogenannten „Vorstudienanstalten“ gebildet worden.

7. Oktober: Die Deutsche Demokratische Republik (DDR) wird gegründet: Die provisorische Volkskammer setzt die Verfassung der DDR in Kraft.

11. Oktober: Wilhelm Pieck (SED) wird zum „Präsidenten der Republik“ (DDR) gewählt. Er behält dieses Amt bis zu seinem Tod im Jahr 1960.

12. Oktober: Die erste Regierung der DDR wird unter Ministerpräsident Otto Grotewohl (SED) gebildet.

1950

15. Juni: Errichtung des Fernstudiums (gemäß VO) zunächst an der TH Dresden, der Bergakademie Freiberg und der Deutschen Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“ in Forst Zinna.

20. bis 24. Juli: Der III. Parteitag der SED beschließt die Weiterführung der Umwandlung in eine Partei neuen Typus, ein neues Statut, die Einführung eines Zentralkomitees anstelle des Parteivorstandes sowie einen ersten Fünfjahresplan. Das FDJ-Schuljahr und das Parteilehrjahr werden an allen DDR-Hochschulen eingeführt.

25. Juli: Walter Ulbricht wird zum Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der SED gewählt und nimmt nun die mächtigste Position im politischen System der DDR ein.

1951

1. bis 17. Januar: Nach sowjetischem Muster werden im Januar die Deutsche Bauakademie (später Bauakademie der DDR) und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin gegründet.

22. Februar: Eine Verordnung des Ministerrates leitet eine Neuorganisation des Hochschulwesens und damit die 2. Hochschulreform ein, gleichzeitig erfolgt die Errichtung eines Staatssekretariats für Hochschulwesen (ab 1958 Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen, ab 1967 Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen). Das „marxistisch-leninistische Grundlagensstudium“ wird für alle Studienrichtungen obligatorisch. Ferner sind vorgesehen: die Einführung des 10-Monate-Studienjahres, die Schaffung von Prorektoren für das gesellschaftliche Grundstudium, für das Fernstudium, für Forschungsangelegenheiten, für die wissenschaftliche Aspirantur und für studentische Angelegenheiten, Kommissionen für Berufslenkung, Obligatori-

scher Unterricht in russischer Sprache und Sportunterricht sowie die Bildung von und Aufgabenbeschreibungen der Seminargruppen.

17. September: Instruktion für die Aufstellung der Pläne des Bedarfs, der Ausbildung und der Verteilung der Absolventen ... an den Universitäten, Hochschulen und Fachschulen.

18. Dezember: Am 72. Geburtstag des Generalissimus J.W. Stalin wird ein „Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ gegründet (am 21.12.1976 umbenannt in „Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“). Es diente der SED als die ideologisch-theoretische Leiteinrichtung für die gesamte gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Lehre in der DDR und war dem Politbüro des ZK der SED unmittelbar rechenschaftspflichtig.

1952

9. bis 12. Juli: Die II. Parteikonferenz der SED beschließt den Aufbau des Sozialismus in der DDR, nachdem die KPdSU(B) ihre ursprüngliche Absicht, die beiden deutschen Staaten zu einem einzigen sowjetischen Satellitenstaat zu vereinigen, im Mai 1952 aufgegeben hatte.

23. Juli: Die föderale Länderstruktur der DDR wird von den Landtagen durch ein „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe“ abgeschafft. Die DDR ist fortan zentralistisch gegliedert in 15 Bezirke, und diese wiederum in Kreise.

7. August: Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) wird als paramilitärische Massenorganisation zur Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft gegründet.

1953

Das Jahr 1953 war das sogenannte „Karl-Marx-Jahr“: Zu Ehren von Karl-Marx, des „größten Sohnes des deutschen Volkes“, werden viele öffentliche Einrichtungen in der DDR mit seinem Namen versehen. Betroffen sind nicht nur zahlreiche Straßen und Plätze in der ganzen SBZ, sondern auch Universitäten.

3. März: Generalissimus J.W. Stalin stirbt.

5. Mai: Die 1409 gegründete sächsische Landesuniversität Leipzig wird im Rahmen einer Festveranstaltung in „Karl-Marx-Universität“ umbenannt.

10. Mai: Die sächsische Bezirkshauptstadt Chemnitz wird in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt.

17. Juni: Spontane Proteste von Arbeitern gegen Normerhöhungen weiten sich zum landesweiten Volksaufstand aus und erreichen an diesem Tag ihren Höhepunkt. Von sowjetischen Panzern wird dieser niedergewalzt. Das ZK der SED verurteilt das Volksbegehren als „konterrevolutionären faschistischen Putsch“ und initiiert eine große „Säuberung“ unter den SED-Funktionären. Ihr fallen mehr als 70 Prozent der Kreissekretäre zum Opfer. Als Reaktion auf den Volksaufstand werden Kampfgruppen der Arbeiterklasse in Betrieben und an Hochschulen geschaffen, die als paramilitärische Einheiten bis Ende 1989 bereit sind zum bewaffneten Kampf gegen die „Feinde des Sozialismus“.



Straßenszene in Leipzig vor dem ehemaligen Reichsgericht in der Zeit um den 17. Juni 1953. (Bundesarchiv, B 285 Bild-14676/Unbekannt/CC-BY-SA 3.0)

23. Juli: Das ZK der SED beschließt die Eröffnung von Spezialhochschulen zum 1. September. Die Spezialhochschulen (gemäß sowjetischem Muster) sind auf die Bedürfnisse einzelner Ministerien zugeschnitten und diesen unterstellt: HS für Justiz, HS für Finanzwirtschaft, HS für Elektrotechnik Ilmenau, HS für Maschinenbau Karl-Marx-Stadt, HS für Binnenhandel, HS für Schwermaschinenbau Magdeburg, HS für Chemie in Leuna-Merseburg, HS für Bauwesen in Cottbus und Leipzig.

31. Oktober bis 1. November: In Leipzig tritt die I. Hochschulkonferenz des ZK der SED zusammen. Unter Leitung von Kurt Hager werden die „Lehren aus dem 17. Juni“ gezogen und die wenigen „entlarvten“ kleinbürgerlichen Sympathisanten und schwankenden Elemente an den Hochschulen verurteilt.

1954

7. Februar: Gründung der Hochschule für Architektur und Bauwesen in Weimar

30. März bis 6. April: Der IV. Parteitag der SED beschließt Änderungen des Parteistatus und verpflichtet alle SED-Genossen zur Erziehung aller Werktätigen im Geiste des sozialistischen Internationalismus und zur Verteidigung der Heimat. Der „Klassenkampf im Dorf“ wird forciert und die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft vorangetrieben. Dem SED-Aufruf „Industriearbeiter aufs Land!“ folgen zigtausende linientreue Industriearbeiter aus den südlichen Industrieregionen, um künftig in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG), Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS), Volkseigenen Gütern (VEG) und in Gemeindeverwaltungen der Nordbezirke ihren „Klassenauftrag“ zu erfüllen.

7. September: Gründung von Medizinischen Akademien in Dresden, Erfurt, Magdeburg, die (bis 1958) dem Ministerium für Gesundheitswesen unterstehen, an denen der klinische Teil des Medizinstudiums (nach dem Physicum) absolviert werden kann.

12. Oktober: Das erste Industrie-Institut wird an der TH Dresden eingerichtet. Industrie-Institute stehen SED-Funktionären ohne höhere Schulbildung offen, die in einem Zwei-Jahreskurs auf die Übernahme von Leitungsaufgaben in der volkseigenen Industrie vorbereitet werden. Das Industrie-Institut an der Technischen Hochschule Dresden blieb das größte der DDR. Weitere entstehen an der Hochschule für Verkehrswesen Dresden, der Bergakademie Freiberg, der Technischen Hochschule Ilmenau, der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg, der Universität Leipzig und der Universität Rostock.

30. November: Es ergeht ein Ministerratsbeschluss über den Einsatz der Absolventen von Hoch- und Fachschulen in der volkseigenen Industrie.

1955

27. März: Erste Jugendweihe, die die Konfirmation (evangelisch) beziehungsweise Firmung (katholisch) ersetzen soll. Mit dem vorgeschriebenen „Gelöbnis“ bekennen sich die Heranwachsenden zur „führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei“.

Mai/Juni: Das V. Parlament der FDJ und der 4. FDGB-Kongress rufen zum bewaffneten Schutz der DDR auf.

September: Nach dem Moskau-Besuch von Bundeskanzler Adenauer werden diplomatische Beziehungen zwischen BRD und UdSSR aufgenommen und viele von SMT verurteilte Hochschulangehörige aus der sowjetischen Haft entlassen. Sie kehren als „letzte deutsche Kriegsgefangene“ heim.

2./3. Dezember: In Leipzig findet die II. Hochschulkonferenz des ZK der SED statt und fordert eine stärkere ideologische Durchdringung der akademischen Lehre, was zu einer weiteren Deformierung vor allem der Geisteswissenschaften führt.

1956

Januar: Die Volkskammer verabschiedet das „Gesetz über die Schaffung der Nationalen Volksarmee (NVA) und des Ministeriums für Nationale Verteidigung“. Die NVA arbeitet von Anfang an eng mit der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD) zusammen.

Februar: Der XX. Parteitag der KPdSU im Februar leitet mit einem Geheimreferat von N.S. Chruschtschow eine erste Entstalinisierungswelle in der UdSSR ein. Die SED-Spitze beargwöhnt die nachfolgende vorübergehende ideologische „Tauwetterperiode“ in der UdSSR.

März: Die 3. Parteikonferenz der SED verortet die DDR als unlösbaren Bestandteil der sozialistischen Staatengemeinschaft, propagiert eine sozialistische deutsche Nationalkultur, kündigt eine generell zehnklassige polytechnischen Oberschule als sozialistische Ausbildungsstätte an, entwickelt eine strategische Konzeption für den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse: Zusätzlich zur Kollektivierung der Landwirtschaft kommen Produktionsgenossenschaften des Handwerks (PGH), Kommissionsverträge für Einzelhändler und Gaststättenbesitzer und die Schaffung von Betrieben mit staatlicher Beteiligung hinzu. Die Parteikonferenz verabschiedet die „Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der DDR 1956 bis 1960“.

14. Mai: Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai schließen die Ostblockstaaten in Warschau den „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“ (Warschauer Pakt). Die Nationale Volksarmee, gegründet zur Verteidigung der DDR und „gegen den wiedererrichteten aggressiven Militarismus in Westdeutschland“, wird planmäßig in die Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes integriert.

6. September: VO des DDR-Ministerrats über die Verleihung akademischer Grade: (der Grad eines Doktors; der Grad eines habilitierten Doktors) mit zwei Anlagen zu einheitlichen Promotions- und Habilitationsordnungen.

31. Oktober bis 2. November: Es ereignen sich unter anderem an der Humboldt-Universität in Berlin Studentenunruhen wegen des Ungarnaufstandes.

November: Der Volksaufstand in Ungarn, der sich nach dem Eingreifen sowjetischer Truppen zum Bürgerkrieg ausweitete, veranlasst einige wenige Hochschulangehörige in der DDR, das Verhalten der Roten Armee zu missbilligen. Das führt zu Verhaftungen und Verurteilungen von Hochschulangehörigen an der MLU Halle, der TH für Chemie Leuna-Merseburg, der Humboldt-Universität u. a.

1958

28. Februar bis 2. März: Die III. Hochschulkonferenz des ZK der SED in Berlin verpflichtet die Universitäten und Hochschulen zum Umbau zu „sozialistischen Bildungsstätten“ im Sinne des weiteren „Aufbaus des Sozialismus“.

Juni: Der V. Parteitag der SED erlässt die „10 Gebote der sozialistischen Moral und Ethik“, forciert die vollständige Kollektivierung der Landwirtschaft und verkündet, die DDR werde bis 1961 die BRD im Pro-Kopf-Verbrauch aller wichtigen Konsumgüter überholen.

1960

Etwa 200.000 DDR-Bürger flüchten im Jahr 1960 in den „Westen“.

10. Februar: Gesetz zur Errichtung eines „Nationalen Verteidigungsrates als Staatsorgan zur zentralen Leitung der Verteidigungs- und Sicherheitsmaßnahmen der DDR“. Vorsitzender des 13-köpfigen Gremiums wird Walter Ulbricht.

12. September: Die Volkskammer beschließt nach sowjetischem Vorbild die Einführung der Institution des Staatsrates der DDR („Gesetz über die Bildung des Staatsrates“). Zum Vorsitzenden des 17-köpfigen Staatsrates und damit zum Staatsoberhaupt der DDR wird Walter Ulbricht (SED) gewählt. Staatsrat und Ministerrat (Regierung) unterliegen weitgehend den Weisungen des Politbüros des ZK der SED. Das Amt des Präsidenten der Republik wird nach dem Tod von Wilhelm Pieck (07.09.1960) abgeschafft.

1961

Januar: Die DDR-Volkskammer verabschiedet das Verteidigungs- und Wehrpflichtgesetz und führt damit die allgemeine Wehrpflicht ein. Schulen und Hochschulen forcieren die sozialistische Wehrerziehung.

13. August: Die Berliner Mauer wird errichtet, wodurch die ständig steigende Fluchtwelle von DDR-Bürgern gewaltsam gestoppt wird.

1963

15. bis 21. Januar: Der VI. Parteitag der SED beschließt das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung (NÖSPL), das ab 1967 unter der Bezeichnung Ökonomisches System des Sozialismus (ÖSS) fortgeführt wird.

1964

4. Mai: Das DDR-Jugendgesetz legt fest, dass es „die Aufgabe jeden jungen Bürgers ist, auf sozialistische Art zu arbeiten, zu lernen und zu leben“.

1965

25. Februar: Das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ regelt die Schul- und Ausbildungslaufbahnen vom Krippenalter bis zum Eintritt ins Berufsleben und behauptet, dem Bildungssystem der westlichen Demokratien um eine ganze historische Epoche voraus zu sein.

1967

2./3. Februar: Die IV. Hochschulkonferenz des ZK der SED leitet die 3. Hochschulreform ein, die im Laufe der Jahre 1968 bis 1971 durchgesetzt wird.

20. Februar: Die Volkskammer beschließt das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der DDR.

17. bis 22. April: Der VII. Parteitag der SED propagiert das „entwickelte System des Sozialismus“ und damit den Sozialismus nicht mehr als Übergangsperiode, sondern als langdauernde selbstständige Gesellschaftsformation.

1968

6. April: Die „neue sozialistische Verfassung der DDR“ wird durch Volksentscheid angenommen. Artikel 1 der Verfassung fixiert den Führungsanspruch der SED. Nur etwa fünf Prozent der Wahlberechtigten wagen es, die in der DDR-Wahlpraxis einmalige Chance zu nutzen und mit „Nein“ zu stimmen.

30. Mai: Die Leipziger Universitätskirche wird gegen Proteste der Bevölkerung gesprengt.

20./21. August: Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten marschieren in die Tschechoslowakei ein und beenden gewaltsam den „Prager Frühling“.

4. Oktober: Am „Karl-Marx-Platz“ (heute wieder Augustusplatz) wird der Grundstein für einen neuen Universitäts-Komplex gelegt.

22. Oktober: Auf Beschluss des Politbüros des ZK der SED werden Wissenschaftliche Räte (WR) als forschungsleitende und koordinierende Gremien etabliert.

6. November: Die Hochschullehrerberufungsverordnung (HBVO) wird erlassen, sie verleiht der ideologischen Haltung von Hochschullehrern ein besonderes Gewicht. Zeitgleich erlassen werden auch eine VO über die akademischen Grade, eine Mitarbeiter-VO, eine Hochschullehrervergütungsordnung und eine Mitarbeitervergütungsordnung.

1. Dezember: Erlass einer AO über die Erteilung und den Entzug der Facultas docendi (Lehrbefähigung).

Mit der 3. Hochschulreform wird das sowjetische Hochschulverständnis quasi vollständig auf die DDR übertragen: „Die Aufgabe der Universitäten und Hochschulen besteht darin, hochqualifizierte sozialistische Persönlichkeiten zu erziehen und auszubilden. Der Absolvent einer sozialistischen Hochschule zeichnet sich durch einen festen sozialistischen Klassenstandpunkt aus und handelt auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Er meistert die Wissenschaft als eine Hauptproduktivkraft und Waffe im Klassenkampf... Die Hochschullehrer... tragen gegenüber der Gesellschaft die Verantwortung für die Erziehung der ihnen anvertrauten Studenten zu sozialistischen Staatsbürgern der Deutschen Demokratischen Republik.“ (DDR-Gbl. I/1969, Nr. 3)

Die tradierte Gliederung der Universität in Fakultäten und Institute gehört der Vergangenheit an. Die DDR-Hochschulen werden fortan in „Sektionen“ unterteilt und wie sozialistische Großbetriebe nach dem „Prinzip der sozialistischen Einzelleitung“ gesteuert: Die Hochschule wird von einem Rektor geleitet, der dem Minister für das Hoch- und Fachschulwesen untersteht. Jede Sektion wird von einem Direktor geleitet, der dem Rektor untersteht. Größere Sektionen werden in Bereiche aufgeteilt. Der Bereichsleiter ist seinem Sektionsdirektor rechenschaftspflichtig und zugleich Vorgesetzter aller Hochschullehrer seines Bereiches.

Das Diplom als erster akademischer Grad muss in allen universitären Studiengängen erworben werden, zum Beispiel Diplom-Mediziner, Diplom-Jurist, Diplom-Theologe, Diplom-Sprachmittler, Diplom-Sportlehrer, Diplom-Lehrer für Marxismus-Leninismus, Diplom-Philosoph, Diplom-Militärhistoriker, Diplom-Gesellschaftswissenschaftler, Diplom-Journalist und viele andere.

Die neue VO über die akademischen Grade unterscheidet drei akademische Graduierungsstufen: Diplom eines Wissenschaftszweiges (Dipl.-...); Doktor eines Wissenschaftszweiges (Dr....); Doktor der Wissenschaften (Dr. sc....). Damit wird eine übersichtlichere Vergleichbarkeit der akademischen DDR-Grade mit den akademischen Graden in der Sowjetunion erreicht. Das Recht zur Erteilung der beiden DDR-Doktorgrade hatten nicht nur Universitäten und Hochschulen, sondern auch „andere wissenschaftliche Institutionen“, insbesondere die Akademie der Wissenschaften, die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften und die Bauakademie der DDR.

Der Doktor eines Wissenschaftszweiges – verliehen durch die sogenannte Promotion A – entsprach dem traditionellen deutschen Doktorgrad und wurde wie gewohnt bezeichnet: Dr. med., Dr. jur., Dr.-Ing., Dr. rer. nat. u. a.

Der Doktor der Wissenschaften – verliehen durch die sogen. Promotion B – war dem sowjetischen „Доктор наук“ nachgebildet. Er setzte in der Regel den Doktor eines Wissenschaftszweiges voraus und wurde mit den Bezeichnungen Dr. sc. med. (doctor scientiae medicinae), Dr. sc. jur. (doctor scientiae iuris) u. a. verliehen. Die Arbeit wurde – im Unterschied zur Dissertation A – nicht benotet. Die DDR-einheitlichen Promotions-B-Urkunden bestätigten, dass der Dr. sc. „auf Grund einer hervorragenden wissenschaftlichen Befähigung auf dem Gebiet... und einer erfolgreichen Tätigkeit als Leiter wissenschaftlicher Kollektive“ verliehen wurde.

1969

21. Januar: Erlass einer neuen VO zur Verleihung akademischer Grade.

1. Februar: Es trat eine neue Hochschullehrerberufungsverordnung in Kraft. Die hauptamtlichen Hochschullehrer – nunmehr entweder Hochschuldozent oder ordentlicher Professor – wurden vom Minister für das Hoch- und Fachschulwesen in Berlin berufen. Die Berufung setzte das Vorhandensein einer Dozentur oder eines Lehrstuhls voraus. Um zum Hochschullehrer zu avancieren, musste zuvor eine *Facultas docendi* (Lehrbefähigung) erteilt worden sein. Zu Professoren konnten auch Wissenschaftler, die an einer DDR-Akademie- und anderen staatlichen wissenschaftlichen Einrichtungen angestellt waren, ernannt werden. Akademie-Professoren brauchten nicht zu lehren.

3. April: Der Staatsrat der DDR beschließt die Fortführung der 3. Hochschulreform; unter anderem in Dresden, Leipzig, Berlin-Wartenberg, Cottbus, Köthen, Mittweida, Warnemünde, Wismar, Zittau und Zwickau werden Ingenieurhochschulen gegründet. Die Absolventen schließen ihre stärker praxisorientierte Ausbildung als „Hochschulingenieure“ ab. Eine spätere Weiterqualifikation zum Diplom-Ingenieur an einer Technischen Hochschule ist möglich. Im Laufe der zwei Jahrzehnte bis zum Ende der DDR werden die meisten Ingenieurhochschulen aufgewertet, indem sie sukzessive das

Recht zur Verleihung eines Diploms, zur Promotion A oder gar zur Promotion B erhalten.

1970

25. Februar: Die „Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen“ regelt die Leitungsfunktionen neu und betont die zentrale Führungsposition des Rektors.

Von Hochschulen und Akademien wird gefordert, wissenschaftlich-technische Pionier- und Spitzenleistungen zu erbringen, durch die das Prinzip „Überholen ohne einzuholen“ verwirklicht werden sollte.

15. September: Die Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR (APW) wird in Berlin als außeruniversitäre Forschungseinrichtung für erziehungswissenschaftliche Fragen eingerichtet, um auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Entwicklung des „einheitlichen sozialistischen Bildungssystems“ in der DDR wissenschaftlich zu begleiten und voranzutreiben.

1971

3. Mai: Nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU (30.3.-9.4.1971) wird Walter Ulbricht entmachtet. Erich Honecker wird – als Nachfolger Walter Ulbrichts – 1. Sekretär bzw. Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates, und behält beide Ämter bis zum 17. Oktober 1989. Am 29. Oktober 1976 wird er zusätzlich Staatsratsvorsitzender der DDR.

15. bis 19. Juni: Der VIII. Parteitag der SED beschließt die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“.

1. Juli: Die neue Zulassungsordnung nennt die Voraussetzungen für die Studienbewerbung und die Zulassung zum Hochschuldirektstudium: „die aktive Mitwirkung an der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und die Bereitschaft zur aktiven Verteidigung des Sozialismus, der Nachweis hoher fachlicher Leistungen verbunden mit dem Streben, das Wissen und Können ständig zu vervollkommen; die Bereitschaft, alle Forderungen der sozialistischen Gesellschaft vorbildlich zu erfüllen und nach dem erfolgreichen Abschluss des Studiums ein Arbeitsrechtsverhältnis entsprechend der ... Absolventenordnung ... abzuschließen“, und nennt als erste Bestandteile der Bewerbungsunterlagen: „Einschätzung der Gesamtpersönlichkeit des Bewerbers durch die Schule oder den Betrieb bzw. die Dienststelle der bewaffneten Organe in Abstimmung mit der entsprechenden Leitung der Freien Deutschen Jugend bzw.

bei Bewerbern aus der Praxis mit der zuständigen Gewerkschaftsleitung; Verpflichtungserklärung zur Erfüllung des Studienauftrags; Lebenslauf...

1974

7. Oktober: Die DDR-Verfassung von 1968 wird geändert: Jeder Bezug auf die deutsche Nation wird eliminiert, die DDR sei „für immer und unwiderruflich“ mit der UdSSR verbündet.

1976

18. bis 22. Mai: Auf dem IX. Parteitag der SED wird ein neues Programm und ein neues Statut angenommen, in dem alle gesamtdeutschen Bezügen ausgemerzt sind. Die leichte Liberalisierung der Kulturpolitik seit 1971 wird eingeschränkt.

1978

1. September: Beginn des Wehrunterrichts als Teil der Wehrerziehung in der DDR als obligatorisches Unterrichtsfach für alle Schüler der 9. und 10. Klassen der Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen. Der Unterricht bestand aus einem theoretischen Teil in den Schulen, einem Wehr- oder Zivilverteidigungslager und den abschließenden sogenannten „Tagen der Wehrbereitschaft“. Die Wehrerziehung setzte sich mit der vormilitärischen Ausbildung während der Berufsausbildung und in der Abiturstufe der Erweiterten Oberschulen fort.

1980

8. März: Beschluss des Politbüros des ZK der SED über „Aufgaben der Universitäten und Hochschulen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft“.

4./5. September: Die V. und letzte Hochschulkonferenz des ZK der SED findet in Berlin statt. Sie gibt für die Erziehung an den Hochschulen ein Absolventenbild vor und erklärt die kommunistische Erziehung zum entscheidenden Ziel der Ausbildung.

1981

11. bis 16. April: Auf dem X. Parteitag der SED wird eine Wachstumsrate der Wirtschaft um fünf Prozent angekündigt.

1985

11. März: Michail S. Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU. Er versucht, das Sowjetsystem mit „Glasnost“ und „Perestrojka“ zu reformieren und läutet damit ungewollt den Zusammenbruch des Sowjetimperiums ein.

1986

17. bis 21. April: Am XI. Parteitag der SED nimmt der KPdSU-Generalsekretär Gorbatschow als Gast teil.

1989

7. Mai: Nach den Kommunalwahlen werfen Oppositionsgruppen der DDR-Staatsführung Wahlfälschungen vor.

Im Sommer nimmt die Fluchtwelle von Ausreisewilligen Ausmaße an, die von den Partei- und Staatsorganen der DDR nicht mehr zu beherrschen sind.



Menschen sammeln sich am 7. Oktober 1989 im sächsischen Plauen zur ersten Großdemonstration in der DDR, die nicht von Sicherheitskräften aufgelöst werden konnte. (Martin Flach / CC-BY-SA)

30. September: Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher gibt vor etwa 5.500 DDR-Bürgern in der deutschen Botschaft in Prag bekannt, dass die DDR-Regierung ihrer Ausreise zugestimmt habe.

3. Oktober: Die Ausreise der Prager Botschaftsflüchtlinge mit Zügen durch die DDR in die Bundesrepublik beginnt.

4. Oktober: Auf dem Dresdner Hauptbahnhof spielen sich bürgerkriegsähnliche Szenen ab.

7. Oktober: An den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR in Berlin nimmt der Generalsekretär der KPdSU, Michail S. Gorbatschow, teil.

7. Oktober: In Plauen demonstrieren etwa 15.000 Menschen mit Sprechchören wie „Stasi raus“ und „Wir bleiben hier“.

8. Oktober: Während der Demonstrationen vor dem Dresdner Hauptbahnhof wird die „Gruppe der 20“ gegründet.

9. Oktober: Etwa 70.000 Bürger demonstrieren an diesem Montag in Leipzig unter anderem mit dem Ruf „Wir sind das Volk – Wir sind keine Rowdys“.

16. Oktober: Über 100.000 Bürger nehmen an der Leipziger Montagsdemonstration teil.

17. Oktober: Erich Honecker, der Generalsekretär der SED, Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates und Staatsratsvorsitzender der DDR tritt zurück, sein Nachfolger wird Egon Krenz.

9. November: Fall der Berliner Mauer, die DDR-Grenzübergänge werden geöffnet.

18. November: Eine neue DDR-Regierung beginnt ihre Arbeit mit Hans Modrow (SED) als Vorsitzenden des Ministerrats, Lothar de Maizière (CDU) als Stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Kirchenfragen und Hans-Heinz Emons (SED) als Minister für Bildung.

8./9. und 16./17. Dezember: Ein außerordentlicher Parteitag der SED, der in Berlin zusammentritt, beschließt eine Namensänderung von SED in SED / PDS und wählt Gregor Gysi zum Parteivorsitzenden.

19. Dezember: Bundeskanzler Kohl besucht Dresden. Er hält vor der Ruine der Frauenkirche eine historische Rede und verspricht den jubelnden Dresdenern: „Mein Ziel bleibt – wenn die geschichtliche Stunde es zulässt – die Einheit unserer Nation.“

Universitäten und Hochschulen der DDR spielen als Institutionen im politischen Geschehen während des Herbstes 1989 keine wesentliche Rolle. Die Zahl der Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Institutionen der DDR, denen das Promotionsrecht verliehen wurde, ist im Laufe der Jahre auf 59 gestiegen (ausgehend von acht in der SBZ). Zur Akademie der Wissenschaften der DDR gehören 59 Zentral-

institute und Institute, an denen mehr als 22.000 Wissenschaftler hauptamtlich tätig sind.

1990

12. April: Die erste frei gewählte Volkskammer konstituiert sich, Lothar de Maizière wird Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung, Hans Joachim Meyer Minister für Bildung und Wissenschaft.

Juni: Die Volkskammer berät ein Gesetz zur Wiedereinführung der Länder in der DDR.

1. Juli: Der innerdeutsche Staatsvertrag zur Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion tritt in Kraft; die DDR-Mark wird durch die Deutsche Mark ersetzt.

22. Juli: Die Volkskammer beschließt ein Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der DDR (Ländereinführungsgesetz).

18. September: Eine Vorläufige Hochschulordnung wird von Ministerpräsident Lothar de Maizière und Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer unterzeichnet und tritt am 1. Oktober in Kraft.

3. Oktober: Wiedervereinigung Deutschlands und Neugründung des Bundeslandes Sachsen.

1991

25. Juli: Das Hochschulerneuerungsgesetz für den Freistaat Sachsen tritt in Kraft.

1992

10. April: Der Sächsische Landtag beschließt im Sächsischen Hochschulstrukturgesetz den langfristigen Erhalt von vier Universitäten mit Promotionsrecht, vier Kunsthochschulen und fünf Fachhochschulen des Freistaates Sachsen.

26. Mai: Die Verfassung des Freistaates Sachsen wird in der Dreikönigskirche vom Sächsischen Landtag beschlossen.

1993

3. Oktober: Das erste Sächsische Hochschulgesetz tritt in Kraft.

Autorenverzeichnis

Dr. Gerhard Barkleit

Geb. 1943; Mitbegründer und langjähriger Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden; Forschungsschwerpunkte: Geschichte von Industrie, Technik und Naturwissenschaften in der SBZ/DDR, Hochtechnologien in Diktaturen.

Dr. Thomas Brose

Geb. 1962; wissenschaftlicher Projektleiter „Konfession – Bildung – Politik“ an der Universität Erfurt; Forschungsschwerpunkte: Mitwirkung an der Entwicklung einer Theologie der Stadt, die den Zusammenhang von Religion und Moderne als urbanes Phänomen beleuchtet, hierzu erschienen die drei Veröffentlichungen *Zwischen Himmel und Erde* (2008), *Glaube, Macht und Mauerfälle* (2009) sowie *Kein Himmel über Berlin? Glauben in der Stadt* (2014); 1990 Teilnahme am „Runden Tisch der Jugend“; als Bildungsreferent der Katholischen Studentengemeinde im Herbst 1989 tritt er für die Wiederbelebung des Guardini-Lehrstuhls an der Humboldt-Universität ein; Studium der Theologie in Erfurt; nach dem Fall der Mauer Studium der Philosophie und Geschichte in Berlin und Oxford; aufgewachsen in einem militant atheistischen Umfeld.

Prof. Dr. Klaus Fitschen

Geb. 1961 in Scheeßel (Niedersachsen); seit 2002 Professor für Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Universität Leipzig; Forschungsschwerpunkte: Arbeiten zu Themen des antiken und neuzeitlichen Christentums und zur Universitätsgeschichte; 1992–2002 Wissenschaftlicher Assistent und Oberassistent am Institut für Kirchengeschichte der Universität Kiel; 1996 Habilitation im Fach Kirchengeschichte; 1980–1987 Studium der Evangelischen Theologie in Heidelberg, München und Kiel mit Promotion.

Prof. Dr. Günther Heydemann

Geb. 1950 in Burghausen / Oberbayern; seit Oktober 2009 Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden; Forschungsschwerpunkte: Zeitgeschichte, Diktaturenvergleich (NS-, SED-Regime), vergleichende europäische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert; seit 1993 Lehrstuhl für Neuere und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig; Gastprofessuren in Italien, den USA, der Russischen Föderation und Tunesien;

1980–1992 wissenschaftlicher Assistent und Mitarbeiter an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bayreuth und dem Deutschen Historischen Institut in London; 1970–1976 Studium Geschichte, Germanistik, Sozialkunde und Italienisch an den Universitäten Erlangen-Nürnberg, Bonn, Pisa und Florenz.

Prof. Dr. Ralph Jessen

Geb. 1956 in Schwerin; seit 2002 Professor für Neuere Geschichte am Historischen Institut der Universität zu Köln; 2007–2008 Stifterverband Visiting Fellow am St. Antony's College (European Studies Centre) Oxford; 2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin/Arbeitsgruppe „Zivilgesellschaft: historisch-sozialwissenschaftliche Perspektiven“; 1999–2002 Gastprofessor für Neuere Geschichte an der Technischen Universität Berlin; 1989–2002 Wissenschaftlicher Assistent, Mitarbeiter und Oberassistent am Friedrich-Meinecke Institut der Freien Universität Berlin; 1989 Promotion an der Universität Bielefeld; 1984 Erstes Staatsexamen Lehramt Sekundarstufe II; 1977–1984 Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Münster und Bielefeld.

Prof. Axel Noack

Geb. 1949 in Biesnitz, Kreis Niesky (heute Görlitz); seit 2009 Honorarprofessor für Kirchliche Zeitgeschichte und regionale Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; 1997–2009 Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen; 1985–1997 Gemeindepfarrer in Wolfen (Kreis Bitterfeld); 1978–1985 Studentenfarrer in Merseburg; 1978 Ordination zum Pfarrer in Merseburg; 1969–1975 Studium der Evangelischen Theologie am (Kirchlichen) Katechetischen Oberseminar in Naumburg (Saale), Vikariat in Merseburg und Leuna; 1976 Wissenschaftlicher Repetent am Katechetischen Oberseminar in Naumburg/Saale; 1968 Abitur und Facharbeiterabschluss als Betriebsschlosser in Halle/Saale.

Prof. Dr. Ing. Dr. rer. nat. Kurt Reinschke

Geb. 1940 in Zwickau; seit 2012 Seniorforschungsprofessor an der Technische Universität Dresden; 1992–2007 Direktor des Instituts für Regelungs- und Steuerungstheorie an der Fakultät Elektrotechnik und Informationstechnik; 1991–1993 Mitglied der Sächsischen Hochschulkommission; neben hauptamtlicher Tätigkeit am Zentralinstitut für Kybernetik der Akademie der Wissenschaften der DDR (ab 1978) und im VEB Meßelektronik Dresden (ab 1965) selbstständige Hochschullehre (ab 1968) auf den Gebieten „Zuverlässigkeit

technischer Systeme“, „Rechnergestützter Schaltungsentwurf“, Informatik und Regelungstechnik in Dresden, Chemnitz, Ilmenau und Cottbus; Habilitation (1971) und Promotionen (Mathematik 1969, Elektrotechnik 1966) als Ex-terner; 1958–1963 Studium an der TH/TU Dresden.

Aus dem Inhalt

Kurt Reinschke

Kriegsende und Wiederbelebung des Hochschulbetriebs in der Sowjetischen Besatzungszone

Günther Heydemann

Die Usurpierung akademischer Freiheit im deutschen Realsozialismus: Die Universität Leipzig in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1989/90

Ralph Jessen

Sächsische Hochschullehrer in der Ulbricht-Ära zwischen Systemtreue, Loyalität und Distanz

Thomas Brose

Katholische Kirche, katholische Studentenschaft und Hochschulpolitik in der DDR

Axel Noack

Evangelische Kirche und Studentenschaft vor dem Hintergrund der Sprengung der Leipziger Universitätskirche

Klaus Fitschen

Friedliche Revolution und sächsische Hochschulen im Jahre 1989

Gerhard Barkleit

Entideologisierung und personelle Erneuerung der sächsischen Hochschulen 1990–1994